

Tote Erde
Spanien erlebt den
größten Waldbrand
seiner Geschichte
7

Stummer Alarm
Eine neue Therapie macht Krebszellen
sichtbar fürs Immunsystem. Das kann
Leben retten – kostet aber Milliarden
18–19

Neues Geld
Wie sollen die Euronoten
in Zukunft aussehen?
Vorschläge von Christian Specht
23



6 0 1 3 1

4 193489 605203

€ 5,70 Ausland, € 5,20 Deutschland

Ausgabe Nr. 195

www.taz.de

wochen

taz

1. – 7. 8. 2026

Qwir

Der Terroranschlag auf den
Berliner CSD traf queere Menschen.
Steht die Mehrheitsgesellschaft
jetzt an ihrer Seite?
3–5, 14, 16, 24, 37, 47

der leitartikel

Entkernung der CDU: Merkel brauchte 16 Jahre, Merz reichen 14 Monate

Von Cem-Odos Güler

Nachdem die CDU die Bundestagswahl 2021 verloren hatte und in eine bemerkenswert harte Auseinandersetzung mit sich selbst trat, lautete der zentrale Befund: Die Partei wurde nach Jahren der Verwaltung unter Angela Merkel inhaltlich so entkernt, dass man niemandem mehr erklären kann, wofür die CDU eigentlich steht. Der Abgrund, der sich dieser Tage zwischen der Partei und ihrem Chef Friedrich Merz auftut, deutet auf eine Neuauflage dieses Problems hin. Nur vordergründig ging es bei der Kritik, die sich aus der CDU am Kanzler entladen hat, um den chaotischen Regierungsumbau.

Vielmehr schaffte Merz in 14 Monaten das, wofür Angela Merkel einst 16 Jahre brauchte: Er hat die CDU durch die Aufweichung der Schuldenbremse in einer zentralen Frage entkernt, ohne dass er erklären kann, warum sich ein Wirtschaftswachstum trotz Investitionen nicht abzeichnet. Wer kann es den CDUlern in den Kreisverbän-

den verübeln, wenn da Gedanken voller Selbstmitleid aufkommen: Erst hat sich die Merz-Mannschaft von einer geschrumpften SPD bei der Regierungsbildung über den Tisch ziehen lassen, und nun scheint das gemeinsame Regierungsprojekt nur darin zu bestehen,

Gedankenspiele über eine Zukunft der CDU ohne Merz verheißen nichts Gutes

mit den SPDlern den Negativrekorden in den Umfragen hinterherzuhecheln. Nach dem chaotischen Umbau von Kabinett, Fraktion und Partei ergoss sich über den Bundeskanzler eine Kaskade der Kritik: Mit jeder Nachricht wurden die Anschuldigungen härter. Dem Kanzler wurden sogar die Leviten gelesen; er könne die Bundesregierung nicht so führen wie eine Firma, soll der Bremer Landesvorsitz-

zende Heiko Strohmann in der CDU-Vorstandssitzung gegiftet haben. Am Ende schien es so, als könnten die Anschuldigungen eine solche Eigendynamik entfalten, dass der Kanzler noch darüber stürzt.

Die massive Kritik an Merz’ Personalplanung lässt Zweifel daran aufkommen, wie regierungsfähig die Union unter ihm ist. Schlimmer als die interne Auseinandersetzung, die für die CDU ja auch fruchtbar sein könnte, wiegt für den Kanzler, dass die Anschuldigungen so bereitwillig in die Öffentlichkeit getragen wurden. Die verstörte Kabinettsumbildung rief in der CDU erstmals diejenigen auf den Plan, die Merz als Bundeskanzler mit einem Schubser auch über die Böschung befördern würden.

Mit dem glimpflichen Ausgang der Sonderfraktionssitzung der Union am Mittwoch konnte Merz seine Kritiker vorerst besänftigen. Das Wahlergebnis von mehr als 90 Prozent für den Merz-Vertrauten und ehemaligen Kanzleramtschef Thorsten Frei als Frak-

tionsvorsitzenden sicherte dem Bundeskanzler zumindest den Sommerurlaub, den er nun antrat. Auch wenn er damit den Kabinettsumbau nach seinen Vorstellungen und in seiner ruppigen Art über die Bühne brachte: Merz zahlt einen hohen Preis dafür, denn er ist fortan angezählt.

Gedankenspiele über eine Zukunft der CDU ohne Merz verheißen nichts Gutes, denn sie bergen die Gefahr von Kurzschlussreaktionen und einer weiteren Öffnung der Partei nach rechts außen – in der Hoffnung auf billige Beliebtheit. Das Glaubwürdigkeitsproblem, in das Merz seine Partei manövrierte, erfordert dagegen eine differenziertere Lösung. Denn der Kanzler brachte eben nicht Wirtschaftswachstum und solide Staatsfinanzen über das Land. Seine Regierung verantwortet im Gegenteil einen riesigen Schuldenberg und Sozialkürzungen, die nicht Wachstum, sondern Abstiegsängste in der Mittelschicht befeuern.

Mit dieser Politik bringt der Kanzler derzeit die halbe Gesellschaft, das



Cem-Odos Güler schreibt in der taz über die SPD und Verteidigung und in Zeiten, in denen sich nicht nur der Kanzler in den Urlaub verabschiedet, auch mal über andere Themen.

gesamte Spektrum der CDU – vom Arbeitnehmer- bis zum Wirtschaftslager – gegen sich auf. Den Kritikern hat das gerupfte Merz-Lager aber nichts anzu-bieten außer Durchhalteparolen. Das reicht vor allem den Landesverbänden im Osten nicht mehr aus, die sich auch von Merz’ Personalrochaden übergangen fühlen.

Ihrem Frust machten die CDU-Ministerpräsidenten von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Luft, indem sie Merz’ Regierung zu den geplanten Sozialreformen vorwarfen, die Situation im Osten nicht genug zu beachten. Das Abschneiden der CDU bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin wird damit auch Merz in Rechnung gestellt werden. Es ist unklar, ob der Kanzler sie noch bezahlen kann.

Foto: Elke Seeger

was für eine woche

„Trump gefallen Gewinner und Selenskyj entspricht zunehmend diesem Bild“

Barbara Oertel

Da stehen sie traut nebeneinander am vergangenen Dienstag im Weißen Haus kurz vor dem Beginn der Trauerfeier für Senator Lindsey Graham: US-Präsident Donald Trump und sein ukrainischer Amtskollege Wolodymyr Selenskyj. Sie lächeln, Selenskyjs schwarzer Anzug sitzt. Fast schon vergessen die Bilder vom 25. Februar 2025, als Trump Selenskyj vor die Tür des Oval Office setzte. Was ist passiert? Das *Wall Street Journal* will erfahren haben, dass Kyjiws effektiver Einsatz von Drohnen im Krieg gegen Russland Trump beeindrucke. Vielleicht hat auch Laura Loomer ihren Anteil an Trumps Sinneswandel. In der vergangenen Woche weilte die MAGA-Bloggerin in Kyjiw. Sie habe ihren Blick auf die Ukraine geändert, denn sie sei von der russischen Propaganda getäuscht worden. Kann vorkommen. In einem Interview mit Loomer nannte Selenskyj seine Begegnung mit Trump im Vatikan im April 2025 anlässlich der Beisetzung von Papst Franziskus einen „historischen Moment“ in den beiderseitigen Beziehungen. Wie nachhaltig Trumps Kehrtwende ist, wird sich zeigen. Die nächste Trauerfeier kommt bestimmt.



Foto: Wolfgang Borris

Barbara Oertel leitet gemeinsam mit Dominic Johnson das Auslandsressort der taz.

„Die Bahn sollte nicht nur an ihren Finanzen gemessen werden“

Nanja Boenisch

Auf dem Papier ist es ein Erfolg. Die Deutsche Bahn hat Gewinn gemacht, zum ersten Mal seit sieben Jahren schreibt sie wieder schwarze Zahlen. Zumindest im ersten Halbjahr 2026, da machte sie 147 Millionen Euro Profit. In den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres war die DB noch mit 760 Millionen Euro in den Miesen. Die Gewinne sind der Umstrukturierung des Konzerns zu verdanken, vermeldete die Bahn.

Gut zu hören, dass sich der begonnene Stellenabbau in der Verwaltung dieses verästelten Unternehmens schon bezahlt macht. Trotzdem sollte die Bahn nicht nur an ihren Finanzen gemessen werden. Noch immer kommen viel zu viele Züge zu spät, fallen aus oder sind zu teuer für einkommensarme Menschen. Dass zuletzt dennoch mehr Leute Zug fahren als noch vor einem Jahr, zeigt, wie viel möglich sein kann auf der klimafreundlichen und bisweilen komfortablen Schiene. Wie viel sich gewinnen lässt, nicht nur wirtschaftlich, wenn die DB bloß zuverlässiger ist. Und wenn Bahnfahren attraktiver ist als Autofahren, wenn der Staat die Schiene an erste Stelle setzt. Mal sehen, ob der neue Verkehrsminister Bilger das macht.



Foto: David Muschenich

Nanja Boenisch schreibt im Ressort Wirtschaft und Umwelt über Mobilität und Verkehrswende.

„Was, wenn die Krise gar keine konjunkturelle, sondern nur eine Sinnkrise ist?“

Beate Willms

Die Erzählung hat sich durchgesetzt: Die Wirtschaft in Deutschland steckt in der Krise – womit meist zu wenig Nachfrage, zu wenig Absatz, zu wenig Gewinn gemeint ist. Oft schon aufgehängt an Augenblicksaufnahmen von Quartals- oder Halbjahresergebnissen. Gerade wieder bei Porsche und BMW. Beide wollen Tausende Stellen abbauen, was eine Menge Geld kosten wird. Aber wofür, wenn die Krise gar keine konjunkturelle, sondern eine Struktur-, vielleicht auch eine Sinnkrise ist? Weil die Gewinne nicht mehr ganz so hoch sind wie vor Jahren, aber immer noch in die Milliarden gehen, wäre genug Geld da, sinnvoll zu investieren: in den Umbau der Wertschöpfung. Freiwerdende Kapazitäten können in neue Konzepte fließen – und dazu braucht es keine Konversion zu Rüstungsbetrieben. Mit Bahntechnik, Ladeinfrastruktur, Batterierecycling, ÖPNV-Fahrzeugbau oder Wärmepumpentechnik wäre allen mehr geholfen. Beschäftigung und Ingenieurs-Know-how blieben erhalten. Zwei Punkte sind dafür zentral: Das Geld darf nicht über Dividenden abgezogen werden und die Chefetagen müssen die Stakeholder einbeziehen. Wer oder was spricht dagegen?



Foto: privat

Beate Willms ist gemeinsam mit Susanne Schwarz Ressortleiterin Wirtschaft und Umwelt.

„Wann endet es? Wenn die Vernünftigen zur Mehrheit werden“

Lisa Schneider

Ob ich viel Stress hätte, fragt mich meine Ärztin diese Woche. Ich muss fast lachen, natürlich, was denn sonst: Der Nahe Osten ist mein Job, spätestens seit Oktober 2023 geht es nur noch rund. Nun sitze ich zumeist im Berliner Büro der taz oder im Homeoffice und bin nur ganz selten in aktiven Kriegsgebieten – trotzdem bin ich müde.

Ich denke an meine Freunde und Bekannten in der Region: N., der sein Zuhause in Südbeirut verloren hat. R., die zum ersten Mal in ihrem Leben darüber nachdenkt, ihren geliebten Libanon zu verlassen. T., die diesen Schritt schon gegangen ist, von Tel Aviv nach Berlin. L., der schon wieder zum Reservedienst eingezogen wurde. I., der sich fragt, welche Zukunft er im Westjordanland noch hat. Leben in der Dauerkrise.

Wenn nun die neueste Iteration des Iran-, Libanon- oder Gazakriegs durch die Schlagzeilen wandert, denke ich an sie. Wann wird das enden? Vielleicht, wenn die Friedensstifter, die Brückenbauer, die auf allen Seiten das Menschliche Sehenden, die Liberalen, die lebensbejahenden Vernünftigen zur Mehrheit werden. Hoffentlich werden sie nicht müde.



Foto: taz

Lisa Schneider ist im Auslandsressort der taz zuständig für Nahost.

taz 🐾 die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag.
Herausgeb.: taz die tageszeitung.
Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift:
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Katrin Gottschalk,
Barbara Junge, Ulrike Winkelmann
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23,
22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7,
28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21,
10969 Berlin, 030 | 2 5 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressgesetzes:
Barbara Junge
Anzeigen: Dieter Schwengler
Berliner Lokalteil: Susanne Memarnia |
alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahlcke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf:
taz-Anzeigenabteilung,
Friedrichstraße 21
Tel.: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer:innen:
Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter:
taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin
Vorstand:
Pascal Beucker, Redakteur |
Anne Fromm, Redakteurin |
Aline Lüllmann, Kauffrau |
Andreas Marggraf, Kaufmann |
Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat:
Tolgay Azman, Unternehmer, Hamburg |
Dr. Astrid Dellmann, Historikerin, Berlin |
Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/
Steuerberater, Bielefeld
Druck: auf PALM Recyclingpapier: A. Beig
Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG,
25421 Pinneberg | MDV GmbH & Co. KG,
35390 Gießen

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis regulär
44,80 €



KONTEXT: WOCHENZEITUNG

Nina Warken ist in einem Amt angekommen, das vor ihr noch nie eine Frau innehatte

Ein Teil unserer Auflage enthält eine Beilage von: Freiluftkino Friedrichshain

Trotz allem. Wegen allem

Die queere Community trauerte eine Woche lang mit mehr Würde als die meisten, die ihr Beileid schickten. Jetzt muss sich zeigen, ob das „Wir“ mehr sein kann als ein Wort

Von **Stefan Hunglinger**

Sieben Tage. Sieben Tage lang, so will es die jüdische Tradition, soll der Mensch in Ruhe trauern können. Um die toten Eltern oder Kinder, Partner:innen oder Geschwister. Die Gemeinschaft soll zusammensitzen, nah an der Erde – und jeden Spiegel im Haus mit einem Tuch verhängen. Denn in den sieben Tagen des Schivasitzens darf es keine Eitelkeit geben. Würde das doch nur gelten für die ganze Gesellschaft.

Eine Mutter aus Warschau ist tot, ihre Tochter und viele queere Geschwister sind schwer verletzt, weil ein Islamist seine Waffen gegen den Christopher Street Day im Berliner Tiergarten richtete. Die in Jahrzehnten mühsam erkämpfte, ohnehin relative Selbstverständlichkeit queeren Lebens in Berlin, in Deutschland und in Europa, auch sie ist schwer verletzt seit dem vergangenen Samstag.

Und trotzdem kam die queere Gemeinschaft schon Stunden nach der Tat zusammen, um zu trauern, vielerorts, aber auch ganz nahe dem Tatort, wo man tags zuvor noch tanzte, wieder exponiert, mit Tränen in den Augen, mit beeindruckender Ruhe. Mit Klarheit und Verstand.

„Islamismus ist per se queerfeindlich, freiheitsverachtend. Islamismus tötet“, sagte die Dragqueen Barbie Breakout am Sonntag bei der Mahnwache vor dem Brandenburger Tor. Aus dem Geschehen aber dürfe nun kein Argwohn entstehen gegen muslimische Mitmenschen. Tosender Applaus.

Muslimische Queers sprachen dann, neben jüdischen und vielen anderen, und die Eitelkeiten, die es sonst gibt, auch zwischen den LGBTQI-Fraktionen, deckten sie zu – mit einem großen Regenbogentuch. Doch die Social-Media-Bewirtschafter:innen ließen die Queers nicht in Ruhe trauern.

Die Sonne war noch nicht einmal untergegangen über dem ersten Tag der Trauer, da knipsten sie schon die Ringlichter an. Ihre Gesichter zeigten keine Tränen, keine Sorge – sie zeigten Häme.

Unbeschwert von Recherchen, uninteressiert an der Polizei- und Regierungsverantwortung, bestimmten sie sofort, wenn nicht zur Ursache des Anschlags, dann zum vordringlichsten Problem: eine Verharmlosung des Islamismus von queerer und von linker Seite.

Esoterikinfluencerinnen, rechte Motivationstrainer, US-Conservatives, afrikanische Evangelikale, sonst nicht bekannt für ihre Unterstützung queeren Lebens, hatten nun etwas zu sagen. Die schockierte Rede der Sängerin Nyya auf der Berliner Mahnwache zogen sie

durch den Dreck. Videobilder von Anschlägen anderswo schnitten sie wild zusammen mit Berliner Material und künstlich generiertem. Debatten vermischten sie auf die widerwärtigste Art. Queers for Palestine? Refugees welcome? Das habt ihr jetzt davon, so der Tenor. Pauschal. Rassistisch. Menschenverachtend.

Der Comedian Daniel-Ryan Spaulding postete gar ein Foto des Tatorts, daneben das Emoji von klatschenden Händen: „There's your Intifada Revolution, Berlin“. Selbst schuld.

Und in den islamistischen Ecken des Internets die Spiegelung. Applaus für den Täter. Selbst schuld, ihr Perversen.

Abgeordnete, im Bundestag ganz rechts sitzend, sonst für jede Queerfeindlichkeit zu haben, holten ganz schnell ihre Hellblaupause heraus: Alle abschieben! Als ob der Täter nicht Deutscher gewesen wäre. Als ob der Anschlag nicht das Landtagswahlkampfgeschenk gewesen wäre, auf das sie gehofft hatten. Die Springer-Presse schnurrte eitel.

War das auch ein Angriff auf jene, die in ihrem Ministerium das Gendersternchen verboten haben?

Abertausende Nachrichten schrieben sich währenddessen Queers überall. Warst du dort? Wie geht es dir? Hast du jemanden bei dir? Es ist wichtig, in den sieben Tagen der Trauer nicht alleine zu bleiben. War auf einer Mahnwache, so manche Antwort, bin am See, durchschnaufen. Putze das Bad. – Hahaha, ich putze auch gerade ... Queere Bewältigungsstrategien. Bei vielen kam noch die Sorge um die Verwandten dazu, in der Ukraine oder andernorts.

Der Bundeskanzler verstand zumindest, dass die Tage der Trauer nach Ruhe verlangen. Bei einem interreligiösen Gottesdienst in Berlins Mitte sprach Friedrich Merz ungewohnt zurückhaltend, er wollte wohl betroffen wirken in der Marienkirche. Und empathisch.

Dass er penetrant „Damen und Herren“ adressierte, wenn gerade die Genderqueeren unter den Zuhörenden gefährdet sind? Geschenkt. Merz sprach völlig zu Recht davon, dass nicht erst ein tödlicher Anschlag die Freiheit gefährde, sondern dass das Problem bei

Ausgrenzung und Diskriminierung beginne, bei „dummen Redensarten und schlechten Witzen“. Allein: Für viele Trauernde klang das wie Hohn.

Hatte Merz denn nicht über das Schwulsein des Ex-Bürgermeisters von Berlin gesagt: „Solange der Woweit sich mir nicht nähert, ist mir das egal.“ Hatte er nicht 2020 gesagt, die sexuelle Orientierung sei Privatsache, nur um sofort darauf das alte Ressentiment zu bedienen: „Solange sich das im Rahmen der Gesetze bewegt und solange es nicht Kinder betrifft.“

Hatte der Regierungschef nicht, noch 2025, auf Forderungen, zum CSD wieder die Regenbogenfahne auf dem deutschen Parlament zu hissen, erwidert: „Der Bundestag ist kein Zirkuszelt!“ Als ob Queers Zirkuspferdchen wären. Hatte seine Regierung nicht den Aktionsplan „Queer leben“ beendet, und das nach einer ganzen Reihe von rechten Angriffen auf queere Veranstaltungen im vergangenen Jahr?

Manche klatschten nach Merz' Rede in der Marienkirche, andere, junge wie alte Queers, fanden seinen Auftritt von vornherein heuchlerisch und verließen den Gottesdienst. Dass der Kanzler nur dazu fähig war, ganz allgemein von einem „Angriff auf uns alle“ zu sprechen, mag auch eine Rolle gespielt haben für ihren Protest. Denn wer sind denn alle? Auch die, die jetzt feixen im Netz? Die Abgeordneten, Landrätinnen und Bürgermeister, die CSDs in ihren Kommunen nicht unterstützen, gar sticheln dagegen? Wurden die auch angegriffen?

In den U-Bahnen und Bussen waren in dieser Woche mutige T-Shirts und Stoffbeutel zu sehen: „Ihr macht mich nur noch schwuler“, „We're here, we're queer, get used to it“. Die Münchner Journalistin Lena Bammert schrieb trotzig: „Lesbisch zu sein ist die schönste Erfahrung, die ich in diesem Leben machen darf.“

Der Kanzler besuchte den Tatort im Tiergarten. Mit seinem CSU-Innenminister, der sich nun mit dem Vorwurf eines „sicherheitspolitischen Staatsversagens“ auseinandersetzen muss. Den zumindest hat der LSVD+-Verband Queere Vielfalt erhoben. Vielleicht denkt Alexander Dobrindt jetzt auch noch einmal nach über sein „Son-

derregister“ für trans Menschen. Karin Prien war ebenfalls dabei am Tatort, die als Familien- auch irgendwie Queerministerin ist. Auch wenn sie diesen Titel bestimmt ablehnen würde. Prien blieb ebenfalls ruhig in dieser Trauerwoche, zu ruhig, wenn es nach vielen Queers geht.

Vielfalt sehe sie nicht als staatliches Förderziel, hatte Prien im März in der taz gesagt und unter anderem queeren Projekten auf dem Land die Gelder gekürzt. Dem queeren Jugendnetzwerk Lambda strich sie nach 36 Jahren die Förderung, noch wenige Tage vor dem CSD. Das Geld soll mehr in Richtung „Mitte der Gesellschaft“ fließen. Queere und Konsorten verortet Prien wohl am Rand.

Essen und trinken, so sieht es die jüdische Trauerwoche vor, tröstet. Und die Queers trafen sich an jedem Abend dieser Woche, sie gönnten sich Senfeier oder Pommes und tranken Kaffee zusammen und Bier und Aperol Spritz, und ihre Orte, etwa der Südblock im auch muslimisch geprägten Kreuzberg, waren voll. Trotz allem. Wegen allem. Nachbar:innen klingelten an Türen auch in Chemnitz und Köln. „Wie geht es dir? Ich habe Bananenbrot gebacken, willst du ein Stück?“

Auch Karin Prien blieb nach dem Anschlag vage. „Wer Menschen angreift, die für Vielfalt, Freiheit und gegenseitigen Respekt einstehen, greift uns alle an“, sagte sie. Ist das so? Ein Angriff auch auf jene, die in ihrem Ministerium oder Bundesland das Gendersternchen verboten haben?

Ganz ähnlich die erste Frau im Staat, CDU-Bundestagspräsidentin Julia Klöckner: „Wer Menschen attackiert, die für Freiheit, gleiche Rechte und Vielfalt einstehen, greift die Grundlage unseres demokratischen Gemeinwesens an.“ Der SPD-Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sprach von einem „Angriff auf unsere offene Gesellschaft, auf unsere Art zu leben“. Vom Linken Bodo Ramelow kam ganz global: „Es ist ein Anschlag auf eine offene Welt.“

War das ein Angriff auch auf den cis Heterotyp, dem egal ist, was „die da“ im Schlafzimmer machen, solange sie es ihm nicht unter die Nase reißen? Oder die vielen Duckmäuser, die

die Klappe halten, wenn am Arbeitsplatz gewitzelt wird?

Niemand, so steht es recht weit vorn im Grundgesetz, „darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden“. Ein bitterer Satz, er bildet die Opfergruppen des Nationalsozialismus ab. Die SPD will ihn schon lange erweitern: um den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen und geschlechtlichen Identität. Auch Queers wurden schließlich verfolgt von den Nazis, der berühmte Paragraph 175 stand noch bis 1994 im Strafgesetzbuch. Der deutsche Staat hat also etwas gutzumachen bei seiner queeren Bevölkerung.

Für die Zweidrittelmehrheit, die es dafür im Bundestag braucht, stellten sich Linke und Grüne in dieser Trauerwoche bereit. Eine Verfassungsänderung ersetzt keine Präventionsarbeit, keine Schutzkonzepte oder ausreichende Fördermittel. Sie verhindert keinen Anschlag. Doch sie würde signalisieren: Wir haben verstanden, wir gehen nicht zur Tagesordnung über.

Gratis wäre diese Geste für die Union und doch nicht umsonst. Sie wäre ein Zeichen: Was wir in der Trauerwoche nicht explizit sagen konnten, schreiben wir fest. Einfach, weil es richtig ist. „Wir werden alles tun“, hatte der Kanzler immerhin versprochen. „Alles.“

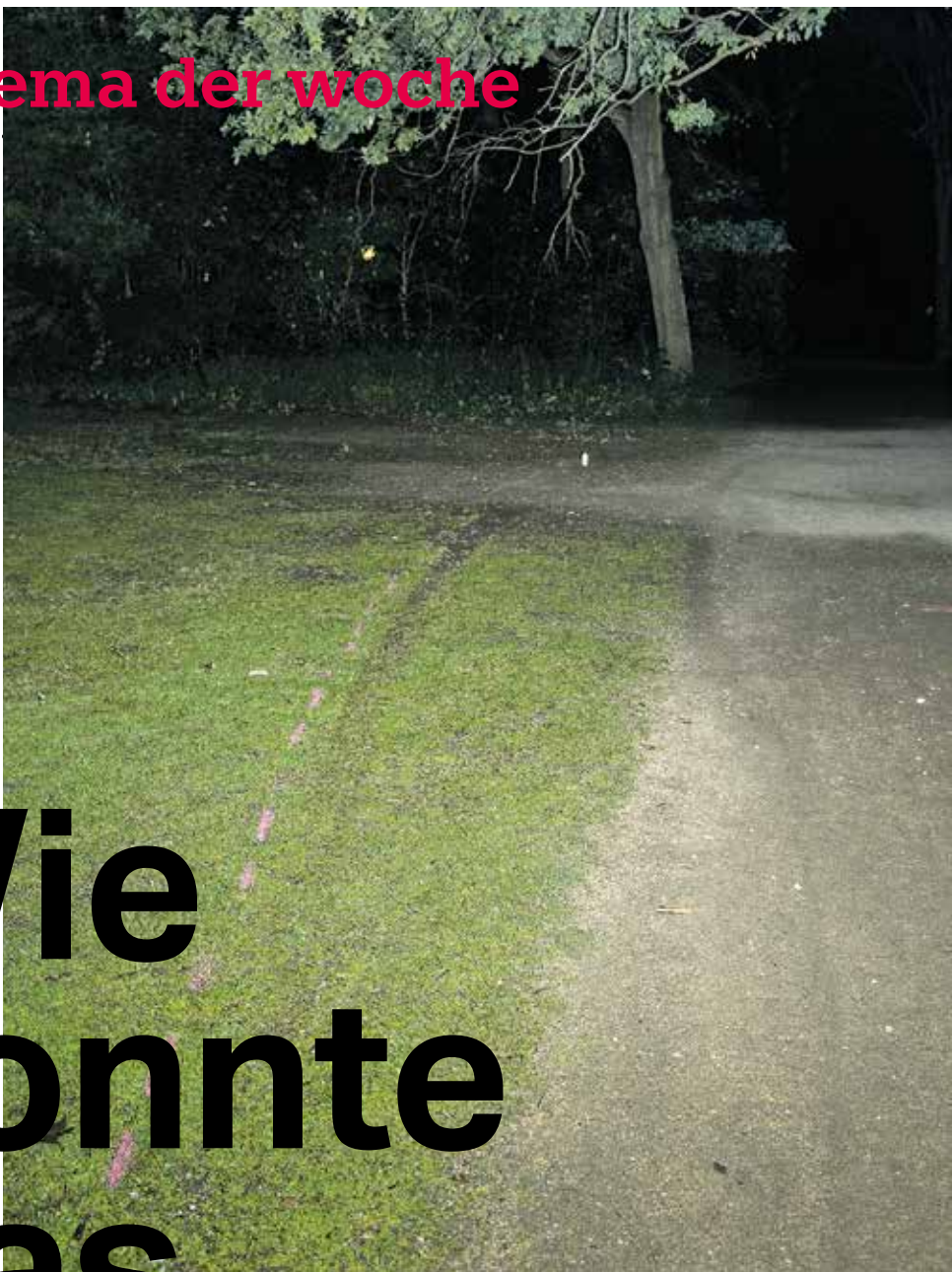
Die Grundgesetzänderung ist eine zentrale Forderung des CSDs in Hamburg. Mit ihm endet am Samstag die Woche der Trauer. Queers, die muslimischen und jüdischen und christlichen und alle anderen, werden die Asche aus ihren Kleidern schütteln, Glitzer auftragen und auf die Straße gehen. Trotz allem, wegen allem. Es wird diesmal anders sein. Es wird eine große Demo gegen Islamismus sein. Und gegen die rechte Hetze. Hamburg und die vielen kleinen CSDs, die noch anstehen, werden zeigen, wer jetzt noch an der Seite der Queers tanzt.

Aber erst die Tage nach der Demo werden wirklich zeigen, ob all die Solidaritätsbekundungen mehr waren als Eitelkeit.



Am Ahornsteig im Berliner Tiergarten erinnern Blumen an das Attentat auf den Berliner CSD Foto: Michael Danner/laif

Das Auto als Waffe: Reifenspuren nahe des Tatorts im Berliner Tiergarten
Fotos: Michael Danner/laif



Wie konnte das passieren?

Von **Frederik Eikmanns**

Auch nachdem er schon mehrere Menschen überfahren hatte, trat der Täter weiter aufs Gaspedal. 350 Meter raste er durch Gruppen nahe der zentralen Berliner CSD-Feier. Dann stieg er aus und attackierte Beistehende mit einer Machete.

Wie wird man so?
Nach allem, was bekannt ist, war Abdul B.s Lebensgeschichte eine Aneinanderreihung von Rückschlägen. Er wurde 2005 in Berlin geboren, schon in der Grundschule fiel er offenbar mit Gewalt auf. Behörden versuchten ihn in Förderprogrammen unterzubringen und Psychiater einzuschalten. Mit 14 Jahren soll er einen Mitschüler verprügelt haben, wenig später raubte er eine Person an einer Bushaltestelle aus. Dafür wurde B. 2022 erstmals verurteilt. Etwa zu dieser Zeit fiel er auch den Sicherheitsbehörden wegen Kontakten in die salafistische Szene auf.
Die Rolle seiner Eltern in alledem ist verworren. Der *Spiegel* hat den Vater wenige Stunden nach der Tat interviewt, eine medienethisch umstrittene Sache. Der Vater gab sich in dem Gespräch als liberaler Mann, der versucht habe, seinen Sohn zu retten. Doch es gibt Hinweise, dass die Eltern systematisch die Kooperation mit Schule und Jugendamt verweigerten, als sich die Probleme häuften.
Auch die Behauptung des Vaters, seine Familie habe nichts mit Islamismus zu tun, stimmt so absolut wohl nicht. Zwei Cousins des Täters gehörten offenbar zum sogenannten Islamischen Staat (IS), jener Organisation, in deren Namen auch B. später seinen Anschlag begehen sollte.
Einiges deutet darauf hin, dass Abdul B.s Familie zerrissen war zwischen einer religiösen Mutter und einem Vater, der einen ganz anderen Lebensstil angenommen hatte, nachdem er aus dem Libanon nach Deutschland eingewandert war. So gibt es Hinweise, dass der Vater in letzter Zeit in einer schwulen Partnerschaft gelebt haben soll.
So ungewöhnlich diese Lebensgeschichte in mancher Hinsicht klingt,

so typisch ist sie in anderen Punkten. B. entspricht dem Muster eines Gewalttäters allein schon, weil er ein junger Mann ist. Studien zeigen immer wieder, dass schwere Gewalttaten ganz überwiegend von Personen aus dieser Gruppe begangen werden.
Die mörderische Ideologie
Im Frühjahr 2025 reiste Abdul B. in den Libanon, um sich im Nachbarland Syrien dem IS anzuschließen. Daraus wurde nichts, die libanesischen Behörden nahmen ihn fest. Ideologisch war B. zu diesem Zeitpunkt schon ein gefestigter Islamist. Auch hier ist seine Geschichte gleichzeitig ungewöhnlich und typisch.
Ungewöhnlich, weil B.s Familie nach allem, was bekannt ist, schiitisch war. Der Islamismus des IS aber ist aus der sunnitischen Strömung des Islam abgeleitet und hat für Schiiten nur Verachtung übrig, die als Abtrünnige vom wahren Glauben verstanden werden. Obwohl er sich damit also gegen seine Familie stellen musste, hat sich Abdul B. offenbar im Laufe seiner Radikalisierung dem Sunnitentum zugewandt.
Dass es anschließend der IS war, der seine Aufmerksamkeit auf sich zog, passt in das gängige Muster islamistischer Gewalttäter. Im Nahen Osten mag der IS seit 2019 kein Territorium kontrollieren, doch die Organisation hat ihre Gestalt gewechselt und agiert nun wieder als Untergrundorganisation. Und auch wenn die Planungskapazitäten des IS offensichtlich nicht mehr für sorgfältig orchestrierte Anschläge wie in Paris 2015 reichen, ist die Organisation immer noch tödlich – und attraktiv für bestimmte junge Männer im Westen. In den letzten Jahren sind es meist solche im Internet radikalisierte Einzelgänger, die Anschläge für den IS begehen.
Die islamistische Ideologie verfängt insbesondere unter denen, die verunsichert sind. Wer Orientierung sucht, findet sie hier in Form klarer Moralvorstellungen, eindeutiger Regeln und einfacher Erklärungen für komplizierte Ereignisse. Abwertung anderer erlaubt

die Aufwertung des Selbst. Gleichzeitig nutzen die Prediger, Influencer und sonstigen Botschafter des IS gezielt die Themen zur Rekrutierung, die junge muslimisch geprägte Männer umtreiben: den Rassismus der weißen Mehrheitsgesellschaft, den Aufstieg rechter Parteien oder auch die westliche Doppelmoral, wenn es um die Unterstützung von Israels Krieg in Gaza geht.
Was genau B. dazu trieb, ausgerechnet einen CSD anzugreifen, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt. Möglich scheint ein Zusammenhang mit der mutmaßlichen Homosexualität seines Vaters oder schlicht, dass die Veranstaltung ein leichtes Ziel bot. Fest steht, dass der schiitische wie der sunnitische Islamismus zutiefst homophobe Ideologien sind. In den vom IS eroberten Gebieten des Nahen Ostens steinigten und enthaupteten die Kämpfer systematisch tatsächlich oder vermeintlich queere Menschen. Auch in Deutschland gab es schon islamistische Angriffe, die sich gezielt gegen Homosexuelle richteten, etwa 2020 in Dresden mit einem Toten.
Die Ohnmacht der Behörden
Seit dem Anschlag von Berlin wird viel über das Jugendstrafrecht diskutiert, auf dessen Grundlage der Täter verurteilt wurde, nachdem er aus dem Libanon zurückgekommen war. Unions-Politiker*innen fordern, auch bei heranwachsenden Gefährdern immer das Erwachsenenstrafrecht anzuwenden. Wäre das bei B. der Fall gewesen, hätte er wohl länger in Haft gemusst – aber freigekommen wäre er irgendwann trotzdem. Er hätte den Anschlag ein Jahr später verüben können.
Das eigentliche Problem ist ein anderes: Wie geht man mit Personen um, die gefährlich sind, aber sich keiner konkreten Gewaltpläne überführen lassen? Es ist ja nicht so, dass die Behörden B. nach seiner Freilassung aus den Augen verloren hätten. Er wurde als Gefährder erkannt und observiert.
Nur stellten die Behörden die Liveüberwachung nach einigen Tagen wie-



Queers als Ziel: T-Shirt mit humanistischer Botschaft beim CSD-Gedenken in Berlin ...

Bevor es zum islamistischen Anschlag auf den Berliner CSD kam, ging viel schief. Puzzelstücke einer Katastrophe

der ein, weil nichts besonders Auffälliges zu beobachten war. Ein tödlicher Fehler, wie man heute weiß.
Ein Vorschlag lautet nun, Gefährder konsequent in Präventivhaft zu nehmen. Prinzipiell ist das schon jetzt möglich, die Regeln sind aber regional unterschiedlich. In Berlin etwa sind maximal sieben Tage Präventivhaft möglich, in Bayern zwei Monate. Dies bundesweit anzugleichen und das Limit zu erhöhen, wie Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) es angekündigt hat, könnte sinnvoll sein. Gleichzeitig bleibt Präventivhaft heikel, immerhin wird hier jemand eingesperrt, ohne etwas getan zu haben. In einem Rechtsstaat kann das unmöglich ein Dauerzustand sein. Früher oder später wird auch in Zukunft jeder Gefährder wieder freikommen.
Auch die von Dobrindt angekündigten elektronischen Fußfesseln für Gefährder sind schon jetzt möglich, werden bisher aber kaum angewendet. Sie dürften ebenfalls einen positiven Effekt haben. Wenn die Behörden alarmiert werden, sobald sich ein Gefährder einem Großereignis nähert, könnte das Leben retten.
Die Grenzen der Sozialarbeit
Die Lücken, die es im polizeilichen Umgang mit Gefährdern gibt, sollen oft Deradikalisierungsprojekte schließen. Wer nicht wegen konkreter Gewaltpläne verurteilt werden kann und das Maximum an Präventivhaft vielleicht schon abgesessen hat, dem können vielleicht Sozialarbeiter*innen beikommen, so die Logik. Aber auch das funktioniert nicht immer.
Nach seiner Rückkehr aus dem Libanon wurde Abdul B. 2025 zur Teilnahme an einem solchen Programm verurteilt. Zweimal war er anschließend bei Treffen mit Sozialarbeiter*innen und Psycholog*innen des Violence Prevention Network (VPN). Das dritte Treffen hätte am Montag nach dem CSD stattfinden sollen.
So oder so hätte das VPN die weitere Arbeit mit B. aber wohl abgelehnt, wie

Geschäftsführer Thomas Mücke nach der Tat sagte. B. habe in den Gesprächen eine Fassade aufgebaut und gesagt, was er sagen zu müssen glaubte, um für ungefährlich gehalten zu werden. „Überkorrekt, überfreundlich, aber undurchschaubar“, beschrieb ihn Mücke. Mit solch manipulativen Personen funktioniert Deradikalisierungsarbeit nicht.
Effektiver ist es ohnehin, Radikalisierung vorab zu verhindern, etwa durch Bildungsprojekte an Schulen oder Aufklärungskampagnen im Internet. Aktuell müssen aber viele Projekte, um ihre Finanzierung fürchten, weil die Bundesregierung das Förderprogramm „Demokratie leben!“ umbaut.
Die Lücke im Sicherheitssystem
Autos und Lastwagen sind inzwischen gängige Mittel islamistischer Anschläge. Blaupause für Täter ist dabei der Anschlag im französischen Nizza 2016, bei dem ein Islamist auf der Uferpromenade 86 Menschen mit einem Lkw totfuhr. Seitdem lässt sich das Muster auch in Deutschland immer wieder beobachten: ob beim Anschlag auf den Weihnachtsmarkt auf dem Berliner Breitscheidplatz im selben Jahr oder beim Angriff auf einen Demonstrationsszug in München 2025. Und nun eben wieder in Berlin.
Dabei gab es ein Sicherheitskonzept. „Zufahrtsschutzmaßnahmen“ nennt die Polizei den Ring aus Absperrgittern und Betonpollern. Wie genau B. trotzdem seinen Weg fand, war bis Redaktionsschluss noch nicht geklärt. Am Tag nach der Tat waren an der fraglichen Stelle schlicht gar keine Betonpoller zu sehen. *Bild* berichtete später, die Polizei habe zur Tatzeit bereits damit begonnen, die Barrikaden abzubauen.
Zur Wahrheit gehört aber wohl auch: Lässt sich ein Weihnachtsmarkt in einer Innenstadt mit wenigen Zufahrtsstraßen noch einigermaßen ariegeln, wird das ungleich schwieriger bei einem riesigen offenen Park wie dem Berliner Tiergarten. Der Täter fand seine Lücke.
medien 37



... und Blumen, viele Blumen Fotos: Michael Danner/laif

„Wir müssen als Community zusammenhalten“

Die Dübener Heide hat mich politisiert. Dort, in Sachsen-Anhalt, bin ich als trans Frau aufgewachsen. Mittlerweile bin ich vor allem auf Social Media aktiv und war in den vergangenen Jahren viel auf CSDs unterwegs: Bautzen, Sonneberg, Wittenberg, Rostock. Auf ländlichen CSDs ist die Stimmung angespannter und gemeinschaftlicher zugleich.

Schon wegen der Gegendemonstrationen, die es fast immer gibt, fährt man mit einer Grundanspannung hin. Glücklicherweise löst sie sich ganz oft über den Tag hinweg auf, weil man mit vielen queeren Menschen und auch vielen Allys zusammenkommt. Bei CSDs auf dem Land gibt es mehr wirkliche Begegnungen, man kommt leichter ins Gespräch als auf denen in großen Städten. Da merkt man ein Communitygefühl, einen krassen Zusammenhalt. Aber spätestens auf der

Rückreise ist die Anspannung wieder zurück. Muss ich allein zum Bahnhof? Sitzen Faschos mit im Zug? Auf solchen CSDs ziehe ich Sneaker statt hoher Schuhe an, um im Zweifelsfall gut weglaufen zu können.

Der Anschlag auf den Berliner CSD ist für mich immer noch surreal. Davor durfte ich dort die Eröffnungsrede halten. Meine ersten Worte lauteten: „Deutschland ist kein sicheres Land – für mich nicht, denn ich bin trans.“ Keine Festrede. Ich spreche auf CSDs schon lange über Sicherheit. Und die Debatte darüber müssen wir nach dem Anschlag verstärkt führen. Allerdings nicht über eine Verschärfung des Strafrechts oder härtere Abschieberegeln. Ich meine nicht die aktuelle Law-and-Order-Debatte, die zu viel Rassismus reproduziert.

Über Islamismus sprechen ist wichtig, löst aber nur einen Teil des Sicherheitsproblems queerer Menschen. Mir geht es um verbale Aus-

fälle der Regierung, um die gekürzte Förderung des queeren Jugendnetzwerks Lambda, um die Streichung des Aktionsplans „Queer leben“, um die mangelnde Gesundheitsversorgung von queeren Menschen.

Jetzt kommt es darauf an, dass wir als Community zusammenhalten und weiter Druck auf die Bundesregierung machen – indem wir weiter auf CSDs gehen, strukturelle Probleme thematisieren und ihre Lösung forcieren. Ich glaube, viele queere Menschen in Deutschland haben gerade Sorgen und Angst, vor allem jüngere. Allys sollten für sie da sein, mit ihnen darüber reden. Und außerdem sollten sie ihren Arsch hochkriegen: queerfeindliche Witze nicht nur weglächeln, sondern dagegen den Mund aufmachen.

Luna Möbius, 26, ist queere Aktivistin und Content-Creatorin. Sie hielt beim CSD Berlin die Eröffnungsrede.

„Es kommt auch auf alle anderen an“

Seit 1990 bin ich beim Rat-&-Tat-Zentrum in Bremen aktiv, einer Art Interessenvertretung für queere Menschen. Als Vorstand organisiere ich viel, aber besonders gern mache ich das Vereinscafé; im Laufe der Jahre habe ich dafür sicher ein paar Tausend Kuchen gebacken. Natürlich geht es nicht in erster Linie um Kaffee und Kuchen. Das Café ist ein Anlaufpunkt – manche wollen wissen, wo man Leute trifft, andere haben persönliche Fragen.

Als ich Samstagabend ferngesehen habe, kam ein Laufband ins Bild: „Anschlag auf den CSD.“ Ich war entsetzt. In den öffentlichen Statements hieß es danach, der Anschlag sei ein Angriff auf unsere freiheitliche Gesellschaft. Die queere Community wurde kaum erwähnt. Aber es ist vor allem ein Angriff auf uns! Auf unser Leben. Wenn ich die Emotionen jetzt zulasse, kommt alles wieder hoch; ich merke, dass meine Augen feucht werden.

Am nächsten Nachmittag hatten wir unser Sonntagscafé. Jemand hatte dazu aufgerufen, sich dort zu treffen, damit wir den Tag gemeinsam tragen. Eine ganze Reihe Menschen sind gekommen.

In der queeren Community kommt es jetzt auf Zusammenhalt an. Teilweise hat sich etwas Bequemlichkeit eingestellt. Man hat so viele Rechte bekommen. „Warum macht ihr überhaupt noch CSD?“ wird gefragt. Ja, jetzt sieht man wieder, warum es ihn noch gibt.

In meiner Erinnerung waren die Neunziger in vielem offener, als es heute der Fall ist. Ich war als Lehrer in der Schule schwul geoutet – das war kein Problem. In meiner Arbeit für Rat & Tat aber habe ich Hass abbekommen. Ab Anfang der 2000er gibt es regelmäßige Angriffe auf das Haus; Menschen, die hineingehen, werden beleidigt oder bedroht. Jede Menge Schreiben mit Mord- und Bombendrohungen sind uns schon ins Haus geflattert.

Es gibt Entwicklungen, die gegen uns arbeiten. Queeres Leben wird wieder aus dem Diskurs gedrängt. Das Wort queer kommt im Koalitionsvertrag überhaupt nicht vor. Und Bildungsministerin Karin Prien hat gerade wichtige Fördergelder, etwa für die Jugendarbeit, gestrichen. Wir können unsere Arbeit nicht einstellen, nicht aus Bequemlichkeit und nicht aus Angst. Das Rat-&-Tat-Zentrum musste in 44 Jahren viel erleben. Wir sind standfest geblieben. Es gibt immer diesen Effekt: Jetzt erst recht.

Ich denke, das wird sich am 22. August auch auf dem CSD in Bremen zeigen. 2025 waren wir 29.000 Menschen, ich kann mir vorstellen, dass wir das dieses Jahr toppen. Wir versuchen natürlich, die eigenen Leute zu aktivieren. Aber es kommt auch auf alle anderen an. Wir müssen jetzt zusammenhalten. Wir müssen da sein.

Reiner Neumann, 75, ist schwuler pensionierter Lehrer und Vorstand des Rat-&-Tat-Zentrums in Bremen.

Da sein, widerständig bleiben

Vier queerpolitisch Aktive sagen, worauf es jetzt ankommt – auf der Straße, im Netz, in der Nachbarschaft

Protokolle **Amira Klute**, **David Muschenich** und **Lotta Drügemöller**

„Wir wünschen uns Solidarität und Differenzierung“

Gerade geht es mir gut, und ich habe viel damit zu tun, unseren Wagen auf dem Hamburger CSD vorzubereiten. Als ich vom Anschlag in Berlin hörte, ging es mir schlecht. Weil ein Mensch gestorben ist und viele verletzt wurden und weil mir noch einmal bewusst wurde, dass wir als queere Menschen wirklich in Gefahr sind.

Ich bin schon lange queerpolitisch aktiv. Ich kann nur für mich sprechen, aber ich denke, dass es genau jetzt wichtig ist, am Wochenende in Hamburg zum CSD zu gehen. Dieses Jahr organisieren wir als intersektionale politische Gruppe Rainbow Resistance einen Wagen. Wir sind queere Geflüchtete, migrantisierte Menschen, Menschen mit Behinderung und weiße linke Aktivist*innen. Einige waren vorher bei der Initiative Queer Refugee Support. Wir haben uns jetzt zusammengefunden, weil wir finden, dass es für uns auf dem CSD sonst keinen Platz gibt.

Ich habe zwar keine Angst vor einem Anschlag auf den CSD, aber vor dem Rassismus der Teilnehmenden und Zuschauenden. Unser Wagen wird voll sein mit Schwarzen Menschen, Queers of Colour und Geflüchteten, von denen viele nach dem Anschlag und den rassistischen Debatten über den Täter gefährdet sind, mehr Gewalt zu erfahren.

Wir haben schon früher Rassismus auf dem CSD erlebt. 2019 hat der Generator auf unserem Wagen gebrannt. Das war

eine total schwierige Situation, die Feuerwehr konnte uns nicht so schnell erreichen. Wir haben versucht, Menschen auf Abstand zum Wagen zu halten, wir hatten Sorge, dass etwas explodiert. Die Leute wollten aber weiterlaufen, sie wollten feiern und waren aggressiv. Wir haben alles Mögliche abbekommen, etwa: „Geh zurück in dein Land!“ Im nächsten Jahr waren wir wieder da und hatten Flammen ausgedrückt, die wir auf unseren Wagen geklebt haben.

Dieses Jahr haben wir ein Awareness-team und werden politische Redebeiträge von Queers aus Iran und Südamerika abspielen sowie Rap auf Persisch. Solche Inhalte haben auf dem CSD sonst keinen Platz. Wir werden auch etwas zum Anschlag sagen. Für mich gründen die Ideologie der extremen Rechten wie der AfD und die des Islamismus auf gleichen Prinzipien: alles, was anders ist, abzuwerten, zu entrechten und anzugreifen.

Von der Gesellschaft und der queeren Szene wünschen wir uns jetzt Solidarität und Differenzierung. Es gibt sehr viele muslimische Menschen, die Islamismus ablehnen. Und es gibt auch viele Muslim*innen, die selber queer sind und Queerfeindlichkeit erfahren. Wir haben Angriffe wie diesen schon früher erlebt, aber wir bleiben widerständig.

Carmen, 38, ist nonbinär, Person of Colour, Aktivist*in in Hamburg und Mitgründer*in von Rainbow Resistance.

„Das vermeintlich Andere ist unsere größte Kraft“

Seit dem Anschlag geht es mir sehr schlecht. Ich weine die ganze Zeit. Ich fühle eine große Erschöpfung, die aus Wut resultiert. Und ein unheimlich großes Mitgefühl gegenüber den Opfern. Beim Berliner CSD war ich auf dem Wagen der Linken mit meinem Partner, der an dem Tag Geburtstag hatte, und mit meiner Mutti. Ich habe mich sehr sicher gefühlt, die Stimmung war ausgelassen. Jetzt fühlt es sich an, als hätte man uns mit einem großen Messer aufgeschlitzt. Ich versuche zu heilen, aber ich weiß noch nicht, wie.

Ich beobachte die mediale Berichterstattung mit großer Aufmerksamkeit. Mir ist wichtig, dass wir gerade jetzt sehr sorgfältig unterscheiden und niemanden vorschnell einer ganzen Gruppe zuordnen. Es geht darum, präzise zu beschreiben, was passiert ist, und Verantwortung dort zu benennen, wo sie hingehört: bei den Täter*innen, nicht bei Millionen Menschen, die einer Religion oder Community angehören.

Gerade in einer aufgeheizten Situation tragen Medien eine besondere Verantwortung, nicht unbeabsichtigt Narrative zu verstärken, die Menschen gegeneinander ausspielen. Denn wir wissen aus der deutschen Geschichte, wohin es führt, wenn Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Gruppe stigmatisiert werden. Diese Geschichte verpflichtet uns zu besonderer Sorgfalt.

Was mir jetzt helfen würde, wäre, gemeinsam auf die Straße zu gehen, wie wir es nach anderen Anschlägen erlebt haben. Ich vermisse in Köln ein sichtbares Zeichen der Solidarität. Damit meine ich uns alle: die breite Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Vereine, Reli-

gionsgemeinschaften, Nachbarschaften, queere und nichtqueere Menschen gleichermaßen. Ich wünsche mir, dass wir nicht darauf warten, dass Betroffene allein laut werden. Ich bin wütend über politische Doppelmoral, aber genauso über das allgemeine Schweigen und darüber, dass Solidarität meist von denjenigen erwartet wird, die selbst angegriffen werden.

Menschen glauben oft, dass wir Betroffenen ja schon auf die Straße gehen. Sie folgen mir auf Instagram, weil sie Bildungsarbeit zu Rassismus, zu Queer- und Frauenfeindlichkeit erwarten. Aber was wäre, wenn ich diese Bildungsarbeit morgen nicht mehr machen würde? Würden andere Verantwortung übernehmen? Würden sie ihre Stimme erheben?

8 bis 10 Prozent der Menschen in diesem Land sind queer – das ist keine kleine Gruppe. Aber wir sind eben nicht nur queer. Wir sind Söhne, Töchter, Nichten, Neffen, Freund*innen, Kolleg*innen und Nachbar*innen. Deshalb betrifft ein Angriff auf uns die gesamte Gesellschaft. Wo ist die breitere Zivilgesellschaft? Warum gehen wir nicht gemeinsam auf die Straße? Wo seid ihr?

Die Vielfalt dieses Landes ist die Aufgabe von uns allen. Was uns unterscheidet, das vermeintlich Andere, ist unsere größte Kraft. Der Kampf gegen Faschismus, Rassismus, Islamismus, Queerfeindlichkeit und Behindertenfeindlichkeit macht uns zu Geschwistern. Wir müssen uns auf einen gemeinsamen Konsens besinnen: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Gianni Jovanovic, 48, ist schwuler Opa, Autor, Künstler und macht Bildungsarbeit, unter anderem auf Social Media.



Der Neue bei der Amtsübergabe
Foto: Christoph Soeder/dpa

Viel Freude, viele Baustellen

Steffen Bilger, zuletzt Geschäftsführer der Union im Bundestag, wird Verkehrsminister. Immerhin hat er verkehrspolitische Erfahrung. Was ihn sonst noch ausmacht – und was ihn erwartet

Aus Berlin **Nanja Boenisch** und **Anja Krüger**

Steffen Bilger strahlt wie jemand, der den Hauptgewinn im Lotto gewonnen hat. Der CDU-Mann aus Baden-Württemberg wird Bundesverkehrsminister, zuletzt war er Parlamentarischer Geschäftsführer der Union im Bundestag. Als er am Mittwoch gegen Mittag das Ministerium an der Berliner Invalidenstraße betritt, steht die Amtsübergabe mit Patrick Schnieder kurz bevor. Auf einem Tisch rechts der Bühne im Ministerium liegen schon die Geschenke für den alten und den neuen Minister. Bilger bekommt einen Schutzhelm und eine Warnweste – für die Baustellen, die ihn erwarten.

„Die für den Verkehr vorhandenen Mittel müssen ankommen“

Steffen Bilger, CDU

Den Auftrag des Kanzlers nehme er sehr ernst, sagt Steffen Bilger, 47, beim Amtsantritt. „Die für den Verkehr vorhandenen Mittel müssen ankommen“, die Sanierung der Verkehrswege müsse schneller gehen. Er wolle Infrastruktur, Mobilitätsbedürfnisse der Menschen und Klima in Einklang bringen. Dabei trat Bilger bislang für vieles ein, was Klimaexpert:innen ablehnen. Schon mit 17 Jahren trat er der CDU bei, machte Karriere in Schüler-Union und Junger Union. Seit 2009 sitzt er, stets direkt gewählt, für den Wahlkreis Ludwigsburg im Bundestag. Neun Jahre lang gehörte er dem Verkehrsausschuss an, von 2018 bis 2021 war er Staatssekretär im Verkehrsministerium unter CSU-Minister Andreas Scheuer. Bilger, Volljurist, gilt als industrienah. In seiner Heimat Nordwürttemberg pflegt die CDU enge Kontakte zur Auto-

mobilwirtschaft. Bilger wirbt für Verbrenner und E-Fuels. Erst als Abgeordneter, später als Staatssekretär schob er das Prestigeprojekt Stuttgart 21 kräftig an – trotz explodierender Kosten und jahrelanger Verspätung. In seine Zeit als Staatssekretär fällt auch die gescheiterte Pkw-Maut für Ausländer:innen, die den Staat Hunderte Millionen an Entschädigung gekostet hat. Das kehrt er bei der Amtsübergabe nicht unter den Teppich. Die Maut war eine von vielen Herausforderungen damals, sagt er, neben dem Dieselskandal und der Coronapandemie.

Auch die Herausforderungen, die jetzt auf Bilger warten, sind groß. Viele Brücken, Straßen, Schienen und Wasserstraßen sind nicht mehr intakt. Trotz des Sondervermögens wird zu wenig saniert. Die Deutsche Bahn kämpft mit maroden Gleisen und verworrenen Konzernstrukturen. Vorgänger Schnieder lieferte zudem wenig Zählbares für den Radverkehr. Die Autoindustrie muss transformiert, der Straßenverkehr weiter elektrifiziert, der Autoverkehr reduziert werden. Ob Bilger das auch so sieht? Er wolle den Menschen nicht vorschreiben, „wie sie unterwegs zu sein haben“, sagt er am Mittwoch. Kündigt aber „weitreichende Entscheidungen“ an.

Dabei war er nur die zweite Wahl des Kanzlers. Nachdem Friedrich Merz überraschend Patrick Schnieder infrage gestellt hatte, sein Wunschkandidat Fritz Güntzler den Posten aber ablehnte, gewann der Kanzler Bilger. „Ich freue mich wirklich, dass es dich getroffen hat“, sagt Schnieder in seiner letzten Rede als Minister, an Bilger gewandt. Ihm ist anzusehen, wie schwer ihm das Ausscheiden fällt. Noch immer ist nicht genau bekannt, warum Merz ihn schasste. Bilger ist dennoch anzusehen, die ganze Übergabe hindurch, bis er in seinen Dienstwagen steigt, wie sehr er sich freut.

Das bisschen Gesundheit

Wer ist eigentlich auf die geniale Idee gekommen, schon wieder einen Fachfremden an die Spitze des Gesundheitsministeriums zu stellen?! Was dort eigentlich zu tun wäre

Aus Berlin **Manuela Heim**

Bevor wir uns der Personale des neuen Gesundheitsministers zuwenden, betrachten wir doch kurz die Gesundheitspolitik der letzten Jahre: Im Sommer 2024 stand die Ampel noch halbwegs im Saft und Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) versuchte der Erkenntnis, dass es mit dem deutschen Gesundheitssystem nicht zum Besten steht, mit einer Flut von Gesetzesvorhaben zu entsprechen. Der Workaholic hatte da schon fast 20 Jahre Gesundheitspolitik auf dem Buckel – was hilfreich war für das Navigieren durch eines der dichtesten und kompliziertesten Politikfelder überhaupt.

Sein politisches Verhandlungsgeschick galt als nicht ganz so umfassend. Aber dass Lauterbach am Ende auf einem Teil seiner Reformvorhaben sitzen blieb, hatte damit wenig zu tun. Ende 2024, zehn Monate vor der Zeit, war Schluss – Ampelbruch. Die lang verhandelte Krankenhausfinanzierungsreform ging mit einem Ächzen noch durch Bundestag und Bundesrat. Die ebenso dringliche Reform der Notfallversorgung zum Beispiel schaffte diese letzten Hürden nicht mehr.

Die Zeit zwischen Bruch der Ampel und der Amtsübernahme durch die neue Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) im Mai 2025 bedeutete naturgemäß überwiegend politischen Stillstand. Dass Warken, die eigentlich eher in Politikbereichen wie innere Sicherheit und Recht zu Hause war, dann eine gewisse Einarbeitungszeit brauchte, um sich in den Begrifflichkeiten und Regularien des Gesundheitswesens nicht mehr zu verhaspeln – *fair enough*.

Das bedeutete aber auch: Ein knappes Jahr passierte erst einmal nicht viel. Außer, dass War-



Will sich erst mal einarbeiten: Carsten Linnemann
Foto: Christian Mang/reuters

ken mit kurzfristigen Sparmaßnahmen versuchte, ihr Versprechen zu halten, dass die Krankenkassenbeiträge für gesetzlich Versicherte nicht weitersteigen (was sie dann aber doch taten). Und, dass sie Geld

Jetzt wäre aber wirklich die Zeit für die eigentlich benötigten strukturellen Reformen

mit der Gießkanne an die Krankenhäuser verteilte, die ohne strukturelle Reformen immer weiter in die Miese rutschen.

Aber hätte nicht die von der Ampel noch durchgebrachte Krankenhausreform bald gegriffen? Hätte, hätte – im März 2026 wurde als erste größere Amts-

handlung Warkens die Krankenhausreform derart mit Ausnahmen und Fristverlängerungen ausgestattet, dass ihre Wirkung nach hinten verschoben und abgeschwächt, manche sagen auch faktisch ausgehebelt wird.

Als Warkens bisheriges Glanzstück betrachtet die CDU aber das gern als Krankenkassenreform bezeichnete Sparpaket, das die Kassenbeiträge nun wirklich stabilisieren soll – zumindest für zwei Jahre. Am letzten Tag vor der parlamentarischen Sommerpause passierte es Bundestag und Bundesrat. Um die Bundesländer ins Boot zu bekommen, gab Warken nochmals die Zusage, den Krankenhäusern mit ein paar Hundert Millionen unter die Arme zu greifen – wieder mit der Gießkanne.

So. Und jetzt wäre dann aber wirklich die Zeit für die eigentlich benötigten strukturellen Reformen: die der Pflegeversicherung, der Notfall-

und ambulante Versorgung, der Digitalisierung und des Bürokratieabbaus im Gesundheitswesen – alles grundlegende Reformen der Krankenkassenfinanzierung, um nur die allerdrängendsten zu nennen.

Man kann aber natürlich auch einfach noch mal einen Personalwechsel machen. Statt der gerade halbwegs eingearbeiteten Nina Warken, die nun ins Kanzleramt wechselt, noch mal alles auf null setzen mit einem in diesem Politikfeld unbedeckten Carsten Linnemann, bisher CDU-Generalsekretär und Fraktionsvize. Und um konsequent zu bleiben, darf der erfahrenste CDU-Gesundheitspolitiker im Ministerium, der bisherige Staatssekretär Tino Sorge, auch gleich sein Büro räumen und wird durch eine Kollegin aus dem Kanzleramt ersetzt, die sich gerade erst im Bereich Sportpolitik eingearbeitet hatte.

Was uns mit dieser Neubesetzung erwartet? Die Interessenverbände der Krankenhäuser und niedergelassenen Ärzt*innen, Pharmaindustrie und Pflegeheimbetreiber*innen schlagen jedenfalls in ihren Glückwünschen Töne an, die sie bei dem als stramm wirtschaftsliberal geltenden Linnemann offenbar für vielversprechend halten. Vom Wirtschaftsfaktor Gesundheitswesen, signifikant guten Kennzahlen und unternehmerischem Realismus ist da die Rede.

Carsten Linnemann selbst hatte es vor einem Jahr als absurd erklärt, jemanden wie ihn zum Gesundheitsminister zu machen. Jetzt sei die Situation freilich eine ganz andere. Einarbeiten müsse er sich aber schon erst mal, bevor er – so sein politisches Credo – „einfach mal machen“ kann. Einfach machen wird es ihm in der Gesundheitspolitik allerdings gewiss niemand.

Nur die Sonne war Zeuge



Man muss genau hinsehen, um den tödlichen Angriff auf diesem Bild zu entdecken. Zum dritten Mal in kurzer Frist hat Russland ein ziviles Schiff im Schwarzen Meer attackiert. Diesmal ein unbemanntes. Zuvor waren auf der „Golden Lion“ zehn Seeleute gestorben: aus der Ukraine, aus Indien und Syrien. Hier beobachteten Spazierende nahe Odessa den brennenden Frachter. Foto: Nina Liashok/NurPhoto/imago



Die spanische Provinz Ávila am 25. Juli: Während die Feuerwehreute die Brände bekämpfen, werden die Ortschaften evakuiert Foto: Diego Radames/AA/afp

„Du schlägst auf Flammen ein und plötzlich sind sie über dir“

In Zentralspanien haben Brände 80.000 Hektar Land verkohlt – darunter den botanischen Garten von Axel Mahlau. Nur die Löschkapazitäten auszubauen, wird das Problem nicht lösen

Aus Madrid **Reiner Wandler**

Alles sei abgebrannt, sagt Axel Mahlau traurig. Wo bis vor wenigen Tagen sein Lebensprojekt grünte, ist jetzt alles schwarz. Hier und da steigen aus dem verkohlten Boden Rauchsäulen auf.

Der Deutsch-Spanier Mahlau, 70, wurde in Spanien geboren und pflegt im Tal des Flusses Tiétar in der Provinz Ávila einen botanischen Garten. Beziehungsweise pflegte. „Neun Hektar, 1.700 verschiedene Pflanzen“, erzählt der pensionierte Lehrer, der nach einer Woche der Evakuierung wieder zurück auf seinem Grundstück ist. Statt wie viele seiner Nachbarn in einer Massenunterkunft, kam er in dieser Zeit bei Familienangehörigen in einem Vorort der Hauptstadt Madrid unter.

Der jetzt verbrannte botanische Garten begann mit Pflanzen, die Mahlaus Vater in den 1950er Jahren von seinen Reisen mitgebracht hatte, Mahlau und sein Bruder pflegten ihn weiter. „Seit meiner Pensionierung vor drei Jahren kümmerte ich mich intensiv darum“, sagt Mahlau. Dann kam das Feuer und verschlang alles.

La Adrada, rund anderthalb Autostunden westlich von Madrid, ist mit seinen 2.800 Einwohnern einer der Orte, die am härtesten heimgesucht wurden vom mittlerweile größten Waldbrand in Spaniens Geschichte. Mitte Juli hatte ein Arbeiter im Auftrag der örtlichen Viehzüchter ganz in der Nähe mit einer schweren Landmaschine einen Weg gebahnt, obwohl solche Arbeiten derzeit eigentlich strikt verboten sind. Eben wegen der Brandgefahr. Die Maschine schlug Funken. Das Feuer war schon kurz darauf nicht mehr einzudämmen und breitete sich nach Osten aus, später dann auch nach Süden über die 2.000 Meter hohen Berge ins Tiétar-Tal.

90.000 Menschen evakuiert

Ein zweites Feuer entstand durch ein in Brand geratenes Auto in San Martín de Valdeiglesias in der Provinz Madrid, 25 Kilometer östlich von La Adrada. Auch hier brannten bereits Wald und Wiesen, als die Feuerwehr kurz darauf ankam. Zusammen mit einem dritten Brand in Almorox in Toledo sind die Feuer mittlerweile fast zu einem verschmolzen und haben schon über 80.000 Hektar verwüstet. Das ist beinahe die Fläche des Landes Berlin.

Die Zentralregierung in Madrid rief den nationalen Notstand aus und übernahm die Koordinierung der Löscharbeiten. 90.000 Menschen haben die Behörden evakuiert. Jene, die schon zurück dürfen, finden Dörfer mitten in einer schwarzen Wüste vor.

Das ist auch bei Axel Mahlau so. Immerhin stehen die beiden Gebäude am Garten noch. „Meine Bücher, Musik, Bilder und all die Familienfotos haben überlebt“, tröstet er sich. „Bevor wir gingen, haben wir die Tiere – Esel, Schweine, Ziegen und Pfauen – freigelassen“, sagt Mahlau. Er hat sie lebendig wiedergefunden. Zum Glück. Doch der botanische Garten ist zerstört. Ob er ihn wieder aufbaut, weiß er noch nicht. Zuerst müsse er untersuchen, ob die Bewässerungsanlagen zu reparieren sind und abwarten, welche Pflanzen wieder austreiben.

„Das ist das gleiche Phänomen wie bei der Bombardierung in Dresden“

Serafín González Prieto, Waldbrandexperte

Nicht alle hier folgten den Anweisungen zu gehen. Javier Cuerva ist einer der rund 150 Einwohner von La Adrada, die blieben, um dem Feuer die Stirn zu bieten. „Als die Nachricht kam, dass im Nachbartal ein Brand ausgebrochen ist, kam es mir nicht in den Sinn, dass uns das direkt betreffen könnte“, sagt der 55-Jährige. Er arbeitet bei einer Telekommunikationsfirma. Doch dann waren die Flammen plötzlich auf dem über 2.000 Meter hohen Bergkamm zu sehen. „Der Wind trieb die Flammen runter, in unsere Richtung“, sagt Cuerva. Erst brannten die Wiesen oben um die Gipfel, dann die Gestrüpplandschaft darunter und schließlich erfassten die Flammen den Wald, dann die Felder und Dörfer. „Ein Polizeihubschrauber wies uns per Lautsprecher an, zu packen und zu gehen“, sagt Cuerva. Er weigerte sich und blieb, um zu löschen. Es war schließlich nicht das erste Feuer, das er miterlebte.

Doch was dann kam, übertraf alles: „Eine Nacht in der Hölle“. Die Flammen, die Hitze, der Rauch. Cuerva, der mit anderen versuchte,

das Feuer zu stoppen, wird diese Eindrücke wohl nie vergessen. „Du schlägst auf Flammen am Boden ein und plötzlich sind sie über dir in den Baumkronen 30 Meter, 40 Meter hoch“, sagt er. Anders als in den noch stärker betroffenen Nachbarorten blieb La Adrada selbst verschont. Nur die Fincas am Rand sind betroffen. Javier Cuerva und die selbstorganisierten Brandwachen ziehen noch immer Tag für Tag in die Berge, um immer wieder aufflammende Brandherde zu löschen und vorsorglich heiße Punkte abzukühlen. „Ich habe seit meiner Kindheit wirklich viel gesehen, aber so ein großer Brand – das ist neu“, sagt er.

Auch Miquel Zurita aus Cebreros, anderthalb Autostunden nordöstlich von La Adrada, ist überrascht vom Ausmaß der Katastrophe. „Der letzte Brand vor einigen Jahren war schon ungewöhnlich groß und aggressiv, aber das jetzt stellt alles in den Schatten“, sagt Zurita, der trotz seiner 70 Jahre noch immer in der Schulbehörde in der Hauptstadtregion Madrid arbeitet. Er war einer der letzten, der noch selbständig aus Cebreros weg kam, bevor die Landstraße geschlossen wurde. „Ich fühlte mich immer privilegiert. Mein schönes Haus, die Natur rundherum. Auf einen Schlag ist das alles nichts mehr wert“, sagt er. Zwar blieb die luxuriöse Siedlung Calas de Guisando am Stausee San Juan verschont, doch das Umland nicht.

„Jetzt ist alles schwarz, unsere Siedlung ist wie eine Insel“, sagt Zurita, der schon zum zweiten Mal in wenigen Jahren einen derartigen Verlust erlebt. Vor vier Jahren brannte es auf der anderen Seite von Cebreros. Die Wälder, in denen Zurita seine Kindheit verbracht hatte, fielen den Flammen zum Opfer. Und jetzt ist das, was damals verschont blieb, verbrannt. Darunter auch Wälder, die nach früheren Bränden wieder aufgeforstet wurden und seit Jahrzehnten herangewachsen sind.

„Machtlosigkeit“, sei es, was Miquel Zurita fühle. Die Behörden hätten den Wald vernachlässigt und es fehle an Löschkapazität, vor allem an Flugzeugen, ist er sich sicher. Außerdem müsste wieder mehr Weidewirtschaft betrieben werden, damit zumindest grasende Tiere die Landschaft frei halten, wenn es die Menschen schon nicht tun.

Was die Bewohner auf dem spanischen Land seit Jahren beobach-

ten, untersucht Serafín González Prieto wissenschaftlich: „Seit mehreren Jahren wird es immer heißer und trockener. Die Vegetation fängt beim geringsten Anlass Feuer, das immer schwerer zu löschen ist“, sagt der Waldbrandexperte des Spanischen Rates für wissenschaftliche Forschung.

Es weiden zu wenig Tiere

González macht dafür mehrere Gründe aus. Die Abwanderung der Bevölkerung führe zum unkontrollierten Bewuchs von Flächen, die einst Äcker und Felder waren. Immer weniger Tiere weideten frei. Mosaiklandschaft heißt die ursprüngliche Mischung aus Äckern, Feldern, Gärten und Waldstücken rund um die Dörfer, die längst verloren ist. „Sie schützte vor Bränden“, sagt González. Denn es sei einfacher, ein Feuer in einem Gemüsegarten oder Weinberg zu löschen als in dichten Hecken und 30 Meter hohen Bäumen.

„Dort wo Forstwirtschaft betrieben wird, sind es meist Monokulturen“, sagt González und verweist auf die Fichten in Zentralspanien, wo es jetzt brennt; aber auch auf Südf frankreich, wo dieser Tage die Brände 42.000 Hektar verkohlt haben.

„Außerdem ändert sich das Klima“, sagt González. Er meint damit nicht nur die Temperaturen. „Es regnet nicht weniger, sondern anders“, sagt er – mehr im Winter und im Frühjahr. Die Sommer hingegen seien viel trockener als einst. Die Folge: Die Vegetation wachse schnell und üppig und trockne dann ebenso schnell. „Es entsteht eine Landschaft aus ununterbrochener trockener Biomasse.“ Und wenn es brenne, dann richtig. González spricht auch vom Kamineffekt. Das Feuer ziehe allen Sauerstoff rundherum an und erzeuge so eigene Winde, Stürme und sogar Gewitter. „Das ist das gleiche Phänomen wie bei der Bombardierung in Dresden oder in Coventry im Zweiten Weltkrieg.“

„Wir müssen uns an den Klimawandel anpassen, statt ihn zu leugnen“, sagt González. Die Löschkapazitäten auszubauen, das alleine sei keine Lösung des Problems.

In den ersten sieben Monaten dieses Jahres ist in Spanien sechsmal so viel Fläche abgebrannt wie im gleichen Zeitraum 2025. Zehn Waldbrände wüten gerade im Land. Und der Sommer ist noch lange nicht vorbei.

gesten der macht

Nicht nur eine Frage des Stils

Machtpolitisch sei der Rücktritt von Jens Spahn ein echter Glücksfall für Friedrich Merz, da waren sich viele vor Kurzem noch sicher. Ohne unwürdigen Machtkampf einen Konkurrenten loswerden zu können, das ist eine Steilvorlage zur Machtsicherung. Aber es kommt halt darauf an, was man dann daraus macht.

Merz hat große Teile seiner Partei verprellt und sich selbst einen gewaltigen Autoritätsverlust beschert. In nur drei Tagen. Es war fast spektakulär wie Merz, der seinen Amtsvorgänger Olaf Scholz mal als „Klempner der Macht“ bezeichnet hatte, die Personalrochade anging: Lücke aufreißen, Lücke irgendwie stopfen, Lücke aufreißen ...

Dass Merz einen Hang zum Aktionismus hat, wissen wir. Aber so? Aktionismus kann helfen, Macht zu bekommen, aber um sie zu behalten, ist Talent zum Stoischen entscheidender. Das galt zumindest für machtsstrategische Charaktere wie Helmut Kohl und Angela Merkel. Kohl wurde „Machtmensch“ genannt, Merkel „Physikerin der Macht“, Merz’ medialer Spitzname lautet „CEO“. Ein mächtiger Posten, aber ein Wort ohne Machtattribut.

Auch in der Wirtschaftswelt gilt Personalpolitik als heikles Terrain. Wird die Umbesetzung präsentiert, sollten Chef und Nachrücker selbstgewisse Zuversicht zur Schau stellen. Auf der Pressekonferenz zum Kabinettsumbau hingegen sah der neue Gesundheitsminister Carsten Linne-mann aus, als sei ihm wieder eingefallen, dass er vor 14 Monaten noch sagte: „Als Gesundheitsminister wäre ich wahrscheinlich nicht erfolgreich gewesen.“ Merz’ Problem bei diesem Termin war: Er konnte keinen neuen Verkehrsminister hervorzaubern.

Auch in der Wirtschaft sind Entlassungen unwürdig, aber oft diskreter. Und: Geschasste Topmanager können gesichtswahrend sagen, sie träumten schon lange von einer Alpakafarm. Spitzenpolitiker wie Patrick Schnieder eher nicht. Dafür ist die Demission zu öffentlich. Dass die Stimmung in der CDU wegen des Agierens von Merz in diesem Fall kippte, ist kein Zufall. Stilfragen sind in einer Partei, die sich das Adjektiv bürgerlich verpasst hat, keine Petitesse. Das wurde spätestens auf der CDU-Vorstandssitzung klar, aus der vor allem harte Kritik nach außen drang. Fürsprecher des Kanzlers waren so rar, dass man nicht mal die Serie „Borgen“ geschaut haben muss, um zu wissen: Die Lage ist ernst. Wird es still und einsam um jemanden, geht es um die Machtfrage. Merz findet sich am Ende dieser Woche in einer Partei wieder, die ihn ab jetzt kritisch begleitet und er hat eine neue Generalsekretärin, deren Vorbild Heiner Geißler ist. Das könnte ein Glücksfall für Merz sein, aber es kommt eben darauf an, was er daraus macht.

Martina Mescher



Fate-Arbeiter stehen Ende Februar auf dem Dach der Fabrik Foto: Matias Baglietto/ZUMA Press/imago

Reifen pressen, das hieß Aufstieg

Argentinien erlebt einen radikalen wirtschaftlichen Umbau. Die Geschichte einer Reifenfabrik zeigt, wer den Preis für Javier Mileis anarchokapitalistische Reformen zahlt

Aus Buenos Aires **Sophia Boddenberg**

Wenn Alejandro Assuma für Uber fährt, beginnt sein Arbeitstag meist erst dann, wenn andere Feierabend haben. Dann schiebt sich der 49-Jährige mit dem Auto durch den dichten Verkehr von Buenos Aires. Motorräder schlängeln sich zwischen den Autos hindurch, Fahrer:innen hupen. Ein Signalton aus seinem Handy kündigt die nächste Fahrt an. Assuma öffnet die Uber-App und tippt auf „Aceptar“. So erzählt er es später. Je größer die Nachfrage, desto besser die Bezahlung. Ein paar Euro bringt ihm die Fahrt umgerechnet ein.

Noch vor wenigen Monaten arbeitete Alejandro Assuma in einer Fabrik. 21 Jahre lang stellte er dort Reifen her. Er arbeitete in der Vulkanisation, dem Produktionsbereich, in dem Autoreifen unter Hitze und Druck ihre endgültige Form erhalten. Assuma bediente diese Pressen, das war harte körperliche Arbeit. Im Sommer stieg die Hitze in der Halle auf mehr als 50 Grad, dazu der Geruch von heißem Gummi. Die Maschinen laut, die Schichten lang. Aber Assuma erinnert sich gern an diese Zeit. „Die Fabrik war wie ein zweites Zuhause“, sagt er.

Die Fabrik gab Assumas Leben einen festen Rhythmus. Sie ermöglichte ihm ein Auto und die Gewissheit, dass am Monatsende ein Gehalt überwiesen wird. Sie machte ihn zum Teil der argentinischen Industriearbeiterschaft, die lange zu den bestbezahlten Beschäftigten des Landes gehörte, mit den stärksten Gewerkschaften. Auch Assuma engagierte sich in der Sutna, der Gewerkschaft der Reifenarbeiter:innen, sie gilt als eine der kämpferischsten Argentinien.

Als er im Februar 2026 nach dem Urlaub zur Arbeit erschien, war das Eingangstor seiner Reifenfabrik verschlossen. „Der Betrieb des Werks wird ab sofort eingestellt“, war auf einem Schild zu lesen. Ohne Vorwarnung erfuhren die 920 Arbeiter:innen auf diese Weise, dass sie arbeitslos waren. „Das war ein harter Schlag“, sagt Assuma zwei Monate später vor dem Tor, an dem weiterhin eine dicke Kette hängt. „Ich habe fast die Hälfte meines Lebens hier gearbeitet“, sagt er und blickt durch das Gitter auf die Fabrik.

Die Fate-Fabrik in San Fernando, etwa 30 Kilometer nördlich des Zentrums von Buenos Aires, gehört zu den traditionsreichsten Industriebetrieben Argentinien. Ihre Ursprünge reichen bis in die frühen 1940er Jahre zurück, als das Land begann, eine eigene industrielle Basis aufzubauen. In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg setzte Argentinien unter Präsident Juan Domingo Perón auf ökonomische Unabhängigkeit: Was zuvor aus Europa oder den USA eingeführt worden war, sollte künftig im eigenen Land produziert werden. Hohe Zölle und Importbeschränkungen schützten die heimische Industrie vor ausländischer Konkurrenz. In dieser Zeit entstanden Fabriken wie Fate, die über Generationen hinweg Tausenden Familien Arbeit gaben.

Mit der Industrialisierung erstarkte die argentinische Arbeiterklasse. Starke Gewerkschaften erkämpften Tarifverträge, Sozialleistungen und vergleichsweise hohe Löhne. Die Anstellung bei Fate bedeutete für viele einen Aufstieg in die Mittelschicht.

Assuma arbeitet, seit er 16 Jahre alt ist. Als sein Vater starb, musste er sich einen Job suchen. Er fing als Pizzabäcker an, dann wechselte er zu einem Schlüsseldienst. Schließlich machte er eine Ausbildung als Kältetechniker, installierte Klimaanlage und wartete Kühlschränke. Nach vielen Gelegenheitsjobs erreichte er als 28-Jähriger in der Reifenfabrik einen guten Lebensstandard. „Wir waren nie reich“, sagt er. „Aber wir konnten einmal im Jahr in den Urlaub fahren.“

Für Paula Varela, Soziologin am Conicet, dem nationalen Forschungsrat Argentinien, und Professorin an der Universität von Buenos Aires, ist die Schließung der Fate-Reifenfabrik Teil einer historischen Entwicklung. Sie spricht von einer „dritten neoliberalen Welle“ in Argentinien. Die erste begann mit der Militärdiktatur 1976, die zweite in den 1990er Jahren unter Präsident Carlos Menem, die dritte erlebe das Land heute unter Präsident Javier Milei. Varela erkennt in diesen Phasen ein wiederkehrendes Muster: die Öffnung der Wirtschaft für internationale Konkurrenz, die Stärkung des Finanzsektors und Angriffe auf die Organisationsmacht der Arbeiterbewegung. „Wenn man sich anschaut, wie die Arbeiterklasse heute angegriffen wird, findet man dieselben Elemente wie damals wieder“, sagt sie.

Javier Milei bezeichnet die Vertreter:innen der Gewerkschaften als „Diebe“, „Parasiten“ und als eine „Mafia“. Er stellt sie als privilegierte Elite dar, als eine „Kaste“, die sich auf Kosten der Arbeiter:innen bereichert. Im Februar brachte seine Regierung eine umstrittene Arbeitsmarktreform mit dem Titel „Arbeitsmodernisierung“ durchs Parlament, die die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften gezielt schwächt.

So sollen etwa betriebliche Vereinbarungen Vorrang vor nationalen Tarifverträgen erhalten, gewerkschaftliche Aktivitäten im Betrieb eingeschränkt und das Streikrecht beschnitten werden. Außerdem sollen der Kündigungsschutz

geschwächt, die Wochenarbeitszeit erhöht und Lohnzahlungen in Sachleistungen erlaubt werden.

In Deutschland wird Javier Milei von vielen liberalen Ökonom:innen als Vorbild gefeiert. Sie loben seinen radikalen Sparkurs und verweisen auf den Rückgang der Inflation und den ausgeglichenen Staatshaushalt. Aber Mileis Modell hat eine Kehrseite: Die Reallöhne sinken, die Armut steigt und Fabriken schließen.

Milei will die argentinische Wirtschaft für den internationalen Wettbewerb öffnen. Seit seinem Amtsantritt im Dezember 2023 hat die Regierung zahlreiche Importbeschränkungen gelockert und Zölle gesenkt, die heimische Produzenten jahrzehntelang vor ausländischer Konkurrenz geschützt hatten. Ziel ist es, Preise zu senken, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu erhöhen und den Konsument:innen günstigere Produkte anzubieten. Tatsächlich sind viele Importwaren billiger geworden. Für zahlreiche Industrieunternehmen bedeutet die Marktöffnung jedoch einen verschärften Konkurrenzdruck – insbesondere durch Produkte aus Asien, die dort deutlich günstiger hergestellt werden.

Fate begründet die Schließung der Reifenfabrik in San Fernando mit der Konkurrenz durch billige Importe, vor allem aus China. In der Tat stiegen die Importe zwischen 2024 und 2025 um fast 25 Prozent. Für Soziologin Varela steht die Fabrik exemplarisch für einen strukturellen Wandel: „Am Anfang betraf die Deindustrialisierung vor allem kleine und mittlere Unternehmen. Inzwischen trifft sie auch große Betriebe.“ Dass ein Unternehmen dieser Größenordnung schließt, wertet sie als Zeichen einer beschleunigten Deindustrialisierung der argentinischen Wirtschaft. Seit Mileis Amtsantritt haben mehr als 26.000 Unternehmen geschlossen, darunter über 2.400 Industrieunternehmen. 73.000 Arbeitsplätze in der Fertigung gingen verloren. Viele sprechen von einem „industrialicidio“, einer Vernichtung der Industrie.

Anders als Vorgängerregierungen ergreift Milei keine staatlichen Maßnahmen, um argentinische Industriebetriebe zu retten. Bei einer Veranstaltung der Fundación Libertad verteidigte Milei seine Politik der Marktöffnung und Deregulierung und griff dabei große Industrieunternehmen an, die seiner Ansicht nach vom staatlichen Protektionismus profitiert hätten. Ohne den Besitzer von Fate, Javier Madanes Quintanilla, ausdrücklich zu nennen, fragte er, warum der Staat „ineffiziente und korrupte Unternehmer“ schützen solle. „Oder ist es etwa gerecht, viermal so viel für Reifen zu bezahlen?“, fragte Milei.

An einem wolkigen Morgen stehen vor dem verschlossenen Werkstor von Fate einige Zelte. Arbeiter sitzen auf Plastikstühlen, trinken Mate und diskutieren über Gerichtsverfahren, Politik und die nächste Protestaktion. Seit der Schließung der Fabrik kommen sie jeden Tag hierher. Manche verbringen die Nacht auf dem Gelände, andere erscheinen morgens und bleiben bis zum Abend.

Einer von ihnen ist Mauro Quinteros. Der 35-jährige begann während der Coronapandemie bei Fate zu arbeiten. Damals, als viele Betriebe ihre Produktion einstellten, liefen die Maschinen hier weiter. „Es gab immer Arbeit, wir haben immer produziert“, sagt er. Deshalb glaubt er nicht, dass wirtschaftliche Schwierigkeiten der Grund für die Schließung waren. Für Quinteros ist Fate zum Symbol eines politischen Konflikts zwischen den Interessen der argentinischen Unternehmer, der Regierung und der Gewerkschaft geworden. Während er spricht, läuft hinter ihm ein Kollege mit einem Karton Konserven vorbei. Das Mittagessen für die Arbeiter:innen wird durch Spenden finanziert.

Die Unterstützung kommt von anderen Gewerkschaften, Studierendenorganisationen, Nachbarschaftsinitiativen und linken Parteien. Ohne diese Solidarität, sagt Quinteros, hätten sie nicht so lange durchgehalten. Sie haben seit Monaten kein reguläres Einkommen mehr. Wer kann, schlägt sich mit Gelegenheitsjobs durch.

„Alle sind jetzt bei Uber“, sagt Quinteros und lacht kurz, bevor sein Gesicht wieder ernst wird. „Aber das ist keine Zukunft. Es gibt so viele Arbeitslose, dass wir uns gegenseitig die Fahrgäste wegnehmen. Die Fahrten sind so billig, dass am Ende kaum was übrigbleibt.“ Er arbeitete früher im Lager und bereitete die Reifen für den Versand vor. Heute verbringt er seine Tage zwischen dem Protestcamp und seinem Auto. Die Hoffnung auf eine Wiederöffnung der Fabrik hat er noch nicht aufgegeben.

Sozialwissenschaftler:innen sprechen von einer „Uberisierung“ der argentinischen Wirtschaft. „Die Desindustrialisierung geht mit einem Anstieg prekärer Arbeit einher“, sagt die Soziologin Paula Varela. „Wir beobachten eine Verschlechterung der Qualität der Beschäftigung.“ Während formelle Industriearbeitsplätze mit Vertrag, Krankenversicherung und Kündigungsschutz schwinden, wächst die Zahl der Menschen, die für digitale Plattformen wie Uber arbeiten und höheren Risiken ausgesetzt sind. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die Arbeitsmarktreform von Milei. Sie enthält eine spezielle Klausel zu Plattformarbeit und erkennt diese ausdrücklich nicht als Arbeits-



Die Fate-Reifenfabrik gehörte zu den traditionsreichsten Industriebetrieben Argentiniens. Diese Arbeiter verloren wegen der Öffnung für den Weltmarkt ihren Job
Foto: Manuel Cortina/GDA/Nescom/imago

verhältnis an. Stattdessen soll die Beziehung zwischen dem Plattformarbeiter und der Plattform als zivil- oder handelsrechtlicher Vertrag eingestuft werden. „Diese Regelung ignoriert das asymmetrische Verhältnis der Parteien und entzieht den Beschäftigten jeglichen arbeitsrechtlichen Schutz“, sagt Varela.

Apps wie Uber seien auch der Grund dafür, dass die steigende Arbeitslosigkeit sich bisher nicht vollständig in den Statistiken ausdrückt. Wer für Uber fährt, gilt weiterhin als beschäftigt. „Wenn man einen ehemaligen Fate-Arbeiter für eine statistische Erhebung fragt, ob er Arbeit hat, antwortet er: Ja, ich fahre Uber“, erklärt Varela. In den offiziellen Erhebungen erscheint er deshalb nicht als arbeitslos.

Tatsächlich hat die Plattformarbeit in Argentinien in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Ein Bericht des Forschungsnetzwerks Citta der Universität Buenos Aires mit dem Titel „Uberisierung der Arbeit in Argentinien (2016–2025)“ verzeichnet ein explosives Wachstum von 286 Prozent bei Post- und Kurierdiensten. 2025 arbeiten dem Bericht zufolge mehr als 300.000 Menschen in Argentinien im plattformvermittelten Personentransport über Apps wie Uber, Cabify oder DiDi – mehr als in jedem anderen Bereich der Plattformarbeit. Die Forscher:innen des Berichts sprechen von einer Transformation ehemals abhängiger Beschäftigung in Formen „verdeckter Lohnarbeit“ ohne die entsprechenden Rechte und Sicherheiten. Arbeiter:innen würden als „Partner“ bezeichnet und müssen selbst die Risiken und die Kosten für Arbeitsmittel wie Fahrzeuge und Handys tragen. Trotz des Versprechens von „Freiheit“ und „Autonomie“ unterliegen die Arbeiter einer strikten algorithmischen Steuerung, heißt es weiter in dem Bericht.

Für Varela ist diese Entwicklung einer der Gründe, weshalb Argentinien trotz wachsender Deindustrialisierung bislang keinen sozialen Aufstand wie 2001 erlebt hat. Damals wurden Hunderttausende Menschen arbeitslos, gingen auf die Straße und besetzten Fabriken. Heute verlieren ebenfalls viele ihren Arbeitsplatz, finden aber zumindest irgendeine Einkommensquelle über digitale Plattformen. Die Arbeitslosigkeit wird dadurch abgefedert – weil ehemalige Fabrikarbeiter:innen zu Uber-Fahrer:innen werden. „Uber verhindert derzeit einen sozialen Aufstand“, sagt Varela.

Die Gewerkschaft Sutna fordert die Wiedereröffnung der Fate-Reifenfabrik. Sie setzt sich für die Verabschiedung eines Gesetzes in der Provinz Buenos Aires ein, das es der oppositionellen Provinzregierung ermöglichen würde, die Fate-Fabrik vorübergehend zu übernehmen und die Produktion wieder aufzunehmen. Sie argumentieren, dass Lkw- und Busreifen ein strategisches Gut in Argentinien seien. Die Provinz wird von Axel Kicillof regiert, einem wichtigen politischen Gegner von Milei. Außerdem hat die Gewerkschaft gegen das Unternehmen geklagt, damit es den Arbeiter:innen die Gehälter bis zum 30. Juni bezahlt.

Der Eigentümer von Fate, Javier Madanes Quintanilla, erstattete Strafanzeige gegen die Arbeiter:innen, die auf dem Werksgelände geblieben waren, um gegen die Schließung zu protestieren. Er wirft ihnen Hausfriedensbruch beziehungsweise widerrechtliche Besetzung vor. 24 Arbeiter wurden zu Vernehmungen vorgeladen, darunter mehrere Gewerkschaftsvertreter des Reifenarbeiters Sutna. Die Beschäftigten weisen die Vorwürfe zurück und sprechen

”

In Deutschland wird Javier Milei von liberalen Ökonom:innen als Vorbild gefeiert. Aber sein Modell hat eine Kehrseite: Die Reallöhne sinken, die Armut steigt und Fabriken schließen

von einem Einschüchterungsversuch. Ein erster Räumungsbeschluss wurde nach einer Berufung ausgesetzt; später entschied ein Berufungsgericht zugunsten der Beschäftigten und stoppte die Räumung. Dennoch läuft das Strafverfahren weiter.

An einem kalten Juninachmittag ziehen die Fate-Arbeiter durch das Zentrum von Buenos Aires zur Plaza de Mayo, dem Platz vor dem Präsidentenpalast. Mehr als 100 Tage ist die Fate-Fabrik bereits geschlossen. Vor den Arbeiter:innen wehen die schwarzen Sutna-Fahnen, dahinter laufen Familien mit Kindern, Rentnerinnen, Studierende. Auf Transparenten steht „Fate no se cierra“, Fate wird nicht geschlossen. Als die Demonstration die Plaza de Mayo erreicht, drängen sich die Menschen vor der Bühne. Unter den Rednern ist Alejandro Crespo, Generalsekretär der Sutna-Gewerkschaft. Seit Monaten gehört er zu den sichtbarsten Gesichtern des Konflikts. Als er ans Mikrofon tritt, wird es für einen Moment ruhiger.

Crespo spricht von den Familien der Entlassenen, von den Gerichtsverfahren gegen die Arbeiter und vom Kampf um die Wiedereröffnung der Fabrik. Er beschreibt den Kampf der Fate-Arbeiter:innen als einen Kampf um die Zukunft der Industriearbeit selbst. „Jeder Schritt, den wir gehen, ist ein Schritt dafür, dass diese Fabrik nicht nur uns Arbeit gibt, sondern auch unseren Kindern“, ruft er ins Mikrofon. Auch Alejandro Asuma ist mit seiner Frau und seiner Tochter zum Protest gekommen. Nachts und manchmal am Wochenende fährt er für Uber, eigentlich aber ist er schließlich Reifenarbeiter, argentinischer Industriearbeiter. Und das will er auch bleiben. „Meiner Tochter bringe ich bei, dass man immer kämpfen muss“, sagt er.

Abwarten und Matete trinken? Keine Option! Nun gilt die Hoffnung der Fate-Leute
Axel Kicillof, dem linken Gouverneur der Provinz Buenos Aires
Foto: Martin Cossarini/reuters



Der Anti-Bibi als Image und Strategie

Gadi Eisenkot war General und Militärfürst, jetzt ist er für die Wahlen in Israel zum Hoffnungsträger vieler Gegner von Benjamin Netanjahu geworden. Doch wenn es um politische Bekenntnisse geht, bleibt er sehr vage

Aus Tel Aviv **Judith Poppe**

Bühnenpräsenz sieht anders aus. Gadi Eisenkot, der aufstrebende Stern am Firmament der israelischen Opposition, klingt so, wie man es von einem ehemaligen General und Militärfürst erwarten könnte: monoton, stakatohaft, ab und an verhaspelt er sich.

Er spricht vom Chaos in Israel, dem 7. Oktober, von der Verzweiflung vieler Israelis, die ihr Land nicht wiedererkennen, Timbre und Tonlage bleiben immer gleich, keine Höhen und keine Tiefen in seiner Stimme. Ganz anders agitiert der Mann, mit dem es Eisenkot bei den Parlamentswahlen im Herbst aufnehmen will: Ministerpräsident Benjamin „Bibi“ Netanjahu. Selbst mit dem Rücken zur Wand vergisst dieser nie, wann eine rhetorische Pause ihren Zweck erfüllt, wann man sich am besten wegduckt und wie man so viel (Selbst-)Sicherheit ausstrahlt, dass man jeden Krieg legitimiert kriegt.

Nicht nur, aber auch in den rhetorischen Fähigkeiten unterscheiden sie sich, was Eisenkots Gegenimage zu Netanjahu durchaus nutzt. Denn Eisenkot ist vor allem: der Anti-Bibi. Und jüngste Umfragen sprechen für ihn. Eine Erhebung des Fernsehsenders „Reshet 13“ prognostiziert Eisenkot und seiner „Jashar“-Partei für die Wahlen im Herbst 23 Sitze. Likud, die Partei seines Kontrahenten, würde 22 erhalten.

Die Wahlen im Herbst sind existenziell für das Land, das in den vergangenen Jahren einschneidende Ereignisse erlebt hat: die Vereidigung der in großen Teilen rechtsextremen Regierung Ende 2022, deren Pläne zum autoritären Staatsumbau, der Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober. Und schließlich eine ganze Reihe von Kriegen: mit der Hamas in Gaza, mit der Hisbollah im Libanon, den Huthis im Jemen und schließlich auch mit dem Iran – Kriege, die bis heute nicht enden wollen. Die Frage, wer die künftige Regierung stellen wird, hat also existenzielle Auswirkungen weit über Israel hinaus.

Eisenkot stammt nicht aus der Elite des Landes

In Deutschland und anderen Ländern der Welt freilich dürfte Eisenkot kaum jemand kennen. Den Israelis hingegen ist sein Gesicht wohl bekannt. Von 2015 bis 2019 war er der Chef der israelischen Armee, eine Institution, die nach wie vor großes Vertrauen unter den Israelis genießt. Es war Netanjahu, der ihn zum Armeefürst machte und dessen Errungenschaften pries. Eisenkot hat die sogenannte Dahiye-Doktrin auf den

Weg gebracht, eine Militärstrategie, die nach der Hochburg der Hisbollah in den südlichen Vororten von Beirut benannt ist und die Zerstörung ziviler Infrastruktur in Kauf nimmt, wenn es darum geht, Feinde zu töten. Von Völkerrechtlern und Menschenrechtsorganisationen wurde dieses Vorgehen immer wieder scharf kritisiert.

Gleichzeitig hat sich Eisenkot aber auch immer wieder für klar definierte ethische Grenzen des Militärs eingesetzt. Für Aufsehen sorgte 2016 Eisenkots Reaktion im Fall des israelischen Soldaten Elor Azaria, der einen verletzt am Boden liegenden, bewegungsunfähigen palästinensischen Angreifer in Hebron erschoss. Eisenkot verur-

Die Frage, wer die künftige Regierung stellen wird, hat existenzielle Auswirkungen weit über Israel hinaus

teilte die Tat scharf und pochte auf die Regeln zum Eröffnen von Feuer, damit stellte er sich gegen eine ganze Riege von rechten Politiker*innen, die Elor Azaria unterstützten. 2022 dann zog Eisenkot in die Knesset ein, als Teil eines von ihm mitgegründeten zionistisch-liberalen Bündnisses. Schon damals kritisierte er Netanjahu und warnte davor, dass dessen extrem rechte Regierung unter anderem zum Zerfall des israelischen Militärs führen könnte.

Doch dann kam der 7. Oktober, und Eisenkot trat gemeinsam mit seinem damaligen Parteikollegen Benny Gantz, ebenfalls ehemaliger Armeefürst, der Kriegsregierung unter Netanjahu bei, auch um das Schlimmste abzuwenden. Wenige Monate später jedoch kam der endgültige Bruch. Anfang 2024 soll Eisenkot Netanjahu in einem Brief ans Kriegskabinett vorgeworfen haben, keine operativen Entscheidungen zu treffen. Daher würden die strategischen Ziele des Krieges gegen die Hamas ins Stocken geraten. Ein paar Monate später trat er, wieder gemeinsam mit Gantz, aus dem Kriegskabinett aus.

Nun will er es mit Bibi aufnehmen. Dafür muss er sich gar nicht aktiv als Gegenstück zu ihm inszenieren – er ist es schon. Zumindest in Teilen fußt genau darauf seine Beliebtheit. Eisenkot ist in Eilat aufgewachsen, am südlichsten Zipfel des Landes, als Sohn marokkanischer Einwanderer. Anders als Netanjahu stammt er nicht

aus der Elite des Landes. Gerade unter den misrachischen Wähler*innen, also denen aus arabischen und nordafrikanischen Ländern, könnte das einen Ausschlag geben.

Und dann wäre da noch ein Ereignis, das ihn auf schmerzhafteste Weise der Bevölkerung nahe bringt: Im Dezember 2023, drei Monate nach dem 7. Oktober, starb sein Sohn als Soldat in Gaza bei der Explosion einer Sprengfalle. Auch zwei seiner Neffen fielen. Eisenkot versucht nicht, das für seinen Wahlkampf zu nutzen. Doch für die Israelis kommt es einem – tragischen – Vertrauensbeweis gleich. Sie alle wissen nur zu gut, dass Netanjahus Sohn Yair, der seinem Vater als rechter Influencer zur Seite steht, die ersten Kriegswochen in Florida ausgesessen hat und auch nach seiner Rückkehr nicht zum Kriegsdienst eingezogen wurde.

Noch ist nichts entschieden. Die Bibisten halten nach wie vor zu ihrem „King Bibi“. Unterwegs im Land hört man es, im Bus, auf dem Markt und in den Cafés und von vielen Taxifahrern: „Ja, er hat Fehler gemacht“, räumen sie ein: „Aber am Ende kann nur er für unsere Sicherheit sorgen.“

Der Glaube daran hält sich, ungeachtet aller furchtbaren Gegenbeispiele. Dem 7. Oktober zum Trotz, der ohne die Unruhen zum Staatsumbau und das Versagen der Politik so nicht geschehen wäre – das zumindest sagen Netanjahus Gegner. Die selben Gegner verweisen auf die Todesopfer auf israelischer Seite, etwa bei Raketeneinschlägen aus dem Iran, denen selbst die im ganzen Land installierten Bunker nicht standhielten. Doch Netanjahus Wähler halten zu ihm wie die meisten der Jünger zu Jesus.

Auf der einen Seite also der robuste Netanjahu-Block, auf der anderen Seite die Umfragewerte, die auf Eisenkot zeigen. Hört man sich jedoch auf den Straßen um, ist es schwer, welche zu finden, die ganz ohne Zweifel dem Ex-Militärfürst ihre Stimme geben wollen. „Schafft Eisenkot das wirklich allein?“, fragen sich viele. Beherrscht er, der erst vor vier Jahren in die Politik eingestiegen ist, nicht nur die Analyse militärischer Strategien, sondern auch das israelische Haifischbecken der Politik? Kann er es wirklich mit Netanjahu aufnehmen? Er wäre nicht der Erste, der von Netanjahu in der Politik zerdrückt würde.

Viele ziehen in ihrer Sorge Analogien zum Aufstieg und Fall von Benny Gantz. Auch er war einst Militärfürst, stieg in die Politik ein, reichte 2020 Netanjahu zu einer Einheitsregierung die Hand, um Israel aus einer wiederholten Pattsituation zu bringen. „Selbstaufop-



Im Süden Israels aufgewachsen, als Sohn marokkanischer Einwanderer: Gadi Eisenkot Ariel Schalit/ap

fernd fürs Land“, sagen die einen, „schön blöd“ die anderen. Als er dran gewesen wäre, von Netanjahu in der Regierungshälfte den Regierungsvorsitz zu übernehmen, war die Regierung längst in sich zusammengebrochen – und Gantz’ Umfragewerte sanken in etwa auf das Niveau des Toten Meeres, 430 Meter unter dem Meeresspiegel.

Die wohl konzertierte Kampagne des Bibi-Lagers gegen Eisenkot läuft selbstredend schon: In den sozialen Medien mockieren sie sich über das Englisch des Herausforderers, das solide, aber mit starkem Akzent ist, und nicht wie bei Bibi an amerika-

Koalition mit den arabischen Parteien, die möglicherweise in einer Einheitsliste antreten werden, angewiesen; denkbar wäre auch eine Unterstützung von außen. Ganz ohne sie wird es nicht gehen. Das weiß auch Eisenkot, aber in seinen öffentlichen Äußerungen dazu bleibt er vage: Er kündigt keine Koalition mit ihnen an, schließt sie jedoch auch nicht aus.

Uneindeutig ist der 66-jährige nicht nur in Hinblick auf Koalitionsoptionen. „Wer ist Eisenkot eigentlich? Wofür steht er? Er sagt nie etwas über sich“, sagt ein Mann an seinem Verkaufsstand auf einem Floh-

markt mit einigen Regierungsparteien verbunden sind, auch Gaza zu besiedeln, eine Abfuhr. Geht es nach Eisenkot, geht es gemäßigt vor. Irgendwie moralisch, aber auch nicht zu links für die Wähler – was auch immer links in diesem Land noch bedeutet.

Denn selbst dort, links der Mitte und links von Eisenkot, ist die überwiegende Mehrheit unfähig oder nicht willens, eine alternative Vision aufzubauen. Die gesamte Opposition, also vor allem die Arbeitspartei und die linksliberale Meretz-Partei, mit einziger Ausnahme der arabischen Parteien, schreckt davor zurück, die Besatzung zum Thema zu machen.

Was sich mit Eisenkot ändern könnte und was nicht

Schließlich, im Flugzeug zurück auf dem Weg nach Deutschland, lässt sich eine Person finden, die ohne Zaudern Eisenkot ihre Stimme geben will. Eine Frau, sie ist Mitte Fünfzig, einer ihrer Söhne war als Soldat in Gaza, der andere ist jetzt im Libanon. Sie hat furchtbare Angst um ihn, jede Minute. Sie würde sich wünschen, dass sie sich jenseits dieser Angst nicht auch noch fragen müsste: „Für wen ziehen meine Söhne gerade in den Krieg? Für das Land oder zu Netanjahus Zwecken? Für unsere Sicherheit oder für eine Regierung, die durch und durch korrupt ist?“

Sollte Eisenkot nach den Wahlen eine Regierung stellen können, wird es wohl keine radikale politische Richtungsänderung geben. Wohl aber würde sich dies ändern: Regierungsentscheidungen würden nicht mehr von den persönlichen Zielen des Regierungschefs abhängen. Und je nachdem, aus welcher Perspektive man es betrachtet, ist das sehr wenig – oder sehr viel.

Anzeige

taz newsletter

Reportage & Recherche

Die Geschichte hinter der Geschichte

Jeden zweiten Samstag im Newsletter:

taz.de/recherche

nischen Universitäten trainiert. In KI-generierten Videoclips wird Eisenkot neben Politikern hauptsächlich arabisch geprägter Parteien abgebildet. Darüber heißt es: „Es gibt keinen Gadi [Eisenkot] ohne die Araber.“

Sie wollen Eisenkot als „Linken“ diffamieren, als einen, der mit arabischen Parteien koalitiert – nach dem 7. Oktober stößt diese Vorstellung bei vielen Israelis auf noch weniger Gegenliebe als zuvor. Doch wie es effektive Kampagnen so an sich haben, zielen sie oft auf eine tatsächlich entscheidende Frage ab: Wie hältst du es mit den palästinensischen Israelis?

Sämtlichen Umfragen zufolge wäre Eisenkot auf eine

markt im Zentrum von Tel Aviv. Solche Fragen und Bedenken hört man zurzeit oft. Der Anti-Bibi zu sein, ist seine Agenda, das muss reichen. So zumindest dürfte Eisenkots Rechnung lauten. Eine radikale Richtungsänderung wird es mit ihm nicht geben, zumal er damit keinen Blumentopf gewinnen würde. Der Wind in Israel steht auf Sicherheit, nicht auf Dialog mit Palästinensern.

Eine der Gretchenfragen zumindest beantwortet Eisenkot dann doch: „Ein palästinensischer Staat ist nach dem 7. Oktober irrelevant“, sagte er in einem Fernsehinterview. Gleichzeitig erteilte er Ambitionen von Siedlergruppen, die aufs Engste

Wie man den Förster rockt

Birgit Lohmeyer organisiert seit Jahren ein antifaschistisches Festival in einer Gegend in Mecklenburg-Vorpommern, in der viele Rechte leben. Auf die bevorstehenden Wahlen blickt sie besorgt – und kämpferisch

Aus Jamel **Birgit Lohmeyer**

Am 20. September wählt Mecklenburg-Vorpommern einen neuen Landtag. Dann wird sich zeigen, ob sich die düsteren Deutungen, dass immer mehr Ostdeutsche die Demokratie in Zweifel ziehen, bewahrheiten.

Je nach Umfrage wollen aktuell 36 bis 40 Prozent in meinem Bundesland der verfassungswidrigen Rechtsaußen-Partei AfD ihre Stimme geben. Autokratie scheint hier nicht mehr verpönt, sondern denkbar und von vielen gewollt zu sein. Unrealistische Erwartungen, persönliche Verletztheit, etwa durch „nicht gewürdigte Lebensleistungen“, Zweifel an der eigenen Selbstwirksamkeit, immer wieder ausgedrückt als „die da oben“, und Groll auf politische Mandatsträger*innen prägen die politische Stimmung vor Ort.

Wer hier antifaschistisch unterwegs ist, wird, ganz im Sinne der überholten Hufeisentheorie, als linksextrem gelabelt. Gleichzeitig bieten die Einschüchterung durch Rechtsextreme, bürgergesellschaftliches Phlegma und Sympathien für rechts allerorten Nährboden für Fremdenfeindlichkeit, Politikverdrossenheit und Verurteilung von zivilgesellschaftlichem Engagement.

Manch eine*r in Mecklenburg-Vorpommern glaubt dennoch, es werde schon nicht so schlimm kommen, wenn die AfD die September-Wahl gewinnt und unser Bundesland regiert. „Wir haben schließlich nicht 1933“, sagte gerade erst eine politisch sehr links stehende Person meinem Mann und mir gegenüber. Ich bin schockiert von dieser Naivität.

Denn es ist ja schon längst sehr schlimm – und das liegt beileibe nicht nur an der blauen Partei, die mit 14 Sitzen die zweitstärkste Fraktion in unserem Landesparlament ist, sondern auch an dem Klima, das sie und ihre Mutterpartei in der gesamten Bundesrepublik erzeugen. Am Beispiel unseres Festivals zeigt sich, dass Kräfte in der CDU Mecklenburg-Vorpommerns – die offiziell die sogenannte Brandmauer gegen die AfD hochhält – längst dabei sind, beim rechten Wählerklientel zu fischen. Sie drangsaliieren und verunglimpfen vermeintlich und tatsächlich linke Akteur*innen. Hiesige CDUler*innen halten alles für linksextrem, was politisch links von ihnen steht. Seit Jah-



Birgit und Horst Lohmeyer in ihrem Garten
Foto: Sebastian Wells/Ostkreuz

ren haben wir etwa den Landrat persönlich zu unserem Festival eingeladen – gekommen ist er nie.

Die „Blauen“ sind natürlich viel schärfer in der Bekämpfung bürgergesellschaftlichen Engagements, das ihnen nicht genehm ist. Aber wie stark

Manch eine*r in Mecklenburg-Vorpommern glaubt, es werde schon nicht so schlimm kommen

der Wind auch schon von CDU-Seite gegen zivilgesellschaftliches Engagement weht, haben wir voriges Jahr deutlich zu spüren bekommen: an den Sabotagestrategien gegen unser ehrenamtlich organisiertes Festival „Jamel rockt den Förster“.

2025 haben wir das Festival nach 18 Jahren erstmals als politische Versammlung angemeldet. Denn nichts

anderes ist der „Forstrock“ mit seinen Informationsständen, Workshop- und Diskussionsangeboten von NGOs, Gewerkschaften und Initiativen. Na klar, Musik gibt es auch.

Nun war also die Versammlungsbehörde des Landkreises zuständig für Genehmigungen, beziehungsweise Auflagen. Der CDU-Landrat, oberster Dienstherr des Landkreises, ließ unsere Versammlung mit Auflagen belegen, von denen selbst das Verwaltungsgericht Schwerin einen Großteil für übertrieben erachtete. Der Fraktionsvorsitzende der CDU im Landtag Mecklenburg-Vorpommern sprang ihm bei und unterstellte medienwirksam dem gemeinnützigen Festivalträgerverein und den Initiator*innen Horst und Birgit Lohmeyer, also meinem Mann und mir, unlautere persönliche Gewinnerzielungsabsichten mit dem „Forstrock“.

Wir wehrten uns mit Unterstützung unserer Anwalt*innen teilweise erfolgreich gegen die stark überzogenen Auflagen, die der Festivalträgerverein von der Behörde bekam: etwa ein Alkoholverbot auf dem gesamten Gelände, ein Glasverbot sogar für den Ausschank der

Gastrostände, 88 (sic!) Ordner*innen und die Bekanntgabe derer persönlicher Daten. Die Gerichte kassierten einige der überzogensten Auflagen ein. Nach einer Niederlage vor dem Verwaltungsgericht Schwerin versuchte der Landrat dann öffentlich den Eindruck zu erwecken, das Gericht setze Aufträge der Landesregierung um; er zog also die Unabhängigkeit des Gerichts massiv in Zweifel.

Um das Versammlungsrecht durchzusetzen, mussten wir eine Vielzahl von gerichtlichen Verfahren führen. Und selbst am ersten Tag der Versammlung „Forstrock“ versuchte die Versammlungsbehörde noch, für Rechtsunsicherheit zu sorgen.

Insgesamt wirkte das Anmelde- und Beauflagungsverfahren zeitweise schikanös. Im Verlauf der Auseinandersetzungen beauftragte der Landrat sogar dieselbe Potsdamer Anwaltskanzlei, die auch für den Bundeskanzler tätig ist und entsprechend saftige Honorare berechnet, mit der Vertretung seiner Interessen in der Causa Forstrock. Das hat unseren Landkreis, ergo die Steuerzahler*innen, eine hohe fünfstel-



Wetten, die Demokratie gewinnt?

Nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern droht erstmals eine AfD-Regierung. Die taz berichtet, was auf dem Spiel steht – und wer jetzt die Demokratie verteidigt. Alle Texte zur Serie finden Sie unter taz.de/tw26

lige Summe gekostet. Und das, obwohl in der Versammlungsbehörde des Landkreises knapp 10 Jurist*innen arbeiten.

Mecklenburg-Vorpommerns Zivilgesellschaft, so scheint es, steht vor dem Abgrund. Die Auseinandersetzungen um unser Festival lassen erahnen, was überall im Land drohen dürfte, wenn die Schicksalswahl in wenigen Wochen zu Ungunsten der Demokratie ausgeht. Die politische Strategie von Rechtsaußen-Akteur*innen, denen das Verhalten der CDU in unserem Bundesland stark ähnelt, ist klar: aktive Bürger*innen, zivilgesellschaftliche Einrichtungen und NGOs als Feindbilder aufbauen, Zweifel an ihrer Arbeit säen, das Vertrauen in Engagement untergraben. Das Ziel: Menschen einzuschüchtern und kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen.

Kulturelle Förderungen würden unter einer AfD-Regierung noch stärker eingeschmolzen oder ganz gestrichen werden, wenn sie nicht volkstümlich und deutsch genug sind. Das würde multikulturelle, queere, migrantische und andere soziale Projekte treffen. Politische Bildung würde als überflüssig abgeschrieben werden.

Ich kann nur allen von staatlicher Förderung abhängigen Strukturen und ehrenamtlich Tätigen raten, sich beizeiten juristischen Beistand zu organisieren. Denn eine effektive Gegenwehr gelingt nur mit Hilfe von Anwalt*innen, zum Beispiel dem Gegenrechtsschutz von FragDenStaat und der Gesellschaft für Freiheitsrechte.



Tür an Tür mit Rechtsextremen

Birgit und Horst Lohmeyer zogen 2004 von Hamburg in das winzige Dorf Jamel in Nordwestmecklenburg. In den darauffolgenden Jahren wurde Jamel von völkischen Familien gezielt als Musterdorf besiedelt. Als Gegenwehr gegen die Anfeindungen der Rechtsextremen organisieren die Lohmeyers seit 2007 das Musikfestival Jamel rockt den Förster, das sich für Demokratie und Toleranz einsetzt und unter der Schirmherrschaft der Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern steht.

Rechtsextreme Siedler aus Jameln haben zuletzt zwei Sitze in der Gemeindevertretung Gägelow errungen und bestimmen dort die Geschehnisse der Gesamtgemeinde im Nordosten mit – ohne großen Widerspruch aus der Gesamtbevölkerung der Kommune.

Idylle, wenn man nicht genau hinsieht
Foto: Sebastian Wells/Ostkreuz

Darüber hinaus sinnvoll: Sich austauschen mit anderen Aktiven, kontinuierlich. Und gemeinsam Gegenstrategien entwickeln. Um Anfeindungen von rechts gut begegnen zu können, braucht es zudem – neben persönlicher Resilienz – die Unterstützung durch ein tragfähiges Netzwerk unterschiedlicher Akteur*innen. Dies zu schaffen bedeutet, Partner*innen aus Politik und Verwaltung, Unternehmen, Gewerkschaften zu begeistern: für die Stärkung der offenen Gesellschaft und gegen die rechten Menschenfeinde. „Nur gemeinsam sind wir stark“ gilt auch in diesem Zusammenhang.



Viele Migrant*innen sind in der italienischen Landwirtschaft organisierter Ausbeutung und kriminellen Strukturen ausgeliefert
Foto: Antonio Pisacreta/Ropi

Mörderische Ernte

In Kalabrien werden vier Erntehelfer getötet. Der Landwirt, auf dessen Hof sie tätig waren, kann trotzdem weiter auf Hunderttausende Euro EU-Subventionen hoffen. Wie kann das sein?

Von **Pascale Müller, Simon Guichard** und **Jonas Seufert**

Das Überwachungsvideo einer Tankstelle im süditalienischen Amendolara dauert nur wenige Sekunden. Zwei Männer gehen um einen Minivan herum. Einer drückt von außen gegen die Türen, hält sie zu. Das Auto wackelt. Aus dem Inneren steigt Rauch auf. Dann bricht die Aufnahme ab.

Als die Feuerwehr den Wagen am 2. Juni erreicht, findet sie darin vier Leichen. Die Toten sind Erntehelfer aus Afghanistan und Pakistan, zwischen 19 und 29 Jahre alt. Ihre mutmaßlichen Mörder: Arbeitsvermittler.

Ein Mann überlebt. Er heißt Taj Mohammad Alamyar und kommt aus Afghanistan. Sein Boss habe Benzin im Wagen vergossen, nach einem Streit über unbezahlten Lohn. Dann habe er den Wagen angezündet. Alamyar sagt, er habe den Kofferraum aufgestemmt und sei geflohen. Zuvor seien er und die anderen Arbeiter mit einem Messer bedroht worden, um sie zur unbezahlten Arbeit zu zwingen. Die Tatverdächtigen gehörten zu einem „Mafianetzwerk“, das Arbeitskräfte für die Gewächshäuser und Obstplantagen Kalabriens anwerbe und ausbeute.

Das Überwachungsvideo macht sichtbar, was auf Europas Feldern meist im Verborgenen bleibt: die Gewalt, die ein System billiger Erntearbeit zusammenhält.

Während die Ermittler den Fall aufarbeiten, lässt sich eines bereits nach-

vollziehen: Der Betrieb, auf dessen Feldern die Männer arbeiteten, erhält jedes Jahr hohe EU-Agrarsubventionen. Dem italienischen Transparenzregister zufolge flossen 2024 mehr als 200.000 Euro an Tenute Zuccarella. Im Jahr darauf stieg die Fördersumme auf rund 680.000 Euro. Innerhalb von nur zwei Jahren erhielt das Unternehmen damit fast 900.000 Euro an Steuergeldern aus der Kasse der EU.

Die Gewalt, die das System billiger Erntearbeit zusammenhält, bleibt meist im Verborgenen

Tenute Zuccarella gilt als Aushängeschild der lokalen Landwirtschaft. Das Unternehmen bewirtschaftet rund 300 Hektar Land und produziert in hoch technisierten Gewächshäusern Erdbeeren, Mangos und Avocados. Nach Unternehmensangaben liegt der Jahresumsatz bei rund 15 Millionen Euro.

Unternehmenschef Rocco Zuccarella erklärt gegenüber der italienischen Zeitung *Il Post* zwar, dass er ein Unternehmen beauftragt habe, für die Ernte migrantische Arbeitskräfte einzustellen. Ob in seinem Betrieb aber Vermittler, in Italien *caporali* genannt, tätig seien, wisse er nicht. Der Zeitung

La Repubblica gegenüber erklärte er zudem: „Wir haben per Banküberweisung bezahlt; wir sind diesen Migranten nie persönlich begegnet.“

Laut Zuccarella hätten die Opfer jeweils 350 Euro für fünf Arbeitstage mit täglich sechseinhalb Stunden Arbeit erhalten – „einschließlich Pausen zum Ausruhen, Essen und Toiletten-gang“. Die taz konnte diese Angaben nicht überprüfen. Sie widersprechen aber Aussagen des Überlebenden Taj Mohammad Alamyar, der gegenüber der Polizei angegeben hat, ihm seien 45 Euro am Tag in bar versprochen worden. Seine ermordeten Kollegen und er hätten jedoch seit dem 20. April keinen Lohn mehr erhalten.

Die taz hat Tenute Zuccarella um Stellungnahme zu den Vorwürfen und Widersprüchen gebeten, aber keine Antwort erhalten.

Immer wieder kommt es auf europäischen Feldern zu eklatanten Verstößen gegen das Arbeitsrecht – Subventionen fließen jedoch weiterhin. Mehr als 50 Milliarden Euro Fördergelder gießt die Europäische Union im Rahmen ihrer Gemeinsamen Agrarpolitik jährlich in die europäische Landwirtschaft.

Davon profitieren auch Betriebe, auf deren Feldern nachweislich gegen das Arbeitsrecht verstoßen wurde, gegen die Strafverfahren laufen oder die bereits wegen Verstößen verurteilt wurden. Das hat 2025 eine internationale Recherche von taz, FragDenStaat,

DeSmog, *El Salto*, *L'Humanité*, *L'Espresso* und *Profil* herausgefunden.

Eigentlich hatte die EU erst vor wenigen Jahren ein Instrument geschaffen, um genau solche Zahlungen zu unterbinden und Betriebe zu sanktionieren, die sich nicht an Sozialstandards halten: die sogenannte soziale Konditionalität. Die Morde von Amendolara zeigen, dass dieses System nicht funktioniert.

Einer der vielen Gründe dafür ist die Art, wie landwirtschaftliche Arbeit organisiert ist. In vielen Fällen stellen Betriebe Erntehelfer nicht selbst ein, sondern nutzen Vermittler. Diese Unternehmen oder Einzelpersonen organisieren die Arbeitskräfte, bringen sie auf die Felder und sind oft auch für Löhne und Arbeitsbedingungen zuständig. In Italien heißt dieses System *caporalato* und steht häufig im Zusammenhang mit organisierter Ausbeutung und kriminellen Strukturen.

So entsteht eine strukturelle Lücke: Der formale Empfänger der Subventionen ist der landwirtschaftliche Betrieb, der konkrete Verstoß wird aber häufig bei einem Vermittler, einem Partner- oder Tochterunternehmen verortet. Selbst in tödlichen Fällen wie in Amendolara ist damit nicht klar, ob und gegen wen Sanktionen greifen.

„Für den Arbeits- und Gesundheitsschutz ist der Eigentümer des Feldes verantwortlich. Die Vorschriften zum Arbeitsschutz gelten in jedem Fall – auch dann, wenn der Landwirt die Be-

schäftigten nicht direkt angestellt hat“, sagt Enrico Somaglia, Generalsekretär des europäischen Gewerkschaftsverbands EFFAT, der taz.

Seine Gewerkschaft arbeite daran, verbindliche Vorschriften für Subunternehmer und Arbeitsvermittler einzuführen. Es sei wichtig, die soziale Konditionalität in der Gemeinsamen Agrarpolitik zu stärken und auch auf Erzeugergemeinschaften anzuwenden. Sie steht jedoch massiv unter Druck. „Eine Reihe von Ländern, angeführt von Deutschland, versucht, sie abzuschaffen – das ist beschämend“, sagt Somaglia.

Die Morde lösten in Italien öffentliche Empörung aus. Ministerpräsidentin Giorgia Meloni verurteilte sie als „grauenhaft“ und kündigte an, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Italiens größter Gewerkschaftsbund CGIL sprach von einem Akt „unsäglichen Horrors“. Und der italienische Landwirtschaftsminister Francesco Lollobrigida erklärte: „Es darf in Italien keinen Ort geben, an dem Menschenleben als Wegwerfobjekte betrachtet werden oder an dem gar entschieden wird, wer leben oder sterben darf.“

Ausgerechnet mit Lollobrigida ließ sich Rocco Zuccarella wenige Monate zuvor auf der Berliner Fachmesse Fruit Logistica fotografieren. Sie ist weltweit die größte Fachmesse für den Obst- und Gemüse-sektor. Das Unternehmen präsentiert sich hier als Aushängeschild der Erdbeerproduzenten der Region. Das Foto wurde von Zuccarella auf Facebook geteilt. Mittlerweile ist das Profil deaktiviert. Nach Deutschland hat Tenute Zuccarella seine Erdbeeren aber offenbar nicht verkauft, zumindest nicht im vergangenen Jahr. Alle großen deutschen Supermärkten geben auf taz-Anfrage an, in diesem Zeitraum keine Produkte von Tenute Zuccarella bezogen zu haben.

Die mutmaßlichen Täter wurden mittlerweile verhaftet. Die Staatsanwaltschaft Castrovillari prüft derzeit, ob hinter den Arbeitsverhältnissen auf den örtlichen Feldern ein Netzwerk von *caporali* steht. Außerdem wird ermittelt, ob auch die kalabrische 'Ndrangheta oder andere organisierte kriminelle Gruppen in die Ausbeutung der Arbeitskräfte involviert sind. Für Tenute Zuccarella jedoch scheint es vorerst keine Konsequenzen zu geben.

Und möglicherweise wird das auch so bleiben: Das Unternehmen ist Global G.A.P.-zertifiziert. Das Siegel gehört zu den wichtigsten im internationalen Obst- und Gemüsehandel. Es soll Händlern und Supermärkten bestätigen, dass ein Betrieb bestimmte Anforderungen erfüllt, etwa die der Lebensmittelsicherheit, der Rückverfolgbarkeit und der Arbeitsbedingungen.

In der Global G.A.P.-Datenbank hat sich der Eintrag des Unternehmens nach den Morden nicht verändert. Nach aktuellem Stand läuft das Zertifikat von Tenute Zuccarella dort 2027 aus. Die taz hat Global G.A.P. gefragt, ob die Vorfälle Anlass für eine Überprüfung seien. Eine Antwort blieb aus.

Stadtgespräch Simone Schlindwein aus Kampala



Spontan hat Ugandas Regierung einen „Cleaning Day“ ausgerufen. Nicht überlegt hatte sie, wie der gesammelte Müll abtransportiert werden soll

Gedanklich waren die Menschen in Uganda schon im Wochenende, als ihre Regierung am vergangenen Freitag spontan einen „Cleaning Day“ ausrief: Gleich am Samstagmorgen, von 7 bis 10 Uhr, sollten alle 52 Millionen Bürger und Bürgerinnen ihre Grundstücke sowie Gehwege, Straßen und Abwassergräben vor ihren Häusern sauber machen – Kehrwoche sozusagen.

Eigentlich eine gute Idee, da waren sich die meisten einig. Denn Ugandas Straßen und Landschaften gelten als sehr verdreckt, vor allem die Hauptstadt Kampala. Die privaten Müllabfuhr sind teuer, nur wenige Haushalte können sich das leisten. Die Stadtverwaltung hatte im letzten Jahr zwar öffentliche Mülltonnen aufgestellt, doch die werden nur selten geleert. Rund herum türmen sich oft Abfallberge.

Die Idee mit der Kehrwoche hat sich Ugandas Regierung vom Nachbarland Ruanda abgeguckt. „Umu-ganda“ nennen die Ruander*innen ihren monatlichen Reinigungstag,

übersetzt aus der lokalen Sprache Kinyarwanda bedeutet dies so viel wie „für einen gemeinsamen Zweck zusammenkommen“. Präsident Paul Kagame hat dort bereits 2009 verfügt, dass jeden letzten Samstag des Monats die Straßen zu reinigen seien. Er selbst ging mit bestem Beispiel voran und schippte zu Beginn höchstpersönlich Müll aus einem Straßengraben. Mittlerweile gilt das kleine Land im Herzen des Kontinents als das sauberste Afrikas. Müll in die Landschaft zu werfen, wird dort hart bestraft. Auf ihre sauberen Landschaften sind die Ruander*innen enorm stolz.

Auch im großen Nachbarland, der DR Kongo, haben die von Ruanda unterstützten Tutsi-Rebellen der M23 (Bewegung des 23. März) in den eroberten Gebieten im Osten an den Grenzen zu Ruanda und Uganda eine Kehrwoche eingeführt. „Salongo“ nennen sie es. Zu Beginn zwangen die M23-Rebellen die Kongole-sen mit vorgehaltener Waffe auf die Straßen. Um eine funktionierende Müllabfuhr einzurichten, muss je-

der Haushalt im M23-Gebiet nun eine kleine Gebühr bezahlen. Seitdem blitzen die Straßengräben inmitten des Kriegsgebiets.

Jetzt sollen die Ugander*innen also ebenso Hand anlegen. An jenem Freitag zirkulierten überall in den sozialen Medien die Aufrufe zum Cleaning Day. Die Polizei veröffentlichte eine mehrseitige Erklärung: Sämtlicher Verkehr auf den Straßen landesweit wurde für den Samstagvormittag verboten. Die Menschen sollten zu Hause bleiben und sauber machen. Anderenfalls drohten Strafen.

Dies sorgte für Verwirrung. „Wie sollen wir den Markt sauber machen, wenn man von zu Hause nicht dort hinfahren darf?“, wunderten sich die Marktfrauen im geschäftigen Stadtviertel Kabalagala. „Sollen wir etwa unter unseren Marktständen übernachten?“, fragte eine von ihnen ironisch.

Doch tatsächlich herrschte in der sonst so lauten Hauptstadt am Samstagvormittag Grabesruhe. Nur die Kehrbesen waren zu hören. An

Straßenkreuzungen hatte die Polizei Straßensperren errichtet, Nagelbretter ausgerollt. Es gab Geldstrafen. Die Menschen hatten keine Wahl.

Als dann die Straßen, Gehwege und Abwasserkanäle halbwegs sauber waren, guckten die Ugander*innen verdutzt: Wohin nun mit all dem eingesammelten Müll? Viele zündeten die Müllberge einfach an. Gegen Mittag hing eine Rauchwolke über den Dächern Kampalas. Es stank nach geschmolzenem Plastik.

In vielen Städten Ugandas kam letztlich irgendwann die städtische Müllabfuhr. In Kampala aber waren die Müllberge so zahlreich und so hoch, dass die Abholung Tage dauerte. Von der Innenstadt bis zur städtischen Müllhalde sind es fast 30 Kilometer. Auf der Strecke stehen sich die Müllautos. In einigen Stadtvierteln wie in Makindye liegt der Müll bis heute am Straßenrand. Jede Nacht machen sich ganze Rudel von Straßenhunden darüber her, zerbeißen die Müllsäcke und verteilen den Unrat überall. Jetzt sieht es dort vielerorts schlimmer aus als zuvor.



Auf der Suche nach Normalität inmitten der Katastrophe am Strand von Moutchic im Südwesten Frankreichs
Foto: Maximilien Lamy/afp/dpa

Die Abwendung der Katastrophe kann nur kollektiv gelingen

Die Klimakatastrophe stellt unsere Gesellschaften vor vielfache Herausforderungen, die jede Regierung überfordern. Der Soziologe Sighard Neckel analysiert die Blockaden, die politische Lösungen verhindern, und schlägt einen Infrastruktursozialismus vor

Von **Rudolf Walther**

Als der emeritierte Soziologe Sighard Neckel sein neues Buch kürzlich in der schönsten Frankfurter Buchhandlung vorstellte, meinte eine Buchhändlerin, von den vielen Klimabüchern, die in jüngerer Zeit erschienen sind, lagerten die meisten im Laden und verkauften sich nicht. Mit dem herausragenden Buch von Neckel sollte sich das ändern, wenn es noch mit rechten Dingen zugeht in diesem Genre mit seinem Überangebot. Denn sein sorgfältig argumentierendes Buch „Katastrophenzeit. Die Gesellschaft im Klimawandel und die Fallstricke der Transformation“ verdient größte Beachtung – und Respekt ohnehin.

Die Warnungen vor dem fortschreitenden Klimawandel und seinen absehbaren Folgen haben selbst den deutschen Auslandsgeheimdienst BND erreicht. Der Dienst warnt inzwischen vor den Gefahren, die von der Erderwärmung für das Klimasystem ausgehen und den damit verbundenen Folgen für ältere Menschen, für die Landwirtschaft und die Wasserversorgung. Freilich entwirft der Soziologe Neckel mit Hinweisen wie diesen kein Horror-Szenario, sondern analysiert die Lage nüchtern und fragt sich, ob der Begriff „Klimakrise“ die tatsächliche Lage noch zutreffend beschreibt. Denn ein Ende der Krise ist ebenso wenig absehbar, wie Mittel zu ihrer Beendigung schnell verfügbar erscheinen.

Verschärfend wirke auf die Dynamik der ökologischen Krise, dass sie überlagert wird durch andere Krisen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Natur und Herkunft, die zusammen das gesamte System der Gesellschaft bedrohen. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom März 2021 wurde die Klimaerwärmung zum Ernstfall er-

klärt und die Verantwortung für die Folgen und den Schutz der Bevölkerung heute und in Zukunft dem Staat übertragen. Das Urteil steht im Gegensatz zur medialen Debatte, denn im Unterschied zu dieser betont es nicht die Mittel individueller Vorsorge, mit dem aus den USA übernommenen Kriterium der CO₂-Fußabdrucks.

Die Suche nach individuellen Sündenböcken für die Verursachung von Klimaschäden ist auch aus soziologischer Sicht ebenso vergeblich wie die Konzentration auf Einzelne oder soziale Gruppen für die Beschreibung der Mittel zur Vermeidung von ökologischen Schäden oder zur Abwendung von Katastrophen. Beide können nur kollektiv in Angriff genommen werden.

Denn „die Menschheit als solche hat die Erdgeschichte in ein Zeitalter verwandelt, in dem die humanen Kräfte der Natur unwiderruflich ihren Stempel aufgedrückt haben“, wie Neckel schreibt. In der Fachliteratur heißt dieses durch den Menschen geprägte erdgeschichtliche Zeitalter „Anthropozän“. Einzelne Forscher wie etwa Jason W. Moore sprechen vom „Kapitalozän“, weil die auf der Ausbeutung der Natur und der menschlichen Arbeitskraft beruhende Gesellschaft erst im 18. Jahrhundert die Stufe der profitorientierten Warenproduktion im großen Stil erreichte und damit eine genuin zerstörerische Kraft gegen die Ressource Natur erlangte.

Neckel schließt sich dieser Terminologie von Moore nicht an, weil sie auf eine Synthese von Natur und Gesellschaft hinausläuft, die die Eigenlogik biophysischer Prozesse verkennt.

Der im Zuge der Debatten um die Folgen der menschengemachten klimatischen Veränderungen zentral platzierte Begriff der Nachhaltigkeit hat sich in relativ kurzer Zeit durch seinen fast beliebigen Gebrauch fast entleert und ist zum konturlosen Schlagwort verkom-

men, das für alles und also nichts stehen kann. Der Rationalitätskern der Idee der Nachhaltigkeit, auf dem Neckel jedoch besteht, umfasst zwei Prinzipien: erstens das Prinzip der Regenerativität, das besagt, dass der Verbrauch von natürlichen Ressourcen und deren Erhaltung in der Zukunft im Gleichgewicht sein müssen. Zweitens das Prinzip der Potenzialität. Sie folgt logisch aus dem ersten Prinzip, denn Erhaltung und Nutzung von Natur müssen deren Entwicklungschancen bewahren.

Im nächsten Schritt entwickelt Neckel die Pfade der Nachhaltigkeit: Modernisierung, Transformation und Kontrolle. Sie lassen sich analytisch unterscheiden, verschränken sich aber in der Realität

Die Suche nach individuellen Sündenböcken für die Verursachung von Klimaschäden ist vergeblich

und haben allesamt ihre Grenzen und Defizite. Kontrolle etwa tendiert schnell zum politischen Autoritarismus und einer realen Gefahr für die Demokratie.

Auch das Konzept von Green Growth und Green Deal etwa im Zusammenhang mit der E-Mobilität bleibt im Bann wirtschaftlichen Wachstums und der entsprechenden Ideologie sowie den damit verbundenen Wachstumszwängen und ihren Folgen stecken, die nur durch radikale institutionelle Veränderungen zu überwinden wären: etwa durch Korrekturen am Marktmechanismus und den Umbau von Wirtschafts- und Lebensformen sowie Eingriffe in das private Verfügungsrecht für den Abbau von fossilen Energieträgern.

Ohne nachhaltige Finanzinstrumente, die dem Renditestreben der Großinvestoren Grenzen setzen, bleibt Klimaschutz ohnmächtig wie ein zahnloser Tiger: Während im Jahr 2020 Banken für die Erhaltung der Artenvielfalt 80 Milliarden Dollar bereitstellten, waren es für fossile Energieträger rund 500 Milliarden Dollar. In der Technologieförderung wiederum gibt es drastische Rebound-Effekte – so macht der SUV-Boom in der Automobilindustrie alle Investitionen für grüne Technologie wirkungslos.

Konflikte um Nachhaltigkeit sind stets auch soziale Konflikte, denn es geht dabei immer um Vorteile und Privilegien der ökonomisch Stärkeren gegenüber der Mittelschicht und den ökonomisch Schwächeren. Deshalb kommt es auf diesem Feld zu einer Kontroverse wie in den 1970er-Jahren um den Ausbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaats. Konservative Kritiker polemisierten damals gegen den Ausbau der Sozialpolitik mit dem Argument, Staat und Gesellschaft würden damit überfordert und die Demokratie gefährdet.

Heute mobilisieren Kritiker des sozial-ökologischen Ausbaus mit strukturell identischen Argumenten wie die konservativen Sozialstaatskritiker vor 50 Jahren gegen „das öko-emanzipatorische Milieu und Projekt der Moderne“, also letztlich der Demokratie und deren Politik, wie der Wiener Politikwissenschaftler Ingolfur Blühdorn argumentiert.

Dass Staat und Demokratie beim Klimaschutz nur zaghaft oder gar nicht (Tempolimit) agieren, liegt nicht an der demokratischen Verfassung, sondern weil sie ihre Politik an starken Interessengruppen, Wachstum und Markt orientieren sowie an der Steigerung des Konsums, was der Bevölkerung und der Wählerschaft als Freiheitsgewinn verkauft werden kann und dabei hilft, Mehrheiten herzustellen.

Das Dilemma der sozial-ökologischen Politik beruht darauf, dass viele große Probleme gleichzeitig einer Lösung harren, wenn die Klimakatastrophe verhindert werden soll: Umstellung des Finanzsektors, Rettung der biodiversen Landwirtschaft, Dekarbonisierung der Wirtschaft, emissionsarme Energieversorgung, weltweiter Gewässer- und Landschaftsschutz, ökologischer Umbau von Städten, schadstoffarme Mobilität und demokratisch legitimierte Klimagovernance. Dieser unvollständige Katalog der gleichzeitig zu lösenden Umweltprobleme überfordert jede Regierung – zumal sich der Schutz der Lebensgrundlagen und die Bewahrung der Demokratie gegenseitig blockieren, selbst wenn man einräumt, dass ein demokratisch ordentlich organisierter Staat über Planungs- und Koordinationsressourcen verfügt, die anderen Regierungsformen überlegen ist.

Neckel plädiert als Ausweg aus den sozialökologischen Dilemmata für einen Green New Deal auf Grundlage eines „Infrastruktursozialismus als letzte Oase, die angesichts der Verwüstung der Erde noch bleibt“. Infrastruktursozialismus ist für Neckel die Konsequenz aus den herrschenden sozial-ökologischen Zuständen, die er analysiert, ohne eine Alternative entwerfen zu können oder zu wollen.

Diese Zustände werden maßgeblich von den privatwirtschaftlichen Verhältnissen verursacht, in der die Infrastruktur, also die Produktion und Nutzung von Gemeingütern wie Wasser, Energie, Stahl und anderen Rohstoffen, organisiert ist. Deshalb empfiehlt sich eine andere Organisationsform in gesellschaftlicher, etwa genossenschaftlicher Form und in „fundamental-ökonomischer Umwertung“, also ohne private Profitabschöpfung und Leitungs- und Herrschaftsstrukturen.



Sighard Neckel: „Katastrophenzeit. Die Gesellschaft im Klimawandel und die Fallstricke der Transformation“. C. H. Beck, München 2026, 256 Seiten, 20 Euro

Die Welt verstehen.

Immer dienstags,
mit dem taz-Newsletter.

taz.de/newsletter





Silke Mertins
übrigens

Wann
wird die
islamistische
Homophobie
gefährlich?

Nach dem Terroranschlag auf den CSD in Berlin kreisen meine Gedanken immer wieder um eine Frage: Nehme auch ich Homophobie aus dem islamistischen Spektrum nicht ernst genug? Denn vor Kurzem hat mich ein Vorfall zwar erschüttert – aber ich habe ihn anschließend auf sich beruhen lassen. War das leichtsinnig?

In meinem Zweitberuf unterrichte ich Deutsch in Integrations- und Berufssprachkursen. Im Frühsommer rastete ein afghanischer Mann aus nichtigem Anlass völlig aus. Er wollte sich nicht von mir sagen lassen, welche Aufgaben er zu erledigen hat. „Ich bin doch nicht schwul! Seit zwei Jahren will diese Schule mich schwul machen! Ich hasse Schwule. Schwule sind Schweine. Und ihr wollt mich schwul machen!“ Er schrie und schrie und

„Dass du so ruhig geblieben bist“, sagte ein Syrer. Er gab mir Sicherheit

schrie. Seine Aggressionen standen förmlich im Raum, ebenso die Angst der anderen Lernenden, überwiegend Frauen. Ich habe mich ebenfalls bedroht gefühlt.

Unter lautem „Deutschland ist scheiße!“ verließ er schließlich türknallend das Gebäude. Erst wackelten die Wände, dann wurde es still im Raum. Alle atmeten erst einmal durch. „Puh, dass du so ruhig geblieben bist“, sagte ein Syrer. Tatsächlich ist dieser junge Mann einer der Gründe, warum ich mich halbwegs sicher fühlte. Er hat sich auf dem Arm das Datum eintätowieren lassen, an dem sein Vater starb. Der war Chemielehrer, und als er sich weigerte, für die Islamisten Sprengsätze zu bauen, erschossen sie ihn vor den Augen des Sohns. Ohne nachzudenken, hatte ich mich auf den Rückhalt dieses Schülers verlassen. In den Tagen darauf wartete er immer schon draußen auf mich und ging nach dem Unterricht erst nach Hause, wenn auch ich fertig war. Eine stillschweigende Übereinkunft.

Der Kursträger entschied nach diversen Gesprächen, dass der homophobe Afghane den Kurs verlassen müsse. Ich war erleichtert, aber es blieb ein mulmiges Gefühl. Was, wenn er mir irgendwo über den Weg läuft?

Doch deshalb zur Polizei zu gehen, schien mir übertrieben. Schließlich war er nicht gewalttätig geworden und hatte auch niemanden ausdrücklich bedroht. Andererseits: Ist dieser Mann dabei, sich zu radikalisieren? Könnte er bei nächster Gelegenheit schon gewalttätig werden? Vielleicht. Aber vielleicht überschätze ich auch die verbale Attacke. Was bleibt, ist Unbehagen.

Silke Mertins
ist taz-
Meinungs-
redakteurin.

Kommentar von **Eva Fischer** zum Rückgang des Frauenanteils in Vorständen

Kleiner Tipp für den Kanzler:
Feminismus ist Wirtschaftspolitik

Seit Beginn seiner Amtszeit rätselt Bundeskanzler Friedrich Merz, warum die deutsche Wirtschaft einfach nicht in Schwung kommt – und macht in seiner Ratlosigkeit Kranke und Teilzeitkräfte dafür verantwortlich. Dabei sollte er lieber auf die Chef:innenetagen der deutschen Wirtschaft schauen, die meist gar nicht gegendert werden müssen, da sie eben Chefetagen sind.

Kürzlich veröffentlichte der Verein Frauen in die Aufsichtsräte (FidAR) den Women-on-Board-Index 2026. Darin untersucht die Initiative den Frauenanteil in Aufsichtsräten, Vorständen und den zwei Führungsebenen unterhalb des Vorstands von 160 Unternehmen, die in DAX, MDAX und SDAX gelistet sind; außerdem 23 weitere börsennotierte und paritätisch mitbestimmte Unternehmen, in denen der Aufsichtsrat hälftig aus Anteilseignern und Arbeitnehmervertretern zusammengesetzt ist. 101 der untersuchten Unternehmen sind gesetzlich verpflichtet, bei Neubesetzungen im Aufsichtsrat mindestens 30 Prozent Frauen zu berücksichtigen. Die übrigen müssen eine Zielgröße des Frauenanteils in Aufsichtsräten, Vorständen und obersten Manage-

mentebenen festlegen. Das Ergebnis: Der Frauenanteil in Aufsichtsräten steigt nicht mehr weiter, in Vorständen sinkt er sogar erstmals wieder. Wie stark, hängt davon ab, ob für ein Unternehmen die gesetzliche Quote gilt. Außerdem steigt die Zahl der Unternehmen, die sich ein Ziel von „null“ Frauen an der Spitze setzen, die also gar nicht erst versuchen wollen, Frauen nach oben zu bringen.

Verzerrte
Wahrnehmungen
spielen eine
wesentliche Rolle

Den Kanzler sollten diese Ergebnisse beruhigen. Denn Studien zeigen, dass gemischtgeschlechtliche Führungsteams bessere Entscheidungen treffen, innovativer sind und seltener pleitegehen, als es bei rein männlich geführten Unternehmen der Fall ist. Warum Frauen dennoch aus der Führungsriege ferngehalten werden, ist in der Arbeits-

und Organisationspsychologie gut erforscht. Klammert man die soziologischen Gründe aus, dass Frauen zum Beispiel aufgrund von Sorgearbeit oft weniger arbeiten und zeitlich unflexibler sind, gibt es zusätzlich zahlreiche Gründe, weswegen Frauen benachteiligt sind. Zum einen sind da die Unterschiede in der Persönlichkeit. Frauen sind durchschnittlich verträglicher, gewissenhafter, rücksichtsvoller als Männer, außerdem weniger auf Status und Dominanz aus. Metaanalysen zeigen zum andern, dass Strukturen und Wahrnehmungsverzerrungen wesentlich stärkere Faktoren sind als Persönlichkeitsunterschiede. So wird das gleiche Verhalten bei Männern und Frauen unterschiedlich bewertet, einem Mann positiv ausgelegt und einer Frau negativ. Zudem sind die männlich dominierten Netzwerke für Männer leichter zugänglich.

Verbindliche Quoten würden dies aufbrechen. Und sie würden der Quatschzielgröße „null“ ein Ende bereiten, die Unternehmen so gern in ihre Geschäftsberichte schreiben. Und was heißt das für Friedrich Merz? Feminismus könnte die Antwort auf seine Ratlosigkeit sein.

karikatur der woche



Kommentar von **Nick Reimer** zur völlig unzureichenden Klimapolitik der Bundesregierung

Was macht eigentlich
Carsten Schneider?

Bereits 10.000 Menschen sind dieses Jahr hierzulande an Hitze gestorben – und der Sommer strebt erst noch seinem Höhepunkt entgegen. Befragt, ob der Kanzler die Hitze zur Chefsache machen wolle, erklärte sein Sprecher, eine Chefsache werde das Wetter auch nicht ändern. Aber das ist falsch: Eine Attributionsstudie [untersucht, inwieweit der Klimawandel die Häufigkeit und die Stärke einzelner Wetterextreme beeinflusst; d. Red.] des Deutschen Wetterdienstes hat ergeben, dass derartige Hitzebelastung ohne den Klimawandel gar nicht möglich wäre. Hier geht es also nicht ums Wetter.

Wenn sich schon der Kanzler nicht für zuständig erklärt, müsste es dann nicht wenigstens der zuständige Minister tun? Carsten Schneider von der SPD nennt sich Klimaschutzminister, für den Klimaschutz tut er aber praktisch nichts. Wie sonst ist es beispielsweise zu erklären, dass das Kabinett immer wieder neue Hürden gegen den Ausbau der Erneuerbaren in die Gesetzestexte schreibt? Dass der Klimaschutzminister Widerstand dagegen leistete, gar mit Rücktritt drohte, wenn er seine Mission in Gefahr sieht – davon ist bislang nichts überliefert.

Noch mal kurz die Fakten: Gesetz in Deutschland ist, dass das Land bis zum Jahr 2030 mindestens 65 Prozent weniger Treibhausgase produzieren soll – verglichen mit 1990. Um das zu erreichen, sollen am Ende dieses Jahres – das ist ebenfalls Regierungsbeschluss – Windräder mit einer Leistung von 84 Gigawatt auf dem Boden stehen. Geschafft sind aber noch nicht einmal 70 Gigawatt. Doch statt sich jetzt dafür einzusetzen, dass der

84 Gigawatt
Windkraftleistung
sollen es sein, es gibt
aber nur knapp 70

Windkraftausbau beschleunigt wird, hat die Regierung neue Investitionshürden auf den Weg gebracht – mit dem Segen des Bundesklimaschutzministers. Im Strafrecht, im Zivil-, Familien oder Wirtschaftsrecht sind die Dinge klar: Das Gesetz schreibt gesellschaftliche Normen vor, die für alle gelten. Wer dagegen verstößt, hat ein Problem. Wie aber verhält es sich mit Gesetzgebern,

die Gesetze erlassen, die gegen geltende Gesetze verstoßen?

Natürlich, es kann das Bundesverfassungsgericht angerufen werden; in Bezug auf die Klimaziele läuft seit 2023 ein Verfahren. Bei allem Verständnis für die Gründlichkeit von Karlsruhe: Gesellschaftlich wäre es dringend geboten, dass sein Urteil endlich kommt. Sonst nämlich wacht der Klimaschutzminister am prognostizierten Ende seiner Amtszeit überrascht auf und muss eingestehen, dass das Ziel nun leider nicht mehr zu schaffen ist.

Dabei macht Carsten Schneider gar nicht den Eindruck, als ob ihm irgendetwas an diesem Ziel liegt. 2025 waren die deutschen Emissionen noch nicht einmal 49 Prozent unter dem Niveau von 1990; um dennoch gesetzestreu zu sein, müssten jetzt jährlich gut 5 Prozent weggespart werden. Es waren in letzter Zeit 1 Prozent pro Jahr. Der Klimaschutzminister müsste Tempo anmahnen und in kurzer Taktfolge mit neuen Vorschlägen für Klimaschutzmaßnahmen aufwarten.

Aber Carsten Schneider schweigt. Er ist ein Klimaschmutzminister.

Die wohlthuende Zeitlosigkeit von Hiddensee

Die im Winter regelmäßig von der Außenwelt abgeschnittene Ostseeinsel war immer ein bemerkenswerter Sonderfall – bis heute. Selbst ihr politisches Klima ist besonders

Von **Gerhard Fitzthum**

Am Ortsanfang hat man Mühe, seinen Augen zu trauen: Das mit Betonsteinen gepflasterte Sträßchen geht nun in einen zehn Meter breiten Sandweg über – nirgendwo Autos, Parkplätze, Bürgersteige und doch die Hauptstraße der Siedlung. Zuerst kommt uns eine junge Frau im Wickelrock entgegengeschlendert, selbstvergessen und barfuß. Dann ein Radfahrer, der einen verbeulten Blechanhänger hinter sich herzieht und einigen Staub aufwirbelt. Es riecht nach den Pferdeäpfeln, die hie und da im Sand liegen.

Die aus der Zeit gefallene Dorfstraße findet sich in Kloster, dem schönsten Ort der Ostseeinsel Hiddensee, der zur frühen Stunde noch ganz in sich ruht.

Lauter wird es hier erst gegen Mittag, wenn die Linienschiffe aus Stralsund und Schaprode die Tagesausflügler ausspucken. Von Overtourism kann aber auch dann keine Rede sein – der seit 1991 bestehende Nationalparkstatus erlaubt so gut wie keine Bautätigkeiten. So können sich selbst in der Hauptsaison gerade einmal 3.000 Gäste auf dem schmalen, aber 17 Kilometer langen Eiland einquartieren. Auf vielen Abschnitten des endlos wirkenden Sandstrands liegt man nahezu allein in der Sonne.

Hiddensee besteht aus einem eiszeitlichen Moränenriegel, der westlich von Rügen aus dem Meer ragt und lange auf seine touristische Entdeckung warten musste. Noch Mitte des 19. Jahrhunderts gab es keinen regelmäßigen Schiffsverkehr, und man musste hoffen, dass der Fährmann nicht gerade anderes zu tun hatte. Auf der Insel angekommen, stand man dann noch vor dem Problem, eine Unterkunft zu finden. Das änderte sich erst nach der vorletzten Jahrhundertwende, als sich in den Ostseebädern von Usedom und Rügen bereits Strandkorb an Strandkorb reihte. Individualisten hatten nun nach Orten Ausschau zu halten begonnen, die noch nicht in der Touristenflut zu ertrinken drohten.

Hiddensee war da das perfekte Gegenmodell und Kloster um 1900 nicht einmal ein Dorf, sondern nur ein Gutshof. Dass gerade an diesem Ende der Welt ein Bauboom ausbrach, war nicht zuletzt Gerhart Hauptmann zu verdanken, der das weltabgeschiedene Eiland erstmals 1885 betrat – in einer Zeit, als Reiseschriftsteller noch von einer „elenden Insel“ sprachen. Von 1916 an verbrachte der Literaturnobelpreisträger dann all seine Sommer in Kloster, wo er schließlich das Haus Seedorn kaufte, das heute als musealer Originalschauplatz zu besichtigen ist. Hauptmann liebte „den grandiosen und furchtbaren Ernst unberührter Natur“, für den Menschen Störfaktoren waren.

Dummerweise hatten sich inzwischen auch viele andere Geistesgrößen auf der Insel eingefunden. In den Gästebüchern der Pensionen und Hotels fanden sich nun Namen wie Albert Einstein, Carl Zuckmayer, Thomas Mann, Sigmund Freud, Hans Fallada, Billy Wilder, Gustav Gründgens, Paul Klee, Erich Heckel und Max Liebermann.

Wer sich auf ihre Spuren begeben will, muss einen Spaziergang über den bewaldeten Dornbusch machen, am besten auf dem einsamen und aussichtsreichen Bergweg, der direkt an der Abbruchkante der Steilküste entlangführt. Die Stille ist atemberaubend, die Betriebsamkeit der Hafemeile längst vergessen. Ab und zu schaut man in steilste Moränenhänge hinab, die sich das Meer langsam, aber sicher zurückholt. Hiddensee ist am stärksten von allen Ostseeinseln von der Erosionskraft der Fluten bedroht.

Irgendwann taucht dann ein Fremdkörper im monochromen Grün der Baumwipfel auf – das Ausflugslokal namens Klausner. Vor wenigen

Jahren wurde es zum Schauplatz der Literatur als Dreh- und Angelpunkt des Romans „Kruso“ von Lutz Seiler.

Sein junger, Germanistik studierender Antiheld Edgar Bendler befindet sich in einer Lebenskrise. Er flieht im Frühsommer 1989 ziemlich kopflos aus Halle und heuert beim Klausner-Wirt als saisonaler Tellerwäscher an. Schnell beginnt „Ed“ zu begreifen, dass er auf dem Eiland von seinesgleichen umgeben ist und die Hälfte derer, die auf der Ferieninsel der staatlichen Einheitsgewerkschaft jobben, Ausreiseanträge gestellt haben. Sie bilden hier eine verschworene Gemeinschaft verlorener Seelen, die sich im Arbeiter-und-Bauern-Staat nicht mehr zu Hause fühlen. „Wer hier war, hatte das Land verlassen, ohne die Grenze zu überschreiten“, heißt es im Roman.

Nicht dass die rund tausend Inselbewohner über die Existenz dieser bizarren Parallelgesellschaft erfreut gewesen wären, aber in gewisser Weise passten beide Gruppen zusammen: Die Insulaner zeichneten sich immer schon dadurch aus, Regeln, die sich jemand auf dem Festland ausgedacht hatte, nicht allzu ernst zu nehmen.

Zudem hatten sie sich schon Anfang des 20. Jahrhunderts an die seltsamen Leute gewöhnen müssen, die auf ihrer armseligen Insel Urlaub machten. Suspekt waren ihnen die Land-

ratten schon deshalb, weil sie im Meer zu baden pflegten. Das wäre den Inselbewohnern niemals in den Sinn gekommen. Große Augen machten sie auch dann, als immer mehr der Gäste, darunter auch Gerhart Hauptmann, textilfrei in die Fluten sprangen.

Auch heute stört sich niemand daran, wenn hier jemand nackt am Strand liegt. Das Freiheitsgefühl, das man auf Hiddensee verspürt, verdankt man aber auch der Abwesenheit der Autos. Ohne Zeitgenossen, die ihr Fahrzeug immer in ihrer Nähe wissen wollen, entsteht ein wohlthuendes Klima der Zeitlosigkeit, weshalb der Anteil der Künstler und Lebenskünstler auf Hiddensee immer schon größer war als anderswo. Wer hier seine Ferien verbringt, weiß jedenfalls, warum er dies tut: weil er eine Alternative zu technisch überformten Lebensräumen sucht und auch von Partygetöse verschont bleiben will.

Ein anderer Wind scheint auf Hiddensee auch politisch zu wehen. Die AfD hat hier bei der letzten Bundestagswahl deutlich weniger Zuspruch bekommen als in den anderen mecklenburgischen Ostseeregionen, wo sie fast überall 30 bis 50 Prozent der Stimmen erhielt. Einheimische darüber zu befragen, erweist sich aber als schwierig.

Eine vor Jahren zugezogene Person, die namentlich nicht genannt werden will, wagt es dennoch, ihre Meinung kundzutun. Sie erklärt sich die Reserve gegenüber der AfD mit der Vorherrschaft des inseltypischen „Hausverständs“. Sollte sie recht haben. hätte ein tief verwurzelter

gemacht werde, brauche niemand AfD zu wählen. Gens schimpft zwar über eine Landes- und Bundespolitik, die die Probleme lediglich verwalte, spart aber auch nicht mit abfälligen Bemerkungen über die Kandidaten des rechtsnationalen Spektrums.

Andererseits liegen die Positionen wohl auch nicht immer ganz weit auseinander, sichtbar auch an der äußerst geringen Wahlbeteiligung von nur 39 Prozent, die kein großes Vertrauen auf die gegenwärtige Parteienlandschaft vermuten lässt. Und vom Bürgermeister weiß man, dass er in jungen Jahren zu einem Weltbild neigte, das Gutmenschen aus dem Westen nicht gerade für vorbildlich halten.

Die geringere Anfälligkeit für den aggressiven Ton der AfD dürfte sich auch der Tatsache verdanken, dass der Wirtschaftsfaktor Tourismus ziemlich reibungslos funktioniert, man sich ökonomisch betrachtet also auf einer Insel der Seligen befindet. Die Vermieter haben beste Auslastungszahlen, und für die Verweildauer wären andere Ostseebäder dankbar. Dass der Tagestourismus zurückgeht, stört den Bürgermeister nicht, dieser sei sowieso nicht nachhaltig.

Gens strebt einen „gesunden Mix“ verschiedener Gäste an, weiß aber natürlich auch, dass die Erfolgsgeschichte von Hiddensee nicht nur der speziellen Aura des Eilands zu verdanken ist. Sondern eher einem Publikum, das keine austauschbaren Unterhaltungsangebote sucht, internationale Standards für überbewertet hält und die steigenden Preise auch künftig zahlt.



Illustration: Katja Gendikova

Wer hier seine Ferien verbringt, weiß, warum er das tut: weil er eine Alternative zu technisch überformten Lebensräumen sucht und von Partygetöse verschont bleiben will

Pragmatismus die Einheimischen gegen ideologisches Geschwätz und große Versprechungen widerstandsfähiger gemacht.

Ganz ähnlich denkt Bürgermeister Thomas Gens, der alles, was nach Ideologie riecht, ablehnt und auf eine kommunalpolitische Vernunft setzt. Wenn vor Ort eine gute und zukunftsfähige Politik

Dass Einheimische von den vielen Fremden begeistert sind, die sich in ihrem Lebensraum breitmachen, darf man trotzdem nicht erwarten. Das große Glück der Hiddenseer ist, dass die vielen Stammgäste, die ihr kleines Paradies gegen keinen anderen Urlaubsort eintauschen möchten, in aller Regel respektvoll auftreten. Sie sind klug genug, den Einheimischen die Ruhe zu gönnen, die sie selbst suchen. Solange sich diese in ihrer Anspruchslosigkeit recht anspruchsvolle Szene hier wohlfühlt, werden dem wirtschaftlichen Erfolg auch in Zukunft keine Grenzen gesetzt sein.

Genau deshalb, weil sich die Insel den Charme des „gesegnet Einfachen“ bewahrt, den die Stummfilmdiva Asta Nielsen schon vor hundert Jahren beschwor.

Gerhard Fitzthum aus Mittelhessen ist promovierter Philosoph und Reisejournalist. Näheres zu ihm findet sich unter toen.de.

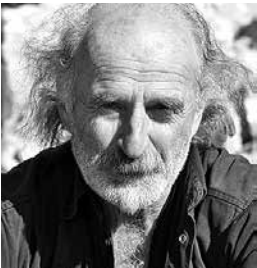


Foto: privat



Die Züge fahren weiterhin

Berlin war der sichere Hafen für Polens queere Community.
Wir dürfen unsere Nachbar*innen nun nicht im Stich lassen.

Aus Warschau **Wiktoria Jędrószkowiak**

Zwei Stunden. So lange dauert die Fahrt von meiner Heimatstadt Posen im Westen Polens nach Berlin – kürzer als die Reise nach Osten nach Warschau, unserer Hauptstadt. Da ich im Westen Polens aufgewachsen bin, war Berlin für mich der Ort, an dem man am ehesten als queere Person öffentlich Händchen halten konnte, ohne vorher abwägen zu müssen: Wer schaut zu, ist es sicher? In Polen mussten wir diese Abwägung trotz einer langsam wachsenden Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Partnerschaften fast überall noch vornehmen. Als sich 2019 und 2020 Dutzende polnischer Gemeinden zu „LGBT-freien Zonen“ erklärten, wurde Berlin einmal mehr zum Beweis dafür, dass ein anderes Leben nah genug war, um es zu berühren, zu erleben, einzufordern. Meine Familie überquerte diese Grenze lange vor

mir, aus weniger romantischen Gründen: Mein Vater fuhr jahrelang Tanklastwagen für deutsche Unternehmen. Als Klimaaktivistin habe ich inzwischen einen unbehaglichen Frieden mit dieser Ironie geschlossen – meine politische Arbeit basiert genau auf jener Lieferkette, zu der er einst gehörte. Er nannte es einen Wandel; ich bin dazu übergegangen, den Arbeitsweg meines Vaters eher als einen Weg in Richtung Freiheit zu bezeichnen. Ich gehe ihn immer noch ein paar Mal im Jahr, um Freund*innen zu besuchen, letztmals vor einem Monat mit meiner Freundin auf der Jagd nach Galerieeröffnungen. Wir besuchten eine Ausstellung der Musikerin Lexa Gates im Gretchen und tranken Apfelschorle während einer Rekordhitzewelle. Ein kleiner Städtetrip, der sich aus queeren Clubs und Cafés zusammensetzt. Im März widmete *newonce*, eine kostenlose polnische Kulturzeitung,

eine ganze Ausgabe den Städten Posen und Berlin: Posen als Polens echtes Tor zum Berliner Techno. Das bestätigte, was ich ohnehin schon spürte: Zwei Städte hatten eine gemeinsame Kultur aufgebaut. Es gibt einen Grund, warum Berlin auch zu Hause eine besondere politische Brisanz hat. Seit einem Jahrzehnt besteht die Politik des Chefs der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit, Jarosław Kaczyński, darin, regelmäßig den Feind zu wechseln: Berlin, Brüssel, Moskau, je nachdem, was gerade passt. Als der Danziger Bürgermeister Paweł Adamowicz 2019 ermordet wurde, warf ihm die dem Mord vorausgehende Verleumdungskampagne gleich drei Dinge vor: Er sei zu liberal, zu prodeutsch, zu proschwul. Die ständige Darstellung der Nationalkonservativen, dass Deutschland und Berlin der Feind sei, änderte nichts an der Tatsache, dass diese jungen Menschen, die Berlin besuchten, oft das Gefühl hatten, dort ganz sie selbst sein zu können. Als also am 25. Juli gegen Ende des Christopher Street Days ein Lieferwagen in die Menschenmenge raste, eine 65-jährige Polin tötete, die mit ihrer Tochter gekommen war, und 29 weitere Menschen verletzte, war das für mich mehr als nur eine ferne Nachricht. Gerade ihre Nationalität ist der Grund, warum mich das Ereignis so tief berührte – dieselbe Asymmetrie, die dazu führt, dass Hanau, Halle und die NSU-Morde für alle außerhalb der ins Visier genommenen Gemeinschaften abstrakte Begriffe bleiben. Zuerst schrieb ich Freund*innen in Berlin eine SMS; als ich wusste, dass sie in Sicherheit waren, aktualisierte ich trotzdem immer wieder ihre Instagram-Stories – nicht wegen der Informationen, sondern wegen ihrer Reaktionen, die noch von keinem Argument vereinnahmt waren, bevor die Politiker kamen, um das Geschehen

für uns zu definieren. Während rechte Kräfte die Tat für ihre menschenfeindliche Politik nutzen, forderten die Organisatoren der Pride, dass der Mord eben nicht für politische Zwecke instrumentalisiert werden soll. Es gibt ein anderes Modell dafür, wie es nach einem Anschlag wie diesem weitergehen kann: Nach Utøya, wo 2011 ein rechts-extremer Terrorist 77 Menschen ermordete, war Oslos Reaktion kein hartes Durchgreifen. Innerhalb weniger Tage legten die Einwohner zwanzig Tonnen Blumen vor dem Rathaus nieder. Die Jugendbewegung, die der Mörder auslöschen wollte, Berlin war für mich der Ort, an dem man als queere Person öffentlich Händchen halten konnte

kehrte vier Jahre später ins Lager auf der Insel zurück und machte es sich zur Regel, seinen Namen niemals auszusprechen. Die Norweger nennen den Ort „øya som reiste seg“ – die Insel, die sich wieder aufgerichtet hat. Berlin braucht Oslos Drehbuch nicht, aber der Instinkt, der dahintersteckt – die Sprache des Angreifers abzulehnen, sich zu weigern, die Straßen demjenigen zu überlassen, der versucht hat, sie zu leeren –, verdient einen Platz neben dem Opportunismus der AfD. Es ist das, was queere Pol*innen jahrelang still praktiziert haben: diese Grenze zu überschreiten, nicht weil Berlin jemals für Queers im absoluten Sinne sicher war, sondern weil das Dasein dort an sich schon ein Statement war. Die Züge fahren immer noch. Was wir der Frau schulden, die es nie nach Hause geschafft hat, ist, uns nicht weiter durch diese Tragödie spalten zu lassen.



Erica Zingher
Grauzone

Resilienz ist unser aller Aufgabe

Es gibt diesen Ort, an den ich immer gehe, wenn sich alles im Kopf zu schnell dreht. Berge oder Meer, hatte mir eine Traumatherapeutin nach dem Hamas-Angriff auf Israel am 7. Oktober 2023 geraten. Wenn alles zu viel werde, solle ich in Gedanken dorthin zurückkehren. Das beruhige das Nervensystem. Damals habe ich darüber gelacht. Wie soll das gehen?, dachte ich. Wenn ich die Augen schließe, kommen doch gerade die Bilder zurück. Am vergangenen Sonntag gehe ich also zur Spree. Das Berliner Meer. Irgendwann habe ich festgestellt, dass es tatsächlich hilft. Nur steht da schon jemand an meinem Platz. Ein junger Mann blickt aufs Wasser. Ich mustere ihn: kurze Hose, Tanktop, viel Glitzer im Gesicht. War er gestern auf dem CSD?, frage ich mich. Wir stehen beide da und starren verloren ins Wasser. Über Berlin hängt diese schwere Luft, die alles weich zeichnet. Das Grauen aber bleibt sichtbar. Ein islamistischer Attentäter hat den CSD angegriffen: Menschen, die Freiheit, ihre Liebe und ihr Leben feiern wollten; eine polnische Mutter, die mit ihrer Tochter feierte und nicht mehr nach Hause zurückkehren wird. In den Tagen danach denke ich viel über Resilienz nach, die Fähigkeit, Krisen zu überstehen, ohne dass sie das ganze Leben bestimmen. Minderheiten wird oft zugeschrieben, besonders resilient zu sein. Fast wie eine Superkraft. Als wäre es selbstverständlich, mit Bedrohungen zu leben. Doch Resilienz wird oft mit Leidensfähigkeit verwechselt. Dabei ist sie das Gegenteil. Ein resilientes System lernt aus Krisen. Es verändert sich. Es wird widerstandsfähiger. Das gilt für Menschen genauso wie für Staaten und Ge-

Eine Gesellschaft, die nach jeder Katastrophe wieder bei null anfängt, wird nicht widerstandsfähiger, sondern erschöpft

sellschaften. Genau deshalb ist Resilienz keine private Aufgabe, sondern eine demokratische Pflicht. Sie muss eingeübt werden. Ich frage mich oft, warum wir Kindern in der Schule nicht beibringen, wie man mit Krisen umgeht. Wie man nach einem Verlust wieder aufsteht. Wie man Unsicherheit aushält, ohne sofort nach einfachen Antworten zu greifen. Es müssen ja nicht einmal die großen Katastrophen sein. Das Scheitern an einer Prüfung, der Tod eines Großelternteils, die Trennung der Eltern – auch daran lässt sich Resilienz lernen, die Fähigkeit, die einen Menschen durchs Leben trägt und eine Demokratie zusammenhält. Die Bedrohung durch islamistischen Terror ist Teil unserer Gegenwart. Das heißt nicht, sie hinzunehmen. Sicherheitsbehörden müssen Anschläge verhindern, Fehler aufarbeiten und Konsequenzen ziehen. Aber auch eine Gesellschaft muss lernen. Wenn nach jedem Anschlag dieselben politischen Fronten aufbrechen und dieselben Debatten von vorne beginnen, dann ist das kein Zeichen von Resilienz. Dann drehen wir uns im Kreis. Eine Gesellschaft, die nach jeder Katastrophe wieder bei null anfängt, wird nicht widerstandsfähiger, sondern erschöpft. Nach dem jüngsten Terror war immer wieder zu hören, dies sei ein „Anschlag auf uns alle“ gewesen. Wer das ernst meint, muss aber auch die Konsequenz ernst nehmen. Dann darf Resilienz nicht länger denjenigen überlassen werden, die immer wieder Zielscheibe werden. Dann ist Resilienz eine Aufgabe von uns allen. Das heißt, sich nicht vom Terror einschüchtern zu lassen, sich aber genauso wenig von denen treiben zu lassen, die jede Gewalttat sofort für ihre politischen Zwecke instrumentalisieren wollen. Minderheiten zu schützen, ist deshalb nicht nur Aufgabe des Staats. Es ist Ausdruck einer Demokratie, in der sich alle verantwortlich fühlen. Als ich an diesem Abend von der Spree weggehe, ist auch der junge Mann weitergegangen. Ich frage mich noch, ob er dieselbe Hoffnung hatte wie ich: dass das Wasser etwas mitnimmt. Wenigstens für einen Moment.

Erica Zingher ist Journalistin und arbeitet als Referentin bei democ. Hier erscheinen zwei Kolumnen im Wechsel. Nächste Woche: „Geraschel“ von Doris Akrap

Anzeige

taz 

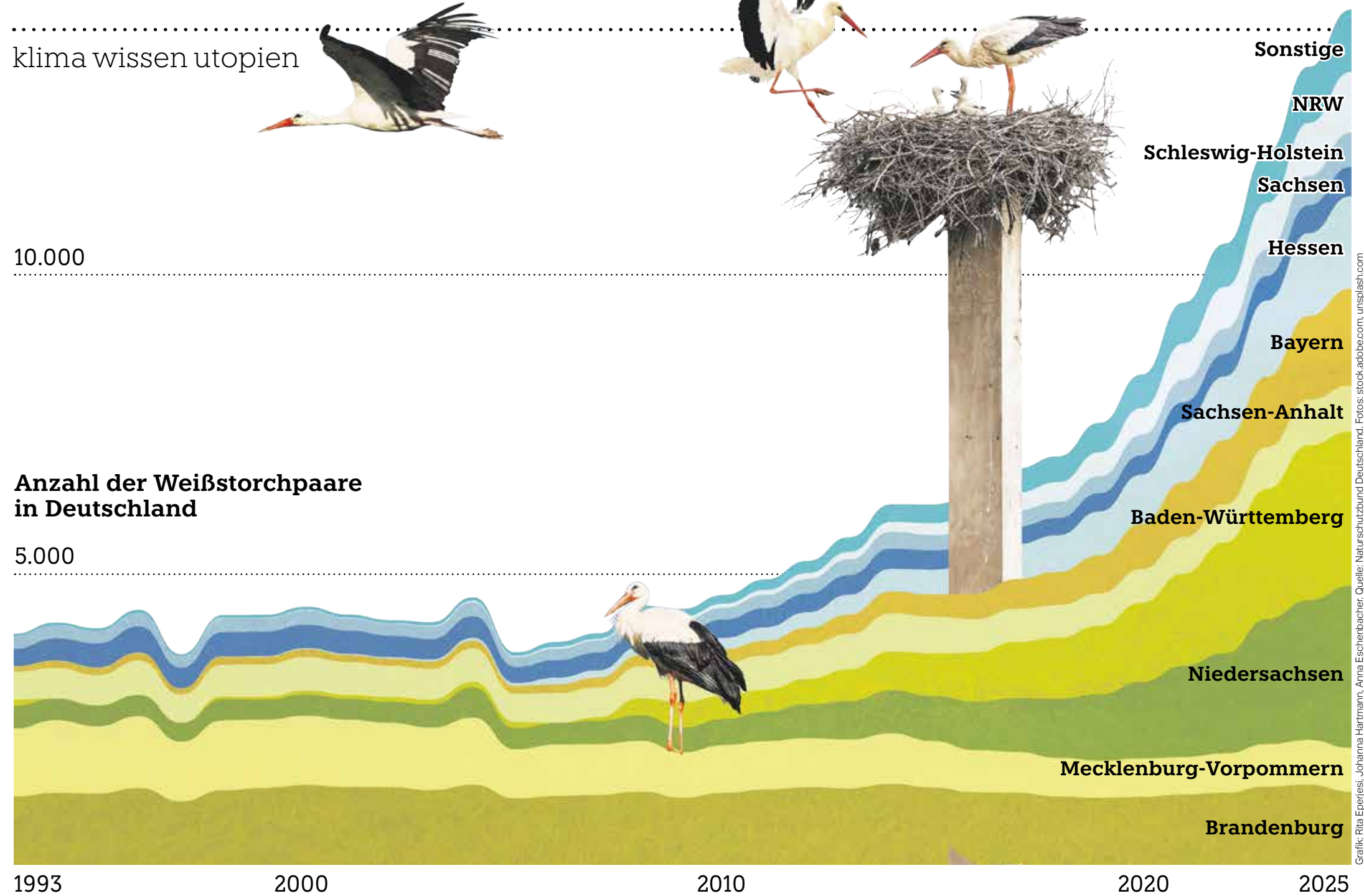
fernverbindung

Gespräche um den Globus

Ob Proteste im Iran oder Regionalwahlen in Italien – im neuen Podcast taz Fernverbindung sprechen die taz Redakteur*innen wöchentlich mit einer taz Korrespondent*in über das Auslandsthema der Woche.

Hier hören: taz.de/fernverbindung

.....
klima wissen utopien



die gute nachricht

Es brüten immer mehr Störche in Deutschland

Störche in freier Wildbahn zu sichten, ist für viele Menschen ein Erlebnis. Die Chancen dafür steigen: Für 2026 rechnet der Naturschutzbund Nabu mit 15.000 Weißstorchpaaren – das sind fünfmal so viele wie noch vor circa 40 Jahren. Ende der 1980er Jahre war die Population an ihrem Tiefpunkt. Laut Nabu machten den Vögeln besonders die intensivierte Landwirtschaft und die Trockenlegung von Mooren zu schaffen. Dank Naturschutzmaßnahmen und der Wiedervernässung von Mooren konnte sich die Population erholen. Seit Ende der

2000er Jahre ist sie in Deutschland kontinuierlich gestiegen. Das liegt auch am Klimawandel: Immer mehr Störche können in Spanien und Portugal überwintern, statt in Afrika. Durch die verkürzte Route kommen sie erholter an und haben bessere Überlebenschancen. Da diese Störche in Deutschland im Westen brüten, ist vor allem dort der Anteil gestiegen, während er in den Brutgebieten im Nordosten – die dortigen Störche fliegen eine völlig andere Route – stagniert.

Adefunmi Olanigan



Theresa Hannig
Über Morgen

Schönheit ist relativ. 2126 interessiert sich niemand mehr für Falten oder den perfekten Dreiklang von Bauch-Beine-Po. Aber wie sieht es mit der Ellenbeuge aus?

Der Urlaub steht vor der Tür, jetzt noch schnell gucken, welcher Bikini meinen hart erarbeiteten Office Body am besten zur Geltung bringt. Während ich mich vor dem Spiegel drehe, klickt mein Kopf zwischen Body Positivity und der seit den 90er Jahren internalisierten misogynen Fettfeindlichkeit hin und her. Wer erinnert sich nicht, wie Britney Spears 2007 für ihren vermeintlich zu dicken Comeback-Körper verspottet wurde? Und wer zufällig Ausschnitte alter Fernsehshows sieht, bei denen die weiblichen Gäste ernsthaft vor laufender Kamera nach ihrem Gewicht gefragt werden, der kann heute nur noch erschauern.

Ich finde mich und meine Hardware nach 2 Geburten und 42 Sonnenumkreisungen jedenfalls ziemlich gut. Aber ich weiß auch: Schönheit ist ein Milliardenbusiness, die Beautyindustrie nimmt so viel Kohle ein wie nie. Schöne Menschen haben in Job, Gesellschaft und Privatleben mehr Erfolg, werden eher als witzig, kompetent und intelligent wahrge-

nommen. Dass jetzt auch noch junge Männer anfangen, sich den Kiefer zu zertrümmern, um mit eckigem Monsterkinn vermeintlich attraktiver zu sein, birgt nur auf den ersten Blick mehr Gleichberechtigung in der Bürde des Schönseins. In Wahrheit ist es ein weiterer Auswuchs der irrigen Annahme, gutes Aussehen könne innere Leere, Entbehrlichkeit und generell einen schlechten Charakter irgendwie ausgleichen.

Ist es also eitel, nach Schönheit zu streben? Oder gerade dumm, es nicht zu tun, weil sie für Menschen doch relevant ist, und wer das ignoriert sehenden Auges soziale Boni ausschlägt?

„Wie findest du, schaue ich aus?“, frage ich laut. Felix kommt Joghurt löffelnd in mein Zimmer. Er guckt

Ist es eitel nach Schönheit zu streben? Oder gerade dumm, es nicht zu tun?

kritisch, nickt dann und sagt schulterzuckend: „Ja, gut. Passt.“

Ich bemerke, dass er immer wieder auf meinen Ellenbogen starrt.

„Ist was?“, frage ich.

Mein Freund aus der Zukunft lächelt verlegen und sagt: „Also wenn ich ehrlich sein soll, hast du 'ne wirklich schöne Cubi.“

„Eine was?“

Er deutet auf meinen Ellenbogen.

„Hier, die Stelle in der Armbeuge.“

„Was ist damit?“

„Das ist die Cubi, deine ist wirklich sehr schön!“

„Danke. Ich wusste gar nicht, dass es dafür einen Namen gibt.“

„Natürlich!“

„Und wo wir gerade dabei sind, so rein für die Wissenschaft, was würden Leute aus dem Jahr 2126 über mein Aussehen sagen?“

Felix mustert mich kritisch von oben bis unten, dann sagt er: „Deine Heel ist sehr straff.“

„Meine Ferse?“

„Genau, très chic!“

„Was ist mit Thigh Gap, Jawline, Bauch, Beinen, Po und Falten?“

„Ach, das ist alles schon okay, aber nicht so wichtig. Ich meine, achtet bei euch jemand auf den kleinen Zeh? Oder die Ohrenfalten? Eben! Zeig mal deine Hände.“

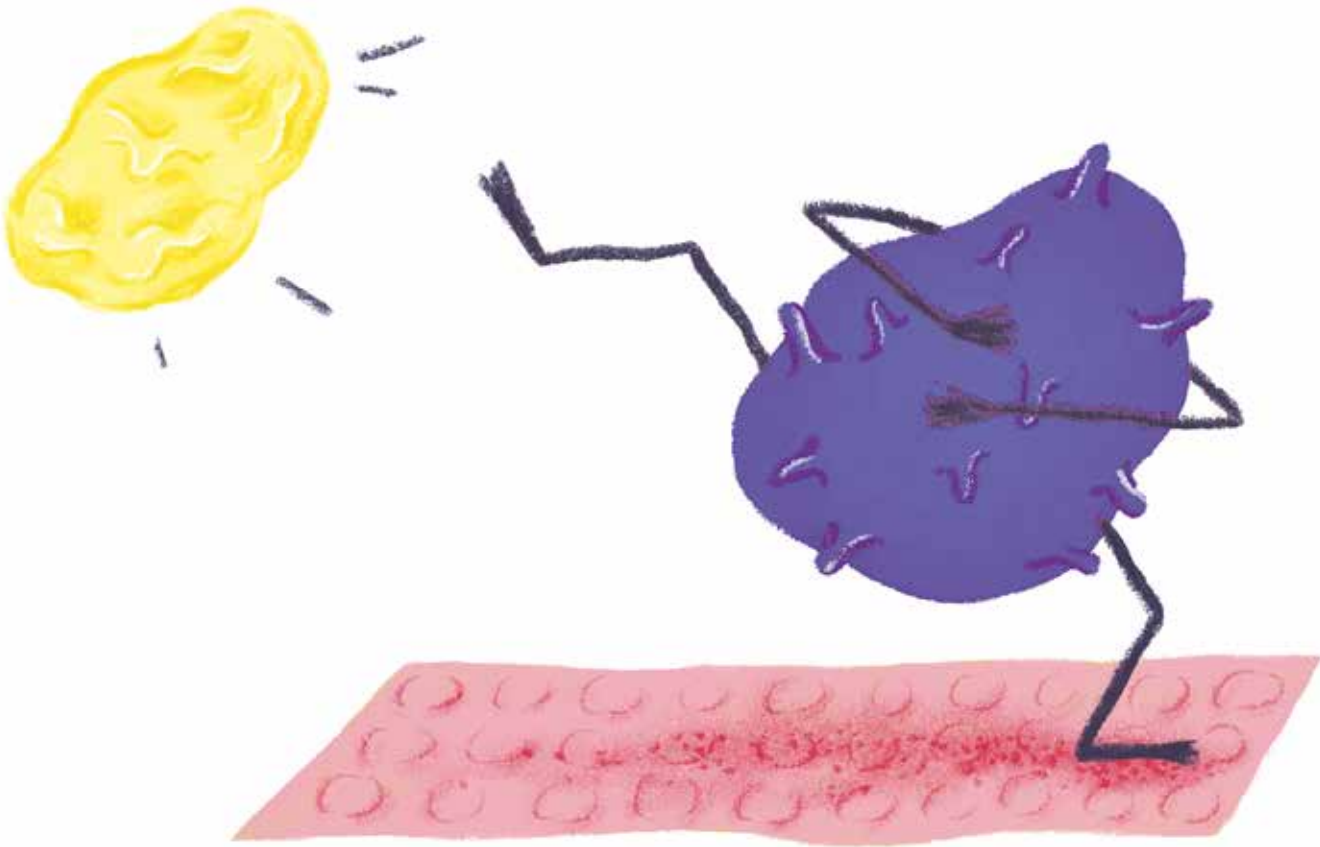
Er nickt. „Gut. Du würdest nicht mal Daumenkappen brauchen.“

„Daumenkappen?“

„Wenn Leute bei uns Bilder posten, dann tun sie das in der Regel aus der eigenen Blickperspektive und da sieht man oft die Hände. Deshalb sind schöne Daumen besonders wichtig. Und wer unsicher ist und keine Filter aktiviert hat, setzt dann Daumenkappen auf, aber das brauchst du nicht. Also wenn ich – rein für die Wissenschaft – dein Aussehen beurteilen müsste, würde ich sagen: 7/10.“

„Interessant. Gut, dass wir beide wissen, dass es nicht aufs Aussehen ankommt. Aber just for the record: Mein kleiner Zeh ist fabelhaft!“

Theresa Hannig, 42, ist Science-Fiction-Autorin, Politikwissenschaftlerin, Grünen-Stadträtin und ehemalige Softwareentwicklerin.



Neuer Kampfmodus freigeschaltet

Immer noch ist Krebs eine der tödlichsten Krankheiten. Die eine Therapie, die Heilung verspricht, gibt es nicht – mittlerweile aber Hoffnung, dass Immuntherapien uns ein gutes Stück nach vorn katapultieren

Von **Judith Rieping** und **Sofia Zharinova** (Texte) und **Katja Gendikova** (Illustration)

Krebszellen sind Meister der Tarnung. Alles, was sie vom gesunden Gewebe abheben könnte, verbergen sie. Sie verstecken die winzigen Moleküle, die sie als Krebszellen markieren, oder schalten schlicht den Alarm stumm, der sie verraten würde. Und so entgehen sie ihrer größten Bedrohung: den Suchern des Immunsystems. Ohne Pause sucht das Abwehrsystem des Körpers nach fremden Gefahren, nach Viren und Bakterien oder eben mutierten Zellen. Doch Krebszellen sind für das System quasi unsichtbar, sie können sich vermehren – und das Immunsystem schaut untätig zu.

Niels Halama will die Sucher wieder scharf stellen. Der Arzt forscht am deutschen Krebsforschungszentrum in Heidelberg zur Immuntherapie. „Vor 20 Jahren wurde man ausgelacht, wenn man etwas mit dem Immunsystem in der Krebstherapie machen wollte“, sagt er. Doch der Ansatz

sollte sich als revolutionär erweisen. Die destruktiven Zellen sollen wieder sichtbar werden, sodass der Körper sie von alleine aufspüren und bekämpfen kann. Liegt in der Therapie der entscheidende Durchbruch im Kampf gegen Krebs?

Bis heute bleibt eine Krebsdiagnose für Betroffene eine Zäsur im Leben. Über eine halbe Million Menschen erkranken jährlich in Deutschland und mehr als 200.000 Menschen starben im Jahr 2024 an Krebs. Damit ist es die zweithäufigste Todesursache nach Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Das eine Gegenmittel fehlt, zu unterschiedlich und wandelbar verhält sich Krebs. Doch in der Entwicklung neuer Therapien liegt für Betroffene enorme Hoffnung.

Mariana Bagci bemerkte ihn vor fünf Jahren, einer ihrer Leberflecken hatte sich verändert. Er war schon immer da gewesen, groß wie eine Euro-Münze, aber nun sah er anders aus. Ihre Hautärztin erkannte sofort, was

sich im Labor bestätigte: Hautkrebs. Bagci bräunte sich gern, war dafür früher oft im Solarium und hat von Natur aus einen hellen Hauttyp. Alles Risikofaktoren für Hautkrebs.

„Ich hatte Angst, wichtige Dinge im Leben nicht mehr zu schaffen“, erzählt Mariana Bagci am Telefon. Als der Krebs entdeckt wurde, arbeitete Bagci in der Gastronomie, ritt nach Feierabend mit ihrem Pferd aus oder verbrachte Zeit mit ihrem Mann und ihrem Sohn. Heute ist die 39-Jährige mehrere Stunden pro Woche im Krankenhaus. Bagci ist sich sicher: „Ohne die Immuntherapie wäre ich heute nicht mehr hier.“

Die Immuntherapie ist einer der Durchbrüche, die Krebsforschende gerade in Aufbruchsstimmung versetzt. „Man erlebt in der Onkologie gerade so etwas wie im IT-Bereich in den Neunzigerjahren. Es läuft eine Art gigantisches Wettrennen“, beschreibt

Niels Halama sein Forschungsfeld. Nahezu alle vier Wochen gebe es neue Forschungsergebnisse. Wo ÄrztInnen vorher mit leeren Händen dastanden, tragen sie nun einen vollen Werkzeugkasten vor sich. Heute könnten viele PatientInnen langfristig geheilt werden, die früher gestorben wären.

Lange Zeit basierte die klassische Krebsbehandlung vor allem auf drei Säulen: Operation, Strahlen- und Chemotherapien. Angenehm ist keine der Behandlungen. Letztere greift alle sich schnell teilenden Zellen an und trifft damit neben Tumorzellen auch gesunde. Die Nebenwirkungen sind schwer und vielfältig. Haarausfall, starke Übelkeit und eine erhöhte Infektanfälligkeit können auftreten. Mittlerweile stellt die Immuntherapie laut dem Deutschen Krebsforschungszentrum die vierte Säule der Krebsmedizin. Wenn andere Therapien nicht mehr wirken oder sich der Krebs ausgebreitet hat, setzen ÄrztInnen und PatientInnen ihre Hoffnung in die Wirkung von Immuntherapien.

Als Mariana Bagci ihre Diagnose erhielt, war die Therapie noch nicht die erste Wahl. Heute sind Immuntherapien Standard für PatientInnen mit metastasiertem Hautkrebs, also für Hautkrebs, der sich bereits im Körper ausgebreitet hat. Damals, im Jahr 2020, war die Behandlung für ihr Stadium allerdings noch nicht zugelassen und damit auch nicht von den Krankenkassen gedeckt. Zwar hätte Bagci einen Antrag für die Therapie stellen können, doch dafür blieb keine Zeit. Ihre Operation stand unmittelbar bevor und die Immuntherapie hätte direkt darauf folgen müssen. Erst als der Krebs erneut ausbrach, erhielt sie eine Immuntherapie.

Eine Infusion dauerte anderthalb Stunden, alle drei Wochen erhielt sie eine – über zweieinhalb Jahre. „Direkt nach der Infusion habe ich nichts gespürt“, sagt Bagci. Die Nebenwirkungen kamen schleichend: Fieber, starker Juckreiz und ausgetrocknete Schleimhäute. Der Krebs war unter der Therapie nicht mehr sichtbar, ein krasser Erfolg. Aber die Therapie war nicht folgenlos. Ihre Hormone gerieten aus dem Gleichgewicht, Mariana Bagci kam in vorzeitige Wechseljahre und leidet seither an einer Autoimmunerkrankung. „Doch ich würde jede Nebenwirkung in Kauf nehmen, solange der Krebs nicht wiederkommt“, sagt sie.

Der Entwicklung von Immuntherapien ging eine ganz grundsätzliche Frage voraus: Woran erkennt das Immunsystem eigentlich, was es bekämpfen soll? Das wollte der amerikanische Immunologe James P. Allison bereits in den 80ern verstehen. Ihn interessierten die hochkomplexen Kreisläufe, die das Abwehrsystem regulieren sollen. Denn einerseits soll es rechtzeitig auf Gefahren reagieren, aber auch nicht gegen die Falschen Alarm schlagen oder überreagieren.

In seinen Versuchen an Mäusen entdeckte Allison CTLA-4, einen sogenannten Immuncheck-point. Als Moleküle auf der Oberfläche von Immunzellen entscheiden sie, ob die Immunabwehr aktiviert oder gebremst wird. CTLA-4 ist ein Bremsen im Immunsystem. Krebszellen nutzen ihn für ihr Versteckspiel und schalten so das Immunsystem vermehrt ab. Daraus wuchs die Idee, diesen Mechanismus und Checkpoint zu blockieren, sodass die Immunzellen wieder auf die Krebszellen reagieren.

2001 begann Allison die ersten Untersuchungen an HautkrebspatientInnen. 17 Jahre später erhielt Allison gemeinsam mit dem Japaner Tasuku Honjo den Nobelpreis für Physiologie oder Medizin für die Forschung im Feld der Tumorummunologie. Honjo hat die Funktion eines weiteren wichtigen Immuncheckpoints erforscht. Basierend auf den Entdeckungen der Wissenschaftler wurden 2011 die ersten Checkpoint-Inhibitoren zugelassen. Drei Jahre später brachte der US-Pharmariese MSD dann auch Keytruda auf den Markt. Es wurde ein

„Ohne die Immuntherapie wäre ich heute nicht mehr hier“

Mariana Bagci, Krebspatientin

Mega-Blockbuster, wie die umsatzstärksten Medikamente der Pharmaindustrie genannt werden. Und der Zusatznutzen von Keytruda gegenüber den damals vorhandenen Therapien war deutlich. Menschen mit fortgeschrittenem Hautkrebs, die Keytruda erhalten hatten, lebten länger. 2015 konnte es in Deutschland und der EU zugelassen werden – mittlerweile wird Keytruda bei mehr als zehn Krebsformen eingesetzt, darunter Formen von Brust- und Lungenkrebs.

Mariana Bagci hat durch ihre Krankheit viele weitere an Krebs Erkrankte kennengelernt. Sie weiß, wie vielen die Therapie geholfen hat. Zum



Beispiel einer jungen Frau, die bereits viele Lymphknotenmetastasen hatte und nach der Immuntherapie bis heute krebsfrei ist. Dennoch gibt es Menschen, die auf eine Immuntherapie nicht ansprechen. Bagci kennt das Gefühl, wenn man mit einer Person auf Whatsapp schreibt, sich über die Erkrankung austauscht und gegenseitig unterstützt und dann nur noch das schwarze Profilbild im Messenger sieht. In diesem Moment wird Bagci klar: Bei dieser Person hat die Therapie nicht funktioniert. Gleichzeitig sagt sie sich selbst: „Das bedeutet nicht, dass es bei mir auch so sein muss“.

Heute könnten viele PatientInnen langfristig geheilt werden, die früher gestorben wären

Die Diagnose hat ihr Leben verändert. Statt großer Ziele freut sie sich inzwischen, wenn sie morgens ohne Bauchkrämpfe aufwacht. „Mittlerweile reicht es mir, um glücklich zu sein“, sagt sie.

Obwohl ihre Therapie zuerst erfolgreich war, musste Bagci im Februar 2026 erfahren, dass sie neue Metastasen hat. Warum die Therapie bei ihr langfristig nicht wirksam war, kann bis heute niemand beantworten. Aktuell hat sie wieder wöchentliche Termine im Krankenhaus – PET-CT, eine Krebsröntgenuntersuchung, Blutabnahmen, Hautscreening – und wird mit einer neuen, auf ihre Genmutation abgestimmten Therapie behandelt.

Trotzdem will sie nicht den Mut verlieren. Auf ihrem Instagram-Kanal klärt sie über Sonnenschutz auf, nennt sich „Sonnenbrand Polizei“ und erzählt von ihren Erfahrungen mit der Krebstherapie. Sie hat sogar eine Selbsthilfegruppe gegründet. Ihre Community macht ihr Mut. „Ich denke an dich“, „Du tapfere Maus“, schreiben ihr fremde Menschen in den Kommentaren. Ihr Instagram-Profil heißt nicht ohne Grund „hau_p_tsa-che glücklich“ – trotz der Erkrankung führt Bagci ihr Leben weiter.

Die große Hoffnung, Krebs allein durch innovative neue Medikamente ganz zu besiegen, bleibt weiter unerfüllt. So bahnbrechend die Verbesserungen in manchen Bereichen durch Immuntherapien sind – sie wirken leider nicht bei allen PatientInnen. Trotzdem sind in den vergangenen 15 Jahren die Überlebenschancen für HautkrebspatientInnen stark gestiegen, auch in fortgeschrittenen Stadien. Das zeigt sich im 10-Jahres-Überleben, einem Prognosewert, der beschreibt, wie viele Menschen 10 Jahre nach der ursprünglichen Diagnose noch leben. Mittlerweile liegt er für Hautkrebs bei über 95 Prozent.

ÄrztInnen wissen bisher nicht, wer von der Immuntherapie profitiert und wer nicht. Wie groß der Nutzen ist, variiert je nach Krebsform. Der Grund hierfür liegt in der Komplexität jedes Tumors selbst. Krebszellen haben ein großes Arsenal an Abwehrmechanismen. Auch wie lange eine Therapie fortgeführt werden sollte und welche Langzeitfolgen es gibt, wird diskutiert. Manche PatientInnen bekommen eine Immuntherapie bereits seit Jahren, ohne zu wissen, wann sie beendet werden soll.

„Es ist die Ära der Kombinationstherapien“, resümiert der Krebsforscher Halama. Die besten Erfolge lieferten Ansätze, in denen die verschiedenen Therapiebausteine der Krebsmedizin bestmöglich kombiniert wurden.

Doch muss man sich auch leisten können, das Alte mit dem Neuen zu kombinieren, denn Immuntherapien kosten gigantische Summen. Ein internationales Rechercheprojekt,

an dem der Spiegel und das ZDF beteiligt waren, konnte zeigen, dass allein die Erstattung des Medikaments Keytruda die gesetzlichen Krankenversicherungen in Deutschland im Jahr 2025 mehr als zwei Milliarden Euro kostete. Eine einzelne Dosis kostet mehr als 5.000 Euro.

Die Kosten für die Versichertengemeinschaft explodieren, bei zunehmend speziellen und individualisierten Krebstherapien. Aktuell werden in Deutschland selbst die teuersten Medikamente für gesetzlich Versicherte erstattet. Aber auch Krebsforscher Halama fragt sich: „Wie können wir diese Kosten auf den Schultern verteilen, damit eine Finanzierung auch in Zukunft noch gelingt?“ Der CDU-Politiker Hendrik Streeck provozierte 2025 eine ethische Debatte, als er anders-

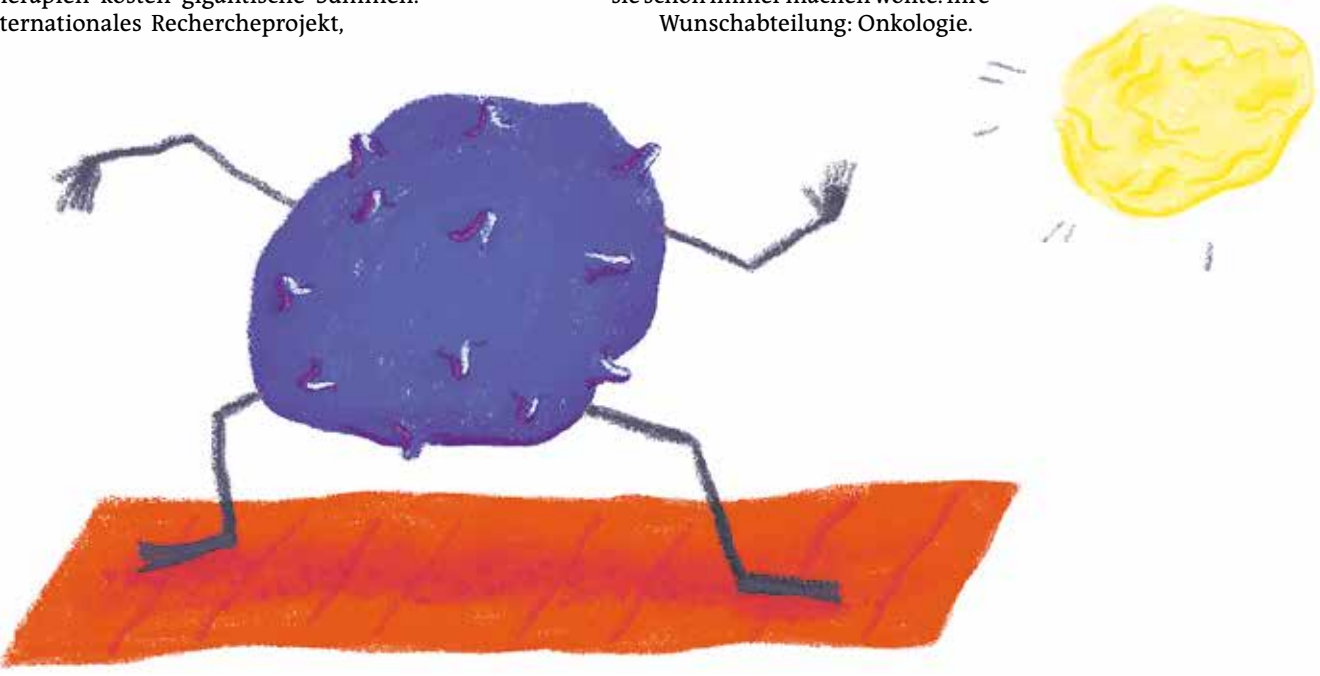


herum fragte, ob weiterhin teure Krebsmedikamente für Hochaltrige finanziert werden sollten. Die Frage bleibt: Wie viel darf eine Behandlung kosten und wer bekommt sie?

Unterdessen profitiert die Pharmaindustrie reichlich. Der US-Pharmariese MSD generierte im letzten Jahr fast die Hälfte seines Umsatzes allein mit Keytruda. Es war mit 31 Milliarden Euro im Jahr 2025 das umsatzstärkste verschreibungspflichtige Medikament weltweit. Gleichzeitig wurde das Medikament 2019 von der WHO auf die Liste der unentbehrlichen Arzneimittel gesetzt.

Aktuell sichern Patente den Pharmafirmen ihre Gewinne und das Monopol auf die Wirkstoffe. Doch das wird sich ändern. 2028 läuft in den USA das Patent für Keytruda und weitere Immuncheckpoint-Inhibitoren aus. Damit können auch günstigere Nachahmepreparate auf den Markt kommen, sodass mehr Menschen Zugang zu den Mitteln ermöglicht werden kann. Auch in Studien können die Präparate dann noch breiter untersucht und kombiniert werden, was dem Wettrennen in der Krebstherapie einen weiteren Schwung gäbe.

Immerhin haben Menschen wie Mariana Bagci heute eine Chance auf das krebsfreie Leben. „Früher war meine Diagnose eine tickende Zeitbombe. Heute bin ich eher chronisch krank statt sterbenskrank“, sagt sie. Bagci hat in den letzten Jahren vor allem gelernt, ihre Träume nicht länger aufzuschieben. Vor einem Jahr hat sie eine Ausbildung zur Pflegefachkraft begonnen, etwas, das sie schon immer machen wollte. Ihre Wunschabteilung: Onkologie.



Die vielen Wege der Immuntherapie

Unter Immuntherapie fallen alle Medikamente mit dem Ansatz, das Immunsystem im Kampf gegen Krebs zu nutzen. Doch sowohl ihre Wirkmechanismen als auch der Stand der Forschung sind extrem unterschiedlich. Eine Übersicht.

Die Bremsenlöser

Als die fungieren die Immuncheckpoint-Inhibitoren. Sie lösen die Bremsen des Immunsystems, indem sie dessen Prüfstellen beeinflussen. An ihnen wird entschieden, ob die Immunantwort aktiviert oder gebremst wird. Krebszellen schalten die Antwort aus. Den Vorgang verhindern die Inhibitoren, durch sie kann das abgeschaltete Immunsystem seine Abwehr wieder auf die Krebszellen richten.

Ihr Einsatzgebiet: Immuncheckpoint-Inhibitoren werden bei einer Vielzahl von Krebserkrankungen, darunter Hautkrebs, Kopf-Hals-Tumoren, Lungenkrebs und Brustkrebs eingesetzt; sowohl in Form einer einzelnen Therapie als auch in Kombination mit Chemo- oder Strahlentherapien und nach oder vor einer Operation.

Nutzen und Schwierigkeiten: Die Therapie ist mittlerweile ein Standard in der Krebstherapie und beinhaltet die am längsten verfügbaren Wirkstoffe: Der erste Checkpoint-Inhibitor Ipilimumab wurde 2011 zugelassen. Immer häufiger werden die Bremsen auch mit anderen Immuntherapien kombiniert. Zugleich sind die Checkpoint-Inhibitoren oft reich an Nebenwirkungen und die Langzeitfolgen noch nicht gut erforscht. Außerdem sprechen nicht alle PatientInnen auf die Behandlung an und die Krebszellen können Resistenzen auf die Therapie entwickeln.

Die Scharfmacher

So könnte man auch die CAR-T-Zell-Therapie nennen. T-Zellen sind eine Gruppe der Immunzellen, die vor allem als Angreifer agieren. In dieser Immuntherapie werden sie aus dem Körper sortiert und mit einem auf den Tumor abgestimmten Rezeptor versehen. Zurück im Körper sollen sie so die Tumoren finden und auf sie losgehen.

Ihr Einsatzgebiet: Genutzt wird die Therapie vor allem bei Blut- und Knochenmarkkrebs. Meist kommt sie zum Einsatz, wenn andere Behandlungen nicht wirken, es gibt auch Anwendungen im Bereich von Autoimmunerkrankungen.

Nutzen und Schwierigkeiten: Bisher ist die CAR-T-Zell-Therapie noch nicht in vielen Bereichen der Krebstherapie angekommen. Bei der Behandlung von Blutkrebs zeigt sie aber drastische Erfolge. Eine Therapie ist aufwendig, es braucht hochspezialisierte Zentren und jeweils einige Wochen Zeit für die Entwicklung der individuellen CAR-T-Zellen. Mit Kosten bis zu einer halben Million Euro pro PatientIn und Behandlung sind zu rechnen.

Die Gedächtnisbilder

Damit das Immunsystem den Krebs bekämpfen kann, muss es ihn erkennen. Wie kann man ihm also Informationen geben? Ein Weg ist die Impfung. Durch die sogenannte mRNA-Impfung können genetische Informationen in den Körper geschleust werden, etwa über einen Virus oder eben auch über Krebszellen. Um eine solche Behandlung durchzuführen, müssen Impfstoffe individuell auf den oder die PatientIn und die Krebsform im Körper maßgeschneidert werden. Die Impfung soll dafür sorgen, dass das Immunsystem etwas erkennt, was es vorher übersehen hat – den Krebs; und vor allem: nicht wieder vergisst. Indem das Immunsystem ein Gedächtnis bildet, soll es Rückfälle selbst verhindern.

Ihr Einsatzgebiet: Bisher werden mehrere mRNA-Impfungen noch in Studien erprobt, es gibt noch keine Zulassung für eine Behandlung.

Nutzen und Schwierigkeiten: Zunächst müssen sich die Wirkstoffe beweisen. Der mRNA-Impfstoff Intismeran gegen Hautkrebs hat in einer Studie das Risiko gesenkt, dass der Krebs zurückkehrt, wenn der vorher operativ entfernt wurde. Bei aussagekräftigen Ergebnissen in der nächsten Studienphase könnte es für diesen Krebs in den nächsten ein bis zwei Jahren die erste Zulassung geben.

doppelblind

Kann künstliche Intelligenz menschliches Verhalten vorhersagen?



Worum geht's?

Wie ehrlich sind die Menschen beim Ausfüllen ihrer Steuererklärung? Und ab wann ändern sie ihre Einstellung zu Klimaschutzmaßnahmen? Um diese und ähnliche Fragen zu beantworten, gibt es die Sozialwissenschaften. Im Kern dreht es sich dabei oft um die Berechenbarkeit des Menschen. Und wo es um Rechenleistung geht, ist die künstliche Intelligenz nie weit. In den Naturwissenschaften ist die Nutzung von KI bereits üblich, beispielsweise um die Struktur bestimmter Proteine vorherzusagen. Nun untersuchte ein Forschungsteam, inwieweit große Sprachmodelle unter experimentellen Bedingungen menschliches Verhalten vorhersagen und seine Ursachen identifizieren können.

Die Studie

In der im Juli im Fachmagazin *Nature* veröffentlichten Studie wurden 70 Umfrageexperimente aus den USA mit Daten von mehr als 119.000 Menschen untersucht. Das von OpenAI entwickelte Sprachmodell GPT-4 erhielt jeweils den Studienaufbau und die Antwortskalen sowie Profile fiktiver Teilnehmender mit Angaben zu Alter, Bildung, Ethnie, Geschlecht, Parteiidentifikation und Weltanschauung. Anschließend simulierte das Modell die Reaktionen dieser ausgedachten Versuchspersonen. Das Resultat: Die Vorhersagen der KI stimmen ziemlich genau mit den tatsächlichen Studienergebnissen überein. Doch obwohl die Richtung stimmt, überschätzt die KI die Stärke der Effekte systematisch, und zwar etwa um das Doppelte. Damit ist sie nicht allein, menschliche Vorhersagen zeigen das gleiche Muster. Die Vorhersage des Sprachmodells wurde zudem wesentlich ungenauer, als sie die Ergebnisse von 15 großen Studien mit Feldexperimenten vorhersagen sollte.

Was bringt's?

Auf der positiven Seite stehen mögliche Zeit- und Kosteneinsparungen. Bevor aufwendige Studien durchgeführt werden, ließen sich die Ideen mit einem Sprachmodell durchspielen. So könnte man schneller erkennen, welche Ansätze sich für eine echte Studie lohnen. Aber: Das Risiko, dass Befunde publiziert werden, die nur von einer KI simuliert und nie wirklich getestet wurden, würde sich noch erhöhen. Schon jetzt entstehen in sogenannten Papiermühlen massenweise KI-generierte Studien, die es immer öfter in die renommierten Fachjournale schaffen. Und würden rein simulierte Umfrageexperimente die sozialwissenschaftliche Forschung nicht ad absurdum führen? KI baut ihre Vorhersagen auf Bekanntem auf. Der Kern der Wissenschaft ist es jedoch, Neues zu entdecken und Wissen zu generieren. „Sollten solche Ansätze in Zukunft häufiger eingesetzt werden, befürchte ich einen degenerativen Prozess: Mit synthetischen Daten werden Ergebnisse produziert, die dann wiederum in die Generation synthetischer Daten eingehen, die dann wieder Ergebnisse produzieren“, kommentierte Professor Josef Brüderl von der LMU München die Studie für das Science Media Center. *Hannah Marlene Göschel*

Neue wissenschaftliche Studien stellen wir jede Woche an dieser Stelle vor – und erklären, welchen Fortschritt sie bringen. Sie wollen die Studie im Internet finden? Jede hat einen Code, hier lautet er: doi.org/10.1038/s41586-026-10742-x

der anstoß

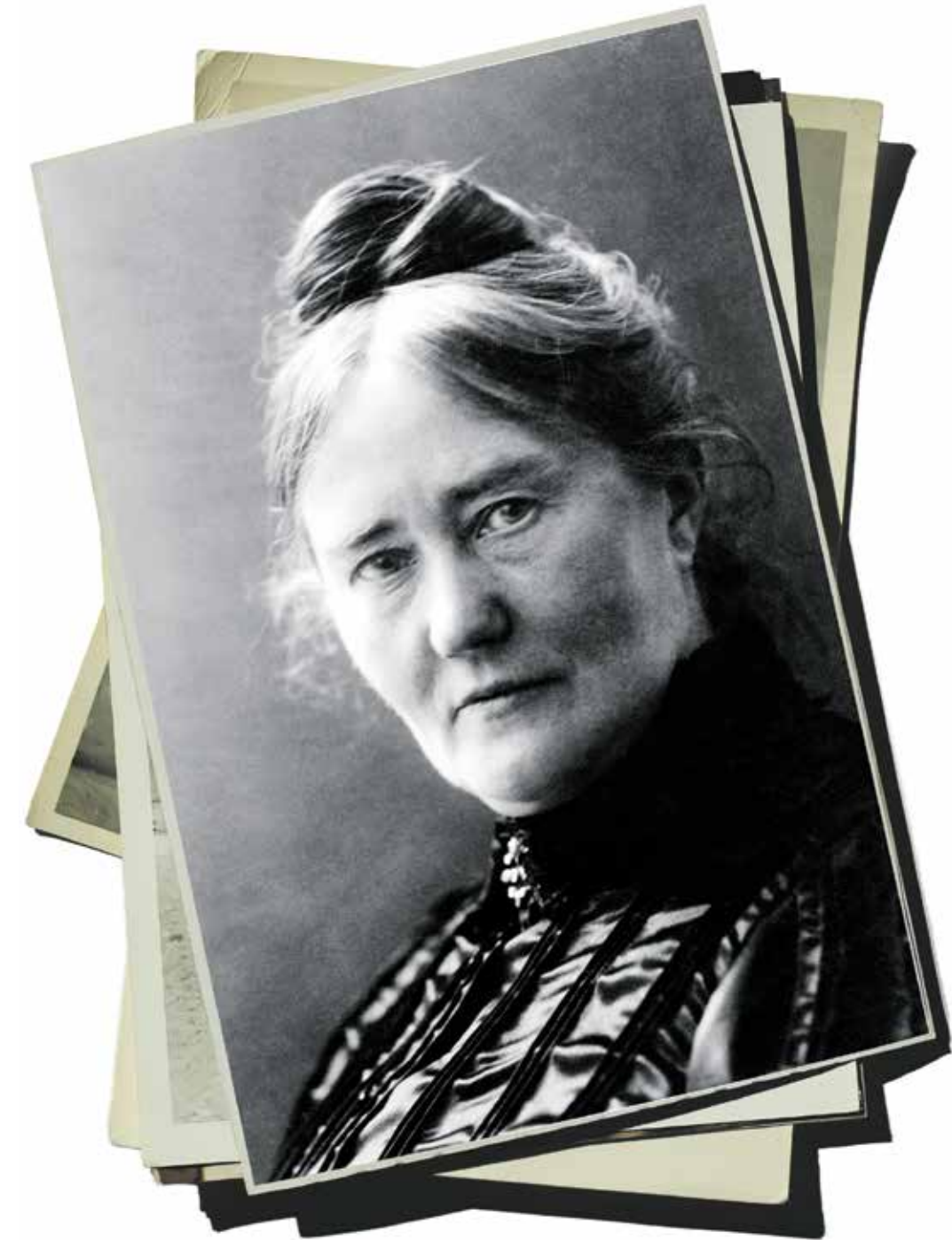
Eine gelbe Broschüre, die Mädchen half

Es ist Januar im Berlin des Jahres 1888. Sechs Frauen warten auf die Entscheidung des Preußischen Abgeordnetenhauses über ihre Petition. Sie kämpfen um den Zugang zu höherer Bildung für Mädchen. Im Deutschen Kaiserreich sind zunehmend mehr Frauen des Bürgertums auf Erwerbsarbeit angewiesen, durch die Industrialisierung gerät das traditionelle Versorgermodell ins Wanken. Dennoch ist mehr Bildung für Mädchen nicht vorgesehen, und so schmettert das Abgeordnetenhaus die Petition der Frauen ab, ohne diese

Die Quellen, „die auch dem dümmsten [...] Manne offenstanden, waren mir verwehrt“

Helene Lange, Frauenrechtlerin

oder die beiliegende kleine Schrift im gelben Einband, die die Forderungen erklärt, großartig zu würdigen. Ein Fehler, denn obwohl die Petition erfolglos blieb, sollte die „Gelbe Broschüre“ entscheidend zur deutschen Frauenbewegung beitragen. Geschrieben hat sie die 1848 geborene Helene Lange. Nachdem sie jung ihre Eltern verloren hat, muss Lange selbst Geld verdienen und wird Lehrerin. Doch eine wissenschaftliche Ausbildung bleibt ihr verwehrt. In ihren Memoiren „Lebenserinnerungen“ schreibt sie: Die Quellen, „die auch dem dümmsten [...] Manne offenstanden, waren mir verwehrt. Vielleicht war diese Stunde die Geburtsstunde der ‚Frauenrechtlerin‘.“ Damals dürfen Mädchen in Preußen kein Abitur machen, geschweige denn studieren. An sogenannten höheren Töchterschulen können sie bis zum 16. Lebensjahr lernen – aber nur so viel, dass sich der Ehemann „am häuslichen Herd nicht langweilte“. Lange kritisiert das scharf: „Solange die Frau nicht um ihrer selbst willen als Mensch und zum Menschen schlechtweg gebildet wird, [...] so lange wird es mit der deutschen Frauenbildung nicht anders werden.“ Mit anderen Frauen aus dem liberalen Bürgertum verbündet sie sich. In der „Gelben Broschüre“ – eigentlich „Die höhere Mädchenschule und



ihre Bestimmung“ – fordert Lange, dass Mädchen an höheren Schulen wissenschaftlichen Unterricht erhalten und dass es staatlich finanzierte Ausbildungsstätten für Lehrerinnen gibt. Obwohl die Abgeordneten die Petition ignorieren, verbreiten sich Helene Langes Forderungen und Name schlagartig. Die sechs Petentinnen gründen 1890 den Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverein. 1893 werden auf Langes Initiative hin in Berlin die ersten Realkurse für Mädchen eingerichtet, die sie gezielt auf das Abitur vorbereiten sollen. 1896 be-

stehen die ersten sechs Schülerinnen in Berlin die Reifeprüfung. Auch außerhalb des Bildungsbereichs engagiert Lange sich und bleibt ihr Leben lang eine wichtige Figur der deutschen Frauenbewegung. 16 Jahre nach der „Gelben Broschüre“ schreibt sie, das große Endziel der Frauenbewegung sei, dass diese überflüssig werde. Dieses Ziel gilt heute wohl ebenso wie damals. *Hannah Marlene Göschel*

Wie beginnt Veränderung? An dieser Stelle erzählen wir jede Woche von einem historischen Moment, der etwas angestoßen hat.

Helene Lange war eine wichtige Stimme der deutschen Frauenbewegung
Foto: Granger Historical Picture/imago

Anzeige



LAUT. STARK. UNBEUGSAM.

Wir sind noch immer geschockt und fassungslos angesichts des Anschlags auf den Berliner CSD am 25.07.2026. Unser Mitgefühl gilt allen Betroffenen, ihren Freund:innen und Familien.

Unsere Solidarität gilt ebenso dem Berliner CSD e.V. und seinem gesamten Team. Als Veranstalter:innen wissen wir sehr genau um die Angst aller Eventmacher:innen, dass etwas bei einer Veranstaltung passiert, dass Mitarbeiter:innen, Kolleg:innen und Besucher:innen zu Schaden kommen könnten.

Wir wünschen Allen alle Kraft der Welt, diesen Albtraum zu überwinden und den Weg zurück zu finden, dorthin, wo ein CSD hingehört – auf die Straße. Bleibt laut, stark und unbeugsam.

Unterstützen Sie den Berliner CSD mit einer Spende: Berliner CSD e.V., IBAN DE18 1007 0024 0488 0555 00, Verwendungszweck: Spende



Die Abteilungen Genossenschaft und Marketing, Kommunikation & Kreation der taz



Der 28. Juni war bisher der heißeste Tag dieses Jahres. Die Menschen suchten Abkühlung, wie hier im Berliner Viktoriapark
Foto: Sebastian Wells/Ostkreuz

Solidarisch durch die Hitze

Immer häufiger steigen die Temperaturen über 30 Grad. Das kann gefährlich oder sogar tödlich sein – vor allem für die, um die sich niemand kümmert. Sieben Vorschläge, mit denen wir gemeinsam bei der nächsten Hitzewelle cool bleiben

Von **Sophie Fichtner**

Hitze ist Stress für den Körper. Je länger und stärker eine Hitzewelle anhält, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit für einen Hitzschlag. Schwitzen reicht dann nicht mehr aus, um den Körper zu kühlen. Besonders gefährdet sind alte und kranke Menschen sowie Kleinkinder, da ihre Körper sich schlechter an hohe Temperaturen anpassen können.

In diesem Sommer sind laut Schätzungen des Robert Koch-Instituts (RKI) in Deutschland bereits 9.800 Menschen an den Folgen von Hitze gestorben. In der Statistik der Hitzetoten ragt das Jahr 2026 schon jetzt über die Balken der Vorjahre hinaus. Zum Vergleich: Für 2025 geht das RKI von insgesamt 2.600 Hitzetoten aus.

Nach der Hitzewelle im Juni dieses Jahres schlugen deshalb viele Kliniken in Deutschland Alarm. Die Notaufnahmen waren voller dehydrierter Menschen. Das Stuttgarter Robert Bosch Krankenhaus schaffte sogar eine Eismaschine an, um so die Körpertemperatur von überhitzten Patient:innen zu senken. Die Methode: Die Menschen werden zum Abkühlen in einen Leichensack gesteckt, der mit Wasser und Eis gefüllt wird. Das klingt makaber, ist aber gleichzeitig die Realität im Sommer 2026.

Gegen die extremen Temperaturen kann man akut nichts unternehmen. Aber es gibt Wege, wie man gemeinschaftlich besser durch die nächste Hitzewelle kommen kann. Hier sind sieben davon.

”

Ein Stuttgarter Krankenhaus schaffte eine Eismaschine an, um die Körpertemperatur von überhitzten Patient:innen zu senken

1 Aufeinander achten
2003 erlebte Frankreich einen verheerenden Hitzesommer, 15.000 Menschen starben an den Folgen der Hitze. Danach wurden zwei Faktoren identifiziert, die die vielen Toten begünstigten: Ignoranz und Isolation. Die Franzosen fuhren damals in die Ferien, zurück blieben die Alten, die allein in ihren heißen Wohnungen starben. Seitdem wird Hitze in Frankreich als soziale Aufgabe betrachtet, die gemeinschaftlich angegangen werden muss. In Deutschland muss dieses kollektive Bewusstsein noch wachsen.

An heißen Tagen gilt also einmal mehr: Nach älteren Menschen schauen. Haben sie genug getrunken? Wie fühlen sie sich? Das kann man nicht nur die eigenen Großeltern fragen, sondern auch die alleinlebende Nachbarin, den Mann in der Supermarktschlange, die Frau in der Bahn. Denn im Alter nimmt das Durstgefühl ab, ältere Menschen dehydrieren leichter.

Bei Älteren lässt sich übrigens einfach testen, ob sie zu wenig getrunken haben. Wenn man die Haut an der Hand hochzieht, sie wieder loslässt und sich die Haut nur sehr langsam wieder glättet, ist die Person wahrscheinlich dehydriert oder auf dem Weg dahin.

2 Gemeinsam querlüften
Tagsüber sollten die Fenster zugehängt und geschlossen sein. Aber sobald es abends abgekühlt ist, hilft es, quer durch die Wohnung zu lüften, sodass ein Luftzug entsteht.

Wenn alle eigenen Fenster auf der Sonnenseite liegen, kann man bei den Nachbarn um Hilfe bitten und fragen, ob man durch die geöffneten Wohnungstüren lüften kann. So kann sich kühle Luft über den Hausflur austauschen. Und wer in einer Erdgeschosswohnung wohnt, kann den Nachbarn aus dem Dachgeschoss anbieten, sich für ein paar Stunden unten abzukühlen.

3 An Obdachlose denken
Menschen ohne Obdach sind durch Hitze besonders gefährdet, weil sie ihr permanent ausgeliefert sind und sie nicht immer einfach an Trinkwasser kommen. An heißen Tagen kann man Menschen, die auf der Straße leben, deshalb mit einfachen Dingen unterstützen, etwa einer Wasserflasche, Sonnencreme oder einer Kopfbedeckung. Schläft jemand in der prallen Sonne, sollte man die Person höflich ansprechen und fragen, ob sie Hilfe oder einen Platz im Schatten braucht. Bei Anzeichen eines Hitzschlags – etwa starke Kopfschmerzen, Übelkeit, Verwirr-

heit – und wenn die Person einverstanden ist oder sogar nicht mehr ansprechbar, sollte ein Krankenwagen gerufen werden.

4 Kühle Räume anderen zeigen
Für viele Städte gibt es bereits Karten, in denen öffentliche Orte zum Abkühlen eingetragen werden. Alte Kirchengebäude bleiben verlässlich kalt und öffnen ihre Räume oft für alle zum Ausruhen. Auch in Museen kann man teilweise ausharren, ohne ein Ticket kaufen zu müssen. In den Karten werden auch Trinkbrunnen oder schattige Parks markiert. Einer älteren oder obdachlosen Person, die einen kühlen Ort für die Mittagsstunden sucht, kann man mit diesen Karten weiterhelfen.

5 Hitzetelefonnummern verbreiten
Städte wie Köln, Bielefeld, Würzburg und Berlin haben in den Sommermonaten Hitzetelefone eingerichtet – für manche muss man sich allerdings vorab registrieren. Die Nummern können insbesondere äl-

tere Menschen anrufen, wenn sie sich wegen der Hitze Sorgen machen oder Hilfe benötigen. Teilweise werden Hitzepaten zugeteilt, die sich an heißen Tagen um eine ältere Person in der Nachbarschaft kümmern. Sie gehen für sie einkaufen oder fragen nach, ob genug getrunken wurde. Wer die Möglichkeit hat, kann sich als Pate melden.

6 Auf Sport verzichten
Dieser Punkt mag für manche radikal erscheinen, doch auch er ist solidarisch. Denn selbst als junger, fitter und gesunder Mensch sollte man an heißen Tagen keinen anstrengenden Sport machen, insbesondere nicht im Freien. Bei Temperaturen über 30 Grad ist die gewohnte Laufstrecke sehr viel herausfordernder für den Körper. Notaufnahmen sind an heißen Tagen oft überlastet – auf noch mehr überhitzte Personen, die sich beim Sport unnötig verausgabt haben, können Krankenhäuser verzichten. Wer auf sein Training dennoch nicht verzichten kann: sehr früh oder sehr spät joggen gehen, wenn es kühler ist.

7 Erste Hilfe lernen
Wie erkennt man einen Hitzschlag? Wie hilft man bei einem Kreislaufkollaps? Wer sich auf den Ernstfall vorbereiten will, kann sich für einen Erste-Hilfe-Kurs anmelden. Der wird übrigens von den meisten Arbeitgebern übernommen und gilt offiziell als Arbeitszeit, weil jeder Betrieb Ersthelfer:innen braucht.

Anzeige

Du willst in die Zukunft sehen?

TEAM taz ZUKUNFT

Abonniere den Newsletter zu Klima, Wissen, Utopien
taz.de/teamzukunft

„Letztlich spielen nicht nur individuelle, sondern auch ideologische und sozioökonomische Faktoren beim Kinderwunsch in allen Familienkonstellationen eine Rolle“

Charlotte Dittmar, Leserin

wortwechsel

Fortpflanzung mit System

Leihmutterschaft ist in Deutschland nicht erlaubt, wohlhabende Menschen wie Jens Spahn umgehen das Verbot im Ausland. Die taz-Leserschaft befürchtet die Legalisierung



Ein Kind durch Leihmutterschaft oder Adoption zu bekommen, sind beides Möglichkeiten, die Familie zu vergrößern Foto: Fabian Weiss/laif

Klimaschutz

„Mit weniger Geld mehr Klimaschutz“, wochentaz vom 25. – 31. 7. 26
Der Artikel spricht mir aus der Seele, wir diskutieren viel zu wenig die internationalen Wege zum (internationalen) Klimaschutz zusätzlich zur Frage, ob wir in Deutschland in einer Technologie zu x oder x minus 10 Prozent auf dem richtigen Klimapfad sind. Der Fehler ist aber nicht ein Entweder-oder, sondern der internationale Aspekt muss hinzukommen.
Die Argumentation des Autors steht und fällt mit der Wirksamkeit des Schutzes von Regenwald und Mooren. Meines Erachtens das Schwierigste, aber nicht Unmögliche ist, international effektive und verbindliche Abkommen zu schließen. Das würde auf eine „Koalition der Willigen“ hinauslaufen. Die Erfahrungen damit scheinen mir leider eher ernüchternd.
Georg Kratz-Kummetz, Freiburg

Zusammenstehen

„Mit Anti kommen wir nicht weiter“, wochentaz vom 25. – 31. 7. 26
Peter Unfried spricht mir mal wieder aus der Seele. Ich bin allerdings schon über 70 und vermute, vor 50 Jahren hätte ich gezweifelt, ob das wirklich der richtige Weg ist, die Gefahr des dräuenden Faschismus zu bekämpfen, indem man sich zähneknirschend als Linksgrüner oder Öko mit den Rechtskonservativen zusammentut, derentwegen und gegen die man schließlich in den 1980ern Ortsverbände gegründet hat in der Hoffnung, es würde sich alles zum Besseren wenden.
Hat Joschka Fischer aber nicht recht, wenn er sagt, einen Gutteil hätten wir geschafft? Das dürfen wir uns von den Rechtsextremisten nicht kaputt machen lassen! Also scheint jetzt die Zeit gekommen, dass sich alle Demokraten – diesmal rechtzeitig – zusammenschließen, um das Schlimmste zu verhindern. In Ungarn hat es geklappt, warum nicht auch bei uns?
Willi Mößel, Nürnberg

Paradigmenwechsel

„Mit Anti kommen wir nicht weiter“, wochentaz vom 25. – 31. 7. 26
Um einen Zuständigkeitswechsel zu vollziehen, muss man früher keine Steine geworfen haben, und von *dagegen* zu *dafür* gibt es manchmal plausible Gründe. Der kulturelle Paradigmenwechsel generiert viele Veränderungen, aber er geht leider auch in verschiedene Richtungen. Vielfältige Krisen, kulturelle, politische Veränderungen und die Transformation im Bildungsbereich verunsichern und optimieren gleichermaßen. Was kann der kritisch orientierte Bürger tun, wenn sich seine Regierung nicht an die festgelegten Vorgaben hält und der politische Diskurs in rechte Denkstrukturen abdriftet, die jenseits vom Grundgesetz verortet sind und in vielerlei Hinsicht einem humanistischen Menschenbild widersprechen. Richtig: Er ist *dagegen*! Das hat nichts damit zu tun, dass hier linke Illusionen gepflegt werden, sondern mit realpolitischen Umbrüchen, denen zu begegnen ist! Die Politik ist aufgefordert, zu handeln, damit wir vertrauensvoll in die Zukunft blicken können und resilienter gegen Hetze, Hass, Krieg und Krisen leben, ohne uns selbstsüchtig und egoistisch gegen andere zu richten.
Das *dafür* von Peter Unfried entspricht dem Zeitgeist, der doch nur einen Ausschnitt für Verbesserungen bietet. Trumps „America First“ liefert uns doch alle negativen Auswirkungen dieses Denkens. Für ein *dafür* gibt es in jeder Gesellschaft Grundbedingungen: an allererster Stelle Bildung und Erziehung, Schutz von Minderheiten, Solidarität für Benachteiligte.
Wolfgang Rauch, Kronau

Reproduktionsmedizin

„Von wegen babyleicht“, wochentaz vom 25. – 31. 7. 26
Das Verbot der Leihmutterschaft in Deutschland wird mit Sicherheit fallen. Das Selbstbestimmungsrecht um jeden

Preis wird die Oberhand über die Würde gewinnen und diese als unhintergebares Tabu ablösen.
Die moralische Haltung, die im Begriff der Würde zum Ausdruck kommt, wird ersetzt durch einen instrumentellen Begriff der Selbstbestimmung.
In einer rationalen Rechtsordnung und preisgebenden neoliberalen Marktwirtschaft spricht alles für die Expansion des lukrativen Wirtschaftszweigs der Reproduktionsmedizin. Ethisch und moralisch spricht jedoch vieles dagegen!
Ernst Minninger, Limbach

Feminismus?

„Von wegen babyleicht“, wochentaz vom 25. – 31. 7. 26
Ich empfinde eure Berichterstattung in Sachen Leihmutterschaft als unempathisch und verstehe nicht, dass die taz nahelegt, als Feministin könnte man die Leihmutterschaft gutheißen. Nur weil der Staat etwas verbietet, was mit dem weiblichen Körper zu tun hat, müssen wir als Feministinnen doch nicht reflexhaft dagegenschießen, egal, was es ist.
Hier ist es das „Recht“, mit unseren Körpern ein Kind für andere (vorwiegend Männer) auszutragen. Der Kapitalismus und alle seine Akteure freuen sich sehr über die Möglichkeiten, die sich ihm hier eröffnen. Ich halte zudem das Menschenbild, das hinter dem Gedanken „Jede Frau weiß am besten, was gut für sie ist“ steckt, für sehr naiv. Zumal es den Frauen, die global von der Ausbeutung durch kommerzielle Leihmutterschaft betroffen sind, nichts hilft.
Lena Kühn, Kusterdingen

Komplexität

„Warum denn keine Pflegekinder?“, taz vom 25. 7. 26
Danke für diesen überfälligen Beitrag zum Thema Leihmutterschaft. Letztlich spielen nicht nur individuelle, sondern auch ideologische und sozioökonomische Faktoren beim Kinderwunsch in allen Familienkonstellationen eine Rolle.
Gerade diese Sicht hat mir in den Beiträgen der aktuellen wochentaz sehr gefehlt, in der meiner Meinung nach ein unterkomplexes Bild der Thematik abgebildet wurde. Besonders als Linke dürfen wir die Kritik an starken Optimierungsbestrebungen, die in der Kinderwunschzeit anfangen und beim Kind selbst kaum haltmachen, Konservativen nicht überlassen!
Charlotte Dittmar, Berlin

Wortgebung

„Von wegen babyleicht“, wochentaz vom 25. – 31. 7. 26
Ich habe ein Problem mit dem Begriff „Leihmutter“.
Ich muss mir keine Mutter leihen, weil meine noch lebt. Und es ist doch so, dass eine Frau ihr Kind an Fremde weitergibt, die dann das Sorgerecht für das Kind übernehmen. Die Mutter erhält dafür eine Bezahlung.
Ich empfinde das eher als einen Kauf eines Kindes.
Uwe Ernst, Karlsruhe

meinungsstark

Nur ein gradueller Unterschied

„Frau K. verhält sich, als wäre sie Gott“, wochentaz vom 25. – 31. 7. 26
Wem es heute schwerfällt, sich vorzustellen, oder geradezu unvorstellbar erscheint, wie es geschehen konnte, dass sich vor 90 Jahren innerhalb weniger Jahre ein ganzes Volk zu willfähigen Helfern entwickelte, um sechs Millionen Menschen zu ermorden – kann aus diesem Text sehr viel lernen. Ob man einen Menschen ohne oder mit falschem Pass deportieren lässt oder den jüdischen Nachbarn „ins Gas“ schickt, ist nur ein gradueller Unterschied.
Damals wurden Menschenleben ausgelöscht, heute werden „nur“ Existenzen vernichtet. Der Unterschied ist nur ein Aktenzeichen breit. Die Mentalität hinter dem Aktenzeichen ist dieselbe geblieben. Der „Persilschein“ ist bereits ausgestellt. Menschen werden zu Aktenzeichen, zu Nummern auf dem Arm. Sie verschwinden, niemand trägt dafür Verantwortung. Regeln müssen befolgt werden.
Frau K. bleibt anonym, sie trifft keine Schuld. Sie tat nur ihre Pflicht.
Richard Hehn, Villingen-Schwenningen

Sterbehilfe

„Langes Leiden hat ein Ende“, taz vom 16. 7. 26
Ich liebe meine Arbeit. Ich liebe es, Patienten zur Seite zu stehen, generationenübergreifend zu trösten und den Tod als Teil des Lebens ertragbar zu machen. Die Patienten bei uns erleben keine Schmerzen, und wir stehen ihnen zur Seite, sobald Atemnot sich andeutet. Ich habe meine ganze Zeit auf Station noch keinen Patienten gehabt, der darüber getrauert hat, dass wir keine Sterbehilfe leisten.
In der Schweiz ist man mittlerweile nicht mehr überzeugt von dem Konzept Hilfehilfe. Viel zu viele Angehörige gehen diesen Schritt, nur weil sie keine Last sein wollen. Solange wir in einem kapitalistischen System leben, in dem Langsamkeit, Ohnmacht, Ausgeliefertsein sprachlos mit Schwäche verbunden sind, bin ich gegen Sterbehilfe.
Wenn wir irgendwann eine Welt schaffen, in der Schwache, Hilfsbedürftige und Stille nicht an Wert verlieren, dann können wir als Gesellschaft uns diesen Schritt gönnen. Aber bitte erst dann.
Ira Bischoff Borggräfe, Erfurt

Staatsoberhaupt

„Der Anti-Trump“, taz vom 8. 7. 26
Ob man katholischer Christ ist oder einfach trotz der Bemühungen recht vieler Politiker(innen), auch in führenden Positionen, immer noch an Humanität glaubt, ist man doch recht erstaunt darüber, dass in den USA wohl die Ansicht existiert, der Papst sei in erster Linie ein Staatenlenker. Der Vatikan ist kleiner als manches deutsche Dorf.
Und zumindest in Deutschland würden die meisten Menschen gar nicht wissen, dass er auch ein Staatsoberhaupt ist. Wenn Menschlichkeit zum Vorwurf wird, dann ist das ja so, als sei ein Kippunkt überschritten. Viele werden sagen, man solle nicht ein Wort verwenden, das in der Umweltpolitik benutzt wird. Ja, Menschen sind keine Bäume ...
Peter Gmys, Bornheim

Sonntag im Kaufhaus

„Freizeit war gestern“, taz vom 19. 7. 26
Die Prüffragen sind erstens: Wäre man selbst bereit an einem Sonntag zu arbeiten. Und zweitens: Will man am Sonntag lieber etwas mit seinen Freunden und der Familie unternehmen oder lieber shoppen, weil sowieso die Hälfte arbeiten muss? Dass sich nicht mal die taz für die Belange der Belegschaft einsetzt, ist schon bemerkenswert.
Der Sonntag ist eben gerade der Tag, an dem viele Zeit haben einschließlich des Samstagabends davor. Er ist vor allem auch der Tag des Amateursports. Und es soll sogar Leute geben, die sonntags einen Schaufensterbummel machen.
Uwe Eckert, Berlin

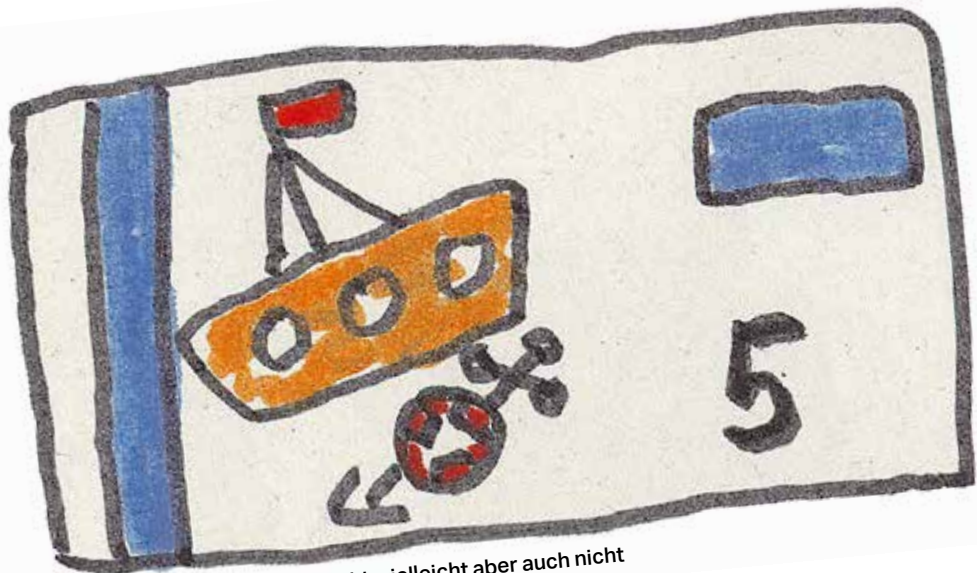
Kaum Widerstand

„So macht man es Vätern leicht“, taz vom 23. 7. 26
Was überrascht Sie? In Norwegen gibt es doch im Gegensatz zu Deutschland keinen (gerade unter einigen methodologisch nationalistischen Autor:innen in der taz) verbreiteten ideologischen sowie rechtspolitischen Widerstand gegen das Wechselmodell beziehungsweise die Doppelresidenz als gesetzlichen Regelfall nach Trennung und Scheidung, während nationaldeutsche Familiengerichte und familiäre Professionen aus der milliardenschweren Streitbewirtschaftungsbranche oft genug eher Dar- und Herstellung von Strittigkeit (Streit-Werte und so weiter) erreichen und verargumentieren.
Felix Heintert



taz die tageszeitung,
friedrichstraße 21
10969 berlin, briefe@taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.



Ein Schiff, das vielleicht sinkt, vielleicht aber auch nicht



10 Euro für die Menschen, die nie vergessen zu gießen

Schöner Schein

Die Euro-Banknoten kriegen ein neues Design. Statt fiktiver Bauwerke gibt es bald echte Promis oder Vögel, noch bis Ende September lässt die EZB über die Entwürfe abstimmen. Die taz bringt lieber einen eigenen Vorschlag ein: gestaltet von Kolumnist und Zeichner Christian Specht



Die Oberbaumbrücke, die beste Brücke Berlins



Ein Pirat, der es verdient hat



Raumschiff, Gaming Controller, Geometrie? Diese Abbildung ist offen für Interpretationen



Über den Hunderter fliegt der Eisvogel

das ding der woche

Was ist das?

Ja, was zum Seetang? Das haben wir uns auch gefragt. Die Antwort kennt das Sai Wan Bakehouse aus Pattaya, Thailand. Mit ihrer Croissantkreation hat die Bäckerei in den sozialen Medien für haarsträubende Diskussionen gesorgt.



Foto: Instagram @banki_ji

Was soll das?

Menschen im Netz ekeln sich, weil die feinen Haare, die entweder aus Seegras oder Algen bestehen, so aussähen wie Schambehaarung – und das ist ja mal wirklich eine Zumutung! Immer mehr Influencer*innen pilgern nun nach Pattaya, und die Nerven liegen blank. Wachsen ihnen nach dem Verzehr womöglich bald selbst Haare im Intimbereich?!

die kinderfrage

Wie sind Ohren gebaut?

Wir wollen von Kindern wissen, welche Fragen sie beschäftigen. Jede Woche beantworten wir eine. Diese Frage kommt von Clara, 5 Jahre alt.

Bei einem Geräusch gerät immer irgendetwas ins Schwingen oder Vibrieren – sei es eine Gitarrensaite, eine Tischplatte beim Draufklopfen oder die eigenen Stimmbänder. Und das bringt auch die Luft drum herum zum Schwingen. In Wellen breitet sich das Geräusch dann aus. So wie Wellen auf einem See, wenn man einen Stein reinschmeißt. Alles, was wir hören, sind also Wellen in der Luft, sogenannte Schallwellen. Wir können sie nicht sehen, aber manchmal fühlen. Wenn du zum Beispiel eine Hand nah vor einen lauten Lautsprecher hältst, spürst du, wie die tiefen Bässe gegen deine Hand drücken oder dass dein Bauch kribbelt.

Ein Teil dieser Wellen wird von unseren Ohrmuscheln eingefangen. Die sind ein bisschen so gebaut wie ein Trichter, sodass sie die Schallwellen ins Ohr leiten. Formt man die Hand zu einer Schale und hält sie hinters Ohr, klingt alles gleich etwas lauter. Denn die Hand vergrößert den Trichter.

Von der Ohrmuschel gelangen die Schallwellen durch den Gehörgang zum Trommelfell. Das ist eine hauchdünne, gespannte Haut, kaum größer als ein Fingernagel. Sie schwingt bei jedem Ton, der auf sie trifft. So wie das Fell einer echten Trommel eben. Hinter dem Trommelfell liegt das Mittelohr. Dort verstecken sich die drei kleinsten Knochen unseres Körpers: Hammer, Amboss und Steigbügel. Diese Gehörknöchelchen haben ihre lustigen Namen von ihrer Form bekommen. Sie reichen die Schwingungen weiter ans Innenohr.

Das Innenohr ist von einer Knochenwand geschützt. Darin befindet sich die Gehörschnecke, unser eigentliches Hörorgan. Sie ist spiralförmig aufgewickelt und mit Flüssigkeit gefüllt. In der Schnecke sind Tausende winziger Härchen. Auch die geraten in Bewegung, und zwar abhängig davon, wie hoch oder tief, laut oder leise ein Ton ist. Nun kommt der sich dahinter befindliche Hörnerv ins Spiel. Er schickt blitzschnell eine Nachricht ans Gehirn. Das wandelt daraufhin die Schallwellen in Geräusche und Töne um: Gitarrenklänge, ein Poltern auf dem Tisch oder eine Stimme.

Unser Gehör kann etwa 400.000 verschiedene Töne wahrnehmen. Es gibt aber auch gaaanz hohe und tiefe Töne, die wir nicht hören können. Außerdem erkennt das Gehör, aus welcher Richtung die Geräusche kommen.

Übrigens sind unsere Ohren nicht nur zum Hören da. In ihnen steckt auch unser Gleichgewichtsorgan. Es meldet dem Gehirn, wo oben und unten ist. Dadurch fallen wir nicht um, wenn wir stehen. Wir können es aber auch verwirren, wenn wir uns schnell im Kreis drehen.

Philipp Brandstädter

starke gefühle

Queers brauchen bessere psychosoziale Versorgung. Ihre Gesundheit muss unser aller Anliegen sein

Was gilt es nach dem Anschlag im Berliner Tiergarten zu tun? Debatten drehen sich um Sicherheitskonzepte: Brauchen wir bei kommenden Großveranstaltungen noch mehr Betonklötze? Es geht um Präventionsmaßnahmen, um zu vermeiden, dass Gefährder:innen zu Täter:innen werden. Und um die Frage, ob Behörden versagt haben. Ja, all das gilt es zu ergründen, zu benennen, zu verbessern.

Die Frage danach, wie wir gesamtgesellschaftlich füreinander Sorge tragen, scheint in den Diskursen über bessere Sicherheitskonzepte unterzugehen. Denn die psychosoziale Versorgung der queeren Community ist nicht einmal annähernd ausreichend.

Um das, was geschehen ist, auszuhalten, steht die queere Community jetzt tagtäglich füreinander ein. Schafft Räume, in denen jede:r einfach sein und ruhen kann. Weint miteinander. Tanzt gemeinsam weiter. Gefühle bewegen sich zwischen Angst, lähmender Trauer, sich selbst schützendem Verdrängen, schreiender Wut und der Überzeugung, sich ganz besonders jetzt nicht einschüchtern zu lassen. Sich die zu bewahren, kostet immer und immer wieder Kraft. So ungerecht viel Kraft. Verlangt nach Resilienz. Es ist schlichtweg untragbar, dass es für queere Personen keine ausreichenden Unterstützungsangebote gibt, um diese Resilienz zu stärken.

Seit 2010 hat sich die Zahl der queerfeindlichen Straftaten – physische Gewalttaten, Hass im Netz, Nötigung, Bedrohung – beinahe verzehnfacht. Fachstellen gehen von einer hohen Dunkelziffer aus.

Queere Personen leiden je nach Studie mehr als doppelt so häufig an Depressionen wie die restliche Bevölkerung. Auch posttraumatische Belastungsstörungen,

In der Ausbildung von Therapeut:innen kommt das wichtige Thema „Minderheitenstress“ viel zu kurz

Angststörungen, suizidale Gedanken, Suizidversuche, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und chronische Rückenschmerzen sind in der Community verbreiteter. Aus psychologischer Perspektive sind das völlig logische Reaktionen der Psyche darauf, nicht in Liebe und Frieden leben zu können. Queere Personen bekommen in dieser Gesellschaft eine geringere Chance auf ein gesundes Leben.

Im Sozialgesetzbuch heißt es, unser Versorgungsnetz solle allen Menschen den Zugang zu Maßnahmen zum Schutz, zur Erhaltung und zur Wiederherstellung der Gesundheit ermöglichen. Doch dieses Netz hat immens große Löcher. Diejenigen, die es am meisten brauchen, lässt es fallen.

Die Probleme beginnen schon in der Ausbildung von psychologischen Psychotherapeut:innen. Was es zum Beispiel bedeutet, andauernd bewertet und abgewertet zu werden und immer wieder die eigene Identität abgesprochen zu bekommen – in der Psychologie wird das als Minderheitenstress bezeichnet –, kommt dort viel zu kurz. Auch lernt man kaum etwas darüber, wie man einen Menschen bei geschlechtsangleichenden Maßnahmen begleitet. Queersensible Psychotherapie gehört nicht zur Grundausbildung. Für spezialisierte zusätzliche Weiterbildungen braucht es Zeit und finanzielle Kapazitäten. Mangelndes Wissen und mangelnde Sensibilisierung des Fachpersonals erschweren queeren Personen die ohnehin harte Therapieplatzsuche zusätzlich. Oft erleben die Betroffenen auch in der Therapie Diskriminierung.

Wenn auch nur ein Teil all der Reden betroffener Politiker:innen aufrichtig ist, wenn wirklich etwas zum Schutz von Gesundheit und Leben getan werden soll, dann müssen psychosoziale Beratungs- und Behandlungsangebote für diskriminierte Gruppen besser finanziert werden. Und in der Ausbildung der Psychotherapeut:innen muss Wissen über queere Lebensrealitäten vermittelt und Sensibilisierung erreicht werden.

Es darf nicht in den Händen Betroffener liegen, sich umeinander zu kümmern. Das müssen wir alle füreinander tun.

Hannah Marlene Göschel

der comic



Hast du auch eine Frage? Dann schreib sie uns an kinderfragen@taz.de

Dieser Ort am Ende der Welt

Unsere Autorin ist Russlanddeutsche, als Kind kam sie 1994 mit ihren Eltern und Großmüttern nach Deutschland. Heute fragt sie sich: Was bedeutet es, russlanddeutsch zu sein? Und was ist das für eine Nostalgie, die sich durch ihre Familie zieht?



Anna, die Großmutter unserer Autorin, im Sommer 1969 vor der Lehmhütte ihrer Familie in Qaraghandy Foto: privat

Von Yelizaveta Landenberger

Wenn jemand sich auf Russisch nach einem Ort erkundigt und man diesen nicht preisgeben möchte, kann man mit einem Reim antworten: „Gde, gde? – V Karagande.“ „Wo, wo? – In Qaraghandy.“ Dieser Ausspruch bedeutet so viel wie „am Ende der Welt“.

In Qaraghandy, einer Stadt in der kasachischen Steppe, spielt ein Teil meiner Familiengeschichte. Wer seine Wurzeln in der Sowjetunion hat, weiß um den Schatten, der über diesem Ort liegt. Stalin ließ viele Menschen, darunter auch meine Vorfahren, dorthin deportieren und Zwangsarbeit in Kohleminen verrichten.

Für die meisten hierzulande hingegen dürfte Qaraghandy ein nichtssagender Name sein. Denn obwohl zweieinhalb Millionen deutsche Sowjetbürger, die sogenannten Russlanddeutschen, im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion in die Bundesrepublik einwanderten, interessierte sich die Mehrheitsgesellschaft wenig für sie, ihre Herkunftsorte, ihre Redewendungen. Vielmehr gab es in den Neunzigerjahren Hetze gegen die neuen Nachbarn aus dem Osten. Populisten gingen mit Feindbildern von den „kriminellen Russen“, die den Deutschen die Arbeitsplätze rauben, auf Stimmenfang. Heute heißt es, die Russlanddeutschen seien AfD-Wähler und Putin-Fans.

Solche Klischees bekomme ich oft von Menschen zu hören, weil sie nicht ahnen, dass ich zu dieser Gruppe zähle. Sie können sich nicht vorstellen, dass eine Journalistin, die regelmäßig aus der Ukraine berichtet und Ukrainisch spricht, eine Russlanddeutsche sein kann. Tatsächlich kenne

ich in meinem engen Familienkreis niemanden, der die AfD wählt oder den Krieg gegen die Ukraine unterstützt – selbst wenn die Repressions- erfahrung in der Sowjetunion sowie der schwierige Start hierzulande bei einigen gewiss zu einer skeptischen Einstellung gegenüber „der Politik“ oder „den Medien“ geführt haben.

Dass der Umzug meine Großmutter in eine tiefe Identitätskrise gestürzt haben muss, begriff ich erst als Erwachsene

Was ich konkret beobachte, ist ein ausgeprägter Hang zur Nostalgie, zum Schwärmen für ein besseres Leben, das es vermeintlich in der Vergangenheit der Russlanddeutschen einmal gegeben hat. Besonders deutlich erkenne ich ihn bei meiner Großmutter Anna. Kein Familienessen kommt ohne ihre Geschichten von früher aus. Mir scheint, diese Nostalgie innerhalb meiner Familie ist der Schlüssel zu einem besseren Verständnis dessen, wer die Russlanddeutschen sind.

Anna, Jahrgang 1951, ist eine neugierige und lebensfrohe Frau. Wenn ich sie als Schulkind in den Ferien in ihrer baden-württembergischen Klein-

stadt besuchte, unternahmen wir jeden Tag Ausflüge: Wir fuhren ins Stuttgarter Planetarium und bestaunten die Dinosaurier im Naturkundemuseum, gingen ins Freibad oder stöberten auf Flohmärkten.

Anna stammt von jenen deutschen Auswanderern ab, die die in Preußen geborene russische Zarin Katharina II. ab 1763 in ihr Imperium eingeladen hatte. Für viele Menschen war dieses Angebot damals attraktiv: Sie konnten Armut und Hunger – die Folgen des Siebenjährigen Krieges – oder auch religiöse Verfolgung hinter sich lassen und ganz von vorn beginnen. Deutsche Kolonien entstanden etwa an der Wolga in der Nähe der Stadt Saratow und am Schwarzen Meer, in der heutigen Ukraine.

Meine Großmutter kennt diese Zeit nur aus den Schilderungen ihrer Vorfahren. In den Erzählungen meiner Großmutter gleichen die deutschen Kolonien im Zarenreich einem verlorenen Paradies: mit reichen Ernten, Ordnung, Frömmigkeit und Wohlstand. Es sind träumerische, nostalgische Berichte.

Die russisch-amerikanische Autorin und Slawistikprofessorin Svetlana Boym definierte Nostalgie (von „nostos“ für Heimkehr und „algia“ für Sehnsucht) als Sehnsucht nach einem Zuhause, das nicht mehr existiert oder nie existiert hat. „Nostalgie ist ein Gefühl des Verlusts und der Entwurzelung, aber sie ist auch eine Romanze mit der eigenen Fantasie“, schreibt sie in ihrem Buch „The Future of Nostalgia“ (2001).

Über fast zwei Jahrhunderte hinweg hatten die Deutschen im Russischen Reich und später in der Sowjetunion ihre kulturelle Identität bewahren

können – bis Stalins Terror sie weitgehend zerstörte. Meine Familie ist, wie viele sowjetische, gemischt: meine Großmütter sind russlanddeutsch, meine Großväter russisch und belarusisch. Während meine Großmütter zusammen mit mir und meinen Eltern nach dem Fall des Eisernen Vorhangs Mitte der Neunzigerjahre als russlanddeutsche Spätaussiedler auf der Suche nach einem besseren Leben nach Deutschland kamen, blieben meine beiden Großväter in Russland.

Im Alter von neun Monaten ging es also für mich und den gesamten deutschen Teil meiner Familie aus der sibirischen Metropole Nowosibirsk nach Baden-Württemberg. Ich erinnere mich nicht, aber es gibt viele Foto- und Videoaufnahmen aus dem Übergangswohnheim in Weinsberg, in dem wir zunächst lebten. Im Kindergarten lerne ich rasch die hiesige Sprache, aus Yelizaveta wurde Elisabeth. Zumindest offiziell, auf dem Papier – damit ich nicht auffalle. Unauffälligkeit versprach Akzeptanz, bessere Chancen, es in Deutschland zu etwas zu bringen.

Die älteren Generationen hatten es da schwieriger, ihr Akzent verriet sie. So war es auch bei meiner Großmutter Anna, die das Deutsche nie von ihren Eltern gelernt hat. Denn als Opfer der stalinistischen Repressionen wagten sie es nicht, mit ihren Kindern in ihrer Muttersprache zu kommunizieren. Doch obwohl Anna kaum ein Wort Deutsch sprach, erfuhr sie aufgrund ihrer Herkunft in der Sowjetunion Diskriminierung. In der Schule wurde sie von den anderen Kindern als Faschistin beleidigt.

Fortsetzung auf Seite 26

1763

lud Katharina II. deutsche Siedler ins Russische Reich ein
Quelle: bpb

400.000

Angehörige der deutschen Minderheit leben heute noch in der Russischen Föderation
Quelle: bpb

Fortsetzung von Seite 25

Dass der Umzug nach Deutschland meine Großmutter in eine tiefe Identitätskrise gestürzt haben muss, begriff ich erst als Erwachsene. Jedes Mal, wenn ich sie besuche, werden bei ihr Erinnerungen wach und sie erzählt von den Russlanddeutschen, von ihrer Kindheit und von Qaraghandy.

Annas Vater, mein Urgroßvater Dawyd, Jahrgang 1925, war fünf, als seine Familie von einem Bauernhof in der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen, die in den frühen Jahren der UdSSR bestand, ins kasachische Qaraghandy deportiert wurde. Das geschah im Rahmen der „Dekulakisierung“ – der zwangsweisen Umwandlung von landwirtschaftlichem Privat- in Staatseigentum.

Stalin wollte die Bauern mit Gewalt gefügig machen, um die von ihm angestrebte Kollektivierung durchzusetzen. Dawyds Mutter starb an der Kälte und am Hunger, Dawyds Vater wurde als Zwangsarbeiter zum Bau des Weißmerkanals beordert. Er tauchte nie wieder auf. Mit fünf wurde mein Urgroßvater Dawyd zum Vollwaisen.

Beinahe jedes längere Gespräch mit meiner Großmutter endet bei den Russlanddeutschen. Dann gibt sie die Berichte ihres Vaters darüber wieder, wie er und die anderen Deportierten in Kasachstan ankamen: „Sie wurden im Winter in den Schnee geworfen. Wie Tiere gruben sie Löcher in den Schnee und lebten so bis zum Frühjahr. Deshalb starben so viele im ersten Winter. Im Frühjahr taute der Boden auf und die Menschen gruben Löcher in die Erde, erst eines für mehrere Familien. Dann ein Loch für jede Familie. Noch später lernten sie von den Kasachen, wie man Ziegel aus Lehm und Gras herstellt.“ In einer solchen Lehmhütte ist auch meine Großmutter aufgewachsen.

Die Dekulakisierung war nur die erste Phase des Terrors gegen die deutsche Minderheit in der Sowjetunion. Nach dem Überfall NS-Deutschlands am 22. Juni 1941 ließ Stalin alle Sowjetbürger deutscher Herkunft kollektiv bestrafen. Er deportierte sie im Herbst und Winter ins Nirgendwo, in die sibirische Taiga und in die kasachische Steppe, und machte sie in sogenannten Arbeitsarmeen zu Sklaven.

Begründet wurde das mit vorgeblicher Kollaboration mit den Nazis. Natürlich gab es solche Fälle, aber Angehörige ganz unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen begrüßten zunächst den Einmarsch von Hitlers Truppen – das Sowjetregime war aufgrund der gegen die eigene Bevölkerung gerichteten Misshandlungen nicht sonderlich beliebt gewesen.

Mein Urgroßvater Dawyd wurde als Teenager in die Arbeitsarmee in Qaraghandy mobilisiert, wo er fortan in einer Kohlemine schuften musste.

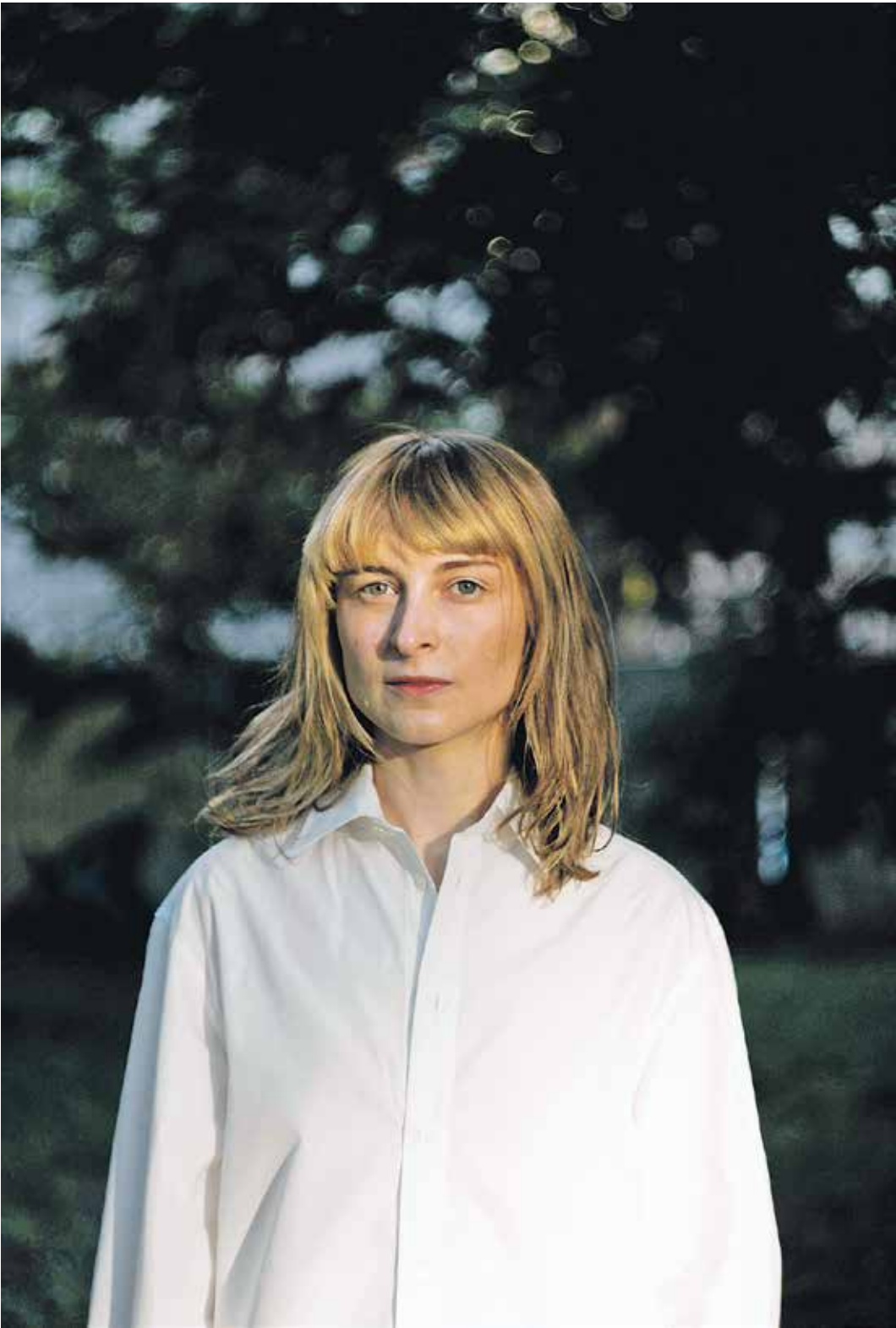
Annas Mutter, meine Urgroßmutter Emilia, wurde 1941 im Alter von 18 Jahren aus ihrem Heimatdorf Kowalewskoje in der südrussischen Region Krasnodar deportiert. Auch sie musste in Qaraghandy Kohle fördern. Emilias Mutter überlebte die Kälte nicht, ihr Vater war bereits im Zuge der Dekulakisierung zu Tode geprügelt worden. Bei der Zwangsarbeit lernten sich Emilia und Dawyd, die beiden Vollwaisen, kennen. 1948 heirateten sie.

Russisch beherrschte Emilia ihr Leben lang nur schlecht. Meine Großmutter Anna schildert, als Kinder hätten sie und ihr Bruder sich darüber lustig gemacht, dass das Russisch ihrer Mutter von deutschen Wörtern durchsetzt war und sie die Betonungen falsch setzte. Emilia schämte sich und verkehrte nur mit anderen Russlanddeutschen. Sie arbeitete später als Pflegerin im Krankenhaus – eine Tätigkeit, bei der sprachlich nicht viel von ihr erwartet wurde.

„Ohne Sprache gibt es keine anständige Arbeit“, sagt meine Großmutter und zieht eine Parallele zu sich. „Wo konnte ich ohne gutes Deutsch schon arbeiten?“

Für meine Großmutter ging der Umzug nach Deutschland mit einem sozialen Abstieg einher. Nach ihrem Russischstudium in Nowosibirsk hatte sie zunächst Texte in einem geologischen Institut lektoriert. Doch ihr Abschluss wurde hier nicht anerkannt. Statt in einer Forschungseinrichtung arbeitete sie nun in einem Lager und schleppte Kisten. Annas Umfeld hielt sie wegen ihres Akzents für eine Russin. Dabei hatte sie sich, nicht zuletzt wegen der erfahrenen Ausgrenzung in der UdSSR, stets als Deutsche begriffen.

Nachdem ihr Körper die schwere Arbeit im Lager nicht mehr zuließ, stand sie im Supermarkt hinter der Frischetheke. Als Kind fand ich das ganz wunderbar – bei meiner Großmutter gab es immer Schokobananen mit bunten Zuckerstreuseln.



Yelizaveta Landenberger, fotografiert in Berlin mit einem sowjetischen Objektiv Foto: Mitya Churikov

„Nostalgie ist ein Gefühl des Verlusts und der Entwurzelung, aber sie ist auch eine Romanze mit der eigenen Fantasie“

Svetlana Boym, Autorin und Slawistikprofessorin, in ihrem Buch „The Future of Nostalgia“

Svetlana Boym schreibt, nostalgische Liebe könne nur in einer Fernbeziehung überleben, der Sehnsuchtsort existiere lediglich als imaginierter. Nostalgie sei wie eine doppelte Exposition bei der Fotografie, die Überlagerung zweier Bilder: „von Zuhause und Ausland, Vergangenheit und Gegenwart, Traum und Alltag“. In dem Moment, in dem man versuche, sie in eine einzige Aufnahme zu zwingen, werde der Rahmen gesprengt oder die Oberfläche verbrannt.

Auch in der Vorstellung meiner Großmutter hatte die lange erträumte Rückkehr nach Deutschland, ins Land ihrer Vorfahren, das Ende eines langen Leidenswegs bedeuten müssen. Doch hier angekommen, war niemand mit ihrer Geschichte vertraut. Ja, schlimmer: Niemand interessierte sich dafür. In der UdSSR war sie eine Deutsche gewesen, in Deutschland aber sah man sie als Russin.

Olga, meine Großmutter väterlicherseits, Jahrgang 1953, ist eine bescheidene und fürsorgliche Frau. Wenn ich sie früher in den Schulferien in ihrer baden-württembergischen Kleinstadt besuchte, bereitete sie mir Pfannkuchen oder Kriebli zu. Kriebli sind in heißem Öl gebratene Teigringe, die man in Schmand taucht – eine russlanddeutsche Spezialität. Olgas Teiggerichte triefen immer vor Fett. Ich tupfte sie heimlich mit Küchenrolle ab, wenn sie gerade nicht hinsah. Dabei war das ein Zeichen der Liebe: Ich sollte eine satte Kindheit haben. Auch die Eltern meiner Großmutter Olga waren als deutsche Sowjetbürger Opfer der stalinistischen Repressionen geworden.

Meine Urgroßmutter Erna, Olgas Mutter, wurde im Herbst 1941 im Alter von 12 Jahren aus ihrer Heimatstadt Engels an der Wolga nach Sibirien deportiert. 24 Stunden gab man ihr, um ihre Sachen zu packen. Alte und Kinder starben bereits beim Transport in den Viehwaggons, später starben sie an Hunger, Kälte und an der Zwangsarbeit, beim Bäumefällen in der Taiga. Doch Ernas Familie überlebte wie durch ein Wunder.

Über die Geschichte ihres Vaters, meines Urgroßvaters Michael, weiß Olga weniger. Er stammt aus einem Dorf in der heutigen Region Nowgorod. Auch er ist deutscher Abstammung und wurde nach Sibirien deportiert, wo er Erna kennenlernte.

Als Kind habe ich meine Urgroßeltern Erna, Michael und Emilia noch kennenlernen können. Auch sie kamen mit uns nach Deutschland und

verbrachten hier ihre letzten Jahre. Emilia litt an Demenz. Und während Michael eher zurückhaltend war, erzählte Erna immer viel von früher, jedoch ziemlich wirr. In meiner Erinnerung ist sie eine tief religiöse und zutiefst traumatisierte Frau.

Was mich überrascht – meine Großmutter Olga berichtet, ihre Kindheit in einer Lehmhütte im sibirischen Dorf Diwinka sei sehr glücklich gewesen. Dort lebten vorwiegend andere Deportierte: Deutsche, Kalmücken, Esten, Polen. „Ich kann mich nicht erinnern, dass es uns an etwas gemangelt hätte. Milch, Quark, Butter gab es immer“, sagt sie. „Ich bin in einer sehr liebevollen Familie aufgewachsen.“

Als sie in die Schule ging, habe sie kein Wort Russisch gesprochen, erklärt sie mir auf Russisch. Unsere Familiensprache ist bis heute ein Russisch mit deutschem Einschlag geblieben. Und trotz der freudigen Momente, die die Erinnerung meiner Großmutter an ihre Kindheit dominieren, gab es da auch eine andere Seite. „Man hat uns mit Steinen beworfen, bespuckt, als Faschisten beschimpft, Goebbelse und Hitlers genannt. Wir waren das aber gewohnt und nahmen es an, als müsse es eben so sein. So einen Hass gab es auf uns, meine Liebe.“

Noch mehr als dieser Hass scheinen sie die Lücken in der Vergangenheit zu schmerzen. Ihre Stimme zittert: „Wären sie noch am Leben, meine Eltern, meine Großmütter und Großväter, würde ich sie mehr ausfragen. Wenn sie früher mit ihren Erzählungen anfangen, dann habe ich immer gesagt: ‚Mama es reicht, das ist längst vorbei. Ihr habt alle überlebt, Gott sei Dank.‘ Heute denke ich: Es reicht nicht. Daran muss man sich erinnern.“

Viele Familien haben in der Sowjetunion Schlimmes erlebt. Minderheiten wie Kalmücken, Krimtataren oder Tschetschenen wurden wie die Russlanddeutschen kollektiv deportiert, Kasachen und Ukrainer ausgehungert. Das Verbrechen dieser Menschen bestand darin, der falschen „Nationalität“ anzugehören – und das in einem Staat, der für sich beanspruchte, der gerechteste der Welt zu sein. Die sowjetische Völkerfreundschaft war ein Mythos, der wenig mit der Realität gemein hatte. Obwohl er sich bis heute hartnäckig in den Köpfen hält.

Als der Eisernen Vorhang fiel, bekamen die Russlanddeutschen die Möglichkeit, in die Bundesrepublik zu kommen und dort die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Viele von ihnen wollten ein neues, besseres Leben im Westen beginnen – so auch meine Familie.

Wobei die Gründe der Generationen variierten. Anders als meinen Großmüttern ging es meinen Eltern nicht primär um eine Rückkehr in eine Art Urheimat. Zwar war in ihren Pässen und Geburtsurkunden als Nationalität „Deutsch“ vermerkt, aber sie hatten sich schon in die russische Mehrheitsgesellschaft assimiliert.

„In unserem Fall waren die ausufernde Kriminalität ausschlaggebend, die Korruption, die dysfunktionalen Strukturen“, sagt meine Mutter. „Die eine Gesellschaft hatte aufgehört zu existieren und die neue erst begonnen.“ Es sei beängstigend gewesen, in diesem Übergangszustand zu leben, zudem mit einem kleinen Kind. Kennen gelernt hatten sich meine Eltern als Studenten an der Universität von Nowosibirsk – kurz darauf kam ich zur Welt. Zu einer Zeit, als die Inflation hoch war, die Supermarktgale leer und Morde an der Tagesordnung standen. Als sich die Chance ergab, in den Westen zu ziehen, zögerten sie nicht lange. Sie waren in ihren frühen Zwanzigern und hatten nichts zu verlieren.

Die Frage, ob er glaubt, dass er jemals wieder nach Russland reisen werde, verneint mein Vater. Nach kurzer Überlegung fügt er hinzu: „Ich lehne das nicht kategorisch ab. Wenn Russland sich vom Imperialismus lossagen sollte, dann ja. Jetzt zieht mich nichts dorthin. Ich verspüre keine Nostalgie.“

Mein Vater schildert, in den ersten Jahren in Deutschland habe sein Herz noch für Russland geschlagen – er sei zu naiv gewesen, um die Verbrechen in Tschetschenien und Georgien als solche zu erkennen. Mit Beginn der Aggression gegen die Ukraine habe seine Antipathie gegenüber seiner Heimat jedoch zugenommen und habe sich mit der Großinvasion verstärkt: „In den ersten Tagen glaubte ich, dass das nicht lange dauern kann. Dass Putin sich seine eigene Grube gegraben hat, dass die russische Bevölkerung doch gegen diesen Krieg ist.“ Doch die Propaganda, gepaart mit Repressionen und der Passivität des Großteils der Bevölkerung, ließ sie den Krieg mittragen. Auch einige meiner entfernten Verwandten in Russ-

1941

wurden rund 900.000 Russlanddeutsche in der Sowjetunion zwangsumgesiedelt

Quelle: IDRH

350.000

Russlanddeutsche wurden nach der Umsiedlung in die „Arbeitsarmee“ eingezogen

Quelle: bpb

land unterstützen Putin. Mit ihnen spreche ich nicht mehr.

Hierzulande richtet sich ein Teil der russischen Propaganda an Russlanddeutsche, die als vermeintliche „Landsleute“ angesprochen werden. Genauer zielt sie auf deren Nostalgie ab. Auch die AfD hat die Russlanddeutschen, die früher meist für die Union stimmten, als Wählergruppe entdeckt und spricht sie gezielt an. Russlanddeutsche wählen häufiger die AfD als der bundesdeutsche Durchschnitt. Dabei darf man nicht vergessen, dass die große Mehrheit weiterhin für demokratische Parteien stimmt.

Mein Vater bestätigt, dass er bei einigen seiner russlanddeutschen Bekannten Zuspruch zur AfD und zu Putin beobachte – „bei denen, die in ihrem eigenen Saft schmoren“.

Teile der russischen Propaganda richten sich gezielt an in Deutschland lebende Russlanddeutsche, sie werden als vermeintliche „Landsleute“ angesprochen

Er kommt auf einen früheren Freund zu sprechen, den ich in meiner Kindheit „Djadja Wowa“, Onkel Wowa, nannte. Ich erinnere mich, wie wir im Sommer auf der Datscha grillten – so nannten wir die baden-württembergische Kleingarten-Parzelle – und Onkel Wowa Gitarrenlieder zum Besten gab. Nach einer Midlife-Crisis, die mit der russischen Annexion der Krim zusammenfiel, begann er jedoch damit, furchtbar chauvinistische Lieder zu komponieren und die Überlegenheit der Russen zu besingen. Dass seine Stücke inzwischen bei einer großen Militärparade in Sankt Petersburg und bei Konzerten in besetzten ukrainischen Gebieten gespielt werden, erfüllt ihn mit großem Stolz. Meine Eltern haben den Kontakt zu Onkel Wowa abgebrochen.

Die Gefahr der Nostalgie bestehe darin, dass sie dazu neige, die tatsächliche Heimat mit der imaginären zu verwechseln, schreibt Svetlana Boym. Eine solche restaurative Art der Nostalgie sei religiösen und nationalistischen Erweckungsbewegungen eigen, die sich bis zu Verschwörungserzählungen steigern können. In extremen Fällen erschaffe Nostalgie gar eine Phantomheimat, für die man bereit ist, zu sterben oder zu töten. Unreflektierte Nostalgie bringe Ungeheuer hervor.

Im heutigen Russland dient eine restaurativ-nostalgische Variante von Geschichte als Propagandainstrument. Kritische Reflexion muss plumpen Heldenerzählungen weichen, damit der heutige Krieg gegen die Ukraine als Verlängerung des Sieges über NS-Deutschland konstruiert werden kann.

Millionen von Menschenleben, die einst auf Weisung der sowjetischen Führung zerstört wurden, haben in dieser manipulativen Erzählung keinen Platz. Auch nicht die Geschichten meiner Urgroßeltern Dawyd, Erna, Emilia und Michael.

Laut Svetlana Boym kann Nostalgie jedoch beides sein, Gift und Heilung. In ihrer reflektiven Form, als Nachsinnen über die Vergangenheit, als Verweilen „über den Ruinen, der Patina von Zeit und Geschichte, in den Träumen von einem anderen Ort und einer anderen Zeit“ ist sie uns allen bekannt. Diese Art der Nostalgie hält Ambivalenzen aus und befördert Empathie.

In meinem Alltag denke ich nicht oft über meine Familiengeschichte nach. Aber wenn ich als Reporterin in der Ukraine unterwegs bin, dann komme ich nicht umhin, die frühere Gewalt der Kremls mit der heutigen in Verbindung zu bringen. Natürlich fühle ich nicht denselben Schmerz wie die Ukrainer, aber ich fühle mit. Weil ich nostalgisch bin.

Ich muss an meine Aufenthalte in der Ukraine vor der Großinvasion denken: an die Zeit vor den Verbrechen von Mariupol, Butscha und Irpin, an die Zeit vor den täglichen Luftangriffen auf ukrainische Städte. Sie erscheint mir aus heutiger Sicht nahezu paradiesisch. Ich weiß noch: Wenige Monate vor der Katastrophe, als ich das Land bereiste, lag die Hoffnung auf eine bessere Zukunft in der Luft. Auf die Überwindung der sowjetischen, aber auch der postsowjetischen Vergangenheit mit ihren Altlasten – der Ungerechtigkeit, der Korruption, der Angst – und auf den Beginn eines neuen Kapitels. Es war das exakte Gegenteil dessen, was ich in Russland verspürte.

Im vergangenen Herbst reiste ich in die Frontstadt Mykolajiw, um über ein Literaturfestival im Luftschutzkeller zu berichten. Der Aktivist Taras Kremin, der frühere „Ombudsmann für den Schutz der Amtssprache“ Ukrainisch, gab der Schriftstellerin Oksana Sabuschko und mir einen Rundgang durch seine geliebte Hafenstadt. Neben zerstörten Gebäuden und als Trophäen im Stadtzentrum platzierten russischen Panzern zeigte er uns auch das regionale Geschichtsmuseum, das schon einige Angriffe in unmittelbarer Nähe überstanden hatte.

Ein Bereich der ethnografischen Sektion ist den Deutschen der Region Mykolajiw gewidmet. Auch hier, im Süden der Ukraine, lebten einst viele Russlanddeutsche. Kremin besteht darauf, dass ich mich zum Andenken fotografieren lasse, selbst wenn ich das etwas albern finde: vor einer Vitrine mit alten Fotografien aus den deutschen Kolonien, mit einer Tracht und einer Uhr.

Emilia, Dawyd, Erna, Michael und die anderen russlanddeutschen Opfer der stalinistischen Repressionen sind tot. Doch ihre Geschichten leben weiter. Hinter dem Glas der Vitrinen und in Worten.

Yelizaveta Landenberger, 32, ist taz-Kolumnistin und schreibt als freie Journalistin für verschiedene deutsche Zeitungen und Magazine über Osteuropa.



Im „Museum der politischen Repression“ bei Qaraghandy
Foto: Thomas Dworzak/Magnum Photos/Agentur Focus/Ostkreuz Archiv

2,4 Millionen Russlanddeutsche emigrierten von 1987 bis heute nach Deutschland

Quelle: bpb

200.000 Russlanddeutsche emigrierten Anfang der Neunziger pro Jahr nach Deutschland

Quelle: bpb



Im Urlaub den Blick schärfen – mit der taz auf Reisen gehen

TAZ-REISEN IM SOMMER + HERBST 2026

Gruppenreisen für Individualist*innen in Begleitung von taz-Korrespondent*innen

Helsinki – Vaalimaa – Tallinn – Narva – Tartu – Tallinn

FINNLAND / ESTLAND

mit Barbara Oertel
27. August bis 5. September
2.280 € (DZ/HP/ohne Anreise)

Breslau – Schweidnitz – Kreisau – Oppeln – Kattowitz

SCHLESIEN (POLEN)

mit Gabriele Lesser, taz-Korrespondentin in Polen
12. bis 20. September
1.890 € (DZ/HP/ohne Anreise)

Sarajevo – Jablanica – Mostar – Višegrad – Srebrenica

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

mit Erich Rathfelder und Amela Maldosevic
18. bis 24. Oktober
1.880 € (DZ/HP/ohne Anreise)

ISTANBUL

mit Nihat Gencosman und Derya Türkmen
10. bis 18. Oktober
1.330 € (DZ/3 x HP + 5 x ÜmF/ohne Anreise)

kombinierbar mit dieser Türkei-Busreise:

Istanbul – Kappadokien – Diyarbakır – Mardin – Konya – Istanbul

OST-ANATOLIEN

PER BUS VON ISTANBUL IN DIE KURDENREGION UND ZURÜCK
mit Nihat Gencosman
17. bis 27. Oktober
2.170 € (DZ/HP/ohne Anreise)

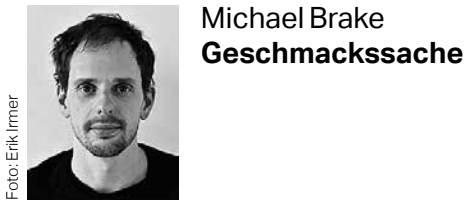
Palermo – Corleone – Syrakus – Catania

SIZILIEN

mit Michael Braun, taz-Korrespondent in Italien
29. Oktober bis 7. November
1.980 € (DZ/HP/ohne Anreise; ab Palermo, bis Catania)

Alle Infos (Programm, Preise und Leistungen, Reiseveranstalter etc.) zu den taz-Reisen unter:
www.taz.de/tazreisen oder unter Telefon (030) 2 59 02-117

Anzeige



Michael Brake
Geschmackssache

Tante Enso, meine Kasse des Vertrauens

Der Kasse des Vertrauens begegnet man im Sommer häufig an Brandenburgs Straßen. Für gewöhnlich steht sie in einem Holzregal neben selbst erzeugten Lebensmitteln: Marmelade, Eier, Gemüse, aktuell sind Zucchini sehr beliebt. Das Geld dafür wirft man in eine kleine Sparbüchse. Will man andere Dinge kaufen, wird es schwieriger. Dass Dorfläden sterben, ist Realität. Sie lassen eine Lücke, die „Tante Enso“ füllen will. In Orten, die mindestens 5 Kilometer vom nächsten Supermarkt entfernt sind, sucht Enso Unterstützer:innen, die für 100 Euro Genossenschaftsanteile zeichnen. Sind 300 Leute beisammen, wird ein Markt eröffnet.

In wenigen Jahren hat man es so auf deutschlandweit 80 Filialen gebracht. Eine davon steht in Wustrau im Nordwesten Brandenburgs, nicht weit von dem Haus, in dem ich seit Kurzem häufiger bin. Die Angebotspalette ist ordentlich breit, es gibt halt nicht von allem 20 Varianten, doch sie reicht von glutenfreier Bio-Falafel bis zu Deutschland-Deko-Fähnchen, vom Fitnessproteinpulver bis zur Tageszeitung. Nur bei Obst, Gemüse, Frischfleisch sieht es etwas schmal aus. Sweet ist dafür eine Tafel, auf der die Kund:innen Wünsche äußern können, was zukünftig verkauft werden soll.

So weit, so dorfladig. Der Clou an Tante Enso ist aber, dass die Filialen zwar selten mit Personal besetzt sind, aber dennoch rund um die Uhr zugänglich. Man braucht nur eine Chipkarte, die man auch ohne Genossenschaftsanteil bekommt, und dann kann man um 3 Uhr nachts allein in den Supermarkt gehen und sich alles nehmen, bezahlt wird per Self-Check-out. Die Kasse des Vertrauens, da ist sie wieder. Okay – und diverse Überwachungskameras.

Bei meinem ersten Besuch bei Tante Enso, zu den regulären Öffnungszeiten, gab es kein frisches Brot. Das kommt nämlich vom Bäcker nebenan und der hat montags Ruhetag. Dafür bekam ich die Niszenzutat Vanilleschote für einen geplanten Kuchen. Beim zweiten Besuch, diesmal an einem Abend, funktionierte das mit der Zugangskarte nicht, und ich musste hektisch weiter in die nächste Stadt mit „echtem“ Supermarkt fahren. Auf dem Rückweg versuchte ich es noch einmal, mit mehr Ruhe, und verstand, warum es erst nicht geklappt hatte. Ich kaufte noch Aprikosen.

Das sind Startschwierigkeiten, aber ja nicht schlimm. Und ich hoffe so sehr, dass auch nix Schlimmes kommt. Dass kein fieser Skandal aufgedeckt wird, keine Mitarbeiter:innen ausgebeutet werden, kein Datenschutzshizzle passiert. Dass eine toll und weltverbessernd klingende Idee einfach mal genau das ist: toll und weltverbessernd. Weil ich dran glauben will, habe ich mir sogar einen Genossenschaftsanteil geholt. Es sind meine 100 Euro Vorschuss in die Kasse des Vertrauens.

Michael Brake
blickt jeden Monat auf neue und alte Trends in Restaurants, Küchen und Supermarkt-regalen.

herzensort

Bei Oma und ihren Mitbewohnern

Das **Haus meiner Großeltern** war bei meinem Bruder und mir schon immer beliebt. Das mag daran liegen, dass es so schön ist, oder aber daran, dass unsere Oma uns früher immer mit Süßigkeiten versorgt hat. So oder so – ich mag das Haus.

Im Erdgeschoss liegt das Wohnzimmer, in dem wir früher Fernsehen geschaut und Salzstangen gegessen haben. Es hat auch eine große Fensterfront zum Garten. So kann man beim Frühstück sehr gut beobachten, wie sich zahlreiche Vögel an dem von meiner Oma ausgelegten Futter bedienen. Ebenfalls im Erdgeschoss ist die Küche, in der wir gern zusammen Kartoffelklöße machen.

Der Keller ist sehr kalt, weshalb ich mich dort nie sehr lange aufhalte, obwohl man dort bestimmt eine gute Zeit haben könnte: Es gibt ein Schlagzeug, einen Karton mit Teilen der von meinem Opa selbst gebauten Ritterburg und einen roten Gymnastikball.

Schließlich der Garten. Er wird von meiner Oma gewissenhaft gepflegt. Und da die meisten Nachbarn im Alter meiner Großeltern sind, ist es dort sehr ruhig. Perfekt, um den Vögeln beim Zwitschern zuzuhören. *Edgar Kunze*



In der Schlacht im Nordwesten Hannovers triumphieren die jungen Kämpfer:innen am Schluss gegen das Böse
Fotos: Spektakulus

Die Kriegerin vom Hexenturm

Unser Autor besucht mit seiner Tochter ein Live-Rollenspiel für Kinder – und beobachtet, wie aus der Achtjährigen eine Heldin wird, die vollends in die Story eintaucht

Aus Hannover **Alexander Matzkeit**

Rund 60 Kinder in mittelalterlicher Kleidung folgen einem charismatischen jungen Mann durch den Hinüberschen Garten im Nordwesten Hannovers. Sie sind bewaffnet mit Schwertern und Schilden, Bögen und Kampfstäben. Konzentriert marschieren sie, skandieren im Rhythmus und üben gemeinsam, wie man eine Schlachtreihe bildet: Schildträger nach vorne, die Schwerter im zweiten Glied, dann Bogenschützen und Heiler in der Nachhut.

Man könnte glauben, der Kinderkreuzzug von 1212 würde hier ein Revival erleben. Doch der Anführer ist kein eifernder Prediger. Er nennt sich Sir Tristan von Tiefweiher, Heerführer der nördlichen Königreiche. Und den Rufen zufolge wird auch nicht gegen die Sarazenen, sondern gegen die „Horde“ gezogen. Was ich außerdem weiß: Meine achtjährige Tochter steckt mittendrin in diesem Aufmarsch und sie hat gerade die Zeit ihres Lebens. Sie macht schon zum zweiten Mal bei einem Larp mit, die Abkürzung steht für „Live Action Role Playing“, auf Deutsch: Live-Rollenspiel.

In klassischen Rollenspielen, zu den bekannteren zählen „Dungeons and Dragons“ oder das deutsche „Das schwarze Auge“, werden fantastische Abenteuer mit Stift und Papier am Wohnzimmertisch nachgespielt. Eine Spielleitung steckt erzählerisch einen Rahmen aus Setting, Ereignissen und zu lösenden Aufgaben ab. Die Spieler

improvisieren mit selbst ausgedachten Charakteren, wie sie auf die Herausforderungen reagieren. Mit Würfeln und einem Regelwerk wird bestimmt, wer einen Kampf gewinnt, wie stark ein Zauber wirkt und ob ein waghalsiger Sprung gelingt – oder nicht. So entsteht gemeinsam eine epische Geschichte.

Schon am Tisch geht es dabei vielen um eine möglichst hohe Immersion, sprich: ein tiefes Eintauchen und Einswerden mit der fantastischen Welt. Larp ist die nächste Stufe. Ein Wochenende oder länger wird

Ich selbst habe als Teenager in den Neunzigern mit dem Larpen begonnen – damals noch ein sehr junges Hobby

man selbst zu seinem Charakter, schlüpft in Kostüm und Rüstung und kämpft, wenn nötig, mit Polsterwaffen aus Latex. Die Szenarien reichen dabei von Fantasy bis Science-Fiction, von Western bis Postapokalypse. Für viele Menschen bedeutet Larp, sich in einer Mischung aus Improvisationstheater, Escape-Room-Game und Schaukampf ganz in einer fremden Figur zu verlieren.

Sir Tristan von Tiefweiher etwa heißt im richtigen Leben natürlich anders, aber wenn er als Charakter vor einem steht,

mit festem Blick, glänzender Rüstung, Stulpenstiefeln und einem großen roten Schild, könnte man ihn schon für einen edlen Ritter halten. Es ist kein Wunder, dass die Kinder sich von ihm anführen lassen. Meine Tochter und ich haben ihn schon auf dem Weg zum Larp in der Straßenbahn gesehen und ein paar Minuten darüber getuschelt, ob der freundlich aussehende Mann, dem das Schwert aus dem Wanderrucksack ragt, womöglich auch Liverollenspieler ist. Mit diesem Schwert dirigiert er nun seine kleine Armee und bereitet sie auf den bevorstehenden Kampf vor.

Ich habe als Teenager in den späten Neunzigern mit dem Larpen begonnen. Larp war damals selbst noch ein junges Hobby, das vor allem von eher nerdigen Männern und (seltener) Frauen betrieben wurde. Die ersten Conventions, oder Cons, wie die Liverollenspieler:innen ihre Spielwochenenden nennen, sind in Deutschland ab 1992 dokumentiert. Seitdem hat sich das Hobby enorm weiterentwickelt. Zu Groß-Cons wie dem „Drachenfest“, das seit diesem Jahr in Waldeck am Edersee stattfindet, oder „ConQuest of Mythodea“ in Brokeloh bei Nienburg kommen inzwischen bis zu 10.000 Menschen.

Larps sind auch inklusiver geworden, im Angebot vielfältiger und spielerisch freier, weniger eng ans Papiervorbild angelehnt. Ein gängiges System trägt die Abkürzung DKWDDK – du kannst, was du darstellen kannst. Das heißt: Wer seine Mitspieler kreativ in sein Spiel

einbinden und von den eigenen Fähigkeiten überzeugen kann, braucht sich nicht mehr auf Zahlenwerte auf einem Charakterbogen zu berufen.

Gleichzeitig sind Larper:innen auch mit ihrem Hobby gealtert. Wer wie ich in den 90ern jugendlich war oder studierte, hat heute häufig Familie. Und so gibt es seit Ende der 2000er diverse Vereine in Deutschland, die Larps speziell für Kinder ausrichten. Einer davon, Spektakulus aus dem niedersächsischen Walsrode, hat die Tagesveranstaltung rund um den „Hexenturm“ im Hinüberschen Garten organisiert.

Ich hatte von Anfang an große Hoffnung, dass meine Tochter Larp lieben würde. Sie findet Fantasy-Kinderbücher toll, erschafft mit ihren Spielzeugfiguren im Kinderzimmer legendäre Welten und Konflikte und verbringt allgemein sehr viel Zeit damit, sich selbst Geschichten zu erzählen. Kurzum: Sie ist Profi im Eintauchen in fantastische Welten.

Bei den Hexenturm-Larps in Hannover gibt es eine klare Unterscheidung in Spieler (Kinder) und Nichtspieler (Erwachsene). Die Charaktere der Kinder werden von Anfang an als Hauptfiguren und zukünftige Held:innen in die Spielwelt eingeführt. Zu Beginn des Tages erfahren sie, was laut Geschichte der Anlass des Zusammentreffens ist, und was sie erwarten können. Meist müssen sie mehrere kleinere Aufgaben erfüllen und ein Geheimnis ergründen, bevor es am Ende zu einem großen Kampf kommt.

Die Erwachsenen sind auch kostümiert, aber nur Nebencharaktere. Sie begleiten die nach Alter gestaffelten Kindergruppen als Aufsichtspersonen, stellen die bösen Gegner der „Horde“ dar oder übernehmen Anspielstationen in der Spielwelt. So war ich etwa der Alchemist des imaginierten Dorfes, in dem die Geschichte an diesem Wochenende ihren Anfang nahm.

Einige Stunden vor den Schlachtübungen mit Sir Tristan steht meine Tochter daher mit ihrer Spielgruppe vor meiner Alchemistenküche und mir wird schnell klar, dass sie den erhofften Immersionszustand erreicht hat. Sie ist vollständig in ihren Charakter eingetaucht und trägt mir mit sorgfältig gewählten, altmodisch klingenden Worten vor, dass sie als Waldläuferin und Kriegerin oft in gefährliche Situationen gerät, in denen sie auch verletzt werden kann. „Ich benötige daher dringend einen Heiltrank“, sagt sie ernst.

Auf meine Anweisung hin holt sie gemeinsam mit einem Jungen in Magiergewandung Wasser, hilft mir beim Aufgießen von Lebensmittelfarbe in einem Erlenmeyerkolben und schaut zu, als ein anderes Mädchen mit Blumenkranz in den Haaren die rote Flüssigkeit in eine kleine Ampulle abfüllt. Einen Glasstein kostet der Heiltrank, den ich der Gruppe natürlich gerne überlasse.

Als meine Tochter sich zum Gehen wendet, greife ich nach ihrem Arm und frage kurz: „Alles okay? Hast du Spaß?“ Sie lächelt und nickt nur ganz kurz. Eindeutig hat sie keine Lust, ihren spielerischen Flowzustand zu verlassen.

Die Gründungsgeschichte des Vereins Spektakulus erzählt mir dessen Vorstandsmitglied Dirk Bolm am Telefon. Der Sozialpädagoge arbeitet seit 1992 mit Kindern und Jugendlichen. In diesem Rahmen, sagt er, habe er schon früh Abenteuererwachenenden zu Themen wie „Römer“ oder „Wikinger“ veranstaltet, ohne zu wissen, was Larp ist. 2008, nach einem Besuch des ConQuest of Mythodea in der Nähe seines Wohnorts, sei ihm dann klar geworden: „Das müssen wir mit den Kindern machen!“

Vor Ort schlüpfen die Spielenden in Rüstung oder Umhang, setzen sich Masken auf oder greifen zur Polsterwaffe



Neben Tagesveranstaltungen wie der um den „Hexenturm“ veranstaltet der Verein Cons mit bis zu 400 Beteiligten, die Jugendfreizeitcharakter haben und in den Sommerferien auch mal eine Woche dauern. Wenn man Dirk Bolm zuhört, hat man nicht den Eindruck, dass er von einem nerdigen Hobby spricht. „Mit Larp erreicht man sehr schnell sehr viel“, sagt er. „Das gemeinsame Spiel schult soziale Kompetenzen wie Kommunikation und strategisches Denken, baut Stress ab und fördert Konzentration und Körperwahrnehmung – und man ist in der Natur, an der frischen Luft, und bewegt sich.“ Wer schon ein Handy hat, lässt es während des Spiels in seiner Reisetasche. „Viele Teilnehmende empfinden das als Erleichterung“, meint Bolm.

Wichtig ist ihm, dass der Fokus des Spiels auf den Kindern liegt. Sie sollen dabei ihren persönlichen Held:innenmoment erleben. Daher ist auch klar geregelt, dass die Kinder immer

die eindeutig Guten spielen und am Ende über das Böse triumphieren. Einige 15-Jährige, die im Verein groß geworden sind, wurmt das inzwischen. Sie wollen endlich auf die düstere Seite wechseln und ihre Teenagerabgeklärtheit ausleben. Aber die Regeln sind klar: Die Horde nimmt Rekrut:innen erst ab 16.

Mittlerweile hat sich die Kinderarmee im Hinüberschen Garten auf den Weg zum Schlachtfeld gemacht. Sie haben die Glocks, eine Gruppe von blaugesichtigen Wesen, dabei unterstützt, ihren magischen Stab zurückzubekommen, und einem beeindruckend aussehenden Duo aus Echsenmenschen geholfen, ihre Lieblingsbeeren zu finden. Bei mir haben sie sich mit Zaubertränken eingedeckt und von einer Schamanin mit Tierschädel auf dem Kopf einen Verwurzelungszauber gelernt. Jetzt sind sie für den Endkampf bereit. Die Horde, einige davon Mütter und Väter, wartet bereits auf sie.

Dirk Bolm schildert mir, dass er über die Jahre verschiedene Typen von Spektakulus-Eltern identifiziert hat. Manche geben ihre Kinder bei seinen Larps ab, bleiben aber selbst komplett außen vor. Andere fragen nach Möglichkeiten, sich in den Ver-

„Das Spiel schult Kommunikation, strategisches Denken und Körperwahrnehmung“

Dirk Bolm, Mitgründer von Spektakulus

ein einzubringen. Sie helfen in der Küche oder beim Bau von Requisiten und Kulissen. Und wieder andere entdecken das Hobby durch ihre Kinder und werden selbst zu Larpenden. Wenn sie nicht, wie ich, sowieso eine Live-Rollenspielgeschichte haben und sich freuen, dass sie

diese nun mit ihren Kindern teilen können.

Ich habe beobachtet, dass das gemeinsame Spiel mit Kindern gestandene Larper verändert. Nerds neigen dazu, sich einen Panzer aus Ironie und Spezialwissen zuzulegen. Wer einem Nischenhobby nachgeht, definiert sich oft auch durch die Abgrenzung zum vermeintlichen Mainstream. Unter der Woche sitzt man vielleicht wie viele andere in einem Büro, fährt eine Straßenbahn oder kümmert sich um Haushalt und Familie. Aber an drei Wochenenden im Jahr erlebt man Abenteuer, die andere nur erraten können. Die Kinder, gerade die jüngsten wie meine Tochter, haben dieses Distinktionsbedürfnis noch nicht. Sie sind mit vollem Herzen und leuchtenden Augen dabei.

„Ich spiele viel lieber mit Kindern“, sagt Dirk Bolm, und ich verstehe, was er meint. Es macht einen auf angenehme Art weich, wenn die Rollen, zwischen denen man sonst sauber-

lich trennt, ineinanderfließen. Beim Larp mit Kind sind die Erwachsenen gleichzeitig Vater und Ritter, Mutter und Schamanin, liebende Eltern und fanatische Anhänger des bösen Zaubermeisters Sithric. Und das alles auch noch in einem öffentlichen Park vor zufälligem Laufpublikum, das manchmal kopfschüttelnd oder begeistert stehen bleibt und zuschaut.

Hätte ich kein Kind dabei, würde ich mir vielleicht zwischendurch albern vorkommen, entschuldigend lächeln und zweimal überlegen, bevor ich mich mit Gebrüll auf die Schlachtreihe aus Kinderkrieger:innen hinter Sir Tristan stürze. Aber ich spiele hier ja nicht nur für mich. Ich erschaffe auch eine prägende gemeinsame Erinnerung für meine begeistert ihr Schwert in die Höhe reckende Tochter. Die ist kurz davor, einen epischen Kampf zu gewinnen. Und das will ich ihr, als stolzer Larp-Nerd und Papa, unbedingt ermöglichen.

Form folgt Funghi

In den Wäldern beginnt dieser Tage die Pilzsaison. Das beste Buch des Jahres dazu ist bereits erschienen: Der großformatige Band „Mushrooms“ verbindet Kulturgeschichte, Rezepte und prachtvolle Fotos

Von Brigitte Werneburg



„The Gourmand's Mushroom. A Collection of Stories & Recipes“ (in englischer Sprache). Taschen 2026, 292 Seiten, 40 Euro

Pilze hatten schon immer Konjunktur, und das aus ganz verschiedenen Gründen. In den 70er Jahren waren es die Magic Mushrooms, heute fungieren Pilze als nachhaltiger Werkstoff in Verpackungen oder Wänden, und zu allen Zeiten landeten sie natürlich auf dem Teller.

Der Band „Mushrooms“ aus dem Taschen Verlag widmet sich dieser Faszination nun auf 292 großformatigen Seiten. Er gehört in die Projekteküche des 2011 von David Lane und Marina Tweed in London gegründeten Magazins *The Gourmand*, das kulinarische Praxis und kulturelle Reflexion verbindet. Was einleuchtet, wenn man die 46 Originalrezepte am Ende des Buches betrachtet, die von den unterschiedlichsten Herangehensweisen zeugen, mit denen Pilze weltweit in allen Kulturen zubereitet und geliebt werden – sei es als knusprige Tempura, als Risotto oder als Pierogi, die in Polen zu Weihnachten beliebt sind.

Vor den Pilzen hatte es vom *Gourmand*-Team bereits Bände über Eier und Zitronen gegeben. Genau wie bei diesen handelt es sich auch bei „Mushrooms“ um eine Sammlung von Geschichten und Rezepten mit exquisitem Bildmaterial: von Gemälden berühmter Altmeister und ikonischen Fotografien über

revolutionäre Comics und Poster bis zu wissenschaftlichen Illustrationen.

Die erste Geschichte gilt dem geheimnisvollen Wesen der Pilze, die weder Tiere noch Pflanzen sind, obwohl sie bis 1969 als solche betrachtet wurden. Tatsächlich stehen sie den Tieren näher. Auf molekularer Ebene nutzt der uns so fremde Organismus ähnliche Lösungen wie wir für grundlegende Lebensprozesse. Deshalb sind Pilze auch für den Menschen pharmazeutisch so produktiv. Die sichtbaren Teile, die wir uns als Steinpilz, Pfifferling oder Morchel schmecken lassen, sind die Fruchtkörper eines viel größeren Organismus, des unterirdischen Myzels. Im Fall des Honigpilzes im Malheur National Forest in Oregon erstreckt es sich über 1.000 Hektar, wiegt 30.000 Tonnen und ist bis zu 8.600 Jahren alt.

Ihre Fruchtkörper sind eine köstliche Nahrung, hin und wieder freilich auch willkommenes Mittel für einen Giftmord. Richtig dosiert, ist jedoch etwa das giftige Mutterkorn ein Heilmittel, das seit dem Mittelalter dabei hilft, die Wehen einzuleiten und Blutungen zu stillen. Und gleichzeitig liefert der Mutterkornpilz Ausgangsstoffe für die Synthese von LSD, das neben den Psilocybin produzierenden Magic Mushrooms bis heute als Halluzi-

nogen dient. Davon handelt das Kapitel „Mind Over Mushroom“, doch auch in den Abschnitten über die Rolle des Pilzes in Kunst, Musik, Literatur, Architektur und Design kommen seine Bewusstseinsweiternden Kräfte zur Sprache. Nicht zuletzt können davon – ganz ohne Intoxikation – die Bio- und Neurowissenschaften ein Forscherlied singen.

Im Kapitel „Form Follows Funghi“ belegen unter anderem Lampen die ästhetische Attraktion des Gewächses, wie Verner Pantons ubiquitäre ikonische Tisch- und Stehleuchte „Panthella“ mit ihrem pilzförmigen Schirm. Der Amerikaner Earl Young, dessen Credo naturnahes Bauen war, ließ vor hundert Jahren seine Häuser wie Pilze aus dem Boden sprießen, was besonders bei seinem „Thatch House“ deutlich wird: Young ließ dessen pilzförmig gestuftes Dach mit Reet decken, das in Michigan unbekannt war.

Besonders schön ist das Kapitel über „Philip Guston's Mushroom Nail“. Die späte Hinwendung des berühmten abstrakten Expressionisten zur figurativen Kunst wird hier analog zum Aufblühen der Pilze als ein „unwahrscheinliches Wachstum“ charakterisiert, „das unaufgefordert und unerwartet auf den verfallenden Überresten der modernistischen abstrakten Malerei entstand“.



Der Pilz als Kunstobjekt: Bobby Doherty, Untitled, 2025 Foto: „Mushrooms“

Bewusstseinsweiternd sind selbstredend die Rezepte. Egal ob einfache Pilzsorte, finnische Pilzsalat mit Sauerrahm und Honigwein oder Kimchi aus Pilzen und Chinakohl, die Vorschläge sind schon beim Lesen ein inspirierender Genuss. Mehr wird an dieser Stelle aber nicht verraten – die Gerichte sollte man selbst erleben.



„Mir gefiel die Vo dass die Erde leb

Interview Erik Irmer

taz: Frau Deubner, über einen Zeitraum von knapp drei Jahren haben Sie für Ihre Fotoarbeit „La terre amoureuse“ die Arbeit und das Umfeld der Kleinbauern im Département Deux-Sèvres im Westen Frankreichs fotografiert. Was war der Ausgangspunkt dieses Projekts?

Rebekka Deubner: Zum einen die extreme Dürre im Sommer 2022. Wie schwerwiegend sie war, konnte ich eindrücklich an einem See in den Westalpen sehen, den ich seit Jahren kenne: Er war völlig verändert, seine Ufer wurden durch den Wassermangel völlig entstellt. Dass so etwas zur Norm werden könnte, hat mich alarmiert. Im Frühjahr 2023 nahm ich dann an den Protesten gegen die geplanten „Mega-Bassins“ in Sainte-Soline im Département des Deux-Sèvres teil.

taz: Was sind Mega-Bassins?

Deubner: Das sind riesige Wasserspeicherbecken, die ausschließlich ein paar konventionellen landwirtschaftlichen Großbetrieben dienen. Den umliegenden Ökosystemen wird Wasser entzogen und andere Wassernutzung wie die von Kleinbauern wird potenziell gefährdet.

taz: Wie haben Sie dort Ihr Projekt gefunden?

Deubner: Diese Proteste der Umweltbewegung und organisierter Kleinbauern aus der Region wurden von der Polizei massiv unterdrückt. Das führte in der Folge zu einer politischen und medialen Berichterstattung, die sich vor allem auf Gewalt konzentrierte. Die den Protesten zugrunde liegenden Fragen wurden völlig ausge-

blendet. Welche Art von Beziehung zu den Lebewesen und zum Land pflegen wir, welche Form der Landwirtschaft befürworten wir, und welche Politik wird in diesem Sinne umgesetzt?

taz: Anstatt der Proteste zeigen Sie die Landschaft, die Menschen, die Arbeit, die Ressourcen. Was ist Ihr Gedanke dabei?

Deubner: In den Tagen nach den Demonstrationen wurde mir klar, dass ich möglicherweise dazu beitragen könnte, gegenläufige Narrative in Umlauf zu bringen – indem ich mein Medium nutze, um den dort lebenden Kleinbauern zu begegnen, ihre Realität zu vermitteln und über die Ursprünge des Kampfes um das Wasser aus der Perspektive der unmittelbar Betroffenen zu berichten. Die ersten Bilder, die ich aufgenommen habe, zeugen von dieser gelebten Erfahrung: Es sind Bilder der Hände von Demonstranten, die in Sainte-Soline waren. Diese stellen in meinen Augen eine Handlungskraft, eine Verletzlichkeit dar. Einzelne Körper, die als Einheit stehen.

taz: Ihre Fotografie wirkt fast meditativ. Welche Rolle spielt die serielle Fotografie für Sie?

Deubner: Ich neige dazu, Dinge aus nächster Nähe zu fotografieren, weil mir gefällt, dass das Sehen auch Tastsinn assoziieren kann und gleich mehrere Sinne angesprochen werden. Doch dann wurde mir klar, dass ich durch das Fotografieren aus nächster Nähe die Räume, in denen ich mich befand, nie wirklich erfassen konnte. Die Bilder waren immer unvollständig.



erstellung, endlich wird“

Ich begann, Nahaufnahmen in einzelnen Abschnitten zu machen: vom Moor, vom Schilf, von einem Feld oder einem Baum und so weiter. Mir wurde klar: Sobald ich die Bilder nebeneinanderstellte, ermöglichte mir das, mich im Material selbst zu befinden und es entlang eines Kontinuums zu entfalten, wodurch ich ein besseres Verständnis für den Raum gewinne.

taz: Wie sind Sie den Landwirten begegnet?

Deubner: Da sie die ganze Zeit arbeiteten, habe ich sie dabei auch fotografiert. Was mich interessierte, war die Art und Weise, wie ihre Körper in die Arbeit eingebunden sind und wie all ihre körperlichen Bewegungen davon geprägt werden. Es entspringt dieser Wechselbeziehung – der Art und Weise, wie der Körper die Landschaft prägt und umgekehrt. Ich fand es interessant, die Bewegung in ihrer Gesamtheit einzufangen, sie zu zerlegen und wieder zusammenzusetzen, um ihre Dauer, ihre Reichweite, ihre Wiederholung und die damit verbundene Anstrengung zu verstehen.

taz: Sie zeichnen nicht gerade ein idealisiertes Bild vom Landleben. Wie sieht Ihre eigene Beziehung dazu aus?

Deubner: Ich bin weder auf dem Land aufgewachsen noch habe ich jemals dort gelebt. Mir fehlte das Verständnis für die Landschaft, wenn ich durchs ländliche Gebiet fuhr. Durch Gespräche und Beobachtungen vor Ort habe ich verstanden, dass jede Bebauung, jedes Grundstück, jedes Waldstück auf eine Entscheidung zurück-

geht. Auf eine politische Entscheidung auf lokaler oder nationaler Ebene oder auf eine individuelle des Einzelnen, der dieses Land bewirtschaftet. Fast nichts in diesen Gebieten ist „natürlich“. Jetzt fühle ich mich weniger verloren, wenn ich durch solche Gegenden reise.

taz: La terre amoureuse, auf Deutsch etwa „verliebte Erde“, ist der französische Ausdruck für Erde, die an Stiefeln klebt. Woher stammt der Titel und was bedeutet er?

Deubner: Ich habe ihn dank Rémi entdeckt, der in Vançais Gemüse anbaut. Es war vielleicht das zweite Mal, dass ich ihn besuchte, im Oktober oder November. Er erntete Lauch und Chinakohl, der Boden war durchnässt, die Erde war unglaublich dicht und schwer. Und seine Stiefel verwandelten sich in einen Klumpen klebrigen Schlamm. Ich sprach ihn darauf an und er erzählte mir von der Redewendung. Ich dachte sofort, das wäre ein guter Titel für dieses Projekt, denn mir gefiel die Vorstellung, dass dadurch die Erde lebendig wird – dass sie das Subjekt des Satzes ist und kein lebloses Objekt oder bloße Arbeitsfläche. Sie spielt eine herausragende Rolle in meinen Bildern. Man sieht selten den Himmel, wir blicken ständig nach unten.

Rebekka Deubner, Jahrgang 1989, lebt in Seine-Saint-Denis. Ihre Arbeit „La terre amoureuse“ ist als Fotobuch bei Rotolux Press erschienen und wird noch bis zum 4. Oktober beim Fotofestival Rencontres d'Arles ausgestellt.

taz mixtape

Über Popmusik in der taz zu lesen, ist das eine. Wie sich das anhört, was die Autoren da beschreiben, das andere.

Deswegen gibt es das Beste aus der Musikberichterstattung der taz Kulturredaktion jeden Freitag in einer Radio-Version: taz Mixtape von und mit **Klaus Walter**.

taz hören!

freitags 17–18 Uhr

taz mixtape

auf ByteFM

Was sie fernab der Psychiatrie umtreibt? Da hat Maria Rave-Schwank ausnahmsweise wenig zu erzählen



Näherkommen und gehen lassen

Maria Rave-Schwank arbeitete als erste Frau an der Spitze einer deutschen Psychiatrie. Sie kämpfte dafür, die Behandlung mehr an den Patient:innen auszurichten – auch heute noch, mit 91 Jahren im Ruhestand

Von **Lea De Gregorio** (Text) und **Uli Deck** (Fotos)

Wer mit Maria Rave-Schwank spricht, erfährt viel darüber, wie Institutionen sich wandeln können – und auf welche Widerstände solch ein Wandel häufig stößt.

Draußen: Eine ruhige Wohngegend in Karlsruhe; in der Nähe ein Park. Maria Rave-Schwank erzählt, sie gehe dort gerne spazieren. Ansonsten wird die 91-jährige Psychiaterin auf die Frage, was sie fernab der Psychiatrie umtreibt, wenig erzählen. Die war und ist ihr Leben.

Drinne: Auf dem Boden im Wohnzimmer stehen Ordner mit Unterlagen zu den sogenannten Karlsruher „Euthanasie“-Opfern – mit diesem Begriff verharmlosten die Nazis die grausame Tötung von Psychiatriepatient:innen und Menschen mit Behinderung. „Morgen habe ich einen Termin im Stadtarchiv und übergebe sie im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie. Danach kann ich das Chaos hier aufräumen.“ Auf dem Tisch stehen Rosen und Erdbeerkuchen. An einer Wand hängt eine „Politische Karte der Welt“. Nach ihrer Berentung hat Rave-Schwank sich viel mit der psychiatrischen Versorgung von Migrant:innen beschäftigt.

Krieg: Maria Rave-Schwank ist 1935 in Karlsruhe geboren. Als die Alliierten nach Deutschland kamen, war sie neun. Sie erinnert sich an die Bombardierung, daran, „dass wir hier in dieser Straße im Keller saßen und dass alles zusammenfiel“. Sie und die Schwester, die Mutter in der Mitte, alle unter einer Decke. Ihnen ist nichts passiert. „Aber im Schrank, wo meine Puppensachen waren, war alles verbrannt.“ Die Brüder waren im Krieg. Einer von ihnen ist gefallen.

USA: Während der Schulzeit bekam sie die Chance, für ein Jahr zu einer Familie in den USA zu gehen. Dort habe sie gelernt, dass vieles „auch anders geht“. Das war dann auch im Studium

so. Sie studierte Medizin in Heidelberg, Berlin und München. Ihr Vater, ein Allgemeinarzt, hatte sich gewünscht, dass sie seine Praxis übernimmt. Aber in München merkte Maria Rave-Schwank: Arbeiten möchte sie in der Psychiatrie.

Auslöser: Den Anstoß dazu gab ihr ein Freund. Er hatte „einen starken Zitterer und ist dadurch von Valium abhängig geworden“. Zum Entzug kam er in die psychiatrische Klinik in Haar bei München. Dort hätten „alle in einem Rechteck auf einer Holzbank“ gesessen, erzählt Rave-Schwank. Ihren Freund mit „gestreiftem Anzug und komischem Bart“ habe sie nicht wiedererkannt. Alles, sagt sie, bestand bloß aus Warten. Sie wollte es anders machen.

Tagesklinik: Nach ihrer Ausbildung für Psychiatrie und Psychotherapie in Heidelberg begann Rave-Schwank in einer der ersten Tageskliniken zu arbeiten und Hausbesuche bei Patient:innen zu machen. Auch in der Psychiatrie-Enquête von 1975, in der auf über 400 Seiten über die Lage der Psychiatrie in Deutschland berichtet wurde, setzte sie sich dafür ein: Betroffene schneller nach Hause zu

entlassen und dort ambulant zu betreuen, „die Angehörigen nicht alleine zu lassen“. Zudem wollte Maria Rave-Schwank die Ausbildung von Pfleger:innen voranbringen. Die, so ihre Überzeugung, hätten eine Schlüssel-funktion. Rave-Schwank ging es um einen persönlicheren Kontakt zu den Patient:innen.

Und heute? Sei in den Kliniken zwar vieles besser geworden, Pfleger:innen „näher dran“, sagt sie. Aber „es ist noch nicht so, wie es sein kann“. Ihrer Erfahrung nach hänge vieles davon ab, wie die „Pflegehierarchie sich verhält“. Das sei in jeder Klinik anders.

England: Wichtige Impulse hatte Rave-Schwank in England bekommen, wo vieles „zehn, zwanzig Jahre voraus“ war. Warum? Unter den vielen Kriegsveteranen nach dem Zweiten Weltkrieg, die mit traumatischen Störungen in der Klinik waren, seien Männer gewesen, die sich nicht alles gefallen ließen. „Dadurch kam ein Aufmucken auf.“ Angehörigenvereinigungen habe es dort früh gegeben, außerdem die Überzeugung, dass das Biologische bei einer psychischen Krise nur einen kleinen Anteil ausmacht

und „die Umwelt ganz wichtig ist“.

SPK: In Heidelberg erlebte Rave-Schwank in den 70ern Proteste rund um das Sozialistische Patientenkollektiv (SPK). Sie arbeitete „Zimmer an Zimmer mit Herrn Huber in der Ambulanz“. Der Mediziner Wolfgang Huber hatte das SPK mitgegründet. „Er hat eine wichtige Beteiligung des Patienten an der Behandlung ermöglicht. Die haben dann zusammen Marx und Engels gelesen.“ Doch nicht alles sei im Sinne der Patient:innen gewesen. Rave-Schwank erzählt etwa von einer Patientin, die sich die Haare gefärbt hatte, um sich etwas Gutes zu tun. „Die wurde vom SPK dafür fertiggemacht“, dass sie den Hersteller der Haarchemikalien kapitalistisch unterstützt hätte.

Nationalsozialismus: 1979 wurde Rave-Schwank im Philipps-Hospital in Riedstadt die erste Direktorin in einer Psychiatrie in Deutschland. Es war die Zeit, in der in Deutschland die Ausstrahlung der vierteiligen „Holocaust“-TV-Serie für eine breite Diskussion über die NS-Vergangenheit sorgte. In dieser Zeit begann sie sich auch mit den Verbrechen der Nazis an Psychiatriepatient:innen zu befassen und setzte sich für ihr Gedenken ein.

Widerstände: Viele Mitarbeiter:innen in Riedstadt hatten Rave-Schwanks Pläne, den Opfern des Nationalsozialismus ein Denkmal zu errichten, als „Nestbeschmutzung“ empfunden. Die Stimmung sei erst umgeschlagen, als einer bei einer Mitarbeiterversammlung erklärt habe, dass ein Denkmal helfen würde „das Lebensrecht zu akzeptieren“. 1989 wurde das Denkmal errichtet. Rave-Schwank erinnert sich, dass Erinnerungen unter Pflegern hochkamen, die in der Nazizeit gearbeitet hatten. „Die wollten das nicht so nah an sich ranlassen.“

Aufklärung: Sie selbst hätte von den Naziverbrechen spät erfahren. „Ich habe meine Schule, Abitur und auch mein Medizinstudium gemacht, ohne dass

2022 erschien ihr Buch „Aufbruch in der Psychiatrie“, in dem sie über ihre Erinnerungen schreibt



ich wirklich darüber informiert worden wäre.“ Bei ihrer Facharztausbildung in Heidelberg mit Ende 20 habe sie sich gefragt: „Warum hat der Professor Wendt sein Zimmer im Keller?“ Die meisten anderen Oberärzte hätten ihre Zimmer in oberen Stockwerken gehabt. Eine Stationsärztin sagte, er sei an den Naziverbrechen beteiligt gewesen. Das Zimmer im Keller, sagt Rave-Schwank, war seine einzige Strafe.

Kluft: Als Klinikdirektorin in Riedstadt war es für sie später keine leichte Aufgabe, die „Kluft“ zwischen alten und neuen Mitarbeitenden zu überwinden. Die neuen, darunter Psycholog:innen und Sozialarbeiter:innen, hätten die Psychiatrie als eine „Schlangengrube“ empfunden. Langzeitpatient:innen sollten ihrer Meinung nach möglichst schnell entlassen werden. Es wurde gesagt: „Raus hier, dieses Haus ist schrecklich. Aber es wurde nicht überlegt: Wohin?“ Sie hätten angefangen, mit den Patient:innen zu sprechen, sich aber lieber rausgehalten aus unangenehmen Situationen, etwa, wenn ein:e Patient:in aggressiv wurde. Die alten Mitarbeitenden hingegen hätten auf Kontrolle und Distanz gesetzt.

Öffnung: Bei der Bürgerversammlung hätten Anwohner:innen moniert, die Patient:innen hätten zu viel freien Ausgang, würden betteln, um Geld für Zigaretten zu bekommen. Rave-Schwanks Bestreben, die Psychiatrie stärker zu öffnen, wurde erst mal nicht gut aufgenommen. Ihre Lösung: Bei der „Arbeits therapie“ sollten die Patient:innen Geld verdienen, um nicht betteln zu müssen. „Das war nicht viel, aber das gehörte

ihnen und sie konnten damit machen, was sie wollten.“

Veränderungen: 1990 kam Rave-Schwank wieder nach Karlsruhe, wo sie bis zum Ruhestand als Direktorin der Psychiatrischen Klinik arbeitete. Wichtig an Veränderungen in großen Betrieben sei, „dass man das nicht alleine macht“, sagt sie. Und es helfe Geduld.

Ruhestand? Auch mit 91 Jahren ist der Kalender voll. Rave-Schwank ist unter anderem an einem Krisenprojekt für wohnungslose Frauen beteiligt. Gerade war sie als Rednerin auf einer internationalen Konferenz von Angehörigenverbänden. 2022 erschien ihr Buch „Aufbruch in der Psychiatrie“, in dem sie über ihre Erinnerungen schreibt. Für ihr Engagement wurde sie mehrfach ausgezeichnet, auch mit dem Bundesverdienstkreuz.

Biologie: Sie kritisiert, dass die biologische Psychiatrie wieder „sehr en vogue“ sei. „Es wird viel geforscht. Man sucht zurzeit sehr nach biologischen Ursachen für die seelische Krankheit. Aber das, was man gefunden hat, sind nur die Folgen der Anspannung, nicht die Ursache.“ Wichtig sei es, „gesellschaftliche Probleme zu sehen“. Sie sagt: „Das kann nicht die Psychiatrie alleine machen.“

Alter: Jetzt im Alter lerne sie, selbst Hilfe anzunehmen. Das sei nicht einfach: „Es ist leichter zu helfen, als um Hilfe zu bitten.“ Wenn man sie nach dem Gespräch fragt, ob man ihr beim Abräumen der Teller helfen könne, dann trägt sie das Tablett mit dem Geschirr schnell selbst in die Küche.



1935 wurde Maria Rave-Schwank in Karlsruhe geboren, 1990 kam sie dorthin wieder zurück

Feuchtigkeitsserum Aloe Vera. Fast so gut wie ein Sprung ins Wasser. Bio-Aloe Vera spendet jede Menge Feuchtigkeit und beruhigt die Haut nach der Rasur oder dem Sonnenbaden. Da keine Verdickungsmittel enthalten sind, zieht das Serum besonders schnell ein und klebt nicht. NaTrue-zertifizierte Biokosmetik. Von 4 people who care. Inhaltsstoffe: Aloe-Vera-Saft (99,6 %), Zitronensäure, Konservierungsmittel (Kaliumsorbat und Natriumbenzoat). Inhalt: 50 ml. **Artikel-Nr. 13369, 9,90 €**



Sonnenschutz LSF 50. Zum Aufsprühen. Durch ihren mineralischen Filter mit extra hohem Lichtschutzfaktor schützt die parfümfreie Bio-Sonnenpflege vor UV-Licht. Sie zieht schnell ein, ohne weiße Rückstände zu hinterlassen. Kaltgepresstes Macadamianussöl regeneriert und pflegt die strapazierte Haut, Zinkoxid wirkt entzündungshemmend und desodorierend. Bei regelmäßiger Anwendung beugt die Sonnenpflege vorzeitiger lichtbedingter Hautalterung und Pigmentflecken vor. Vegan, frei von Nanopartikeln und unschädlich für Gewässer. Von i+m. Inhalt: 100 ml **Artikel-Nr. 13199, 19,90 €**



NEU
Folge uns
auf Instagram



Snack-Tütü. Plastik? Kommt uns nicht in die Tüte! Diese nachhaltige Alternative für die Aufbewahrung von Reiseproviant besteht aus Biobaumwolle, innen hält eine Schicht aus Maisstärke Snacks, Obst und Gemüse länger frisch. Die Größe lässt sich mit einem Klettverschluss an den Inhalt anpassen. Fair, ökologisch und lokal produziert, hergestellt in sozialen Werkstätten im Münsterland. Waschbar bei 30 °C. Von umtüt. Für 3 bis 4 belegte Brötchen. Maße: B 17 x H 21 x T 10 cm. **Artikel-Nr. 12705, 13,90 €**



Lip Balm. Pflegt trockene Lippen mit Bienenwachs, Sonnenblumenöl, Sheabutter, Mandelöl, Hanföl, Aloe Vera und Zitronengras – das ist die kurze Liste der Inhaltsstoffe. Bienenwachs bildet eine schützende Schicht, während hochwertige Öle Feuchtigkeit spenden und die Lippen geschmeidig halten. Plastikfrei, vegan und klimaneutral. Pro verkauftem Produkt werden 1 qm Blühwiese gespendet. NaTrue-zertifizierte Biokosmetik. Von 4 people who care. Inhalt: 5 g. **Artikel-Nr. 12957, 4,90 €**



taz-Bauchtasche. Diese Bauchtasche ist für alle, die ihr feministisches Herz am linken Fleck tragen wollen. Damit transportiert ihr nicht nur lässig Handy, Portemonnaie und Schlüssel, sondern auch eine Botschaft: Feminism was my first love. Canvas aus 80 % recycelter Baumwolle und 20 % recyceltem Polyester. Gurt aus Baumwoll-Ripsband. Schnalle und Versteller aus Kunststoff. Maße: ca. B 28 cm, H 15 cm, T 6 cm. **Artikel-Nr. 13413, 25,00 €**

So 'ne Sonnewonne



Sonnenöl LSF 30. Pflegt die Haut mit einer Kombination aus Bio-Granatapfelkernöl, Bio-Sanddornöl und Bio-Karanjaöl und ist durch den Verzicht auf Wasser oder Emulgatoren besonders gut für trockene Haut geeignet. Der mineralische UV-Filter reflektiert die Sonnenstrahlen und schützt sofort nach dem Aufsprühen. Wasserfest, ohne Alkohol, vegan. Mit Rohstoffen aus biologischem Anbau. Von Eco Cosmetics. Inhalt: 50 ml. **Artikel-Nr. 13570, 25,00 €**



taz-Bade- und Saunatuch. Mit dem extragroßen flauschigen Handtuch könnte man doch ganz fabelhaft frühmorgens eine Liege am Pool reservieren ... Lassen Sie's. Nicht weil das so typisch deutsch ist, sondern weil dann ganz schnell jemand anderes auf Ihrem Platz liegt. Aus Biobaumwolle nach GOTS-Standard. Mit aufgesticktem taz-Logo, ca. 10 x 16 cm. Maße: L 200 x B 100 cm. **Artikel-Nr. 10553, 47,00 €**



Handtuch Klimawandel. Angesichts der immer weiter voranschreitenden Erderwärmung würden Sie vor Frust am liebsten das Handtuch werfen? Tun Sie's, aber nehmen Sie dieses! Als visuelle Erinnerung an die Fakten der Klimakrise zeigt das Handtuch die Jahresdurchschnittstemperaturen von 1850 bis heute, basierend auf der Darstellung des Klimaforschers Ed Hawkins von der University of Reading. Mit Stickerei am Saum und Schlaufe zum Aufhängen. Aus Biobaumwolle (GOTS-zertifiziert), hergestellt in Portugal. Von Langbrett. Maße: L 180 x B 100 cm. **Artikel-Nr. 12681, 55,00 €**



Regenbogenfächer. Unverzichtbares Accessoire gegen Hitze und Intoleranz. Der mit Stoff bezogene Fächer aus poliertem Birnbaumholz wird in einem Familienbetrieb in Spanien handgefertigt. Holz ist ein lebendiges Material, deshalb kann der Farbton leicht von der Abbildung abweichen. Von Handfächer Canela. Länge: geschlossen 23 cm. **Artikel-Nr. 13198, 17,00 €**

Reisehandtuch. Fürs Handgepäck oder für spontane Badeausflüge. Das leichte und langlebige Reisehandtuch lässt sich etwa DIN-A-4-groß zusammenfalten und passt in fast jede Handtasche. Der Mix aus 88 Prozent Biobaumwolle und 12 Prozent Leinen ist saugfähig, schnell trocknend und schmutzabweisend. Mit Aufhängeschlaufe und Baumwollbeutel (B 18 x H 25 cm). Hergestellt in Portugal. Von Langbrett. Maße: L 140 x B 70 cm. Gewicht: ca. 240 g. **Artikel-Nr. 12905, 35,00 €**



taz-Reise-Kulturtasche. Nicht nur für Fans der Feuilletonseiten. Die Polsterung schützt Ihre Kosmetikartikel, ordentlich bleibt alles dank der durchdachten Innenaufteilung mit vielfältigen Halterungen. Die Kulturtasche kann nach Bedarf stehen oder hängen. Mit abnehmbarem Spiegel und einem Tunnel, der auf den Handgriff eines Rollkoffers passt. Inklusive taz-Panther-Bestickung. Von Deuter. Maße: B 26 x H 27 x T 13 cm. Gewicht: ca. 380 g. **Artikel-Nr. 10839, 30,00 €**

press-schlag

Business und die Liebe zum Spiel



Beim Streit der Fifa mit der Uefa geht es um Milliarden. Unten in der Regionalliga geht es um Fußball

Das Ende des Fußballs, wie wir ihn kannten? Vielleicht nicht ganz. Das Ende des Fußballs, wie ihn sich Investoren vorstellen? Das wäre doch mal eine gute Nachricht. Das Aus für die Fifa? Da könnte man ja glatt die Sektkorken knallen lassen. Keine Fußball-WM mehr? Halb so schlimm. Oder gibt es da draußen jemanden, der das Marketingspektakel, das da vor zwei Wochen in den USA zu Ende gegangen ist, wirklich noch feiern konnte, nachdem das Weiße Haus ein Mitspracherecht in sportlichen Belangen erwirkt hat?

Hinter dem Fußball liegt eine Woche des Wahnsinns. Seit bekannt wurde, dass die Fifa Anteile an ihren großen Turnieren an Investoren aus dem Clan von US-Präsident Donald Trump verkaufen möchte, überschlagen sich die Meldungen. Die europäische Fußball-Union Uefa, selbst höchstbegabt im Verkaufen des Spiels, geriert sich als Anwalt des wahren Fußballs. Ein Boykott aller Fifa-Turniere steht sogar im Raum. Auch der Fußballverband für Nord- und Mittelamerika will nichts von Investoren wissen.

Der Fußball ist immer noch quicklebendig – in München beim TSV 1860 ist das gerade zu beobachten

Derweil hält die Fifa ihr erpresserisches Angebot für den Deal aufrecht und versucht die Verbände mit dem Versprechen von Millionen-zahlungen zu ködern. Nach der WM in Mexiko, Kanada und den USA, mit der die Fifa 15 Milliarden US-Dollar umgesetzt hat, wird um den nächsten Milliardendeal gerungen. Es ist ein abscheuliches Spektakel.

Ist der Fußball am Ende? Nein, das Spiel ist quicklebendig. Im München ist gerade zu beobachten, wie ein Verein mit großer Vergangenheit und bescheidener Gegenwart gerade versucht, sich neu zu erfinden. Der TSV 1860 München hatte sich vor 15 Jahren in der Hoffnung auf eine goldene Zukunft als Zweitligist an einen Investor verkauft. Was folgte, waren der Absturz in die vierte Liga, ein paar traurige Jahre in der dritten Liga und am Ende der Lizenzentzug und die Insolvenz der Gesellschaft, in der der Profifußball organisiert war.

Der vermeintliche Totalabsturz bedeutete die Befreiung vom Investor, der den Klub nach seinem Gusto führen wollte, obwohl den Regeln nach immer der Trägerverein, der gute, alte e. V. das Sagen haben sollte. Vorbei! Nun herrscht Euphorie in weiten Teilen der Fanszene. 1.000 Leute sollen am Mittwochnachmittag gekommen sein, um das letzte öffentliche Training des Teams vor dem Saisonauftakt in der Regionalliga verfolgen zu können. Der Run auf die Dauerkarten nimmt kein Ende. Die Mitgliederzahl des Vereins schnellte in die Höhe und liegt nun bei über 29.000. So viele Löwen gab es noch nie. Die ärgern sich gewiss, dass das Wappentier nicht auf den neuen Trikots zu sehen ist, weil die Markenrechte daran noch dem Investor gehören, aber sie saufen ihren Klub gesund.

Über 40.000 Euro wurden bei der Aktion „Giesing hält zam“ für den Klub eingenommen, nachdem Wirte sich bereit erklärt hatten, 60 Prozent eines Tagesumsatzes dem Verein zu spenden. Und über 350.000 Euro sammelten Fans via Crowdfunding ein, um sich einen Platz auf dem Trikot der Mannschaft zu sichern. Mit der Botschaft „Football for the People“ sollen die Spieler nun auflaufen. Mit dem großen Business von Fifa und Uefa hat all das nichts zu tun. Mit Fußball schon. Der ist so leicht nicht kleinzukriegen – auch nicht von Gianni Infantino. *Andreas Rüttenauer*

Zwei Schwestern im Kampf um mehr Anerkennung

Temwa und Tabitha Chawinga spielen weitgehend unbeachtet für Malawi beim Afrika Cup. Dabei sind es ihre Treffer, die für eine Niederlage von Titelverteidiger Nigeria sorgen

Von Annika Becker

Es lief die 73. Minute des Spiels Nigeria gegen Malawi. Ireen Khumalo, Malawis linke Verteidigerin, spielte den Ball in die Schnittstelle zwischen Nigerias Abwehrkette und Torhüterin Chiamaka Nnadozie und genau in den Lauf von Temwa Chawinga. Die 27-Jährige erkannte ihre Chance sofort: Sie lenkte in der Laufbewegung den in hohem Bogen anfliegenden Ball mit ihrem Oberkörper an der herbeieilenden Nnadozie vorbei, umkurvte die dreifache afrikanische Torhüterin des Jahres und verwandelte den Wurf in einen historischen Treffer. Malawi ist erstmals überhaupt beim Afrika-Cup der Frauen vertreten und dies war das erste Tor, das eine Spielerin für Malawi beim Kontinentalturnier erzielte. Zuvor hatte Malawi Nigeria mit der klug und konsequent umgesetzten Taktik von Trainer Lovemore Fazili lange Zeit zur Harmlosigkeit gezwungen. Doch es sollte noch mehr folgen.

Sechs Minuten nach dem Führungstreffer legte Kapitänin und Temwas ältere Schwester Tabitha Chawinga (30) nach, wieder kam ein langer Ball hinter Nigerias Abwehr und unangenehm für Nnadozie. Während Temwa Chawinga mit ihrem Laufweg eine Verteidigerin weglockte, startete Tabitha in der Mitte zwischen den Innenverteidigerinnen durch und traf zum 2:0. In der Nachspielzeit (90.+5) war es dann erneut Temwa Chawinga, die mit ihrem Doppelpack die Überraschung perfekt machte.

Nigeria kam via Handelfmeter, verwandelt von Rasheedat Ajibade (90.+2), noch einmal heran, die eingewechselte Uchenna Kanu schoss in

der 90.+9. Minute den 3:2-Anschlussstreffer, doch dann war Schluss. Nigeria, mit zehn Titeln Rekordsieger und als Titelverteidiger zum Turnier nach Marokko gereist, musste sich gegen die zumindest laut Weltrangliste (Platz 153) krassen Außenseiterinnen geschlagen geben.

So richtig viel Aussagekraft hat diese Platzierung allerdings nicht. Malawi, dessen Frauenteam 2023 die Cosafa Championship der Verbände aus dem südlichen Afrika gewonnen hatte, meldete sich aus finanziellen Gründen gar nicht erst für die Qualifikation zum Afrika-Cup 2024 an. Die beiden Chawingas kritisierten den Verband damals mit deutlichen Worten.

Aufgewachsen sind sie im nordmalawischen Rumphu, ihre Eltern verboten ihnen das Fußballspielen, schließlich sei das reine Männersache. Aber das interessierte die beiden nicht. So wechselte zuerst die etwas ältere Tabitha nach Schweden und sorgte dafür, dass Temwa diesen Weg schließlich auch gehen konnte. Für die ging es von dort weiter zu Wuhan Jianghan, wo sie viermal in Serie die chinesische Meisterschaft gewann. 2023 war sie mit insgesamt 63 Toren für Klub und Nationalteam geschlechterübergreifend die torgefährlichste Fußballerin der Welt.

Temwa Chawinga schoss sich mit ihrer Treffsicherheit auf den Scouting-Zettel vieler Teams. Ihr Weg führte schließlich in die USA. In der NWSL traf sie für Kansas City Current 2024 als erste Spielerin der Ligageschichte innerhalb einer Spielzeit 20 Mal und zudem gegen alle 13 anderen Teams. Sie wurde 2024 und 2025 zweimal hintereinander Torschützenkönigin und als erste Spielerin überhaupt zweimal in Folge als wertvollste Spielerin zur MVP

gewählt. Ihre Schwester spielt derweil erfolgreich in Europa. Tabitha Chawinga wurde als Spielerin von Paris Saint-Germain 2023/24 für das Champions-League-Team der Saison verpflichtet.

Man sollte meinen, dass diese Leistungen international entsprechend geschätzt würden – bei der Auszeichnung mit dem Ballon d’Or etwa, der 2018 zum ersten Mal an eine Frau vergeben wurde und als größte individuelle Auszeichnung für Fußballerinnen mediale Aufmerksamkeit garantiert. Aus jeder der nach Fifa-Weltrangliste besten 50 Nationen stimmt jeweils

Die Chawinga-Schwestern haben mit rassistischen Zuschreibungen zu kämpfen

ein*e Journalist*in über die Auszeichnung ab. Temwa Chawinga stand 2025 erstmals auf der Liste und landete auf Platz 17, mit gerade einmal 29 Punkten. Tabitha Chawinga wurde 2024 als Spielerin von PSG, Torschützenkönigin und beste Vorlagengeberin Frankreichs auf den 16. Platz gewählt. Lange waren überhaupt keine Afrikanerinnen unter den gelisteten Spielerinnen. Erst 2022 war mit der Nigerianerin Asisat Oshoala vom FC Barcelona zum ersten Mal eine afrikanische Nationalspielerin überhaupt dabei. Sie stand auf Platz 16 der Liste. Die einzigen anderen zwei Vertreterinnen Afrikas sind Sambias Barbra Banda nach ihrem Wechsel in die USA (Platz 12 im Jahr 2024 und 2025 Platz 14) und Chiamaka Nnadozie (Paris FC) bei der 2025 neu

eingeführten Torhüterinnen-Trophäe, weit abgeschlagen auf Platz 4. Noch seltener finden sich Nationalspielerinnen aus asiatischen Verbänden unter den Ausgezeichneten.

Honoriert werden bei individuellen Auszeichnungen wie dem Ballon d’Or vor allem Vereinswechsel sowie Leistungen in den USA oder Europa. Wer es aus Afrika auf die Liste der für den Ballon d’Or Vorgeschlagenen schafft, steht meist im Schatten der zahlreich vertretenen weißen Europäerinnen oder der Stars aus den USA. Das lässt sich kaum mit der reinen Leistung erklären. Es ist auch Ausdruck rassistischer Zuschreibungen im Sport, wo Schwarze Spieler*innen nach wie vor oft auf ihre Physis reduziert werden. Zudem zeigt es die fehlende Aufmerksamkeit für Turniere jenseits von Europa- und Weltmeisterschaften.

Sowohl Oshoala als auch Barbra Banda betonten rund um den Afrika-Cup, dass mediale Sichtbarkeit über Wechselchancen ins Ausland entscheidet und für das weitere Wachstum des Fußballs auf dem afrikanischen Kontinent wichtig wäre. Also für alles, das für die Spielerinnen existenziell ist: Gehälter, Infrastruktur, eine funktionierende Liga in ihren Herkunftsländern.

Diese Chance jedoch hat der afrikanische Kontinentalverband CAF mit der kurzfristig beschlossenen Verschiebung des Turniers vom Frühjahr in den Sommer vertan. Auch die wenigen vorhandenen und schlecht kommunizierten TV-Übertragungen tragen nicht gerade zur Sichtbarkeit des Turniers in Marokko bei, das mit dem Finale am 16. August enden wird. Nicht nur Malawis Debüt beim Afrika-Cup und die Tore der Chawinga-Schwestern hätten ein größeres Publikum verdient.

Geteilte Freude: Temwa Chawinga freut sich mit ihrer Schwester Tabitha über ein Tor gegen Nigeria
Foto: AFCONline



Hauptsache, ein Olympia mit dem Kürzel '36

Zum 90. Jahrestag der Propagandaspiele findet in Berlin kein Erinnern statt. Wie geschichtsvergessen ist die Stadt, die vom IOC den Zuschlag für 2036 möchte?

Von Martin Krauss

Keine Ergebnisse gefunden“. Das kommt raus, wenn man auf der Website der Initiative für eine Berliner Olympiabewerbung die Jahreszahl „1936“ eingibt. Die Site gibt es im Auftrag der Berliner Senatskanzlei.

Dabei gibt es durchaus einen aktuellen Anlass, nach Veranstaltungen und Veröffentlichungen zum Thema „1936“ zu suchen. Genau vor 90 Jahren, am 1. August 1936, hatte nämlich Adolf Hitler in Berlin die Olympischen Sommerspiele eröffnet. Wenige Monate zuvor waren in Garmisch-Partenkirchen die Winterspiele zu Ende gegangen, und der bayerische Skiort hat 2026 mit einer Veranstaltungsreihe und einer historisch fundierten Website versucht, sich dem schwierigen Erbe zu stellen. In Berlin gibt es nichts dergleichen.

Dafür aber kann man hier alles erklären. „Die Auseinandersetzung mit 1936 ist fester Teil der Berliner Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele“, sagt Senatssprecherin Christine Richter zur taz. Die Stadt will die Olympia im Jahr 2036 ausrichten, und nicht nur in der internationalen Wahrnehmung deutet das Datum auf so etwas wie Jubiläumsspiele hin.

Richter erklärt, das 1936er Olympiastadion solle zu einem „sichtbaren Lern- und Erinnerungsort“ werden, auch in Schulen, in der Kinder- und Jugendarbeit und im organisierten Sport werde die Auseinandersetzung mit 1936 stattfinden. Immerhin, auf etwas halbwegs Konkretes weist Richter doch noch hin: „Auch die geplante Eröffnungsfeier der Paralympischen Spiele im Olympiastadion unter dem Motto ‚A Celebration of Life‘ ist bewusst als symbolischer Kontrapunkt zu 1936 angelegt: Die Paralympics – 1936 undenkbar – sollen an diesem historischen Ort ein Zeichen für Vielfalt, Würde und Teilhabe setzen.“

Während die Paralympics ins große 1936er Stadion gehen, soll die andere Eröffnungsfeier auf dem Tempelhofer Feld stattfinden. Das ist mittlerweile ein Volkspark, war zuvor Flughafen, davor militärisches Aufmarschgelände, und ab 1933 stand hier eines der frühesten Konzentrationslager, das Columbiahaus.

„Das ist ja wohl die denkbar schlechteste Alternative zum Olympiastadion“, sagt Gabriele Hiller vom Bündnis „NOlympia Berlin“. Dass der Senat gar nichts zum Thema 1936 unternähme, will man bei dem Bündnis nicht behaupten – „es könnte aber deutlich mehr sein“, sagt Hiller. „Defizitär ist sicherlich die Auseinandersetzung mit der historischen Rolle des IOC bei den Nazi-Spielen 1936.“ Alles werde weggeschoben, bloß um den Zuschlag vom IOC zu bekommen. „Da steht das reine Habenwollen im Vordergrund“, so Hiller.

Wenn von Olympia 1936 die Rede ist, dann fallen oft Begriffe wie „Missbrauch“ und „Instrumentalisierung“ der olympischen Sache. Als hätten das IOC und die deutschen Sportfunktionäre keinen Anteil daran, dass die Propagandaspiele als eines der strahlendsten Projekte des NS-Staats in die Geschichte einging. Erst in den vergangenen 20 Jahren begann eine Umorientierung. Da haben etliche Kommunen ihre Carl-Diem-Sporthallen und -Straßen flächendeckend umbenannt. Diem war der Cheforganisator der 36er Spiele.



Heitere Spiele mit ein bisschen Nazi-Ästhetik: Im Juli fand im Berliner Olympiapark das Lolla-palooza-Festival statt. Rechts steht eine Skulptur von Joseph Wackerle, 1936
Foto: Martin Müller/imago

Gabriele Hiller verweist auf Kontinuitäten. Etwa, dass der IOC-Gründer, der französische Baron Pierre de Coubertin, Hitler bewunderte. „Nach Coubertin ist immer noch ein Platz auf dem Berliner Olympiagelände benannt.“ Oder sie erwähnt den Schirmherrn der 1936er Spiele,

Die 2036er Eröffnung ist auf dem Tempelhofer Feld geplant. 1933 stand hier das Columbiahaus, eines der frühesten KZs

den damaligen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, der Hitler zum Reichskanzler ernannte. Auch nach ihm ist in Berlin eine Straße benannt.

Und Hiller verweist auf die Aktualität, etwa den heutigen Umgang mit damaligen Opfergruppen wie trans Personen. „Die werden durch die IOC-Regeln im Zuge der gegenwärtigen reaktionären Welle wieder zunehmend durch neue Reglements diskriminiert.“

Bei NOlympia macht man sich zudem noch ganz andere Sorgen, was sich aus einem unpolitischen und undemokratischen Blick auf den Sport ergeben könnte. „Es besteht die Möglichkeit, dass das IOC die Olympischen Spiele 2036 zusammen mit einer rechtsextremen Bundesregierung feiern könnte“, sagt Hiller. Schließlich wurden auch die Spiele 1936 nicht an die Naziregierung vergeben, sondern 1931 an die Stadt Berlin, damals regiert von der SPD.

Die AfD unterstützt die Berliner Olympiabewerbung. Schon 2022 brachte die Partei im Bundestag einen Antrag ein, in dem es hieß, Olympische Spiele seien das „größtartige Sportereignis weltweit“ und zwar: „bis auf wenige Ausnahmen“, die auch aufgelistet werden: 1936 gilt dabei der AfD nicht als Ausnahme, sondern bloß die Sowjetunion beziehungsweise Russland und auch China werden als Negativbeispiele erwähnt. Das seien nämlich Länder, „die zu einem erheblichen Anteil mit Sport Politik machen“. Die AfD freilich macht keinen Hehl daraus, mit Hilfe von Olympischen Spielen Machtpolitik zu betreiben. „Keine der großen Sportnationen und der großen Wirtschaftsnationen war so lange nicht mehr Ausrichter von Olympischen Spielen“, heißt es mit beleidigtem Unterton im Bundestagsantrag. „In allen G7-Staaten, außer in Deutschland, fanden seitdem, teilweise mehrfach Olympische Spiele statt.“

Rückblende. Ab dem Jahr 1930 hatten sich einige deutsche Städte um die Ausrichtung bemüht: Frankfurt am Main, Köln und Nürnberg, doch letztlich blieb Berlin als einziger deutscher Bewerber übrig. International war Barcelona der wichtigste und letzte verbleibende Konkurrent. Auf Unterstützung durch die NSDAP konnten die deutschen Olympiabefürworter nicht setzen. Die Nazis lehnten weltoffenen Sport ab, denn da würden nur „Franzosen, Belgier, Pollacken, Judenneger“ mitmachen – und zwar unverschämterweise „auf deutschen Aschenbahnen“. So hatte es Bruno Malitz, Sportreferent der SA, 1933 in seinem Buch „Die Leibesübungen in der nationalsozialistischen Idee“ geschrieben.

Der Sporthistoriker Hans Joachim Teichler hat jedoch gezeigt, dass diese rassistischen Tiraden in der konkreten Politik keinen Niederschlag fanden. Schon im Oktober 1932 hatte Hitler das IOC mit Blick auf die geplante Machtergreifung wissen lassen, „dass er die Frage der Durchführung mit großem Interesse“ betrachte.

Die Spiele wurden eine Machtdemonstration des NS-Staats: Ein international überwiegend positiv beachtetes Weltereignis, perfekt organisiert, und Deutschland führte den Medaillenspiegel an. Diese Nationenwertung wurde übrigens erst 1936 eingeführt – zunächst gegen den Willen des IOC und auch gegen den Willen von Joseph Goebbels, der damit erst nach den Spielen die deutsche und arische Überlegenheit beweisen wollte.

Im IOC hatte man zu keinem Zeitpunkt daran gedacht, Berlin nach der Nazi-Machtergreifung die Spiele zu entziehen. Das IOC mit seinem Premiumprodukt Olympische Spiele war damals, Ende der 1920er/Anfang der 1930er Jahre, harter Konkurrenz ausgesetzt. Der Weltfußballverband Fifa hatte sich etwa geweigert, 1932 bei den Spielen in Los Angeles teilzunehmen, und lieber eigene Weltmeisterschaften ausgerufen. Die Bereitschaft des NS-Staats, Olympia nicht nur auszurichten, sondern sich seiner auch ideologisch anzunehmen, wurde begeistert angenommen. Mit dem olympischen Fackellauf, der Hymne, dem Eid und der gesamten Inszenierung, zu der auch der „Lichtdom“ Albert Speers, die Skulpturen Arno Brekers und Georg Kolbes und letztlich der Olympiafilm Leni Riefenstahls gehören, gelang es dem IOC, sich als ein besonderes Sportereignis, das – anders als andere – höheren Werten verpflichtet sei, zu präsentieren. Es war ein Schulterschluss von NS- und IOC-Führung zu beider Nutzen.

Augenfällig wurde dies in der Person des Avery Brundage. Der Funktionär verhinderte als Präsident des amerikanischen Olympiakomitees einen – zeitweilig durchaus wahrscheinlichen – Boykott der Nazispiele durch die USA. 1936 wurde Brundage Mitglied des IOC – als Ersatz für den geschassten Boy-

kottbefürworter Ernest Lee Jankovic. Brundage, Spitzname „Slavery“, machte keinen Hehl daraus, Frauen, Juden und Schwarze zu verachten. Noch in den späten 1960er Jahren, als er bereits Präsident des IOC war, stellte er das NS-Regime als politisches Vorbild dar: „Eine intelligente, wohlthätige Diktatur ist die effizienteste Form der Regierung. Schauen Sie, was im Deutschland der 1930er Jahre sechs oder sieben Jahre lang geschehen ist.“

Nach Einschätzung von „NOlympia Berlin“ sind keine Bemühungen der Olympiaplaner zu erkennen, sich mit der Rolle des IOC oder dem konkreten Konzept der 1936er Spiele zu beschäftigen. „Was wir am Senat und am Landessportbund kritisieren, ist, dass sie vollmundig behaupten, sie machen 2036 andere Spiele – und man will das aufarbeiten –, aber dass es scheinbar dafür kaum oder keine Vorüberlegungen gibt“, sagt Gabriele Hiller.

Senatssprecherin Richter verweist stattdessen auf die noch frühe Phase der Bewerbung: „Eine konkrete Liste einzelner Gedenkveranstaltungen, Ausstellungen oder wissenschaft-

licher Forschungsprojekte ist auf dieser Planungsstufe noch nicht enthalten.“ Es gelte aber, wie es im Feinkonzept der Bewerbung formuliert ist: „Jede Berliner Olympiabewerbung muss sich zwangsläufig mit dem Erbe von 1936 auseinandersetzen.“ Wenn die Stadt die Spiele bekäme, 2036 oder später, würde sie „die Chance nutzen, die enorme politische und kulturelle Distanz sichtbar zu machen, die Deutschland seitdem zurückgelegt hat“.

Noch kürzer ist die Distanz, die Frank-Walter Steinmeier in dieser Frage zurückgelegt hat. Noch im Februar hatte der Bundespräsident ein erneutes Berliner Olympia mit dem Kürzel '36 „historisch problematisch“ genannt. Im Juni 2026 war er bereits davon überzeugt, dass alle Beteiligten mit diesem Datum verantwortungsvoll umgehen würden.

Wer da allerdings wie verantwortungsvoll umgeht, ist freilich weder der Website noch anderen Kanälen der Olympiabewerber zu entnehmen. So bleibt es erst mal dabei: Berlin will Olympia 2036, erinnert aber nicht an die Spiele 1936.

genossenschaft



Valentin Ihßen, Beate Kesper
Genosse seit 2025, Genossin seit 2018

GENERATIONEN-KONFLIKTINUITÄT

Die taz lebt, weil ihr so seid wie wir: solidarisch.

Mit dem Generationenprojekt öffnen wir die Türen für junge engagierte Menschen, die in die Genossenschaft einsteigen wollen, denen aber das nötige Kapital fehlt. Ältere übernehmen dabei für sie den Anteil – und tragen so das Modell weiter, auf dem die taz beruht: gelebte Solidarität in einer generationenübergreifenden Gemeinschaft.

Alle Infos unter: taz.de/generationenvertrag

traueranzeige

Wir verabschieden unsere geliebte

KARIN RESCHKE

* 17.9.1940 † 8.7.2026

in tiefer Trauer

Tina Huber · Raidar Huber · Kali Huber

raidara@gmx.de

Die Trauerfeier und Beisetzung finden am Donnerstag, 20.8.2026 um 10 Uhr auf dem Städtischen Friedhof Stubenrauchstr. 43-45, 12161 Berlin statt.

veranstaltungen

Theater

vorschau

ufaFabrik

☎ 75 50 30

So., 02.08. 18:00

Der Tod & Die Höllenhunde (Death Comedy)

Fr., 07.08. 20:00

Pippo Pollina – PIPPO POLLINA & Palermo Acoustic Quintet in Concerto

Der gesamte Spielplan auf: www.ufafabrik.de

Werben auch Sie in unserem Theaterkasten!
Fon: 0 30 - 259 02 314 | anzeigen@taz.de

taz newsletter

Jede Woche exklusive Neuigkeiten aus der taz
www.taz.de/newsletter

stellenmarkt

taz

Die taz sucht eine neue

EDV-Abteilungsleitung

Deine Aufgaben

- Strategische Leitung des Bereichs EDV
- Personalverantwortung und Abteilungsorganisation
- Entscheidungsprozesse und Arbeit im Team strukturieren
- Vertretung der EDV in Gremien und gegenüber der Geschäftsführung
- Verbindliche Strukturen schaffen und einfordern

Dein Profil

- Informatiker:in mit einschlägiger Erfahrung in den Bereichen Service & Administration, Betriebssystem-Plattformen, Software-Entwicklung, Apps und Online
- Fähigkeit zu Organisieren und Moderieren
- Transparente Kommunikation fördern
- Hartnäckigkeit & Frustrationstoleranz, Anpassungsfähigkeit, Flexibilität

Wir bieten

- Unbefristete Stelle in Vollzeit (36,5 Stunden)
- Homeoffice in begrenztem Umfang
- Bezahlung nach taz-Vergütungsvereinbarung mit Verantwortungszulage
- Arbeit in einem politisch motivierten Umfeld mit vielfältig interessanten Menschen

Aussagekräftige Bewerbungen mit Lebenslauf bitte per E-Mail an edv-leitung@taz.de.
Weitere Informationen zur Stelle und Bewerbung: taz.de/edvleitung

sonstiges

taz thema



Vererben & schenken

Anzeigenschluss: Freitag, 29.08.2026
Erscheinungstermin: Samstag, 12.09.2026

Gutes bewirken. Jetzt und über das Leben hinaus. Mehr dazu im taz Thema Vererben & schenken:

Entwicklungszusammenarbeit: Kürzungen und deren Folgen
Engagement: Macht zufrieden und stärkt die Demokratie
Digitaler Nachlass: Zu Lebzeiten regeln
Recht: Erbschaft, Vermächtnis, Testament- u. Testamentsspende

Weitere Informationen und Leserschaftsdaten:
taz Anzeigenabteilung | Anke Fest
T (0 30) 2 59 02-940 | anzeigen@taz.de

tazpresso

Kaffee trinken und Zeitung lesen ist eine wunderbare Kombination. Eine Zeitung sollte unabhängig sein. Und der Kaffee fair gehandelt.

tazpresso gibt's auch im Abo
taz.de/tazpressoabo



KNAPPES

GUT

UNABHÄNGIGER
UND KRITISCHER
JOURNALISMUS

Unser Pride-Abo:
10 x wochentaz
+ exklusive Prämie
(Vorsicht, knapp!)

Abo +
Jockstrap
25 €



Alle Infos auf
taz.de/prideabo



Medien unter dem Druck des Terrors

Am Tag nach dem Anschlag auf den CSD ist wenig gesichert. Trotzdem liegt der Fokus der Berichterstattung bereits auf dem mutmaßlichen Täter, seinem Umfeld, seinem Namen. Ein Automatismus?

Von **Anastasia Zejnli**

Der *Tagesspiegel* nennt ihn „Schläger, Räuber, Dschihadist“, beim *Spiegel* ist er „der Gefährder aus der Mitte“. „Fünfmal am Tag soll er gebetet haben“, will die *Welt* wissen. Wie sollen Medien über Terroranschläge und ihre Täter berichten? Eine Frage, die sich zwar nicht erst seit dem Anschlag auf den CSD in Berlin stellt, doch nun aktueller denn je zu sein scheint.

„Das ist diese klassische Aushandlung, die wir im Fall von Terrorismusberichterstattung haben“, erklärt Medienforscher Marc Jungblut von der Ludwig-Maximilians-Universität München. „Wir alle sind neugierig, wir alle wollen wissen: Wie konnte es dazu kommen? Andererseits spielen wir den Terroristen mit einer zu ausführlichen Berichterstattung in die Hände.“ Denn denen gehe es bei ihren Anschlägen, darum die maximale Aufmerksamkeit auf sich und ihre Ideologie zu richten. „Terror will Wut, Angst und Unsicherheit verbreiten. Für Medienschaffende gilt es, besonders vorsichtig und sorgfältig mit Informationen umzugehen.“

Seit Jahren spürt der Journalismus zugleich einen ökonomischen Druck, Redaktionen sind unterbesetzt, Social-Media-Accounts teilen unbestätigte Informationen, die Medien wieder einholen, überprüfen müssen. „Man sieht es an den ganzen Livetickern, die direkt online gehen, da ist der Druck da, so schnell wie möglich an neue Informationen zu gelangen und sie zu teilen.“ Dabei sei es auch nicht unüblich, dass bei Unwissenheit oder Stress bei Kolleg*innen anderer Medien abgeschrieben werde. „So können sich viel schneller Falschinformationen verbreiten“, sagt Jungblut. Durch den Informationsfluss kämen Richtigstellung im Nachhinein oftmals zu spät.

Wie sieht also eine bessere, ethische Berichterstattung aus? „Berichterstattung ist wie Sauerstoff für Terrorismus, weil Terrorismus darauf abzielt, Leute jenseits der tatsächlichen Opfer zu beeinflussen. Deshalb sind Terroristen auf Berichterstattung angewiesen“, sagt Jungblut. Daher solle man sich nicht vom Geschehen in den ersten 24 Stunden treiben lassen. Der Druck nach Output ist hoch, das zeigte auch die Berichterstattung nach dem CSD-Anschlag am Samstag.

In den ersten 24 Stunden veröffentlichten manche Medien wie etwa die *Süddeutsche*

Zeitung oder die *Welt* mehr als 20 Beiträge, Videos von Pressekonzferenzen und von Reporter*innen von vor Ort sowie erste Nachzeichnungen der Tätervergangenheit. Obwohl die Details zum Tathergang und zur Motivation noch unklar waren, sprach die *Welt* mit drei verschiedenen Polizeigewerkschaftern, zwei Terrorismusexperten*innen und einem Sicherheitsexperten. Sie fokussierte sich auf die Arbeit der Polizei, auf deren Forderung nach mehr Videoüberwachung und auf die Motive des mutmaßlichen Täters. Und gab mehrheitlich konservativen Stimmen Raum.

Jungblut verweist auf die journalistischen Standards, die

„Wir alle sind neugierig, wir alle wollen wissen: Wie konnte es dazu kommen?“

Marc Jungblut, Medienforscher

Medienhäuser auch unabhängig von Anschlägen wahren sollten: „Verbreite keine unbestätigten Informationen, bleibe sachlich im Ton und der Berichterstattung, und frage dich, was wirklich von öffentlichem Interesse ist.“ Doch besonders Letzteres ist auch eine Frage der Auslegung: Bereits am Sonntag, dem Tag nach dem CSD-Anschlag, veröffentlichte der *Spiegel* ein Interview mit dem Vater des Täters, in dem er über das Aufwachsen seines Sohnes spricht, aber auch über dessen Radikalisierung. Das Medienmagazin *Übermedien* kritisierte den *Spiegel* für seine Berichterstattung, dafür, einen nahen Angehörigen des Opfers zu früh ins Rampenlicht zu stellen.

Ähnlich scharf ist die Kritik am Vorgehen von *t-online*, *Focus online* und der *Berliner Zeitung*, die anhand von Aussagen von Nachbar*innen versuchen, dem Täter näherzukommen, obwohl diese meist kaum belastbare Informationen gaben.

Für Marc Jungblut ist das Vorgehen ein klassisches Problem der Terrorismusberichterstattung. Journalist*innen fokussierten in der Berichterstattung oftmals zu schnell auf den Täter und ließen zu wenig Raum für die Opfer des Anschlags. „Doch auch bei der Berichterstattung über die Opfer sollten Medien auf zu detaillierte und dramatisierte Darstellungen der Op-

fer verzichten, da sie zu mehr Angst bei den Lesenden führen können“, warnt Jungblut.

Im Fall des CSD-Anschlags ist lediglich bekannt, dass es sich bei dem verstorbenen Opfer um eine 65-jährige Mutter aus Warschau handelt. Der Fokus liegt in der Berichterstattung stärker auf dem mutmaßlichen Täter. Am Sonntagmorgen führt die „Tagesschau“ ein Interview mit dem Terrorismusexperten Holger Schmidt. Zu dem Zeitpunkt ist lediglich bekannt, dass der mutmaßliche Täter den Wagen, mit dem er der Anschlag verübte, gemietet hatte. Ob er ihn steuerte, ist am Sonntagmorgen noch unklar. Terrorismusexperte Schmidt gibt zu, dass an vielem, über das er zu diesem Zeitpunkt spricht, „noch Spekulation dran“ sei. Trotzdem wird bereits über die Staatsangehörigkeit gemutmaßt. „Die Herkunft des Nachnamens stammt jedenfalls aus dem arabischen Raum [...], die Staatsangehörigkeit ist mir noch nicht klar“, erklärt Schmidt.

Wenig ist zu diesem Zeitpunkt gesichert, trotzdem liegt bereits der Fokus auf dem Täter. Ein Automatismus? „In den ersten Stunden, wenn noch eine Gefahr ausgeht vom Täter, ist klar, dass sich die Journalist*innen auf die Täterbeschreibung fokussieren“, sagt Medienprofessor Hartmut Wessler von der Uni Mannheim. Doch sobald der Täter gefasst sei, sollte man vorsichtig mit großen Täterprofilen sein, um dem Täter keinen Prominenten- oder Heldenstatus zu geben. „Der Grat ist schmal, die Leute sollen nicht das Gefühl bekommen, dass ihnen Informationen von den Medien vorenthalten werden, gleichzeitig fehlt in den ersten Tagen der emotionale Abstand, um differenziert über Sicherheitslücken und die Tathintergründe zu sprechen.“

Es komme zu schnell zu einem Othering der Bevölkerungsgruppe, für die der Täter zu handeln vorgibt, wenn die Staatsangehörigkeit oder die Herkunft in den Vordergrund gerückt werde, sagt Wessler. Das habe mit der Sozialidentitätstheorie zu tun.

Geschehe etwa ein Terroranschlag, möchte man sich als Gruppe von dem Täter abgrenzen. Handele es sich „um einen klassischen Biodeutschen“, werde häufiger ein Einzelfallcharakter der Tat betont und seltener der Begriff Terror genutzt.

Ein Forschungsteam der Medizinische Universität Wien hat sich genau diese Unterscheidung angeschaut und mehr als 1.900 Artikel von deutschen und österreichischen Medien

mit der Frage ausgewertet und analysiert, wie sie über Terrorattentate zwischen 2016 und 2020 berichtet hatten. Das Fazit: Medien stellen Gewalt durch islamistische Terroristen häufiger als Terrorismus dar und zeichnen sie aufgrund ihrer Netzwerke und organisierten Terrorzellen als größere Bedrohung für die Gesellschaft als Gewalt durch rechts- oder linksextreme Terroristen.

Laut den Studienautor*innen ist die Darstellung eines „entmenslichten Anderen“ eine Strategie, um Unterschiede zwischen einer In-Gruppe und einer Out-Gruppe hervorzuheben und so einen gemeinsamen Feind zu verinnerlichen und zu systematisieren. Hartmut Wessler betont daher, dass man in der Berichterstattung darauf achten sollte, klare Grenzen zu ziehen zwischen einem islamistischen Anschlag und Muslimen.

Wann es ethisch vertretbar ist, Herkunft und Namen des mutmaßlichen Täters zu nennen, ist im Pressekodex geregelt. Journalist*innen müssen laut Kodex abwägen, ob das „berechtigte Interesse der Öffentlichkeit im Einzelfall die schutzwürdigen Interessen von Betroffenen überwiegt“. Erst dann sei es vertretbar, den mutmaßlichen Täter zu benennen. Dabei spiele unter anderem eine Rolle, wie stark der Tatverdacht sei, wie schwer der Vorwurf wiege, wo sich das Verfahren gerade befinde und wie bekannt der Verdächtige sei. Laut Pressekodex ist eine Namensnennung etwa dann erlaubt,

wenn „ein Fahndungsersuchen der Ermittlungsbehörden vorliegt“. Was im Fall des CSD-Attentäters gegeben war.

Zum Anschlag im Tiergarten erklärt die Sprecherin des Deutschen Presserats gegenüber der taz: „Aufgrund der besonderen Schwere des Falls ist eine Namensnennung zulässig.“ Eine Pflicht oder Empfehlung zur Nennung besteht jedoch nicht, Redaktionen können individuell darüber entscheiden. Der Presserat regelt einen minimalen Rahmen der Berichterstattung und lässt bewusst Spielraum für verantwortungsbewusste redaktionelle Arbeit.

Ähnlich sieht es bei der Nennung der Herkunft der Täter*in aus. Der Presserat verbietet sie nicht, „jedoch sollte ein begründetes öffentliches Interesse bestehen“. Es soll aber durch die Erwähnung „nicht zu einer diskriminierenden Verallgemeinerung individuellen Fehlverhaltens“ kommen.

Medienforscher Marc Jungblut empfiehlt, den Vornamen zu nennen und den Nachnamen abzukürzen: „Es ist ein schwieriger Aushandlungsprozess. Medienethisch geht es um die Frage, wie man eine Situation schafft, in der der Täter kein Prestige post mortem erlangen kann, wie es nicht zu einer Glorifizierung kommt und trotzdem das Informationsbedürfnis der Bevölkerung gestillt wird.“ Während die *SZ* und die *Zeit* den Namen abkürzen, schreiben ihn unter anderem *Tagesspiegel*, *Neues Deutschland*, *Spiegel* und *Bild* aus.

Journalist*innen müssen sich die Frage stellen, wie detailliert sie über den Täter berichten wollen. Im aktuellen Fall sei es laut Jungblut gerechtfertigt, über Vorstrafen zu informieren: „Diese Einstufung als Gefährder, die Ausreise in den Libanon – all diese Punkte gehören zu der Frage, ob die Sicherheitsbehörden alles getan haben, was in ihrer Macht stand, um den Anschlag zu verhindern.“

Trotz der vielen Herausforderungen hat sich laut Jungblut im Journalismus in den vergangenen 20 Jahren einiges geändert. Als Negativbeispiel für Terrorberichterstattung gilt bis heute die nach dem Vorfall in Oslo und Utøya am 22. Juli 2011: Ein Rechtsextremist tötete 77 Menschen, darunter mehrheitlich Jugendliche, die Teilnehmer*innen eines Sommercamps waren. Nach dem Anschlag halfen Medien bei der Selbstdarstellung des Täters, veröffentlichten Bilder von ihm in inszenierten Posen und Ausschnitte aus einem Schreiben, welches er vor der Tat verfasste. Ähnlich „komplizenhaft“ verhielten sich Journalist*innen 2019 nach dem Anschlag eines Rechtsextremen im neuseeländischen Christchurch. „Die Medien machten mit und teilten Teile des Livestreams, der Täter filmte seine Tat live.“ Die *Bild* erhielt für die Verbreitung von Videoausschnitten eine Rüge des Presserats.

Heute sei die Berichterstattung sensibler geworden, meint Jungblut. Ob es auch im aktuellen Fall zu Presserügen kommen wird, bleibt abzuwarten.



Auf der Suche nach Beweisen Foto: Florian Boillot

Unterstützen Sie ...

**Ruhe schenken.
Widerstand stärken**

Mit dem Auszeitstipendium „Rest & Resilience“ ermöglicht die taz panterstiftung bedrohten unabhängigen Journalist:innen aus Krisen- und Kriegsregionen eine Zeit der Sicherheit und neuen Kraft.

Sechs Monate Auszeit und Weiterbildung in Berlin.

... mit einer Spende

taz.de/spenden
GLS-Bank Bochum / BIC GENODEM1GLS
IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00

taz panterstiftung



Anzeige



Aida Baghernejad
Der Kriminalfall

Sie wollen
verdrängen,
dass es Mord war

Als am Samstag mein Handy aufleuchtete, weil in sämtlichen Gruppenchats gleichzeitig nachgefragt wurde, ob alle in Sicherheit sind, brauchte ich ein paar Sekunden, um zu verstehen, was passiert war. Während in Berlin um 23 Uhr langsam klar wurde, dass ein Attentäter den CSD angegriffen hatte, lief ich in der Mittags-sonne durch San Francisco. Vor mir lag das National AIDS Memorial.

Auf meinem Handy prasselten im Sekundentakt SMS von Freund*innen und Pushnachrichten von News-Apps ein. Am Mahnmal vor mir tanzten Menschen unterschiedlicher Geschlechtsidentitäten, jeden Alters und verschiedener Herkunft mit bunten Batiktüchern. Um ihrer verstorbenen Freund:innen zu gedenken, als Zeichen der Resilienz, als Zeichen von Freude, als Widerstandspraxis und vor allem, um Gemeinschaft zu zelebrieren.

Dieses monatliche „Flagging in the Park“-Event auf einer Wiese inmitten des Denkmals ist ein Treffpunkt für alte und junge Queers und ihre Allys. Durch die massive Gentrifizierung, die San Francisco in den letzten dreißig Jahren erlebt, verliert die Stadt immer mehr Community- und damit auch Schutzräume. Gerade diese Stadt, die wie wenige andere für queeres Leben und Selbstbestimmung steht, die mit The Castro und seit 2020 auch The Transgender District gleich zwei offizielle LGBTQI+-Viertel hat.

Aber diesen Status hat die dortige queere Community nicht ohne fortlaufende Kämpfe erhalten – und leider auch nicht ohne Opfer durch Hasskriminalität. Das bekannteste: Harvey Milk, Bürgerrechtler, Stadtrat und der erste offen schwule Politiker der USA.

Vor diesem Lebensabschnitt, ganz am Anfang seiner Politisierung, filmte ihn Rosa von Praunheim auf dem Christopher Street Day 1971 für seinen Kurzfilm „Homosexuelle in

Harvey Milks Geschichte
ist leider auch in ihrer
Gewalt bis heute
erschreckend relevant

New York“, ein Film, der heute nur noch selten zu sehen ist (einen zweiminütigen Ausschnitt findet man in sozialen Medien). Wesentlich bekannter ist das vielfach ausgezeichnete Biopic „Milk“ von Gus Van Sant („My Own Private Idaho“, „Good Will Hunting“) von 2008, mit dem der Regisseur und sein Hauptdarsteller Sean Penn dem Leben und Wirken Milks ein Denkmal setzten. Und eben auch seinem gewaltsamen Tod 1978.

Den wahren Krimi im Nachgang aber, den lässt der heute zum Klassiker avancierte Film, den man aktuell auf vielen Streamingplattformen sehen und auch in den meisten öffentlichen Bibliotheken ausleihen kann, aus. Der Täter Dan White war ein ehemaliger Polizist. Und das Gericht blickte überraschend milde auf ihn. Nicht für Mord, sondern für Totschlag im Affekt wurde er verurteilt, zu nur sieben-einhalb Jahren Gefängnis. Im Vorfeld hatten Mitglieder von Polizei und Feuerwehr Spenden für seine Verteidigung gesammelt.

Von den siebeneinhalb Jahren saß White dann nur fünf ein. Später gab er zu, nicht im Affekt getötet, sondern die Morde an Milk und San Franciscos Bürgermeister George Moscone sehr wohl geplant zu haben.

Die queere Community San Franciscos protestierte nach der Verkündung des Urteils im Mai 1979, die Polizei antwortete mit massiver Gewalt und Eskalation. Sie zerschlug die Demonstration, griff Schwulenbars in The Castro an und verprügelte wahllos Passanten.

Gus Van Sant fokussierte sich zwar in seinem Film lieber auf die Inspiration, die Harvey Milk gegeben hat, auf sein politisches Leben, seine richtungsweisende Community- und Bündnisarbeit, auf seine Hingabe an die Lokalpolitik.

Eine Erfolgsgeschichte, die der hasserfüllte Mord an Milk aber zum Kriminalfall macht. Trotz allen Fortschritts der letzten Jahre ist Milks Geschichte leider auch in ihrer Gewalt bis heute erschreckend relevant.

„Milk“, 128 Min., auszuleihen in vielen öffentlichen Bibliotheken

film

Die wärmste Umarmung

Das Finale der „Heartstopper“-Reihe zeigt, warum es sich lohnt, für die Liebe zu kämpfen

Gibt es so etwas wie Seelenverwandtschaft? Wenn es nach den Freund*innen von Nick und Charlie geht, dann kommt die High-School-Romanze der beiden nah dran. Doch Nick und Charlie sind sich da im Finale der „Heartstopper“-Reihe nicht ganz so sicher. Während Rugbycaptain Nick kurz vor Unibeginn daran zweifelt, wer er eigentlich abseits von seiner Beziehung zu Charlie sein will, kämpft dieser mit einem wenig kommunikativen Nick und seiner eigenen Essstörung.

„Heartstopper“ fühlt sich an wie die wohlige warme Umarmung, die einem Netflix seit Langem beschert hat. Denn trotz aller Konflikte und Probleme für die beiden jungen Männer und ihre queeren Freund*innen ist sicher: Hier findet jede Person ihr Happy End. Auch im Finale springen und schweben die Gefühle von Nick und Charlie in Anlehnung an das Comic-Original als kleine illustrierte Herzen, Minifeuerwehr oder dunkle Schatten durch das Bild.

Es lohnt sich zu kämpfen, um zu sein, wie du willst, und du wirst dabei nie allein sein. Das vermittelt die Serie schon in der

Anfangsszenen auf einer Hausparty. Isaac, der sich aus allem Drama heraushält und seine Nase selbst auf der Party demonstrativ nicht aus seinem Buch zieht, wird von Charlies Schwester gefragt, ob er nicht geärgert werde, für seine Verhalten. „Manchmal, aber mir ist es egal“ antwortet er und liest unbeirrt weiter.

Das Finale zeigt klar politisch Haltung. Wie etwa, wenn Charlie versucht eine queere AG zu gründen und am Direktor scheitert. „Wir Queers haben in der Vergangenheit nie nach der Erlaubnis gefragt zu existieren“, muntert ihn danach einer seiner Lehrer auf und bietet ihm an, die AG in seinem Klassenzimmer auszurichten.

Besonders berührend ist, wenn Elle, eine der besten Freundinnen von Charlie und trans Frau, den voll Liebeskummer rumvegetierenden Charlie dazu auffordert, sie auf die Pride zu begleiten. „Ich habe Angst. Die Welt hasst mich. Die Regierung nimmt mir meine Rechte, und alles, wofür wir gekämpft haben. Ich brauche gerade einfach meine besten Freund*innen an meiner Seite auf der Pride“. Umso schöner der Moment, in dem Elle auf einem Wagen umringt von ihren Freund*innen steht.

Klar ist, dass ein knapp zweistündiger Film den vielen liebevoll erzählten Storylines der letzten drei Staffeln nicht gerecht werden kann. Und doch fühlt sich das Finale an, wie ein letzter lauer Sommerabend mit den besten Freund*innen. *Anastasia Zejneli*

„Heartstopper Forever“, Netflix



Happy End!
Foto:
PA Images/
picture alliance

podcast

Ein nettes Ankommen

Frisch geoutet? Die Hosts heißen alle Queers und Neulinge mit dem Podcast willkommen

Welcher Queercode versteckt sich hinter einem roten Bandana, wie homophob ist die Fußballszene, und welche historischen LGBTQI*-Ikonen kommen aus Bayern? Diese und weitere Fragen stellen sich die Hosts Sophia Sailer und Dimi Stratakis in ihrem Podcast „Willkommen im Club“, der jeden Mittwoch in der BR-Puls-Mediathek erscheint.

Mit viel Humor und in einem liebevollen Umgang miteinander erklären sie nicht nur die Belange und Kämpfe der LGBTQI*-Community, sondern erzählen auch von ihren eigenen Erfahrungen, die schmunzeln lassen.

Der Podcast heißt die Hörer*innen im wahrsten Sinne des Wortes willkommen

und vermittelt das Gefühl, mit den eigenen Gefühlen nicht allein zu sein. Von Baby-Gay bis Seasoned Lesbian können hier alle noch etwas mitnehmen.

Das Besondere dabei: Die beiden Host sind bisexuell und geben so einer der am meisten übersehenen Gruppe der queeren Community mehr Sichtbarkeit und eine Stimme.

„Bei all der Aufklärungsarbeit zum Thema Queerness habe ich selbst vor allem eins mitgenommen: Man hat nie aus-ge-lernt“, sagt Sophia Sailer in der Ankündigung des Podcasts. Um all den vielschichtigen und diversen Themen auf den Grund zu gehen, laden sich die beiden Hosts regelmäßig Gäst*innen ein.

Darunter waren schon das Popkulturphänomen Robin Solf, die politische Kabarettistin Teresa Reichl und die Journalistin Tia Morgen, die das Hörspiel „Nixe“ zum Thema Gewalt in lesbischen Beziehungen gemacht hat (auch da lohnt es sich, mal rein-zuhören).

Erstaunlich ist, dass Sophia und Dimi die Zuhörer*innen bereits seit einigen Jahren in ihrem Club der Queers willkommen heißen und der Podcast nicht schon nach ein paar Staffeln wieder abgesetzt wurde – wie so viele queere Projekte. Also ein guter Grund, um einzusteigen in 213 Folgen voller Queerness. *Selina Hellfritsch*

„Willkommen im Club“, BR Puls

instagram

Eine sichtbare Realität

Protest, Community und die banalen Dinge: Trans* Aktivist Paul Ninus Naujoks zeigt seinen Alltag

Paul Ninus Naujoks steht in der Fußgängerzone. „Ich bin trans*“ steht auf dem Schild. Darunter: „Was willst Du wissen?“ Viele sprechen ihn an, teilen ihre eigene Erfahrung und fragen nach, wie es ihm geht. „Gut“, antwortet Paul Ninus Naujoks und lacht. Das Format nennt er „Schildexperiment“, und das Video der Aktion hat er auf seinem Instagram, @paulninusnaujoks, hochgeladen.

Naujoks ist Autor, DJ und setzt sich für die Rechte von trans* Menschen ein. Auf seinem Instagram-Profil teilt er alles, was damit zu tun hat. Er berichtet aus POV-Perspektive – POV steht für „point of view“, also Ich-Perspektive – von seinen Erfahrungen als trans* Mann, informiert über politische Debatten und gibt queeren Perspektiven eine Plattform. Der Insta-Kanal ist ein Space für alle aus der queeren Community und ihre Allys. Naujoks will Sichtbarkeit für die Lebensrealität von trans* Menschen schaffen und nimmt seine Follower:innen mit in seinen Alltag.

Das kann heißen, sich über die fragile Männlichkeit von transphoben Kommentartrolls lustig zu machen. In dem Fall vielleicht die beste Gegenwehr. Es heißt aber auch, das politische Versagen anzuprangern, trans* Menschen und die queere Community nicht ausreichend zu schützen.



Fragen kostet ja nichts Foto: Instagram paulninusnaujoks

Naujoks Kanal ist die richtige Mischung aus sweetem Alltagscontent, Einblicken in queeren Protest und Updates zur politischen Lage aus trans* Perspektive. Er stellt nicht nur die großen Fragen wie „Was ist eigentlich Männlichkeit?“, sondern wird auch konkret. Zum Beispiel, wie es ist, nach dem Gym in der Männerdusche zu duschen, wenn man keinen Penis hat.

Wer noch mehr von Naujoks möchte, kann sein Buch „Männer & Zerbrechlichkeiten“ lesen.

Wem aber mehr nach Party ist: In legendären Molotow-Club in Hamburg auf der Reeperbahn legt Naujoks als Testo Terror regelmäßig auf. *Clara Dünkler*

„paulninusnaujoks“, Instagram

„Glaubt den Lügen der Extremisten nicht“

Mit einem Lächeln den Siegeszug der AfD stoppen? Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk im taz-Gespräch über DDR-Verklärung und die vererbte Feindschaft im Osten gegen jegliche Form des Liberalismus



1. – 7. august 2026 wochentaz

Der Punk unter den Historikern: Ilko-Sascha Kowalczuk Ende Juli in Berlin
Foto: Jens Gyarmaty

Interview Andreas Fanizadeh

taz: Herr Kowalczuk, was mag ein ostdeutscher Spitzenkandidat der AfD damit meinen, wenn er auf einer Wahlveranstaltung mit leuchtenden Augen ins Mikro brüllt: „Wir holen uns unser Land zurück!“ Die DDR, das Dritte Reich, die Weimarer Republik, das Kaiserreich – gibt ja eine breitere Auswahl.

Ilko-Sascha Kowalczuk: AfD-Politiker sind Faschisten. Natürlich ist nicht jedes NSDAP-Mitglied ein Nazi gewesen, nicht jedes SED-Mitglied ein Kommunist. Nicht jeder Wähler dieser Parteien war Kommunist oder Nazi, so ist es mit der AfD auch. Aber wer sich mit einem faschistischen Programm gemeinmacht – und die AfD hat eines –, der muss erst mal beweisen, kein Faschist zu sein. Es war der AfD-Opa Gauland, der mit diesem „Wir holen uns unser Land zurück“ anfang herumzubrüllen. Es ist der Ruf nach einer nationalen, homogenen, geschlossenen Gesellschaft, wo rechtsstaatliche Prinzipien, Menschenrechte außer Kraft gesetzt werden.

taz: „Länder wie Deutschland gehören zu jenen besonderen Oasen in der Welt, denen es so gut geht wie noch nie in der Menschheitsgeschichte“, schreiben Sie aktuell in Ihrem Buch „Faschismus ist keine Meinung“. Die rechtsextreme AfD liegt laut Umfragen in Sachsen Anhalt bei 40 Prozent. Grüne, aber auch Sozialdemokraten könnten an der Fünfprozenthürde scheitern. Wie erklären Sie sich das?

Kowalczuk: Wir haben es mit einer Bewegung zu tun, deren Ziel

ein faschistischer Staat ist. Gleichzeitig leben wir in einer Gesellschaft, in der es historisch betrachtet noch nie so viel Wohlstand und Freiheitsrechte für alle gab. Was vielen aber nicht bewusst scheint. Sie blicken nostalgisch auf die Vergangenheit. Als Historiker habe ich auf diese allerdings einen eher nüchternen Blick. Natürlich gibt es auch heute soziale Ungerechtigkeiten, sogar sehr große. Doch so, wie wir hier in der Breite leben, können das nicht mal 5 Prozent der Menschheit auf der Welt. Die AfD ist auch keine soziale Protestpartei. Sie ist rassistisch und faschistisch. Und das wissen die Menschen, die ja deswegen ihre Nähe suchen.

taz: In den ostdeutschen Bundesländern ist die Partei besonders stark. 1989 hat man sich dort mehrheitlich die Demokratie gewünscht. Was ist passiert?

Kowalczuk: Es ist ein großes Missverständnis, wenn man so tut, als hätten 1989 alle im Osten Demokratie und Freiheit gewollt. Sie lehnten die DDR ab, das ja. Aber was folgt daraus? Die Realität im Kapitalismus sieht weniger blütenweiß aus, als viele sie durch Clementine aus der Waschmittelwerbung des West-TVs zu kennen glaubten.

taz: Was folgt daraus?

Kowalczuk: Die Vorstellung traf auf ein völlig anderes Staats- und Gesellschaftsverständnis im Westen, als es im Osten eingeprägt wurde. Die Bundesrepublik war nach dem Bruch von 1945 allmählich liberal geworden – die DDR blieb von 1949 bis 1989 diktatorisch und extrem autoritär. Die Einzelnen und die Gesellschaft sahen sich im Westen als Korrektiv staatlicher

Maßnahmen. Man musste sich einbringen und teilhaben. Etwas, das im Osten von Anfang an nicht ging.

taz: Sie sind in der DDR aufgewachsen und waren bereits vor 1989 kritisch?

Kowalczuk: Ich gehöre zu einer relativ überschaubaren Gruppe von Menschen, die die DDR als das wahrgenommen haben, was später viele so sahen, aber mittlerweile wieder weniger so sehen, nämlich als eine Diktatur.

taz: Was war für Ihre Existenz vor 1989 prägend?

Kowalczuk: Ich habe als 14-jähriger einen Schlag vor den Kopf bekommen. Und in einem Jahr alles verloren: Sicherheit, Zukunft, Elternhaus.

„Der westliche Liberalismus bleibt der Feind, der Kreml der natürliche Verbündete“

taz: Was war passiert?

Kowalczuk: Ich habe zunächst zu etwas Ja gesagt. Und es dann widerrufen. Der Staat hat es dem 14-jährigen nicht verziehen. Dadurch verlor ich jeglichen Glauben an und Hoffnung auf Staat und Sozialismus. Aber vor allem verlor ich meinen Vater. Er wandte sich von mir ab. Mein Leben schien gelaufen. Doch ich hatte Glück, christliche Gemeinden in Ostberlin haben mich aufgefangen. Für das, was ich in der DDR erlebte, fand ich ein Wort: ostoid.

Klingt wie faschistoid, denn so haben ich und meine Freunde das System der DDR empfunden.

taz: Mit größerem zeitlichen Abstand scheinen viele die DDR ganz anders zu erinnern?

Kowalczuk: Wer die Vergangenheit beschönigt und die Diktaturgeschichte der DDR als Alternative zur westlichen Demokratie darstellt, ebnet dem neuen Faschismus den Weg. Der von der AfD hat ein anderes Antlitz als der alte spanische, italienische oder der Nationalsozialismus. Aber auch Putin ist heute unzweifelhaft ein Faschist. Und Sowjetkommunismus oder Maoismus ruhten ebenfalls auf faschistischen Grundannahmen. Sie setzen Staat und Gesellschaft in eins und schweißten ihr Staatsvolk autoritär in einer ominösen Volksgemeinschaft zusammen. China praktiziert dies durchgängig bis heute.

taz: Die DDR liegt jetzt 36 Jahre zurück. Genug Zeit, um sich frei und anders zu orientieren.

Kowalczuk: Menschen lieben die Nostalgie. Das warme Gefühl des Erinnerns. Es lässt die Gegenwart leichter bewältigen. Das Leben in einer Diktatur scheint so vielen rückblickend tausendmal einfacher als in der Demokratie. Hier musst du dich um vieles kümmern, während in der Diktatur alles für dich geplant und geregelt wurde. Die meisten meiner Altersgenossen im Osten haben überhaupt nicht mitbekommen, dass sie in einer Diktatur lebten. Sie liefen einfach mit. Wie viele der Eltern und Großeltern in der Nazizeit. Und wenn du nichts mitbekommst, ist die Vergangenheit ein schöner Ort. Anders als die chaotische Gegenwart.

taz: Verunsicherung führt automatisch zur Faschisierung?

Kowalczuk: Nein, aber Nostalgiker können so leichter ihre rückwärtsgewandten Märchen von der angeblich heilen, reinen, nationalen Welt propagieren. Das nostalgische Gefühl verbindet sich mit dem Zerrbild einer verklärten DDR-Diktatur. Es ist extrem destruktiv, richtet sich gegen Demokratie und offene Gesellschaft.

taz: „Die Vergangenheit ist immer auch ein Schlachtfeld“, heißt es in Ihrem Buch. Was erwidern Sie Menschen, die sagen, Nationalismus und Faschismus seien imperialistische Westexporte, die erst mit dem Mauerfall, nach 1989 auf dem Gebiet der bisherigen DDR Einzug hielten?

Kowalczuk: Dass dies reines Wunschdenken ist. Richtig ist aber auch, dass sich westeuropäische Linke bis auf berühmte Ausnahmen für den Osten nie besonders interessiert haben. Er erschien ihnen irrelevant, grau und langweilig. Die Sowjetunion als Vielvölkergefängnis mit Balten oder Ukrainern war kein Thema. Ich selber habe mit 17 Jahren in Ostberlin das erste Mal von Nazis auf die Fresse bekommen. Das war also fünf, sechs Jahre vor der Revolution von 1989. Wenn man mit wachen Blick durch die DDR lief, war das meiste unübersehbar. Ich habe auf dem Bau gelernt, weil ich nichts anderes machen durfte. So habe ich Milieus kennengelernt, die im Staatsfernsehen nur idealisiert vorkamen.

taz: Obwohl die frühere DDR-Gesellschaft doch erlebt hat, was

Fortsetzung auf Seite 40

Ilko-Sascha Kowalczuk Historiker und Publizist, wissenschaftlicher Berater der Geschäftsführung des DDR-Museums Berlin. Er ist einer der renommiertesten Experten der Geschichte der DDR und des Kommunismus. Aktuelle Buchveröffentlichung: „Faschismus ist keine Meinung. Stabil bleiben in autoritären Zeiten“ (Verlag C. H. Beck, München 2026, 236 Seiten, 23 Euro).

„Mit Abstand das Beste dieses Cannes-Jahrgangs.“

ARTECHOCK

BIRGIT MINICHMAYR

EVERYTIME

Ein Film von Sandra Wollner

AB 6. AUGUST NUR IM KINO

Fortsetzung von Seite 39

es bedeutet, unter der autoritären Herrschaft Moskaus zu stehen, verharmlost man heute gerne Putins Politik und wünscht sich wieder engere Beziehungen zu Russland.

Kowalczuk: Viele haben unter der sowjetischen Knute nicht wirklich gelitten. Wie gesagt, die meisten haben die DDR nicht als Diktatur wahrgenommen, auch nicht als Homunkulus des Kremls. Das zeigt sich bis heute in der ignoranten Haltung gegenüber der überfallenen Ukraine. Der westliche Liberalismus bleibt der Feind, der Kreml der natürliche Verbündete. Aber auch ein Trump bewundert das autoritäre Durchregieren eines Putin. Das kann also auch für Rechte im Westen anziehend sein.

taz: Russen waren in der DDR doch gar nicht so beliebt?

Kowalczuk: Das Wissen über Russland, Sowjetunion oder Ukraine war allgemein ähnlich gering ausgeprägt wie in Westdeutschland. Der Russischunterricht in den Schulen war verhasst. Kaum jemand konnte nach sieben Jahren Schule auf Russisch mehr sagen als Guten Tag oder Auf Wiedersehen. Der Russen- oder Slawenhass war im Alltag allgegenwärtig. Mein Großvater war Ukrainer, da wurde bei meinem Namen schon aufgehorcht, ich erlebte den Hass hautnah.

taz: Den Herausgeber der Berliner Zeitung Holger Friedrich oder auch BSW-Gründerin Sahra Wagenknecht bezichtigen Sie der „Ost-Deutschtümelei“? Wie steht es um reale Interessenkonflikte, die es aus der unterschiedlichen Geschichte von Ost und West ja schon gibt?

Kowalczuk: Natürlich gibt es Brüche, soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, gar keine Frage. Die haben wir in anderen europäischen Staaten wie in Italien zwischen Nord und Süd aber auch. Im Zuge der Wiedervereinigung kam es zu Strukturbrüchen, die bis heute fortwirken. Hier liegen auch die Gründe für die heutige Schwäche der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland sowie die Demokratiedefizite.

taz: Die wären?

Kowalczuk: In knappen Stichworten: millionenfache Abwanderung, Männerüberschuss und Überalterung. Schwache Kirchen. Ostdeutsche haben weniger Kapital zu vererben, deswegen gibt es weniger Gründungen von Stiftungen, die ein Rückhalt der Zivilgesellschaft wären. An Oberflächenphänomenen setzen Leute wie Friedrich und Wagenknecht mit ihrer Ostdeutschtümelei an und geben falsche Orientierungen hinein. Friedrich sagt, ostdeutsch werde man aufgrund seiner Haltung. Und die sei eine des „Widerstands“ gegen den Westen. Er, das ehemalige SED-Mitglied und der Stasispitzel, treibt es wirklich auf die Spitze. Und da sind wir wieder am Ausgangspunkt unseres Gesprächs.

taz: Wir haben außer mit Neonazis in Städten wie Berlin auch ein massives Problem mit Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, gewalttätigen und autoritären Erscheinungsformen aus den Milieus patriarchaler und am politischen Islam orientierter Communitys. Linke vermeiden lieber, darüber zu sprechen, weil sie glauben, sie würden sonst rechtsextremistische Narrative und die AfD stärken. Ein Fehler?

Kowalczuk: Da bleibe ich für mich ganz entspannt. Ich bin und bleibe im „Team Ilko“, muss auf niemanden Rücksicht nehmen, keine Partei, keine Wähler. Vielleicht werde ich auch deshalb besonders gehasst im Osten. Die Linkspartei und die Grünen zerreißt es fast bei solchen Fragen. Ich stehe natürlich zum Existenzrecht Israels, aber ich bin auch ein Kritiker dieser in Teilen rechtsradikalen Regierung und ihres Vorgehens im Gazastreifen. Wenn man an Menschenrechten, Demokratie und Freiheit orientiert ist, kann man aber beides ganz gut zusammenpacken – überall.

taz: Und der Islamismus, mit dem der Westen und Israel konfrontiert sind, was ist mit dem?

Kowalczuk: Ist ein Sicherheitsproblem. Die Zweistaatenlösung könnte der Verwirklichung der Menschenrechte näherkommen. Das sage ich, ohne die Terrororganisationen Hamas oder andere Terroristen mit der demokratisch gewählten Regierung Israels gleichzusetzen.

taz: Und was sollte uns jetzt vor den kommenden Landtagswahlen positiv stimmen?

Kowalczuk: Faschisten, aber auch Demaginnen wie Wagenknecht verbreiten unentwegt schlechte Nachrichten. Eine Katastrophe jagt die andere. Immer ist Weltuntergang. Wir sollten ihnen mit einem Lächeln entgegentreten. Vielleicht einfach sagen: Hey, so schlecht, wie ihr unser Land macht, ist es nicht. Wir leben in einer der besten, freisten und wohlhabendsten Gesellschaften, die die Welt bisher gesehen hat. Freut euch darüber, lasst uns Dinge weiterverbessern. Aber glaubt den Lügen der Extremisten nicht. Positive Nachrichten entziehen Faschisten die Geschäftsgrundlage!

Ein Blick in die Zukunft

Kann Science-Fiction die Instabilität von Realität ästhetisch erfahrbar machen? Alexander Dobrindt (CSU) und Boris Pistorius (SPD) als heimliche Avantgarde

Von **Johann Voigt**

Auch wenn die Tragetaschentheorie von Ursula K. Le Guin seit Jahren hoch und runter zielt wird und es im internationalen Literatur-Diskurs längst anders aussieht: Science-Fiction und spekulative Zukunfts-Fiktionen haben es schwer in Deutschland. Da wird einerseits stark getrennt zwischen Genre- und Hochliteratur. Da erscheinen in weichgespülten Verlagsprogrammen dann aber in der Hauptsache doch nur Bücher von alten Bekannten oder Personen, die Literatur als weiteren Baustein ihrer Content-Strategie sehen.

Für den Blick in die Zukunft, für feinmaschiges Worldbuilding ist zwischen snackable Geschichtchen oft nicht genug Platz. Altmeister Philip K. Dick sagte aber sinngemäß, dass gerade Science-Fiction die Instabilität von Realität ästhetisch erfahrbar machen könne.

Das sehen Autor:innen wie Joshua Groß, Hendrik Otremba, Philipp Schöenthaler, Sophie Stein vermutlich ähnlich. Ein paar wenige zeitgenössische Schriftsteller:innen, das war's dann auch. Oder?

Beim schnellen Blick in Online-Stellenausschreibungsportale zeigt sich dann doch etwas Unerwartetes: Der deutsche Staat, das Innen- und das Verteidigungsministerium, Alexander Dobrindt (CDU) und Boris Pistorius (SPD) glauben mehr an das Potenzial von Science-Fiction als die deutsche Verlagslandschaft!

Ja, wirklich, denn aktuell schreibt die Cyberagentur, offizieller „Baustein der Bundesregierung zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger im Cyberraum“ und dem Innen- und Verteidigungsministerium zu-

geordnet, eine Stelle aus. Und das schon zum zweiten Mal: Projekt-Autor für einen Science-Roman (m/w/d). Zwölf Monate Festanstellung, Bezahlung nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst. 30 Tage Urlaub, Zuschuss zum Jobticket. Sogar ein „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ gibt's.

Dieser Job ist, zumindest was die Bedingungen angeht, das fundamentale Gegenteil zum bis auf Ausnahmen eher prekären Schriftsteller:innen-Dasein. Von dem also, was zum Beispiel in der Anthologie „Brotjobs und Literatur“ erzählt wird, die im Verbrecher Verlag erschienen ist.

Und es wird noch besser: Es gebe, schreibt die Cyberagentur, exklusiven Zugang zu Forschungsszenarien und Experten. Das Unternehmen arbeite an der Mensch-Maschine-In-

Das Buch sei fertig, schreibt die Cyberagentur auf Anfrage

teraktion, an autonomen intelligenten Systemen. Ziel sei es, disruptive Forschungsthemen der Cyberagentur mit einem Zeithorizont von 10 bis 15 Jahren in narrative Formen zu überführen. Veröffentlicht werden soll der Roman dann in einem „renommierten Verlag im Bereich Science-Fiction“.

Schon im letzten Jahr wurde die Stelle besetzt; mit einem Autor, der auch als Kommunikationsberater und Werbetexter arbeitet. Das Buch sei fertig, schreibt die Cyberagentur auf Anfrage. Es ginge um die „Kryptokalypse“. Heißt: um

den Zusammenbruch von Verschlüsselungstechnologien – und Möglichkeiten, das zu verhindern, wofür die Cyberagentur ja auch da ist.

Einige Auszüge eines zugehörigen Hörbuchs sind bereits online; und es scheint ein recht vorhersehbarer, handwerklich gut gemachter Text geworden zu sein. Dass die Cyberagentur keine Nobelpreisträger-Manufaktur ist, schon klar. Aber warum eigentlich Science-Fiction?

Der Sprecher der Cyberagentur sagt, dass schon Unternehmen wie Audi oder SAP das Genre nutzten, aber bisher keine Bundesbehörde. Fiktion ermögliche es, sagt er, technologische Entwicklungen und ihre möglichen gesellschaftlichen Folgen in einem konkreten Szenario zu untersuchen.

Im aktuellen von der Cyberagentur bezahlten Roman geht es deswegen um Quantencomputing und Kryptologie. „Bürgerinnen und Bürger nutzen kryptologische Verfahren dutzend- bis hundertfach täglich: beim Aufrufen von Webseiten, beim Onlinebanking, bei jeder verschlüsselten Nachricht“, sagt der Sprecher.

Die Lücke zwischen gesellschaftlicher Relevanz und öffentlichem Bewusstsein sei enorm. Der aktuelle Roman, für den momentan noch ein Verlag gesucht wird, solle sie schließen.

Stellt sich nur die Frage: Wie frei ist man in diesem Schlaraffenland der Informationen am Ende in seinem Worldbuilding und seiner schriftstellerischen Arbeit? Oder hat die in einem Deutschland, in dem Verteidigungsminister Pistorius zunehmend Rüstungsfabriken besucht und in dem Innenminister Dobrindt sich für mehr Überwachungsmaßnahmen ausspricht und Geheimdienste

mit mehr Befugnissen ausstatten will, ihre Grenzen?

Anders gefragt: Darf man als quasi Betriebskünstler:in der Cyberagentur und damit in Abhängigkeit von diesen beiden Herren stehend überhaupt so was äußern wie Kritik?

Und wie dystopisch darf das Ganze werden? Oder wie utopisch? Wäre es beispielsweise möglich, dass wie in Marius Goldhorns „Die Prozesse“ als Reaktion auf die politischen Verhältnisse eine Art utopische Räterepublik entsteht, in der es den Menschen besser als wie im Kapitalismus geht?

Fragen über Fragen, denn das, was in Deutschland politisch zu beobachten ist, sind ja gerade, frei nach Dick, Anzeichen einer Instabilität unserer (demokratischen) Realität.

Diesen Umstand ästhetisch erfahrbar machen? Unbedingt!

Ob Gelder von Akteuren, die das, was auch in der Science-Fiction lange als dystopisch galt, vorantreiben, die beste Grundlage dafür sind, wird sich zeigen. Denn auch wenn die Cyberagentur für die digitale Souveränität Deutschlands steht, heißt das eben auch: Sie beschäftigt sich neben dem Schutz vor Scammern und Hackern auch mit militärischen Fragen, etwa mit dem Thema „Unbemannte Systeme und Robotik“.

Der Sprecher der Cyberagentur bleibt in puncto Kunstfreiheit sehr vage. Die Ministerien seien über das Projekt informiert worden, die Verantwortung liege aber beim Forschungsdirektor der Agentur.

„Aktuelle Tendenzen der Entwicklungen in Gesellschaft, Umwelt, Wirtschaft und Politik“, sagt er, sie würden aufgegriffen werden.

Wir werden es kritisch nachlesen können. Vorausgesetzt, die Texte finden einen Verlag.

Entsteht hier Science-Fiction? Büro der Cyberagentur des Bundes in Halle
Foto: Jan Woitas/dpa/picture alliance





Die Tragik der Gewohnheit

Mit schneidendem Witz und erstaunlicher Wärme erzählt Olivia Wilde in „The Invite“ von einem Paar, das erst durch die radikale Offenheit Fremder erkennt, wie weit es sich voneinander entfernt hat. Ein Beziehungsfilm, der im besten Sinne aufrüttelt

Von **Arabella Wintermayr**

Mit welcher Leidenschaft noch vor Kurzem über „Triggerwarnungen“ gestritten wurde – über den Sinn oder Unsinn von „Content Notes“, die nicht nur vor diskriminierenden Stereotypen, sondern auch vor aufwühlenden Bildern warnen sollen. Dabei lässt sich längst nicht alles, was im Innersten aus dem Gleichgewicht bringen kann, durch einen Warnhinweis kenntlich machen.

Auch ein Film wie „The Invite“ wäre wohl niemals in die Verlegenheit geraten, mit einer „Triggerwarnung“ versehen zu werden. Trotzdem besitzt Olivia Wildes dritte Regiearbeit das Zeug dazu, einen Gedankenengang auszulösen, der Beziehungen retten oder beenden kann. Zumindest solche, die eigentlich längst eingeschlafen, zu betäubendem Ballast geworden sind. Und in einer solchen steckt das Paar, dessen Perspektive hier eingenommen wird.

Dass ihre zunächst sehr klischeehaft wirkenden Eheprobleme eine überraschende Sprengkraft entfalten werden, scheint anfangs allerdings kaum vorstellbar. Der männliche Part, Joe, wirkt wie eine der Figuren, wie sie Seth Rogen seit vielen Jahren verkörpert: Im Auftakt radelt er durch San Francisco, macht auf seinem viel zu kleinen Klapprad eine lächerliche Figur, scheint unzufrieden mit seiner Position als Lehrer an einer Musikschule und ist doch zu sehr in seiner Behäbigkeit gefangen, als dass er etwas ändern würde. Zu Hause, es hat wohl eine psychosomatische Ursache, rebelliert der Rücken.

Zeit für Erholung bleibt nicht, denn Angela hetzt aufgeregt durch das Apartment. Auch sie gibt ein bekanntes Bild ab, als Hausfrau und Mutter, die ihre

überschüssige Energie, seit die zwölfjährige Tochter sie weniger braucht, in immer neue Dekorationsprojekte steckt. Ihren Selbstwert bezieht sie aus der Anerkennung von Fremden. Auch deswegen muss alles in bester Ordnung sein, wenn die Nachbarn von oben gleich zum Abendessen aufschlagen. Dem steht nun im Wege, dass Joe keinen Wein mitgebracht hat, so wie Angela es ihm angeblich aufgetragen hat. Schon entbrennt ein Streit.

Die gierig angenommene Einladung legt endgültig ein tiefer liegendes Verlangen frei, mit folgenreicher Erkenntnis

Nichts an dieser Konstellation wirkt besonders außergewöhnlich; auch als Remake scheint „The Invite“ dazu prädestiniert, erwartbar zu sein. Zumal die Kammerspielformel mit erkennbarer Lust an der Eskalation nach schwer zu über-treffenden Vorbildern wie „Der Gott des Gemetzels“ oder „Im August in Osage County“ kaum Welles lange damit aufhalten, die schöne Fassade aufrechtzu-erhalten, weist sie hier direkt deutliche Risse auf – wenn sie nicht längst dahin ist.

So machen sich die Nachbarn Piña (Penélope Cruz) und Hawk (Edward Norton) gar nicht erst die Mühe zu behaupten, sie

hätten den lautstarken Zank vor der Wohnungstür überhört. Ganz frei heraus fragen sie, ob es noch immer ein guter Zeitpunkt für ihren Besuch sei. Das wiederum zieht weitreichende Konsequenzen nach sich: Das Drehbuch von Will McCormack und Rashida Jones ist weder auf das große Entlarvungsmoment hin geschrieben noch steuert es auf die mittlerweile ermüdend oft bemühte Erkenntnis zu, wie dünn die zivilisatorische Decke doch in Wahrheit ist.

Stattdessen beobachtet „The Invite“ – ohne Zynismus, aber mit schneidendem Witz – die feineren Zwischenmenschlichkeiten, von verborgenen Wünschen bis zu kaum merklichen Verletzungen. Dass dies gelingt, ist nicht zuletzt dem ungewöhnlichen Entwurf von Piña und Hawk zu verdanken. Ihre entwaffnende Ehrlichkeit mag Angela anfangs noch vor den Kopf stoßen, bald aber setzt dieselbe Offenheit übliche Höflichkeits-rituale außer Kraft, die weniger der Rücksichtnahme dienen als der Wahrung vor vermeintlich schützender Distanz.

Darüber zeichnet die beiden Nachbarn allerdings auch eine faszinierende, weil fast unerschütterliche Zugewandtheit aus. Als Figuren wirken sie dadurch zwar fast überweltlich, als Resonanzkörper, die Verdrängtes ans Tageslicht befördern, funktionieren sie jedoch hervorragend. Während Piña sich trotz seines rüden Auftretens mit Joe ins Arbeitszimmer zurückzieht, um mit ihm einen Joint zu rauchen, und sich dabei für seine Musik interessiert, denkt Hawk an der Seite von Angela mit derselben Ernsthaftigkeit über den richtigen von drei kaum voneinander zu unterscheidenden Blautönen für eine Wand nach.

Erst auf diesem Fundament, als sich so bereits zeigte, wie sehr sich sowohl Angela als auch

Joe nach dieser Aufmerksamkeit sehnen, steigert sich „The Invite“ zur wohl titelgebenden Provokation: Nachdem sich das Quartett wieder zusammengefunden hat und sich Piña und Hawk für die lauten Sexgeräusche aus ihrer Wohnung entschuldigt haben, erzählen sie von ihren Sexpartys – und laden ihre Nachbarn kurzerhand ein, noch am selben Abend mit ihnen zu schlafen.

Die gierig angenommene Einladung legt endgültig ein tiefer liegendes Verlangen frei, vor allem aber eine folgenreiche Erkenntnis: Joe und Angela widmen sich längst nicht mehr einander mit der Intensität, nach der sie sich eigentlich sehnen. Nicht ihre Gedanken, nicht ihre Hoffnungen, nicht ihre Körper scheinen für den anderen noch eine reizvolle Dringlichkeit zu besitzen. Und es verletzt sie mehr, als sie wahrhaben wollten.

Seinen stärksten Impuls – oder, wenn man so will, seinen eigentlichen „Trigger“ – hebt sich „The Invite“ aber für den Schluss auf. Gegen den Hang des heutigen Beziehungskinos, Trennungen vor allem als Schritt zur individuellen Selbstverwirklichung zu erzählen, setzt Olivia Wilde auf eine beinahe anachronistische, da stärker auf gegenseitige Verantwortung bedachte Idee: Liebe kann nicht darin bestehen, nur die eigenen Sehnsüchte ernst zu nehmen und zu verteidigen, sondern ebenso die des anderen.

Das Verstummen des anderen im eigenen Leben wird so zur eigentlichen Tragödie einer Beziehung – und „The Invite“ zu einem eindrucksvollen Beleg dafür, dass man vor manchen Zumutungen besser nicht gewarnt werden sollte.

„The Invite“. Regie: Olivia Wilde. Mit Olivia Wilde, Seth Rogen u. a. USA 2026, 108 Min.

Überraschung zum Dinner: Piña (Penélope Cruz), Joe (Seth Rogen) und Angela (Olivia Wilde) in „The Invite“
Foto: Tobis Film

Das Erzschwere federn lassen

Die Dirigentin Nathalie Stutzmann betont in Bruckners 4. Sinfonie die Farbigkeit und stillen Momente

Von **Tim Caspar Boehme**

Bruckner. Romantischer wird es kaum. Zumindest bei der Orchestermusik. Der österreichische Komponist Anton Bruckner hat mit seinem Werk ein Klangmassiv geschaffen, das die Entwicklungen des 19. Jahrhunderts an einen Punkt brachte, an dem seine Musik einiges von dem vorwegnahm, was dann im 20. Jahrhundert systematischer verfolgt wurde. Klang als strukturierendes Gestaltungsmittel etwa.

In seiner 4. Sinfonie, von der jetzt eine Neu-einspielung mit der Dirigentin Nathalie Stutzmann und dem Atlanta Symphony Orchestra erschienen ist, gibt Bruckner ein bisschen von alledem zu ahnen. Das Eröffnungsmotiv etwa, eine Quinte des Solohorns, ist einer der Grundtöne der Obertonreihe. Im weiteren Verlauf demonstriert Bruckner, wie vielfältig er mit Klangfarben, die aus genau diesen Obertönen bestehen, umzugehen weiß. Auch die Wiederholungen, für die Bruckner gern schon mal für einen Vorläufer der Minimal Music gehalten wurde, kommen gelegentlich zum Einsatz.

Stutzmann, die zudem ausgebildete und praktizierende Sängerin ist, beschäftigt sich bevorzugt mit romantischem Repertoire. Bei den Wagner-Festspielen in Bayreuth dirigierte sie vor wenigen Tagen dessen frühe Oper „Rienzi“, die dort zum ersten Mal aufgeführt wurde. Ein bisschen Wagner findet sich auch in der 4. Sinfonie, ließ sich Bruckner doch von dessen Oper „Lohengrin“ inspirieren. Anders als sein Vorbild tat sich Bruckner nicht mit aggressivem Antisemitismus hervor, was ihn jedoch nicht vor Vereinnahmung im Nationalsozialismus bewahrte.

Bruckner war sehr gläubig, und die mitunter manifeste Schwere seiner Musik bietet eine gute Gelegenheit, um das Adjektiv „erkatholisch“ einmal buchstäblich anzuwenden. Von dieser Schwere möchte Stutzmann etwas wegkommen, hebt das Tänzerische hervor, wo das Material dies hergibt. Die Akustik der Atlanta Symphony Hall, in der die Sinfonie live aufgenommen wurde, ist eher hallarm-trocken, was der Dynamik bei Stutzmann andererseits nicht schadet.

Bruckners immer wieder durchbrechende Wucht könnte man missverstehen als Ausdruck eines beträchtlichen Egos, das sich um jeden Preis Geltung verschaffen möchte. Dabei war Bruckner ein sehr unsicherer Mensch und Musiker. Bei seinen Zeitgenossen stießen seine Kompositionen oft auf Unverständnis, eine Ehrung als Komponist erfuhr er erst spät im Leben. So überarbeitete er seine Partituren immer wieder, bei der 4. Sinfonie folgten auf die erste Fassung von 1874 zwei weitere.

Nathalie Stutzmann, die die letzte Fassung verwendet, bringt neben dem Monumentalen zugleich die stilleren Momente mit ihren mehr melodischen Passagen zur Geltung. Dass Stutzmann singen kann, schadet da vermutlich nicht. Massiv kann sie aber eben auch, wenn es sein muss.

Bruckner: Symphony No. 4 „Romantic“; Nathalie Stutzmann, Atlanta Symphony Orchestra (Warner Classics)

Anzeige

arsenal
berlin.de

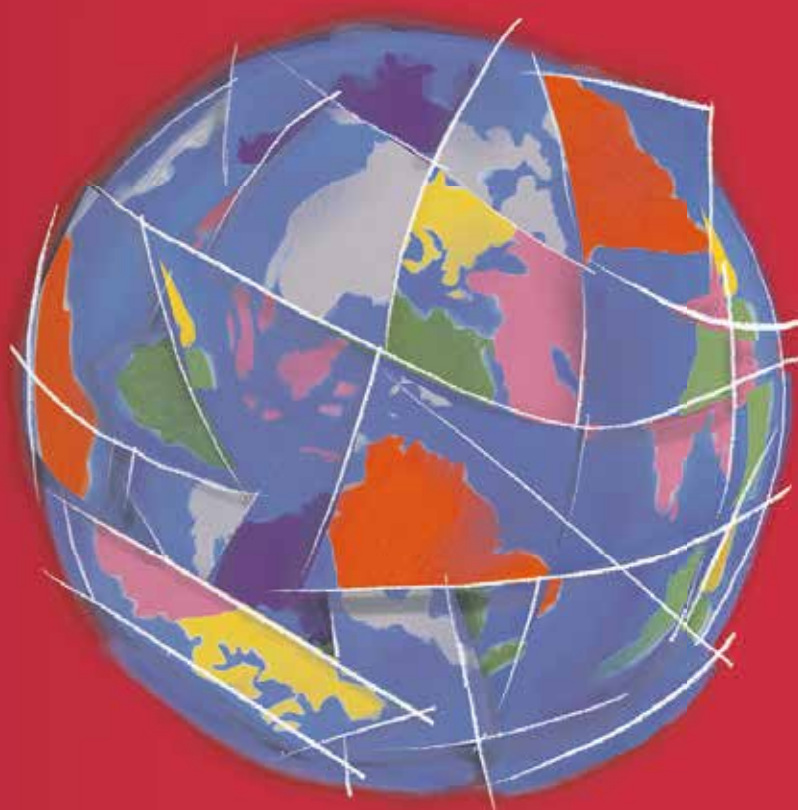
arsenal
filminstitut

RETROSPEKTIVE
JEAN EUSTACHE

07.07.–15.08.2026
IM KINO
ARSENAL

ATLAS *der* GLOBALISIERUNG

Welt als Beute



Jetzt
bestellen

Welt als Beute

Vor mehr als zehn Jahren einigte sich die Welt in Paris auf ein Klimaabkommen, aber die Emissionen steigen weiter. Die Erneuerbaren boomen, doch gleichzeitig wird mehr Kohle aus der Erde geholt als je zuvor. Auch die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Die Welt war nie gleich, aber wenn gerade mal 0,001 Prozent der Weltbevölkerung mehr besitzen als die ärmere Hälfte zusammen, dann nimmt die Ungleichheit monströse Züge an. Und wenn Trump, Netanjahu, Putin und Xi unverfroren Ansprüche auf fremde Territorien erheben, behandeln auch sie die Welt als Beute.

Mit über 250 Karten und Grafiken von Adolf Buitenhuis sowie Beiträgen von Perry Anderson, Ulrike Herrmann, Steffen Mau, Bee Wilson und vielen anderen.



Atlas der Globalisierung : Welt als Beute
160 Seiten | franz. Broschur
26 Euro | ISBN 978-3-98682-039-8
shop@taz.de | T. (030) 25 90 21 38
monde-diplomatique.de/atlas-der-globalisierung

Dir soll niemals ein Kind sterben

Die südsudanesische Autorin Stella Gaitano macht in „Eddos goldenes Lächeln“ die Geschichte eines Kriegs erfahrbar, der den Sudan zerteilen sollte



Ihre Kritik an der Regierung brachte sie in Gefahr: Stella Gaitano Foto: Martin Steffen

Von **Carola Ebeling**

Den Bürgerkrieg, der seit April 2023 im Sudan wütet, verfolgt die südsudanesische Schriftstellerin Stella Gaitano im deutschen Exil. Die im Sudan bekannte Autorin und Menschenrechtsaktivistin, die 1979 in Khartum geboren wurde, kam 2022 mit einem Stipendium des Writers-in-Exile-Programms des PEN International hierher. Ihr Engagement und ihre Kritik an der Regierung in Khartum brachten sie und ihre Kinder in Gefahr. Und so fand die Buchpremiere ihres jetzt auf Deutsch erschienenen Romans „Eddos goldenes Lächeln“ im nordrhein-westfälischen Kamen statt, wo Gaitano derzeit lebt. Es ist ihr Debütroman, der im Original 2018 erschien. Damals gingen die Menschen in vielen Städten Sudans auf die Straße, in der Folge stürzte 2019 der Langzeitdiktator Umar al-Baschir. Ein Moment der Hoffnung auf einen demokratischen Wandel, der längst brutal zerschlagen ist. In ihrem Buch, das mit dem PEN Translates Award ausgezeichnet wurde und auf der Shortlist des Internationalen Literaturpreises stand, erzählt Gaitano von den schon Jahr-

zehnte währenden Konflikten und Kriegen im seit 2011 zerteilten Land. Sie nähert sich literarisch der Zerrissenheit zwischen dem Süden und dem Norden, indem sie die persönlichen Schicksale ihrer Figuren mit den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der 1960er bis 1980er Jahre verknüpft. Ausgangspunkt ist ein kleines Dorf im Süden, wo Eddo lebt, verfolgt vom Fluch des Todes, der ihre zahlreichen Kinder vor Erreichen des ersten Lebensjahres trifft. In einer lebendigen, sinnlichen Sprache vermischt Gaitano reales Geschehen mit den wahrgenommenen Wirkungen von Aberglaube und Ritualen. Als eine Tochter das erste Jahr überlebt, verweigert ihr Eddo aus Selbstschutz vor möglicher neuer Trauer lange ihre Zuwendung, sodass alle Frauen ihre Mütter werden, alle Kinder ihre Geschwister. Schließlich belegt Eddo ihre Tochter Lucy mit einer Art Gegenfluch: „Dir soll niemals ein Kind sterben, du wirst unter keinen Schmerzen der Mutterschaft leiden, und du wirst so viele Kinder bekommen, dass sie die ganze Welt bevölkern.“ So wird es geschehen: Lucy wird tatsächlich sehr viele Kinder bekommen. Doch zuvor entfaltet Gaitano das Dorfleben vor den Augen der Leser*innen. Dazu gehört auch die Gewalt,

Gaitano erzählt vom Gegensatz der Religionen, denn im Süden sind traditionelle lokale Religionen und das Christentum verbreitet, im Norden leben überwiegend arabische Muslim*innen

der Frauen oft durch ihre Männer ausgesetzt sind. Eddo erweist sich hier als aufrührerische Ratgeberin ihrer Freundin Martha Isai: „Das gefällt dir wohl, oder?“, spottete sie. „Weißt du eigentlich nicht, über welche Kräfte du verfügst? Du liegst hier rum wie ein Einhorn, das in die Falle getappt ist und sich im Dreck wälzt. Schau deinen Körper an! Wie kannst du dieser Ratte erlauben, dich so zu behandeln, dir täglich die Knochen zu brechen und dich grün und blau zu schlagen?“ „Was soll ich deiner Meinung nach tun?“ Eddo nahm den dicken Stock [...] dann sagte sie bestimmt: „Schlag ihn!“ Wie hier nutzt Gaitano oft direkte Rede. Ihre Erzählweise wirkt in der Übersetzung Larissa Benders aus dem Arabischen unmittelbar und knüpft, wie die Autorin selbst in einem Interview sagte, stark an die mündliche Erzähltradition aus dem Südsudan an. Gaitano erzählt von Gegensätzen. Vom Gegensatz zwischen dem ländlichen Süden und dem urbanen Norden. Von dem zwischen Frauen und Männern, von der weitverbreiteten Ungleichheit zwischen ihnen, von patriarchaler Gewalt. Vom Gegensatz der Religionen, denn im Süden sind traditionelle lokale Religionen und das Christentum verbreitet, im Norden leben überwiegend arabische Muslim*innen. Lucy erlebt einen solchen Kontrast, sie muss mit ihrem Mann Marco aufgrund kriegsrischer Gewalt in die Großstadt Khartum im Norden fliehen. Ein Schock: Eine andere Sprache, die Menschen leben in modernen Häusern, benehmen sich auf eine ihr völlig unverständliche Weise. Mit dem Ortswechsel verändert sich auch die Erzählstruktur. Eine allwissende Erzählperspektive weicht nun verschiedenen Ich-Erzähler*innen. Jedes Kapitel wird aus der Sicht einer anderen Figur erzählt, sodass die Figuren einander spiegeln. So lernen wir etwa Marcos Blick auf Lucy, auf die Situation in Khartum kennen. Er kommt hier viel besser klar, hat hier auch einen Freund, Peter, in dessen Haus Lucy und er unterkommen. Peter hat zunächst einen hohen Rang beim Militär inne, Stella Gaitano zeichnet ihn als einen freigeistigen, offenen Menschen. In seinem Haus wird Lucy ihre vielen Kinder zur Welt bringen. Es erscheint als eine Art Gegenort zu den heftigen politischen Unruhen, die die Stadt erschüttern. Familiäre Solidarität und Herzlichkeit überwinden die Unterschiede und Fremdheiten, während sich Putschversuche häufen, auf die die Regierung mit extremer Brutalität reagiert. Für beides, für die Wärme der Menschen wie für die Gewalt, die sie einander in unterschiedlichen Kontexten antun, findet Gaitano eine eindrückliche Sprache. Sie entwirft ein Panorama ihrer Heimat Sudan, das die bis heute andauernde Gewalt in eine Historie einbettet, die Konflikte nachvollziehbarer macht. Zugleich aber zeigt ihr Roman ein vielgestaltiges Bild des Landes, das weit darüber hinausweist.



Stella Gaitano: „Eddos goldenes Lächeln“. Aus dem Arabischen von Larissa Bender. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2026. 284 Seiten, 23 Euro

Sophie Sumburane: „Keine besonderen Auffälligkeiten“. Edition Nautilus, Hamburg 2026. 296 Seiten, 20 Euro



crime scene

Die toten Frauen von Brandenburg

Wer alt genug ist, die Wendezeit in Berlin bewusst miterlebt zu haben, wird sich noch an die einprägsam alliterierenden Schlagzeilen erinnern, die damals eine schreckliche Mordserie begleiteten. „Bestie von Beelitz“ wurde die Person genannt, die zwischen 1989 und 1991 sechs Frauen und ein Baby im südlichen Berliner Umland ermordete; andere schrieben „Rosa Riese“, weil der Mörder bei seinen Gewaltexzessen oft Damenunterwäsche trug. Unter diesem Titel ist derzeit in der ARD-Mediathek auch eine Dokumentation zu der Recherche zu sehen, die die Krimiautorin Sophie Sumburane für ihren neuen Roman in Beelitz und Umgebung unternahm. Für Sumburane, Jahrgang 1987, sind die Morde so weit Vergangenheit, dass sie ganz unbefangen an den einstigen Tatorten herumstehen und Sachen sagen kann wie: Das sei ja schon irgendwie bedrückend, wenn eine Frau am Rande einer Müllkippe wohne und dann auch noch umgebracht werde. Wer lesen kann, mag sich die TV-Doku getrost schenken und lieber gleich zu dem wirklich fesselnden Roman greifen, den Sumburane aus ihrer Recherche destilliert hat. Die Mischung aus *true crime* und Fiktion, die sie darin amalgamiert hat, ist sehr gelungen.

Auch die überforderten Polizeiangaben sind der Lage lange Zeit nicht gewachsen

Der Realität ohne weitere Verfremdungen entnommen sind die Schicksale und Namen der Opfer. Zu diesen ist auch der Ehemann der ersten Ermordeten zu zählen, der, zunächst von der Polizei als Hauptverdächtiger behandelt und dann von der Dorfgemeinschaft geächtet, Selbstmord beging. Auch die Tatorte beziehungsweise die Dörfer, in deren unmittelbarer Nähe die Tatorte liegen, werden bei ihren echten Namen genannt. Alles weitere ist fiktiv oder fiktionalisiert. Dazu gehören auch jene Passagen, die erstaunlich überzeugend aus der Perspektive des Täters erzählen und über den größten Teil des Romans hinweg in die Köpfe der LeserInnen eine falsche Spur legen. In dieser Hinsicht geht es diesen nicht anders als den fiktiven Hauptfiguren des Romans. Das sind Hedi und Gabi, zwei junge Frauen aus Deetz, jenem Dorf, in dem der erste Mord geschieht. Beide haben an einer einsamen Badestelle im Wald bereits eine unheimliche Begegnung gehabt und fühlen sich nach dem Mord in der Gegend nicht mehr sicher. Hedi zieht als Erste weg nach Berlin, zusammen mit ihrem allzu besitzergreifenden Freund, von dem sie sich in der Folge allmählich emanzipiert. Gabi beginnt in der Hauptstadt ein Volontariat bei einer großen Boulevardzeitung. Als im Berliner Umland eine weitere Frau ermordet wird, ist sie die Einzige, die eine Verbindung zur Toten in Deetz für wahrscheinlich hält, und muss viel Durchhaltevermögen beweisen, bis sich irgendwann in der testosterongeschwängerten Wessi-Redaktion die Einsicht durchsetzt, dass die Quoten-Ossifrau von Anfang an recht hatte und ein Serientäter unterwegs ist. Doch bis es so weit ist, müssen weitere Frauen sterben. Denn auch die überforderten und in Umstrukturierung begriffenen Polizeiangaben sind der Lage lange Zeit nicht gewachsen. Die ambivalente Atmosphäre der damaligen Zeit, im Osten geprägt von zugleich großer Verunsicherung und euphorischer Aufbruchstimmung, wird im Roman eindrücklich nachgezeichnet. Zu dieser existenziellen Grundspannung kommt die Angst vor dem offenbar wahllos zuschlagenden Serienmörder, die, wie Hedis und Gabis Erlebnisse zeigen, sich wie ein bedrohlicher Schatten über das gesamte Leben der Menschen legt. In häufig wechselnden Perspektiven zeichnet Sumburane in verschiedene Richtungen laufende Erzählstränge nach, bis sie sich irgendwann begegnen – oder eben nicht. Und mit dem Wissen im Hinterkopf, dass der reale Täter ziemlich sicher bis an sein Lebensende im Gefängnis sitzt, lässt sich dieser Erzählungen einerseits mit angehaltenem Atem, andererseits fast so entspannt folgen, als sei alles nur ausgedacht. Katharina Granzin

„Ich Blindfisch finde doch immer heim“

Der neue britische Premierminister: Die schönsten Anekdoten über den ebenso forschen wie undurchsichtigen Candy-Kopf Andy Burnham

Von **Arno Frank, René Hamann, Michael Ringel, Corinna Stegemann** und **Harriet Wolff**

Mitte Juli anno 2026 wurde der in Old Roan an der Merseyside geborene, nunmehr 56-jährige Andrew Murray Burnham von King Charles III. zum 81. Premierminister des Vereinigten Königreichs ernannt. Dieses welthistorische Ereignis nimmt die Wahrheit zum Anlass, ausgewählte Anekdoten aus dem an Aufregungen nicht armen Leben des vierschrötigen ehemaligen Bürgermeisters der Region Manchester nachzuerzählen.

Als Knabe war Andrew Burnham noch voller Bewunderung für seinen Vater, dessen Arbeit als Telefontechniker ihm wie pure Magie erschien. Das Blatt wendete sich erst, als Andrew zum rebellischen Teenager reifte. Er spielte der Nachbarschaft freche Telefonstreiche und meldete sich stets mit „Kein Anschluss unter dieser Nummer!“. Heute kommuniziert Burnham auch mit seinen Eltern vorzugsweise per Whatsapp.

Andy Burnham ist ein leidenschaftlicher Fan des FC Everton. Dem stets in Blau antretenden Fußballklub aus Liverpool widmeten die Beatles einst ihr Blaues Album. Das dem Konkurrenzverein FC Liverpool zugeeignete Rote Album würde ein Evertonian wie Burnham nie hören. Lieber lutscht er Toffees, so der Spitzname des FC Everton, denn der Stadtteil war früher bekannt für seine Süßwarenläden und Karamellbonbons, die eine alte Dame vor Heimspielen an Fans verteilte. Ein Brauch, den Burnham später für seine Politik übernahm: Er verteilt gern Süßigkeiten an Wähler, weshalb er auch „Candy Andy“ genannt wird. Unter Freunden heißt er jedoch „Caries Boy“.

Bei einem Staatsbankett wurde Andy Burnham einmal gefragt, ob er eine Kartoffel wünsche. Er antwortete höflich, aber bestimmt: „Nein danke, ich habe schon eine.“ Daraufhin zog er eine Kartoffel aus der Jackentasche, nickte ihr kurz zu und steckte sie wieder ein. Bis heute rätseln führende Politologen, was den smarten Vollblutpolitiker und den schnöden Erdapfel verbindet.

Wie es der Zufall wollte, hat Andy Burnham denselben Optiker wie Charlotte de Minaur. Wer Charlotte de Minaur überhaupt ist und was sie mit Burnham zu tun hat und warum das wichtig ist, darüber streiten sich die Experten.

Dass Andy Burnham Beatles-Fan ist, Oasis aber gar nicht leiden kann, musste er in seiner Zeit als Bürgermeister in Manchester lange geheim halten. Zum Glück gibt es Noise-Reduction-Ohrstöpsel. Einmal vor einer Wahlveranstaltung fielen sie dem schneidigen Mancunian aus den Ohren und das Geschrei Paul McCartneys in „Hey Jude“ tönte gedämpft, aber gut vernehmbar durch den Wahlkampfbus. Seine Gehilfen taten so, als hörten sie nichts. Da wusste Burnham, dass er mit diesem seinem Team jede Wahl gewinnen konnte.

Als erster amtierender katholischer Premierminister in der Geschichte des nicht mehr ganz so Vereinigten Königreichs, betet Andy Burnham aus guter Gewohnheit jeden Sonntagnachmittag um 14.45 Uhr nach einer sehr deftigen Portion Fish and Chips. Das Gebet geht so: „Lieber Gott, mach mich fromm, dass ich wieder in die Gänge komm.“



Zeichnung: Ari Plikat

Die langjährige niederländische Gattin des stets verschmitzt grinsenden Andy Burnham hat sich Zeit ihres noch dauernden Lebens erfolgreich dagegen gewehrt, den Nachnamen ihres Gatten zu führen. Burnham wird von Marie-France van Heel stets nur liebevoll „Burpham“ oder „Blurham“ gerufen. Der britische Premier wiederum nennt sie zu entspannter Stunde „High Heels“.

Ein Lied, das Andy Burnham sehr gern mag und morgens beim Kaffee vor sich hin trällert, ist, „Burn, Hollywood, Burn“ der Londoner Elektronikband Leftfield. Er bezieht es jedoch auf sich und singt stets laut „Burn Andyham Burn“ mit, leicht verdreht, wie er eben ist.

Andy Burnham und sein Parteifreund Keir Starmer standen anlässlich eines Betriebsausflugs der Labour Party einmal im Eingangsbereich einer großen Höhle in Wales. Doch sie

konnten sich partout nicht darauf einigen, wer nun wem den Vortritt lassen solle. Noch heute können Wanderer gelegentlich einen höflichen Dialog aus dem Innern der Höhle vernehmen: „Nein, bitte nach Ihnen!“ – „Nein, bitte nach Ihnen!“

Einem hartnäckigen Gerücht zufolge soll Andy Burnham noch nie einen Esel gestreichelt haben. Während einige Biografen darin lediglich einen Zufall sehen, vermuten andere eine bislang unerforschte Charaktereigenschaft.

In Manchester war Andy Burnham lange als „The German“ bekannt, weil er nur Autos seiner Lieblingsmarke BMW fuhr. Aus Anlass seiner Ernennung zum Premier brachte das Unternehmen ein grellbuntes Sondermodell heraus und bewarb es mit dem Slogan „Burnham meets Wham!“ Im Volksmund wird das Kabriolett in Anspielung auf eine Cartoon-Figur nur „Andy Cab“ genannt.

gurke der woche

Blitze! Ihr guten alten Wettererscheinungen! Wenigstens auf euch ist Verlass. „**Blitze richteten vergangenes Jahr weniger Schäden an**“, verkündete jüngst der Gesamtverband der Versicherer (GDV). Während andere Wetterphänomene sich zuletzt bis zur Erschöpfung austobten, habt Ihr ein **historisches Blitz-Tief** hingelegt. Es gab keine spektakulären Einschläge und mit knapp **100.000 Fulgurationen** 2025 nicht einmal halb so viele wie im Vorjahr. **Blitze! Danke für eure Sanftmütigkeit.**

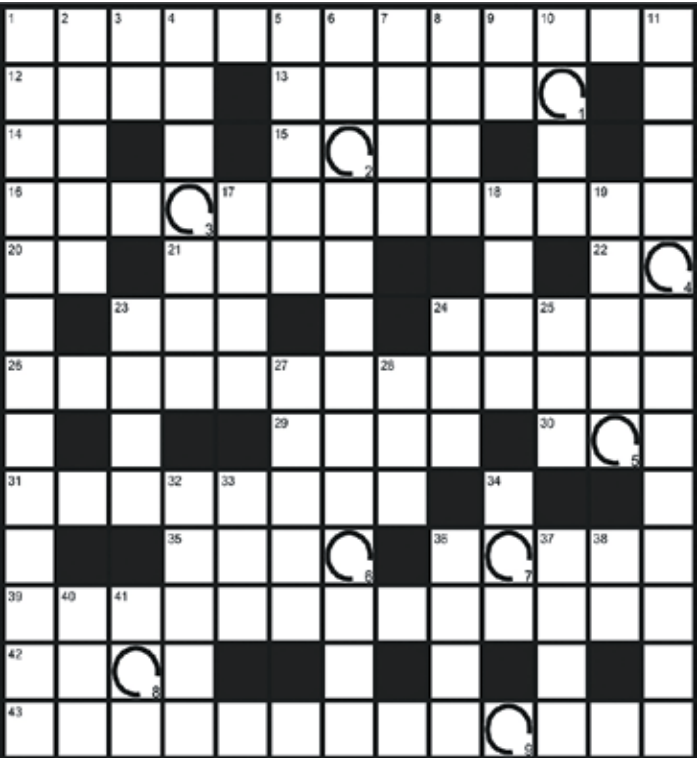


das wetter

True Pea Crime

Kommissar Brokkoli hatte die Möhren schon länger im Verdacht: „Gestehen Sie!“, raunzte er die Oberkarotte an und leuchtete ihr mit seiner Schreibtischlampe brutal in die orangefarbene Rübe. „Ich war's nicht!“, protestierte Mister Carrot, wie er unter Seinesgleichen genannt wurde. „Die Erbsen sind Lügner.“ Brokkoli wurde ganz grün im Gesicht vor Wut. „Und wer hat dann die Erbsen entführt?“ Die Karotte zögerte keine Sekunde: „Das

war keine Entführung, die sind mit den Bohnen durchgebrannt“, beteuerte das gewiefte Gemüse. Doch Brokkoli glaubte ihm kein Wort. Die Bohnen lagen gebrochen neben den Kartoffeln und Kohlköpfen, die waren gar nicht fähig, mit den Erbsen zu verduften. „Nehmen Sie die Aussage auf!“, befahl er Wachtmeister Zwiebel und begab sich persönlich auf die Suche. In Pichelstein waren die abgängigen Erbsen zuletzt gesichtet worden.



Wahres Rätsel 724 von RU

Die Ziffern hinter den Fragen zeigen die Buchstabenanzahl.

- Wilhelm Voigts Schurkenstück ließ selbst den Kaiser schmunzeln (13); Hauptschutz (13)
- Ostern minus vier (5)
- Allein nur eine Person, mit 9 ein Schabeisen (2)
- Dreiviertel-Mantel (7)
- Auf dem sitzt einem der Kahn im Nachen (5)
- Die um uns her verwitternde Verkehrsordnung (13)
- Tschechisch Eger (4)
- Mal groß in halb Europa, mal Zukunftshoffnung der Bayern (4)
- Französisch 3 (2)
- Damit ist Druck drauf (4)
- Weltsprachenvertreter (Mz) (13)
- Abelmoschus esculentus als Schote (4)
- Bundeslandhälfte steht für gedanklichen Stillstand (6)
- Süßer Bär (2)
- Hinter dem fängt das Wasser an (4)

- Sie bringt duftendes Lila im Frühling syringisch hervor (13)
- Tochter von Jakob und Lea klingt etwas weicher als 21 (4)
- Amerikanischer Bundesstaat rund um einen Salzsee (4)
- Bänder um Wunden, früher tönend (5)
- Steht lateinisch für Zweisames (2)
- Lange Zeit „Rockröhre“, nun Legende (Vorn.) (4)
- Zehn mal zehn Meter (2)
- Ladungsträger (3); Für sie und Rick spielte Sam es nochmal (4)
- Frank war der Vater der Mothers of Invention (5); Scheu wie vorsichtig (3)
- Arafats Hinterlassenschaft (Abk.) (3)
- Sie setzen die Flugbahn ihrer α-, β- und γ-Vorläufer hochenergetisch fort (13)
- Einmal machte Michael in Wimbledon den entscheidenden – und das gegen Boris (5)
- Entsprungenes Pferdeblümchen (3)
- Schweins Mensa (4)

- Himmelsrichtung ohne Bahnhof (3)
- Matthias der lyrische Mondbeobachter (8)
- Rheingermanen (5)
- Der Kurzmediziner ergänzt auch Texte (3)
- Verhasster Mittelerdling (3)
- Gärtner in Wartestellung (4)
- Van Goghs Malstadt (5); Asiatische Gelatine (4)
- Auf seinem Feld setzte Otto der Große den Vorgängern Orbáns strenge Grenzen (4)
- Das wird mit 3 zum Gelege (2)
- Sie benennt Falsches wie Irrtümliches (13)
- Sehr deutlich nein (3)
- Mal Leumund, mal Echovorstufe, mal akademischer Fernlaut (3)
- „Dann aufs ...“, sprach der Alte und holte solch Besen herbei (4)
- Sie vereisen Ex-Lebendiges (13)

Lösungswort: **King of Wellness (9)**
Auflösung vom 25. 7. 2026: **EINREIHER**
1 LITERATURHAUS, LUFTABSCHLUSS; 2 TATSACHEN; 3 RIED; 4 ASSI; 5 TISCHMÄNIEREN; 6 USCHI; 7 HAN; 8 ARTUS; 9 UZE; 10 STRUMPFHALTER; 11 ISIS; 12 ARZT; 13 FITNESSCENTER; 14 ETC; 15 DICHT; 16 ADAC; 17 DACH; 18 CHER; 19 HICKS; 20 KAREN; 21 BACHE; 22 EIER; 23 IP, IFO; 24 SCHEINANGRIFF; 25 NEGEB; 26 GUETE; 27 CHERE; 28 NEUE; 29 OH; 30 REIGEN; 31 ERASE; 32 LH; 33 HEEP; 34 BERN; 35 REET; 36 SOL, STO; 37 OEDE; 38 UEBERARBEITET; 39 BEI; 40 RON; 41 IMP; 42 SEEROSE; 43 MODE; 44 SPINNENPAPIER
Gewinner: Stephan Woerner, Freiburg; Anna Heimers, Bremen; Heidrun und Manri Kehr, Münster
Zu gewinnen gibt es je ein Buch eines taz-Autors oder einer taz-Autorin. Schicken Sie das Lösungswort bitte bis zum Einsendeschluss am 5. 8. 2026 (Datum des Poststempels) per Postkarte an: taz, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, oder per E-Mail an: raetsel@taz.de. Der Rechtsweg ist wie



Foto: Toni Petraschk

Auf der Rennbahn: Das Prinzip ist einfach: Da laufen die Pferde – angespornt von dem hinten im Sulky sitzenden Fahrer oder auch der Fahrerin – auf der Bahn um die Wette. Und ist das Rennen vorbei, haben die einen ihr Geld in den Sand gesetzt, während andere eben, wie man so sagt, auf das richtige Pferd gesetzt und entsprechend Gewinn gemacht haben. So funktioniert der Pferdesport, und dass er mit seinen Redewendungen Eingang in die Alltagssprache gefunden

hat, sagt doch auch, dass da mal mächtig was los war auf den Rennbahnen. Glanzvolle Ereignisse mit Zehntausenden an Besuchern. So war das mal. Seine besten Jahre mag der Pferdesport vielleicht hinter sich haben, doch laufen tun die Pferde weiterhin. Und wetten darf man darauf, dass es bei diesen Runden immer noch um Geld geht. Auch auf der Trabrennbahn in Berlin-Mariendorf. Ein Tag beim Rennen, kurz vor dem Deutschen Traber-Derby im August. **48–49**

Alle Karten: OSM contributors

momentaufnahmen

Wenn man dem Schicksal auf die Finger guckt

Straßenfest in Hamburg-Altona: In einer Nebenstraße tanzen ein paar Menschen vorsichtig vor einer Bühne, auf der ein Techno-DJ auflegt. Gleich um die Ecke bietet eine junge Frau an, Besucher*innen das Tarot zu legen. Auf ihrem kleinen wackeligen Holztisch mit blau gemusterter Tischdecke steht ein Bilderrahmen mit einer Preisliste. Ihre Angebote: ein Impuls für den Moment, Hilfestellung bei einer wichtigen Entscheidung oder eine ausführliche Zukunftsvorhersage. Neben der Liste liegt eine laminierte Karte mit einem QR-Code für Paypal.

Ich setze mich ihr gegenüber auf einen Klappstuhl. Wegen der Bässe von nebenan müssen wir sehr die Köpfe zusammenstecken. „Ich werde mich jetzt mit deiner Energie verbinden“, kündigt sie an und mischt die Karten mit geschlossenen Augen. Ihre Hände bewegen sich schnell, im Takt der Musik durchkämmen sie den Stapel. Eine erste Karte fällt ihr beim Mischen aus der Hand und segelt auf den Tisch herab. Eine zweite und dritte folgen.

Hat sie das gar nicht gemerkt? Doch dann öffnet sie die Augen und greift nach den herabgefallenen. „Das sind deine Karten“, sagt sie und legt sie vor mir aus. *Martje Menzel*



Hamburg-Altona
281.100 Einwohner*innen. Der westlichste Hamburger Bezirk, der von Blankeneser Villen bis zum Szeneviertel Sternschanze einfach alles kann – sogar in die Zukunft gucken.

Wenn die Damen nicht mehr gehorchen

Es sei der Sex gewesen, der sie vor der Entfremdung vom eigenen Körper gerettet habe, erzählt meine Tante. Ich muss schlucken. Sie ist 80, ich habe noch nie mit jemandem Ü60 über Sex gesprochen. Sie aber sagt es mit einer Selbstverständlichkeit, mit derselben, mit der sie mich eben noch gebeten hat, meine Sonnenbrille abzulegen, damit sie mir in die Augen sehen kann.

„Bei mir waren es die Tattoos“, sage ich. „Sie haben mir das Gefühl gegeben, mir diesen Körper zurückzuholen, der mir nicht mehr zu gehören schien.“ Sie nickt. Wir verstehen uns. Wir kommen aus derselben körperlosen Familie.

Ein älterer Mann tritt an unseren Tisch in dem Café am Hohenzollernplatz, wünscht „den Damen“ einen guten Tag – und hat da bereits verloren. Meine Tante hasst das Wort. Dieses Wörtchen, das Frauen zu etwas Gezähmtem degradiert, zu etwas Artigem, Anpassungsfähigem. Trotzdem schenken wir ihm unsere Aufmerksamkeit. „Sie sind schön“, befindet er, nachdem er mich ausgiebig gemustert hat. „Aber Sie sollten aufhören mit den Tattoos. Die werden Sie noch bereuen.“ Meine Tante entgegnet: „Oder auch nicht.“ Kopfschüttelnd zieht er von dannen. *Lilly Schröder*



Berlin-Wilmersdorf
101.100 Einwohner*innen. Weil der Forst Grunewald fast die Hälfte der Gesamtfläche des Stadtteils bedeckt, gibt es hier viel Grün, die Immobilienpreise sind hoch, und überhaupt hat Wilmersdorf den Ruf einer eher gesetzten Gegend.

Wenn man der Nase nach in die Falle tappt

Die offenen Augen sind das eine beim Kräutersammeln im Wald, fast genauso wichtig ist aber die Nase. So haben wir gelernt, dass zwischen den Fingern zerriebene Nadeln der Douglasie nach Orange riechen, die der Fichte hingegen nach Zitrone und Terpentin. Wovon man sich aber nicht täuschen lassen sollte: Aus beiden lässt sich sehr schmackhafter Senf zubereiten.

In kulinarischen Fragen ist so eine Wanderung überhaupt sehr zu empfehlen. Wo sonst bekäme man grüne Holunderkapern in Essig, Birkenzuckerbonbons oder Schnaps aus zerstampften Zwetschgenkernen („falscher Amaretto“ in genau dem richtigen Verhältnis von Blausäure und Alkohol) dargeboten?

Aber zurück zur Nase. Kann das wirklich diese unscheinbare Blüte sein, die hier so sonderbar würzig riecht? Was ist das überhaupt? Riecht schweflig, wie altes Ei. „Verdorbenen Grünkohl“, meint eine, und alle lachen. Angekündigt waren schließlich Melonennoten. „In der Ecke, da müsst ihr ein bisschen vorsichtig sein“, ruft eine andere Teilnehmerin des Bestimmungsspaziergangs plötzlich mit seichtem Schrecken in der Stimme zu uns hinüber – „da hat der Hund vorhin hingeschissen!“ *Jan-Paul Koopmann*



Melle
46.500 Einwohner*innen. Ein beschauliches Städtchen am südlichen Rande Niedersachsens. Zwischen Wiehengebirge und Teutoburger Wald findet sich jede Menge Natur: teils essbar, teils nicht.



Jona Rausch
Begehren de luxe

Die mit uns durch
die Apokalypse
gehen

Als ich vergangenen Sonntag aufwache, dreht sich mir der Magen um. Ich habe mehrere verpasste Anrufe wegen des CSD. Am Samstag war ich so früh schlafen gegangen, dass ich noch nichts mitbekommen habe. „Bist du in Ordnung?“ „Sind du und deine Liebsten in Ordnung?“ Nachricht über Nachricht. Erst dann lese ich, was passiert ist. Der Anschlag auf den CSD, der passiert ist, lässt die Community um mich herum gefrieren.

Am Vormittag quäle ich mich in den Tag. Schon eine Weile übernimmt jene Hoffnungslosigkeit meinen Körper, gegen die ich mich so lange gewehrt habe. Erschöpfend ist das, auch wenn mir meine queeren Geschwister stets Halt geben. Die Einsamkeit, die ein Leben voll Lohnarbeit und Schreiben und Ausbildung und so weiter mit sich bringt, sorgt dafür, dass ich viel Zeit mit mir selbst verbringe.

Wir sind alle so
gelähmt von
dem, was gerade
in der Welt
passiert

Am Nachmittag erreicht mich dann eine Nachricht. „Kleines Treffen im Park, 18 Uhr, gemeinsam trauern.“

Ich zwinge mich wieder aus dem Bett. Wir sind alle so gelähmt von dem, was gerade in der Welt passiert. Es tut weh, dass unseren queeren Geschwistern überall Leid angetan wird, dass sie um ihr Leben bangen, dass sie fliehen müssen. Was Queers seit immer schon erschaffen, sind Räume gegenseitiger Hilfe. Sei es in der Aids-Krise, in der Lesben sich um ihre schwulen Genossen gekümmert haben, oder Trans*-Personen Sexarbeit geleistet haben, um anderen Trans*Geschwistern Wohnraum und Essen bezahlen zu können. Leute, die mich nur vage kennen, schreiben mir.

Trauer ist ein Gefühl, das vielleicht erst einmal überfordern kann, aber wir fühlen es ja alle. Trauer braucht keine Lösung. Wir sind ja nicht einmal an dem Punkt, an dem wir es schaffen, vor anderen zu weinen.

Draußen ist es heiß, die Stimmung gedrückt. Es rauscht der Sommer, aber es ist einem gar nicht nach See, die glühende Hitze in Leipzig lässt buchstäblich die Gleisanlage der Straßenbahn wegschmelzen. An den Wänden prangen Plakate der Leipziger Verkehrsbetriebe: „Lasst uns den Anschluss zum Miteinander nicht verpassen.“

Angekommen beim Treffen – in einem Raum, der für uns ist, um gemeinsam durch die Gefühle zu gehen. Der Staat schützt uns nicht, unsere Geschwister tun es. Wir sitzen still beieinander: erst einmal Überforderung, abwarten. „Niemand organisiert hier das Gedenken. Also nehmt euch den Raum, so zu trauern, wie ihr es braucht.“ Aber was brauchen wir eigentlich? Wie trauern wir miteinander? Das ist kein Gefühl, für das man Lösungen sucht, sondern das wir gemeinsam aushalten. Dann, nach und nach, fangen Menschen an, Lieder zu singen, schreiben Zettel. Wir sitzen beieinander im Kreis. Wir weinen. Wir schauen uns an, schenken uns ein kleines Lächeln. Eine Person, die ich kaum kenne, bietet mir an, mich auf ihren Schoß zu legen. Unsere Herzen bleiben offen, um den Wahnsinn nicht zu verfestigen. Natürlich haben wir als Community viele Konflikte. Wir kennen viel Schmerz, den wir uns auch untereinander zugefügt haben, aber im Endeffekt: Das hier sind die Menschen, mit denen wir durch die Apokalypse gehen.

Nach dem gemeinsamen Trauern gehe ich mit einer engen Freundin zurück zur heißen Straße. Die Trams rattern, Menschen sitzen unter Markisen und trinken Çay. Wenn man sich auf eins verlassen kann, dann auf Queers, die Räume für uns und all jene gestalten, die unter den Gegebenheiten dieser Zeit – der Apokalypse von oben – leiden.

Jona Rausch
sucht in Leipzig ihren Platz

die ortsbegehung

Es fährt kein Schiff nach Nirgendwo

Dank der Fähre „Missunde III“ haben Autos, Fahrräder und Fußgänger:innen eine Möglichkeit, den Ostseearm Schlei zu überqueren – wenn sie denn fährt. Das passiert so selten, dass sich bereits der Ministerpräsident eingeschaltet hat

Aus Brodersby **Esther Geißlinger**

Sie liegt an ihrem Anleger an der Schlei und sieht so harmlos aus: Die Fähre „Missunde III“ ist ein offenes, eckiges Gefährt, bemalt in Blau, Weiß und Rot: Schleswig-Holsteins Landesfarben. Sie ist 34 Meter lang, gut 9 Meter breit, mit Solarpanelen auf dem Dach. Zwei Reihen Autos könnten auf dem leeren, hellgrauen Deck nebeneinander parken, daneben finden Fußgänger:innen und Räder Platz. Das Steuerhaus mit seinen großen Fenstern glänzt in der Sonne. Kaum zu glauben, dass dieses Schiff seit Jahren für Ärger in der Region und Kosten in Millionenhöhe sorgt und bereits zum Star in Satire-sendungen wurde.

Die „Missunde III“ soll, wie zuvor die „Missunde I“ und „Missunde II“, die beiden Ufer der Schlei verbinden. Die Schlei ist ein Ostseearm, „Fjord“ hieße das in Skandinavien, der sich 42 Kilometer ins Landesinnere schiebt und bei Schleswig endet. An ihrer breitesten Stelle misst die Schlei über 4 Kilometer, manchmal ist sie schmal wie ein Fluss. Zwei Brücken führen über das Gewässer, eine für Räder und Autos bei Kappeln, eine für Zugverkehr bei Lindaunis. Die Bahn ist allerdings seit Jahren außer Betrieb, sodass die Reisenden zu Fuß über die Brücke gehen und dort in einen Anschlusszug steigen müssen.

Und es gibt eben die Fähre an einer Engstelle zwischen den Dörfern Brodersby und Missunde. Für Urlauber:innen ist sie eine bequeme Möglichkeit, von A nach B zu kommen. Für die Menschen, die rund um die Schlei le-

ben, in Angeln im Norden und Schwansen südlich des Gewässers, ist die Fähre eine der wichtigsten Verkehrsadern. Wenn sie denn fährt. Was sie mal tut – und dann eben wieder nicht.

An diesem Vormittag im Juli liegt die glänzende „Missunde III“ auf der Nordseite, am Rande des Dorfes Brodersby. Zu diesem Zeitpunkt ist unklar, dass sie wenige Tage später den Betrieb wieder aufnehmen wird. Dann stehen wieder Autos und Räder am Anleger Schlange, doch an diesem Tag herrscht Stille auf der Straße, die zum Fähranleger und der Gaststätte Missunder Fährhaus führt. Schilf wiegt sich im Wind, Enten schwimmen vorbei. Ein Segelboot gleitet durch die Engstelle Bis auf den Ruf einer Möwe ist es still, kein Autolärm, kein Geschirrklappern. Denn die Gaststätte ist zurzeit geschlossen, genau wie das zweite Lokal auf der anderen Seite der Schlei.

Diese andere Seite ist nur 136 Meter entfernt, als könnte man hinüberspucken. Auch die Fahrt dauert nur wenige Minuten: ein Klacks, wenn die Fähre denn fährt.

Probleme über Probleme

An diesem Tag hakt ein Haken nicht richtig ein, mit dem das Schiff am Anleger festmacht. Kurz zuvor war ein Hydraulikschaden aufgetreten. Davor machte ein Antriebsriemen Probleme. Eine Woche zuvor führte die Schlei zu wenig Wasser für den Betrieb. Am Pfingst-wochenende war es schon wieder der Antriebsriemen. Im vergangenen Jahr fiel mehrfach der

Motor aus. Im Januar 2024 stellte sich heraus, dass die neue Fähre zu groß und zu schwer für den Anleger ist, der nachgerüstet werden muss. Dabei waren die Rampen bereits umgebaut worden, was in den Jahren 2023 und 2022 für Störungen im Fährbetrieb geführt hatte.

Alles sollte so schön werden mit der neuen Fähre, die umweltfreundlich mit Solarstrom betrieben wird und auch Busse oder Landmaschinen übersetzen soll. Doch inzwischen dauert das Drama seit gut sieben Jahren und wurde weit teurer als gedacht. Unter anderem, weil zwischenzeitlich die alte und bereits ausgemusterte „Missunde II“ zurückgekauft werden musste. Rund 100.000 Euro legte das Land dafür auf den Tisch. Verkauft hatte es die alte Fähre für 17.500 Euro. Insgesamt, so Schätzungen, soll das Schiff mit den neuen Anlegern und Reparaturen über 5 Millionen Euro kosten – die ersten Planungen waren von 2,5 Millionen ausgegangen.

Die Fähre wird zum Politikum

Inzwischen fordert das Land Schadensersatz von der Konstruktionsfirma. Der Betreiber des Hafens Brodersby erwägt wiederum eine Klage gegen das Land, weil der Tourismus unter den Fährausfällen leidet. Bürgermeister schrieben wütende Briefe an die Regierung. Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) reiste kürzlich an, um die Lage zu beruhigen und sich zu entschuldigen. Der aktuelle Plan der Landesregierung lautet: durchhalten und weiterma-

chen in der Hoffnung, dass die ewigen Probleme mit der Fähre bald gelöst sind.

Aber ob das je der Fall sein wird? Rüdiger Jöns, der Pächter der „Missunde III“, hält das Schiff generell für zu groß, zu schwer und zu sperrig für die Schleienge, das habe er bereits frühzeitig gesagt, berichtet er. Selbst bei optimalen Verhältnissen sei es schwierig, das Gefährt sicher und schnell auf die andere Seite zu steuern. Jöns überlegt, wie lange er noch wirtschaftlich durchhält. Auf die Frage, ob sich dann wohl ein neuer Pächter fände, zuckt er nur mit den Schultern.

.....

Nix wie hin

Die Besonderheit

Der Ostseearm Schlei gehört zu den schönsten Urlaubsregionen in Schleswig-Holstein und bietet zahlreiche Möglichkeiten zum Baden, Radeln und Segeln. Vom Ostseebad Eckernförde bis zum Naturpark Hüttener Berge gibt es hier viel zu erleben.

Das Zielpublikum

Urlauber:innen, die es auch mal ruhiger mögen. Die Region ist nicht übermäßig dicht besiedelt und auch von Tourist:innen nicht überlaufen.

Hindernisse auf dem Weg

Die Fähre, die nicht fährt. Denn wer auf die andere Seite der Schlei wechseln möchte, muss darum weite Umwege über Schleswig oder über Kappeln in Kauf nehmen.

.....

Da jetzt rüber
kommen mit
der Fähre, das
wäre schön
Illustration:
Jeong Hwa Min



Wieder der Schmerz

Der Anschlag beim Berliner CSD erschüttert auch Münster. Die Stadt, wo vor vier Jahren der trans Mann Malte C. beim CSD tödlich verletzt wurde. Gerade bereitet man sich auf die Parade Mitte August in Münster vor

Aus Münster **Lilly Schröder**

Von der gotischen Fassade des sandfarbenen Rathausgebäudes weht am Mittwoch keine Pride-Flagge mehr. Von der Mahnwache vom Vortag für das CSD-Attentat in Berlin sind nur noch ein paar vertrocknete Blumen im Rathausinnenhof übrig und ein Schild mit der Aufschrift: „Ihr seid nicht allein“. „Für viele ist der Angriff auf den CSD in Berlin retraumatisierend“, sagt Leonie Dietz. Auch sie trifft die Gewalttat schwer. Ihre feuerroten Locken trägt die 27-jährige kurz, ein Piercing steckt an ihrer Augenbraue, eins an der Nase.

Dietz ist Teil des Münsteraner CSD-Orgateams, und sie hat 2022 auch das Awarenessnetz NRW mitgegründet. In jenem Jahr war am Rande des CSDs in Münster der 25-jährige trans Mann Malte C. von einem Mann tödlich angegriffen worden. Der Täter hatte zuvor laut Polizei mehrere Umzugsteilnehmer*innen als „lesbische Hure“ beschimpft und war drohend auf sie zugegangen. Malte C. habe sich schützend vor sie gestellt, daraufhin habe ihn der Angreifer zweimal unvermittelt gegen den Kopf geschlagen. C. verstarb sechs Tage später an den Folgen eines Schädelhirntraumas.

Der Täter war ein 20-jähriger, wegen Körperverletzung vorbestrafter, drogen- und alkoholsüchtiger geflüchteter Mann aus Tschetschenien, der selbst schwul ist. Das Landgericht Münster verurteilte ihn zu fünf Jahren Jugendstrafe. Queerfeindlichkeit wollte das Gericht in der Tat jedoch nicht erkennen.

„Wieder hier zu stehen, wieder Blumen niederzulegen, wieder zu sehen, dass jemand sein Leben wegen Queerfeindlichkeit und Hass lassen musste, tut richtig weh“, sagt Dietz. Am Samstagabend war ein 21-jähriger im Berliner Tiergarten in unmittelbarer Nähe zum CSD

absichtlich in eine Menschenmenge gefahren. Eine Frau starb, 31 Personen wurden verletzt. Der mutmaßliche Täter, Abdul B., der am Sonntagabend bei einem Polizeieinsatz erschossen wurde, war den Behörden bereits bekannt und als islamistischer Gefährder eingestuft.

Leonie Dietz sieht erschöpft aus. „Wir waren zwei Nächte wach“, erzählt sie. Als sie und ihre Gruppe nachts vom Attentat erfuhren, seien sie direkt nach Berlin gefahren. Um 5 Uhr morgens seien sie angekommen und hätten direkt die Mahnwache vor dem Brandenburger Tor mitorganisiert, am Dienstag dann die in Münster.

Am 15. August findet in der 300.000-Einwohner*innen-Stadt, in der 1972 die erste Homosexuellendemos der Bundesre-

„Wieder zu sehen, dass jemand sein Leben wegen Queerfeindlichkeit und Hass lassen musste, tut richtig weh“

Leonie Dietz, Münsteraner Orgateam

publik stattfand, der diesjährige CSD statt. Das Motto: „Die Würde jedes Menschen ist unantastbar.“ Dis Organisator*innen rechnen mit 10.000 bis 12.000 Besucher*innen. Wie geht eine Stadt und eine Community, die mit dem Angriff auf Malte C. schon queerfeindliche Gewalt bei einem CSD erlebt hat, mit der erneuten Gewalttat um?

„Wir haben nach dem Mord an Malte gelernt, dass wir uns gegenseitig halten und unterstützen müssen, wenn das System es gerade nicht kann“, sagt Dietz. Davon würden sie jetzt profitieren. „Auf Signal, WhatsApp und Telegram fragen gerade viele: Was braucht ihr? Wo braucht ihr Unterstützung? Wie geht es dir?“ Wer Redebedarf hat, kann ins A.Cat kommen, die einzige offen queere Bar in Münster, oder sich an die Hotline des Awarenessnetzes wen-

den. „Seit einigen Tagen steht unser Telefon nicht mehr still“, berichtet Dietz. Privatpersonen würden anrufen, aber auch Institutionen, die Schulungen über Gewaltschutz und Awarenesskonzepte anfragen.

Gegründet hat sich das Awarenessnetz, das Awarenesskonzepte für queere Veranstaltungen entwickelt und Schulungen anbietet, in Reaktion auf den Mord an Malte C. „Ich musste irgendwo hin mit dieser Trauer und der Wut“, erzählt Dietz. „Ich konnte nicht glauben, dass das passiert, vor allem in Münster, wo wir so viel gute Präventionsarbeit leisten.“

Rückblickend habe am meisten geholfen, die Trauer und Wut in Aktionismus zu stecken, so Dietz. „Die Community hat sich schnell mobilisiert, offene Treffs und Beratungen angebo-

ten und über Gewaltschutzkonzepte gesprochen.“ Sie hätten sich über Landesgrenzen hinweg vernetzt, kleinere CSDs auf dem Land unterstützt und seien mit dem Amt für Gleichstellung in den Dialog gegangen. 2025 wurde der Aktionsplan LSBTIQ+ Münster beschlossen, mit dem jetzigen Grünen-Oberbürgermeister Tilman Fuchs, von dem sich die Community sehr gesehen fühle, gäbe es viele Vernetzungstreffen. „Auch mit der Polizei gibt es inzwischen eine enge Zusammenarbeit“, sagt Dietz. Vor 2022 habe es wenig Austausch gegeben.

Antonia Linnenbrink, Sprecherin der Polizei Münster, bestätigt das: „Die Stimmung war eiskalt“, erinnert sie sich an den ersten runden Tisch nach dem Mord an Malte C. „Wir dachten, wir sind eine offene Institution, mussten aber feststellen, dass



Queere Sichtbarkeit: Am Hafenplatz in Münster markiert ein Regenbogen den Weg
Foto: Jochen Tack/imago

die Community das nicht spürt.“ Seitdem hat sich viel getan: Einmal jährlich findet ein runder Tisch statt, es gibt interne Sensibilisierungsschulungen zu Diversität, zudem wurden zwei Queerbeauftragte in der Polizei eingerichtet. Außerdem gibt es regelmäßige Dialogformate mit der Community, die Polizei kommentiere aktiv zu queeren Themen und hisse an bestimmten Tagen die Prideflagge. „Dafür bekommen wir nicht nur positive Resonanz“, sagt Linnenbrink. „Uns bläst auch ein krasser Wind entgegen.“

Dieser Eindruck entsteht nicht, schlendert man durch die beschauliche Studierendenstadt. Straßenlaternen sind großflächig mit Pridestickern bedeckt, Ampelmännchen zeigen gleichgeschlechtliche Paare in rot und grün, über den Hafenplatz, wo Malte C. attackiert wurde, zieht sich ein einhundert Meter langer Regenbogen-Streifen.

Aber, erzählt Dietz, sobald man die Bubble, in der viel Solidarität herrsche, „wird man bespuckt, beleidigt, gecatcalled“. Die Zahl der registrierten queerfeindlichen Straftaten stieg nach Angaben des Landeskriminalamts Nordrhein-Westfalen von 86 Fällen im Jahr 2022 auf 284 Fälle im Jahr 2025. Bundesweit wurden nach Angaben des Bundeskriminalamts 2025 2.377 queerfeindliche Straftaten registriert – fast doppelt so viele wie noch drei Jahre zuvor. Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen.

Die Sicherheitsmaßnahmen rund um den CSD in Münster wurden nach dem Angriff auf Malte C. verschärft: mehr Polizei, mehr abgesperrte Straßen, mehr Awarenesspersonal und Ordner*innen. Nach dem Atten-

tat in Berlin wird für den CSD in zwei Wochen weiter aufgestockt, so Polizeisprecherin Linnenbrink. Grundlage dafür sei eine fortlaufende Gefährdungsbeurteilung des Staatsschutzes, an die sich die Maßnahmen jeweils anpassen.

„Ich wünsche mir, dass Menschen sich trotz der Umstände möglichst sicher fühlen, sichtbar sind und wirklich zusammenhalten“, sagt Dietz. Das Supportnetz in Münster sei sehr beeindruckend und berührend. Daran müssten sie sich gerade festhalten, denn die Wut auf das System, das queere Menschen nicht schütze, sei groß. „Dass die Tat politisch instrumentalisiert wird, ist doppelt bitter, weil damit Hass und Rassismus geschürt wird.“

Das schürt nicht nur bei Leonie Dietz Unmut. „Manche Jugendlichen regen sich über die politische Instrumentalisierung der Tat auf“, sagt Yannick Janßen. „Andere sind sichtbar mitgenommen, und für wieder andere ist das, was in Berlin geschehen ist, sehr fern.“ Janßen sitzt auf einem Sofa im Track, einem LSBTI+-Jugendzentrum und einer Beratungsstelle für Queere. An der Decke hängt eine Transflagge und eine Girlande mit Pridefähnchen. „Das war damals bei Malte auch so. Viele Verarbeitungsprozesse funktionieren unterschiedlich“, sagt Janßen. Im Track soll Platz für jede Form des Umgangs sein.

Nina Kleeberg vom Verein Trans*-Inter*-Münster möchte ähnliches für ihre Community anbieten. Sie sitzt Janßen gegenüber – dass er sie trotz kürzester Vorlaufzeit spontan zum Gespräch dazugeholt hat, zeigt, wie eng die Strukturen in Münster miteinander vernetzt sind. „Es nimmt einige ziemlich mit, es

ist eine generelle Angst und Verunsicherung zu verspüren“, berichtet Kleeberg. Jetzt brauche es – genau wie nach dem Angriff auf Malte C. – Rückhalt aus der Community, aber auch aus der Zivilgesellschaft und der Stadt.

Damals hatte sich innerhalb kürzester Zeit das Bündnis gegen Queer- und Transfeindlichkeit gegründet, in dem sich erstmals queere und Antifa-Orgas vernetzten. Sie hätten Kontakt mit dem Boxklub aufgenommen, in dem der Täter von Malte C. aktiv war, und gefragt, was sie brauchen. „Wir haben auch einen offenen Brief an die Zivilgesellschaft geschrieben, dass wir Rückhalt aus der Stadt brauchen, auch wenn es sie nicht direkt betrifft“, berichtet Janßen. Das sei auf großes Interesse gestoßen, auch wenn die finanziellen Mittel nicht immer da seien.

Kleeberg ergänzt: „In den Verwaltungen liegen überall Broschüren zu queeren Themen aus, und die Mitarbeiter*innen sind sensibilisiert. Da ist Münster schon eine Ausnahme“, so die trans Frau. Auch die Bürger*innen seien offen. Die Grundeinstellung sei: „Leben und leben lassen.“

Dennoch hat die Community klare Wünsche: „Ein aufrichtiges Interesse daran, die Bedürfnisse von queeren Menschen zu sehen, mehr Schutzstrukturen und Gelder dafür“, sagt Leonie Dietz. Sie fordert außerdem, dass das Verbot von Diskriminierung aufgrund von Queerness in das Grundgesetz aufgenommen werden müsse. Dafür geht sie am 15. August auf die Straße.

Nina Kleeberg begrüßt, dass der CSD in Münster trotz des Anschlags in Berlin wie geplant stattfindet. „Wir dürfen uns nicht verstecken“, sagt sie.

WUTZROCK

3 TAGE OPEN AIR FESTIVAL
EICHBAUMSEE ALLERMÖHE

7.-9. AUGUST 2026

★ UMSONST & DRAUSSEN ★

LIVEMUSIK / KINDERFEST
POETRY-SLAM / INFO-STÄNDE

Staatliche Museen zu Berlin
Preußischer Kulturbesitz

arte Sommer Kino

17. Juni – 28. August
Kulturforum Berlin

KLAPPE AUF FÜR ALLE!

Nur noch drei Wochen
bis zum Spielzeitbeginn!

Start am 28. August

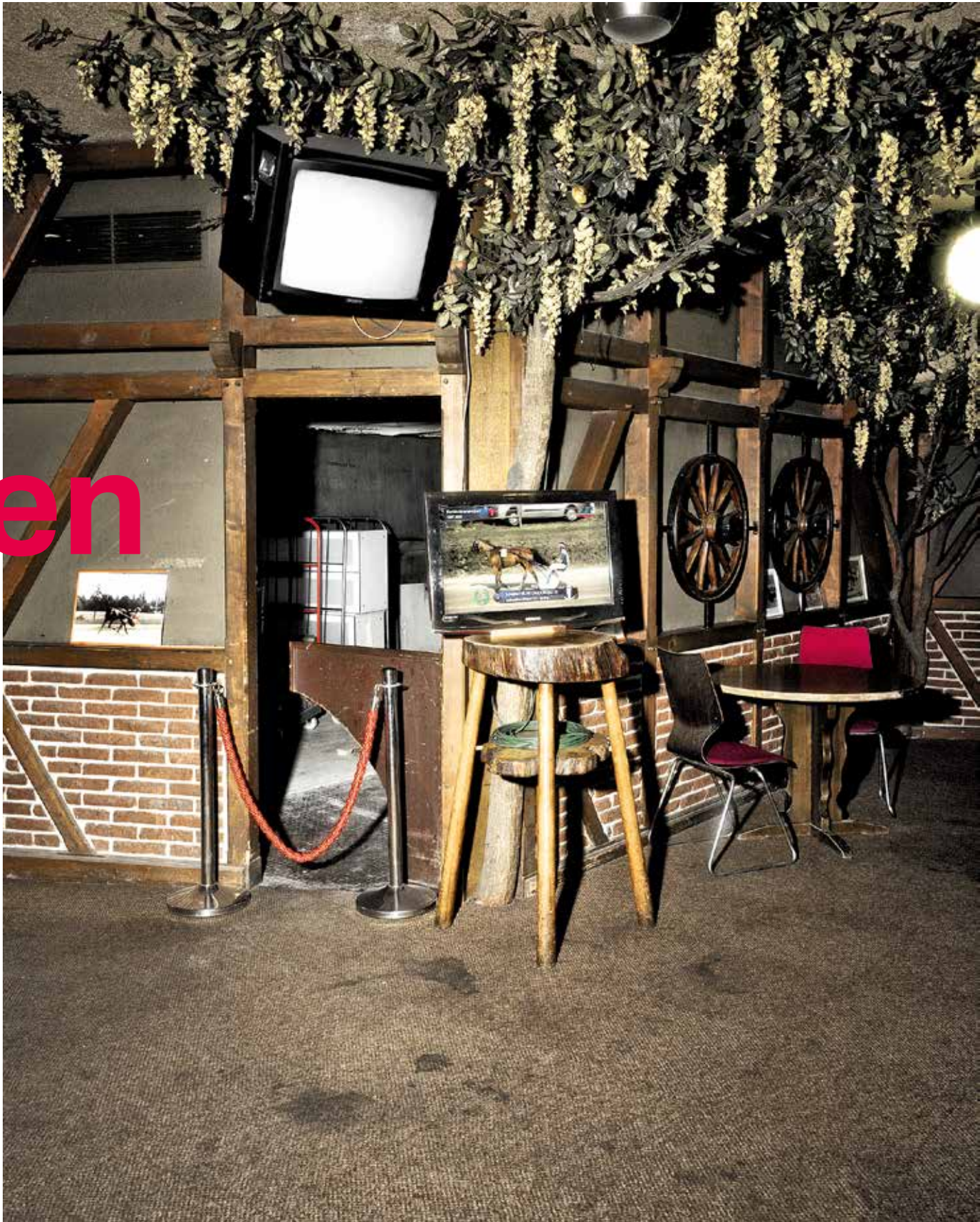
Wir sind in der Spielzeitpause. In dieser Zeit können Karten online gebucht werden unter:
www.grips-theater.de

Anzeigen

Noch im Rennen

Ohne Wetten läuft hier wenig, natürlich geht es im Pferdesport ums Geld. Seine besten Jahre aber hat er wohl hinter sich. Ein Besuch der Trabrennbahn Mariendorf in Berlin, kurz vor dem Deutschen Traber-Derby im August

Aus Berlin **Nina Schieben** (Text) und **Toni Petraschk** (Fotos)



Rustikales Ambiente in Mariendorf, wo man drinnen auch gucken kann, was draußen auf der Trabrennbahn so läuft...

Obwohl das erste Rennen noch eine Stunde hin ist, hat Hubertus Gasch seine Aufgaben fast schon alle erledigt. Vor ihm, auf dem weißen Plastiktisch, an dem er in der ersten Reihe mit bester Sicht auf die Rennbahn sitzt, liegen neben einem kleinen Fernglas ein Kugelschreiber und ordentlich aufeinandergelegte Papierblätter, auf denen es vor kleingedruckten Zahlen nur so wimmelt. „Die Starterliste“, sagt Gasch. Wenn man an diesem Abend hier auf der Trabrennbahn in Berlin-Mariendorf die ein oder andere Wette abschließen und dabei auch ein paar Euro gewinnen möchte, geht es ohne diese Liste eigentlich nicht. Nur: Der Pferderennsport und das Wettgeschäft sind eine Welt für sich, es geht um Quoten, Prognosen, Wahrscheinlichkeiten. Und wer diese Liste durchdringt, ist ein Kenner.

Seit 1913 gehen in Mariendorf Pferde an den Start. Sie ziehen ein zweirädriges Gespann, den Sulky, hinter sich, auf dem eine Fahrerin oder ein Fahrer sitzt, und traben auf der 1.200 Meter langen Bahn um die Wette. Die eigens dafür gezüchteten Pferde, Traber genannt, zeichnen sich dadurch aus, dass sie auch bei hohem Tempo die gesamte Distanz im Trab bleiben können. Wer dann doch aus Versehen in den Galopp fällt, wird disqualifiziert. Und da wären wir auch schon beim Galopprennen, das mit vielen populärkulturellen Bildern wohl die bekanntere Variante des Pferderennsports ist mit den Jockeys, die halb hockend auf ihren Pferden nach vorne preschen und von einer schicken Gesellschaft mit auffälligen Hüten auf den Tribünen angefeuert werden.

Doch egal, ob getrabt oder galoppiert wird, um den Sport allein geht es dabei nie. Sondern: ums Wetten. Um Geld.

Hubertus Gasch hat die Starterliste bereits ein paar Tage zuvor zu Hause ausgedruckt, so wie er es immer tut. Er hat sie sorgfältig durchgesehen und für jedes der acht Rennen an diesem Samstagabend in Mariendorf Kreuze neben den Pferden gemacht, auf die er setzen will. Den Wettschein allerdings füllt er erst kurz vor dem jeweiligen Rennen aus, für den Fall, dass er sich doch noch umentscheidet. „Das Bauchgefühl muss stimmen“, sagt Gasch. „Ob dein Pferd dann aber als erstes ins Ziel einläuft, ist am Ende immer auch Glückssache.“

Auf die Frage, wann er sein erstes Trabrennen gesehen habe, lacht Gasch nur. „Das ist lang her.“ Als Kind ging er jeden Sonntag mit seinem Vater zur Trabrennbahn in Mariendorf, manchmal auch unter der Woche. An einem

Renntag traf man dort Leute aus der Nachbarschaft, die Kinder liefen auf der Wiese rum, die Erwachsenen setzen ein paar Mark auf ihre Favoriten, man fieberte mit und ging abends nach Hause. Bis heute hat sich das nicht groß verändert: Ein Renntag ähnelt einem Volksfest, auf dem es für kleines Geld Schrippen mit Bratwurst und Leberkäse gibt und die Kleinen auf der Hüpfburg toben.

Und doch blickt Hubertus Gasch, vor kurzem 90 Jahre alt geworden, auf eine kleine Ewigkeit zurück. Er kennt die Mariendorfer Rennbahn vor dem Zweiten Weltkrieg und danach, ihren

Glanz in den 1970er und 80er Jahren genauso wie ihren Überlebenskampf nach der Wende. Er kennt die besten Tage, „als es so voll hier war, dass man anderen auf die Füße getreten ist“, als man an den Schaltern noch Schlange stehen musste, um eine Wette abzugeben. Und er kennt die Jahre, in denen das Internet aufkam, so dass man gar nicht mehr nach Mariendorf gehen muss, um die Rennen zu sehen und darauf zu wetten, sondern das alles bequem von zu Hause aus machen kann am Rechner.

All das erzählt die Trabrennanlage in Mariendorf, das Gestern und das Heute. Und man sieht der Anlage den Wandel der Zeit auch an: am etwas abgeblätternen Glanz des mehrstöckigen Haupttribünenhauses, getragen von schwerem grauem Beton und einer gläsernen Panoramafront zur Rennbahn hin. Das, was vor ein paar Jahrzehnten als modern galt und dem heute ein nostalgischer Retroflair anhaftet. Tische mit roten Plastiktischdecken, dunkle Holzfässer als Stehtische, an den Wänden gerahmte Bilder der Traber-Champions. Über die Monitore flimmern Quoten, Starterlisten und was da draußen gerade auf der Rennbahn passiert.

„Dit hier ist unser Stammplatz“, Liane Gasch setzt sich neben ihren Mann Hubertus, sie hat zwei Stück Kuchen besorgt, Käse und Apfel. Aus ihrem Rucksack zieht sie eine Folie mit einem halben Dutzend rotweißer Wettscheine. „Durch den hier“, sagt sie und stübst ihren Mann an, „bin ich zum Trabrennsport gekommen.“ Sie leben schon lange in Berlin-Tempelhof, weit bis nach Mariendorf haben sie es von dort nicht.

Inzwischen sind es nurmehr wenige Minuten bis zum ersten Rennen, die beiden müssen ihre Wettscheine noch ausfüllen. „Wir gucken uns nicht gegenseitig in die Karten“, sagt Liane Gasch, „muss jeder für sich entscheiden.“ Sie selbst setzt eine Siegwette auf Pedro Beuckenswijk, so heißt das Pferd, Startnummer 5. „Chancenvoll“ lautet die offizielle Vorhersage des Berliner

Trabrenn-Vereins, die vor dem Rennen ausgegeben wird. Hubertus Gasch greift nun ebenfalls zu Kugelschreiber und Wettschein, er schwankt noch zwischen Siegwette oder Platzwette – es wird ebenfalls die Siegwette mit 10 Euro auf Victus, Startnummer 2, der Favorit unter den sieben Startern. Liane Gasch sammelt die Wettscheine ein, zieht noch zwei Zehner aus ihrem Portemonnaie und macht sich auf zu ihrem „Lieblingsmensch“, wie sie sagt: einem der Mitarbeiter, der in einem Rondell die Wettscheine entgegennimmt.

Als Berlin noch geteilt war, ging man im Westen nach Mariendorf zum Trabrennen, im Osten nach Karlshorst oder für Galopprennen knapp über die Stadtgrenze im Brandenburgischen nach Hoppegarten. Diese beiden Rennbahnen sind bis heute in Betrieb, wenn auch mit deutlich weniger Renntagen als in Mariendorf. Liane und Hubertus Gasch schauen gelegentlich auch dort vorbei, doch dasselbe Erlebnis sei es nicht. Das hat vor allem mit den Leuten zu tun. In Hoppegarten seien „mehr so die Geldmenschen“, in Karlshorst sei man „eher so unter sich“. Das offene Miteinander, sagt Liane Gasch, finde sie halt nur in Mariendorf. Denn neben dem Spaß an den Rennen steht für sie das Gesellige im Vordergrund. „Um das Geld geht es uns nicht“, sagt auch Hubertus Gasch. Bei einer Prämienausspielung hätten sie einmal 7.000 Mark gewonnen, ein einziges Mal sei das in dieser Größenordnung vorgekommen. „Es gibt welche, die verwetten Hunderte Euro an einem Abend“, sagt Liane Gasch. Sie spricht dann von „den Zockern“, zu denen sie sich nicht zählt. „Wenn du mehrere Rennen hintereinander verlierst, dann machst du den Geldbeutel zu und hörst auf“, steht auch für Hubertus Gasch fest, das ist Teil seiner Wettpsychologie. Heißt: Spaß ja, aber übertrieben wird nicht.

Dem Trabrennsport wird nachgesagt, traditionell die bodenständigere und weniger exklusive Variante des Pferderennsports zu sein. Man braucht

Mit den Wetten erst auf Trab gebracht

Der Trabrennsport

Die ersten Trabrennen wurden Anfang des 19. Jahrhunderts am Rande von Jahrmärkten in den USA ausgetragen, später verbreitete sich der Sport auch in Westeuropa. Anders als beim Galopprennen ziehen die Pferde einen zweirädrigen Sulky, auf dem der*die Fahrer*in sitzt, und traben auf der Rennbahn zwischen 1.600 und 2.500 Metern um die Wette. Über Jahrzehnte hinweg genoss der Trabrennsport auch in Deutschland die Beliebtheit eines Volkssports. Das erste Trabrennen fand hierzulande 1893 in Mönchengladbach statt. Wetten gehörten von Anfang an dazu. Mit dem Aufkommen des Internets und der Verbreitung von Sportwetten auf Onlineplattformen geriet der Trabrennsport jedoch in eine schwere wirtschaftliche Krise. In der Folge mussten viele traditionsreiche Rennbahnen in Deutschland schließen. Heute fristet der Trabrennsport ein Nischendasein. Betreiberinnen von Pferderennanlagen sind auf zusätzliche Einnahmequellen angewiesen, um sich wirtschaftlich über Wasser zu halten.

Das Wettgeschäft

Bei einem Pferderennen – ob Trab oder Galopp – wird die Wette traditionell auf einem Wettschein eingetragen und an der Kasse abgegeben. Seit sich das Wettgeschäft zunehmend ins Internet verlagert hat, lassen sich Pferderennen weltweit im Livestream verfolgen und Wetten mit nur wenigen Klicks platzieren. Bei Pferderennen werden im Schnitt zwei Drittel der Wetten online abgeschlossen, nur noch ein Drittel direkt auf der Rennbahn. Ein Großteil der Wetteinnahmen im Pferderennsport fließt in einen gemeinsamen Topf, aus dem Gewinnausschüttungen und Preisgelder finanziert werden. Für die Betreiber*innen von Rennbahnanlagen bleibt davon nicht viel übrig. Im Vergleich zu Sportwetten spielen Pferdewetten in Deutschland nur eine geringe Rolle: Von rund 1,9 Milliarden Euro Bruttospielerträgen bei Sportwetten entfielen im Jahr 2025 etwa 40 Millionen Euro auf Pferdewetten. Anders sieht es in Frankreich, England oder den USA aus: Dort werden jährlich mehrere Milliarden Euro bzw. Dollar auf Pferdewetten gesetzt.

keine großen Scheine, um eine Wette zu platzieren: In Mariendorf geht das ab 2 Euro, auf anderen Rennbahnen sogar schon ab 50 Cent. Und wer sich an diesem Samstagabend umsieht, entdeckt unter den wenig Hundert Gästen überwiegend Menschen im Alter der Gaschs – Rentnerinnen und Renter – dazu einige Familien und eine kleine Gruppe von Leuten um die 30. Ein Publikum mit aufwendigen Hüten und extravaganteren Kostümen sucht man vergeblich, vertreten ist vielmehr der Typ Jeans und Karohemd.

„Es stimmt schon, dass sich der Trabrennsport eher die Mittelschicht aussucht oder die Mittelschicht den Trabrennsport“, sagt auch Isabelle Bucher, Betriebsleiterin der Trabrennbahn Mariendorf, am Telefon. „Wir haben zum Beispiel viele Besucherinnen und Besucher, die im Handwerk tätig sind. Uns ist wichtig, dass jeder mitmachen kann.“ Dass Galopprennen überwiegend ein wohlhabendes Publikum anziehen, sei heute zumindest in Berlin nicht mehr so ausgeprägt wie früher,

Der Trabrennsport hat aber auch ein Nachwuchsproblem, in doppelter Hinsicht: bei den Menschen, die den Sport professionell ausüben wollen, und beim Publikum. Denn unter den regelmäßigen Besucherinnen und Besuchern sind nicht wenige, die familiär dem Sport verbunden sind, weil schon Eltern oder Großeltern aktiv waren. Bei Isabelle Bucher ist das nicht anders. „Ich bin reingeboren in den Trabrennsport, mein Vater war 45 Jahre lang Trabrenntrainer in Mariendorf, ich bin selbst mit einem Trabrennfahrer liiert“, erzählt sie. Mit der Nachwuchsförderung sei es allerdings schwierig. Das liege nicht nur an der unzureichenden Förderung des Sports, sondern auch daran, dass der Beruf als Fahrerin oder Fahrer sehr zeitintensiv und körperlich anstrengend sei. „Man muss bereit sein, bei Wind und Wetter, sieben Tage die Woche fürs Pferd da zu sein“, sagt Bucher. Zudem kommen hohe laufende Kosten für die Unterbringung, Pflege und das Training des Pferdes sowie für die vielen Reisen

... und was in Mariendorf läuft, weiß immer auch der Rennbahn-Moderator Nicolai Laaser



So sollte es dann keine Nachwuchssorgen beim Trabrennsport geben

sagt Bucher, die Besucherstruktur in Mariendorf, Karlshorst und in Hoppegarten habe sich angeglichen.

Die Zeiten, in denen sich der Pferderennsport sein Publikum aussuchen konnte, sind ohnehin lange vorbei. Beim Trabrennsport zeigt sich das noch deutlicher als beim Galopprennsport. Von der tiefen wirtschaftlichen Krise in den 1990er Jahren haben sich nicht alle Rennbahnen erholt. Viele traditionsreiche mussten schließen, allein in Nordrhein-Westfalen sind heute von neun nur noch zwei übrig.

Gründe für den Popularitätsverlust gibt es mehrere, manche davon lassen sich mit dem normalen Lauf der Zeit erklären: der gesellschaftliche und demografische Wandel, in Berlin und den östlichen Bundesländern kam die Wende hinzu. „Das Angebot an Ausflugs- und Freizeitmöglichkeiten ist danach immens gewachsen“, sagt Bucher, die Menschen fuhren an den Wochenenden hinaus, wollten Neues entdecken. Und nicht nur die Besucherströme blieben der Mariendorfer Rennbahn fern, sondern auch ein Großteil der Traineerinnen und Trainer zogen mit ihren Pferden nach Brandenburg, wo es mehr Höfe und Platz für die Tiere gab. Standen vor der Wende um die 900 Pferde in den Ställen auf dem Gelände, sind es heute nur noch 21. Mehr Kapazitäten habe die Anlage auch nicht, um sicherzustellen, dass „alle tierwohlgerecht versorgt sind. Das ist uns auch sehr wichtig“, sagt Bucher. Mit seiner Stadtrandlage hat es Mariendorf zudem schwer, mit Großveranstaltungen im Berliner Zentrum zu konkurrieren.

von Rennen zu Rennen, auch auf internationaler Bühne.

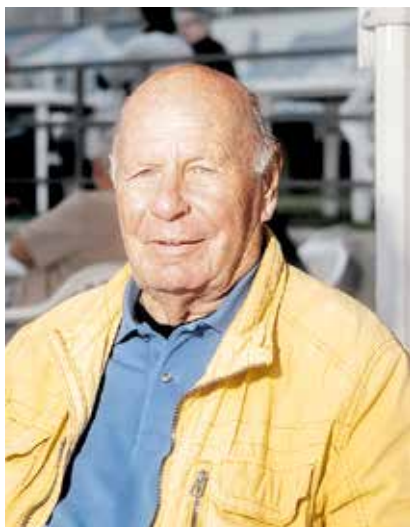
Allein mit dem Trabrennsport lässt sich heute kaum noch ein breiteres Publikum anlocken, das weiß auch Jürgen Saalfrank, Geschäftsführer der Trabrennbahn Mariendorf. „Die Gastronomie muss stimmen, das Ambiente muss stimmen, für jede Zielgruppe muss etwas dabei sein“, sagt er. „Wenn alle einen schönen Tag hatten, am Abend zufrieden nach Hause gehen und wiederkommen, dann haben wir einiges richtig gemacht.“ Wie viele große Anlagen, die sich mit ihrem ursprünglichen Zweck wirtschaftlich nicht mehr tragen, hat sich auch die Trabrennbahn zu einer Eventlocation entwickelt. Sie ist moderner geworden, mit eigenem Cateringbetrieb,

hellerem Licht und Pastelltönen – zumindest gilt das in Mariendorf für das Teehaus und das Stallcasino, Räumlichkeiten, die sich ein wenig abseits der Tribünen befinden. Sie können für Hochzeiten, Geburtstage, Weihnachtsfeiern und Firmenevents gemietet werden, an manchen Renntagen werden auch Führungen über das Gelände, Probefahrten im Sulky und Ponyreiten für Kinder angeboten.

Dass die wirtschaftliche Situation der Mariendorfer Rennbahn im bundesweiten Vergleich einigermaßen stabil ist, verdankt sich wesentlich ihrem Besitzer, dem Geschäftsmann Ulrich Mommert. Im Jahr 2004 kaufte er das damals wirtschaftlich am Boden liegende Gelände. Mommert, der mit seinem österreichischen Autozulieferunternehmen ein Vermögen verdiente, ist dem Trabrennsport seit Langem verbunden, als Vizepräsident des Hauptverbands für Traberzucht, als Besitzer zahlreicher Pferde und einst aktiver Fahrer auf Amateurniveau.

Der Rennbahn in Mariendorf kommt außerdem zugute, dass es seit 1952 Austragungsort des prestigeträchtigen Deutschen Traber-Derbys ist, das auch in diesem Jahr wieder am ersten Augustwochenende startet und sich auf fünf Tage verteilt. Dann platzen nicht nur die Tribünen aus allen Nähten, sondern es werden auch höhere Wettumsätze und Preisgelder in Höhe von mehreren 100.000 Euro erreicht.

Doch die einschneidendste Veränderung für den Pferderennsport ist der Aufstieg des Online-Wettmarkts, der sich in den frühen Nullerjahren etablierte. Anders als Fußball, Tennis oder Eishockey lebt der Pferderennsport vom Wettgeschäft. Doch was bedeutet das, wenn sich das Wettgeschäft von der Rennbahn ins Internet verlagert?



Hubertus Gasch



Liane Gasch

” Von der tiefen wirtschaftlichen Krise in den 1990er Jahren haben sich nicht alle Rennbahnen erholt. Viele traditionsreiche mussten schließen

„Es stimmt, dass die Wettumsätze weniger geworden sind, vor allem auf der Bahn haben wir über die letzten Jahrzehnte einen deutlichen Rückgang erlebt. Trotzdem bleiben sie für uns essenziell“, sagt Saalfrank. Von den Erlösen werden in Mariendorf Preisgelder und Gewinnausschüttungen finanziert.

„Wenn wir im Schnitt pro Rennen auf 10.000 bis 15.000 Euro Wettumsatz kommen, liegt das im normalen Bereich“, sagt Saalfrank. An jenem Samstagabend in Mariendorf liegt der Gesamtumsatz bei gut 81.000 Euro. Rund ein Drittel davon wird auf der Bahn umgesetzt, zwei Drittel entfallen auf Onlinewetten. Viel bleibt von den Wetteinnahmen für die Trabrennvereine nicht übrig: Rund 70 bis 80 Prozent gehen als Gewinnausschüttungen an die Wettenden, der Rest entfällt auf Wettsteuern, Wettanbieter und Rennvereine.

Klickt man sich durch Trotto, das Wettportal des Berliner Trabrennvereins, oder Wettstar, wo sich Pferderennen nicht nur aus Mariendorf und Karlshorst, sondern auch aus Paris, York, Kilbeggan, Delaware Park, Charlottetown, Aarhus und vielen anderen Orten weltweit im Stream verfolgen lassen, bekommt man ein Gefühl dafür, warum für viele der Weg zur Rennbahn überflüssig geworden ist. Es braucht nur ein paar Mausklicks, die Wette ist schnell mit der Karte oder PayPal bezahlt. Kein Anstehen am Kassenschalter, kein Wettschein, den man ausfüllen

len und kein Bargeld, an das man denken muss.

Wer trotzdem noch nach Mariendorf kommt, sucht etwas, das der Bildschirm nicht liefern kann: das Erlebnis vor Ort. Auch die Gaschs schauen manchmal auf diesen Portalen vorbei, „nur so zum Spaß“, wie Liane Gasch sagt. Am Rennabend in Mariendorf, kurz bevor das erste Rennen losgeht, scrollt sie über den Bildschirm ihres Handys. „Guck, ich hab in Schweden gewonnen“, sagt sie und hält es ihrem Mann hin, dann packt sie es wieder weg und blickt nach vorne auf die Rennbahn.

Wie klein der Pferdewettmarkt im Vergleich zu den Sportwetten ist, zeigen die Zahlen der Gemeinsamen Glücksspielbehörde der Länder (GGL). Der gesamte deutsche Glücksspielmarkt erreichte im Jahr 2025 Bruttospielerträge von rund 14,4 Milliarden Euro. Etwa 1,9 Milliarden Euro entfielen auf Sportwetten, die überwiegend online abgeschlossen wurden. Pferdewetten kamen dagegen lediglich auf rund 40 Millionen Euro, die Hälfte davon im Internet.

Summen in schwindelerregender Höhe dürften in den offiziellen Statistiken erst gar nicht auftauchen, weil sie bei illegalen Wettanbietern umgesetzt werden. Die GGL schätzt, dass rund ein Viertel des Glücksspielmarktes illegal ist, der Deutsche Sportwettenverband (DSWV) spricht hingegen von rund der Hälfte. Besonders deutlich dürfte das beim Fußball werden, der den Sportwettenmarkt weltweit dominiert. Allein für die gerade zu Ende gegangene Fußball-Weltmeisterschaft rechnete der DSWV mit Wetteinsätzen von rund einer Milliarde Euro in Deutschland, von denen rund 300 bis 400 Millionen Euro bei illegalen Anbietern landen könnten. Würde man den Blick global weiten, bewegt sich das Geschäft mit Sportwetten längst im Milliardenbereich. Um den Sport geht es dabei gar nicht mehr, sondern nur noch um Geschäft.

In Mariendorf scheint an jenem Samstagabend die Welt noch in Ordnung. Pünktlich um 18 Uhr traben die sieben Pferde mit ihren Sulkys und Fahrern los, der Start ist leise, ohne viel Getöse, dann schallt die Stimme des Rennmoderators durch die Lautsprecher. Hubertus Gasch zückt sein Fernglas, um zu sehen, ob Victus tatsächlich vorne liegt. Dann nähern sie sich dem Ziel. Es ist ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Victus, Pedrus und Very Hot Pants.

Nach zwei Minuten und 20 Sekunden ist das Rennen vorbei. Victus hat gewonnen. Hubertus Gasch hatte recht.

„Ich höre überhaupt keine Musik mehr, nicht mal im Auto“

Wo sie zu Hause ist und bleibt: Inga Rumpf an der Elbe in Hamburg



Seit den 1960er Jahren ist Inga Rumpf als Sängerin zwischen Rock, Folk und sogar Schlager unterwegs. Nach ersten Gehversuchen in Hamburg hat sie es auch zu internationaler Berühmtheit gebracht: allein und mit Bands wie den City Preachers mit Udo Lindenberg, Frumpy oder Atlantis. Ein Gespräch zum 80. Geburtstag

Interview **Dagmar Leischow**
Foto **Daniel Chatard**

taz: Frau Rumpf, Sie werden am 2. August 80. Ist Ihr Geburtstag ein guter Grund für Sie, mal ein bisschen Rückschau zu halten?
Inga Rumpf: In meinem Alter schaut man eher zurück als nach vorne. Seit ein paar Jahren bin ich dabei, mein Archiv zu ordnen und zu digitalisieren. Im Moment sortiere ich aus: Was kann weg? Was nicht? Daraus entstehen auch wieder neue Sa-

chen. Insofern wechsele ich zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft hin und her.
taz: Denken Sie jetzt intensiver über die Endlichkeit des Lebens als früher nach?
Rumpf: Natürlich. Wenn man jung ist, glaubt man, man würde ewig leben. Du hältst dich für unsterblich. Mit der Zeit habe ich aber viele Menschen um

mich herum gehen sehen und auf ihrem letzten Weg begleitet. Dadurch ist das Sterben für mich zur Normalität geworden. Ich habe mein Testament schon gemacht. Denn mir ist bewusst: Auch ich werde eines Tages gehen.
taz: Eine traurige Erkenntnis?
Rumpf: Eigentlich nicht. Ich finde es ganz in Ordnung, ir-

gendwann der nachwachsenden Generation Platz zu machen.
taz: Selbst für die Rolling Stones wird über kurz oder lang der letzte Vorhang fallen. 1988 haben Sie mit Keith Richards und Ronnie Wood in London in einem Studio gejammt. Wie kam es dazu?
Rumpf: Genau wie in Hamburg gab es in London eine Mu-

sik-Community. Die Musiker:innen haben sich getroffen und sich gegenseitig etwas vorgespielt. Wahrscheinlich ist Keith Richards über Robert Palmer, der ursprünglich mein Album produzieren sollte, auf meine Songs gestoßen. Auf jeden Fall sagte er: „When this lady is in town, please call me.“ Und dann kam er mit Ronnie Wood aus Frankreich für eine Session nach

London. Die beiden hatten für sich je zwei Flaschen Whisky dabei, mir brachten sie einen Kasten bayerisches Bier mit.
taz: Ein aufregender Moment?
Rumpf: Meine Aufregung hat sich verloren, sobald wir zusammen gejammt haben. Letzten Endes sind wir ja alle Kolleg:innen. Aber klar: Keith Richards ist mein Held. Ich

mochte die Beatles ebenfalls, doch die Stones fand ich besser. An ihnen habe ich immer bewundert, wie viel man aus so wenig machen kann. Obwohl Keith Richards eigentlich kein Virtuose ist, hat er so geniale Riffs erfunden. Darauf bauen die ganzen Stones-Nummern auf, dazu Mick Jagers Texte und seine Frechheit beim Singen. Das ist einfach genial!

taz: Haben Sie Mick Jagger bei Ihrer Jam-Session vermisst?
Rumpf: Nein. Wir sind beide Sternzeichen Löwe, das hätte schwierig werden können.

taz: Haben Sie trotzdem das neue Stones-Album „Foreign Tongues“ sofort erstanden?
Rumpf: Ich habe ein paar Songs gehört.

taz: Klingt nicht gerade begeistert.
Rumpf: Ich bin ein totaler Fan der ersten Stones-Platten. Die neuen Lieder sind okay, irgendwie auch interessant, eben typisch Stones. Aber ich würde mir ihre Alben nicht mehr kaufen. Inzwischen gibt es eh so viel Musik, dass man gar keine Lust mehr hat, alles zu hören.

taz: Hat Musik durch dieses Überangebot irgendwie ihren Reiz verloren?
Rumpf: Zumindest hat man sich früher intensiver mit Musik auseinandergesetzt. Damals habe mir alle sechs Monate für 16,95 D-Mark eine LP gekauft und die dann wirklich bis zum Abwinken gehört. Ich konnte jede Zeile mitsingen, jeden Ton auf der Gitarre spielen. Alle Texte habe ich analysiert. Das mache ich nun nicht mehr.

taz: Heute sind Streaming-Dienste extrem populär. Nutzen Sie sie, um jüngere Musiker:innen zu entdecken?
Rumpf: Nein. Ich höre überhaupt keine Musik mehr, nicht mal im Auto.

taz: Warum nicht?
Rumpf: Ich finde Stille schön. Im Laufe meines Lebens war ich so viel unterwegs und habe so viel Musik gehört, dass meinen Ohren Stille richtig guttut. Ich wohne ja auf dem Land, dort ist es total ruhig.

taz: Wie sieht denn Ihr Alltag in der Wesermarsch aus?
Rumpf: Ich stehe um neun auf, manchmal sogar früher. Auf dem Land geht es sehr viel beschaulicher zu als in der Stadt, ich habe eine bäuerliche Nachbarschaft. Für mich ist es einfach schön, in der Natur zu sein. Ich habe einen großen Garten, der mich in Anspruch nimmt. Es erdet mich, in der Erde zu buddeln. Im Haus steht mein Spielzeug: Klavier, Gitarre und der ganze Computerkram. Wenn mir danach ist, mache ich neue Musik.

taz: Also sind Sie so richtig auf dem Land angekommen?
Rumpf: Nach mittlerweile 25 Jahren schon. Durch das ständige Reisen hatte ich so ein Gefühl von Getriebenheit in mir. Auf dem Land habe ich mir ein Stück weit diese Normalität zurückerobert, die ich eigentlich nur als Kind in meiner Familie gehabt habe. Trotzdem fühle ich mich meiner Heimatstadt Hamburg nach wie vor total verbunden. Ich bin durch und durch Hamburgerin und freue mich immer, wenn ich nach Hamburg zurückkomme.

taz: Wir sitzen hier in einem Konferenzraum Ihrer Plattenfirma – mit Blick auf die Elbe und den Hamburger Hafen. Stimmt Sie das ein wenig nostalgisch?

Rumpf: Ich fühle mich tatsächlich an meine Kindheit erinnert. Als junges Mädchen habe ich regelmäßig im *Abendblatt* geschaut, wann welche Schiffe in Hamburg ankommen. Dann bin ich zum Hafen gelaufen, um die Ankunft der Schiffe mitzuverfolgen. Mein Vater war ja Seemann, wahrscheinlich habe ich das deshalb in den Genen.

taz: Sie sind in St. Georg aufgewachsen. Was für ein Stadtteil war das in jenen Tagen?
Rumpf: Ein völlig anderer als heute, ein Rotlichtviertel. Weil das ein heißes Pflaster war, haben unsere Eltern meine Schwester und mich immer gewarnt: „Lasst euch nicht mit-schnacken!“ Also überreden, irgendwohin mitzugehen.

taz: Wie haben Sie dort den Zugang zur Musik gefunden?
Rumpf: Wir haben in einem Mehrparteienhaus gewohnt. Als Kind habe ich bei den Nachbar:innen geklingelt und gefragt: „Darf ich etwas vorsingen?“ Fürs Singen habe ich dann fünf Pfennig oder einen Groschen gekriegt. Auf diese Weise habe ich begriffen, dass man mit Musik Geld verdienen konnte. Schließlich habe ich in einer Teestube in Hamburg den Engländer John O’Brien-Docker kennengelernt, der gerade eine Band gründete: die City Preachers. Ich stieg als Sängerin ein, so wurde Musik mein Beruf, meine Berufung.

taz: Was haben Ihre Eltern davon gehalten?
Rumpf: Mein Vater war damals bereits ausgezogen, er hat eine andere Familie gegründet. Für meine Mutter war meine Leidenschaft für Musik in Ordnung, sie hatte nämlich in ihrer ostpreußischen Heimat selber im Chor gesungen. Zwar hat sie die englischen Texte nicht verstanden und konnte mit dieser Art von Musik, die wir gemacht haben, nicht unbedingt etwas anfangen. Dennoch war meine Mutter stolz auf mich. Später ist sie auch in meine Konzerte gegangen. In der Fabrik oder im Michel.

taz: Die Musikszene hatte damals nicht den besten Ruf. Hat sich Ihre Mutter gar nicht daran gestört?
Rumpf: Selbstverständlich hatte sie Angst, dass ich unter die Räder kommen könnte. Wenn ich mal sehr spät nach Hause kam, hat sie geschimpft. Meiner Mutter zur Liebe habe ich zunächst eine dreijährige Ausbildung zur Schauensterdekorateurin gemacht. Als ich dann meinen Kaufmannsgehilfenbrief hatte, war ich endlich frei. Ich konnte das tun, was ich wollte.

taz: Ob bei City Preachers, Frumpy oder Atlantis: Sie wa-

.....

Inga Rumpf

Der Mensch
Inga Rumpf, Jahrgang 1946, ist in Hamburg aufgewachsen, heute lebt sie in der Wesermarsch. Die Tochter eines Seemanns und einer Schneiderin zeichnet ihr Leben in ihrer 2022 erschienenen Autobiografie „Darf ich was vorsingen?“ nach.

Die Musik
Inga Rumpf wurde als Sängerin der Bands Die City Preachers, Frumpy und Atlantis bekannt. Später nahm sie auch Soloalben auf. Sie bekam Auszeichnungen wie den German Blues Award. Am 13. September tritt sie um 20 Uhr in der Hamburger Elbphilharmonie auf.
.....

„

„Ich war fleißig, diszipliniert und kreativ, das hat mir Respekt verschafft“

ren hauptsächlich mit Männern in Bands. Wie schwierig war es für Sie, sich als Frau zu behaupten?
Rumpf: Ich war fleißig, diszipliniert und kreativ, das hat mir Respekt verschafft. Weil ich nicht nur Sängerin war, sondern auch ein Instrument spielen und Songs schreiben konnte, wurde ich akzeptiert. Insofern habe ich nie Probleme mit meinen Kollegen gehabt. Klar waren sie manchmal machomäßig drauf, das habe ich halt in Kauf genommen. Wenn wir im Bus unterwegs waren, haben die Männer Pornos geguckt.

taz: Hat Sie das wirklich nie gestört?
Rumpf: Ich habe mich gar nicht darum gekümmert. Damals war das ja noch eine ganz andere Zeit.

taz: Waren Sie jemals mit Sexismus in der Musikbranche konfrontiert?
Rumpf: Nein, zumindest nicht bewusst. Sicher wurde ich mal angemacht, das habe ich eher als Kompliment empfunden. Ich war sowieso ein androgyner Typ, ich sah aus wie die männlichen Musiker: lange Haare, Unterhemd, Jeans. Manchmal hat mich das Publikum gar nicht oder erst auf den zweiten Blick als Frau wahrgenommen.

taz: Hat die Plattenfirma nie versucht, Sie fremdsteuern? Etwa Ihr Äußeres zu verändern?
Rumpf: Doch. Nachdem die City Preachers angefangen hatten, auf Deutsch zu singen, schlug die Plattenfirma mir einen Schlager vor. Weil ich immer gerne in verschiedene Szenen eingetaucht bin, war ich einverstanden. 1968 trat ich mit dem Lied „Schade um die Tränen“ beim Deutschen Schlager-Wettbewerb auf. Dafür hatte ich mir extra einen braunen Samtanzug genäht. Mit diesem Outfit war die Plattenfirma allerdings nicht einverstanden, ich sollte ein türkisarbenes Minikleid tragen. Zuerst war ich stinksauer, dann habe ich es doch angezogen.

taz: Trotz dieses kurzen Ausflugs zum Schlager galten Sie als deutsche Janis Joplin. Hat Ihnen das geschmeichelt?
Rumpf: Ich habe gedacht: In solche Schubladen stecken einen bloß Journalist:innen. In Wahrheit singe ich gar nicht wie Janis Joplin, ich habe einen völlig anderen Stil entwickelt.

taz: Janis Joplin hat sich im Drogensumpf verloren. Wie exzessiv haben Sie Sex, Drugs and Rock ’n’ Roll gelebt?
Rumpf: Ich habe alles ein bisschen ausprobiert. Sobald ich dann aber gemerkt habe, dass etwas meinem Körper und meiner Stimme geschadet hat, habe ich wieder die Finger davon-

lassen. Deswegen habe ich diese Phase insgesamt doch relativ gut überstanden.

taz: Ihre außergewöhnliche Stimme hat nicht nur die Deutschen beeindruckt. Woran ist eine Weltkarriere letztlich gescheitert?
Rumpf: Da spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. Von meiner Plattenfirma kamen viele Angebote, mit einem amerikanischen Produzenten zu arbeiten. Zwei Produktionen habe ich auch gemacht. Dabei merkte ich schnell, dass man in einem Land, in dem man Erfolg haben will, leben, auftreten und ständig verfügbar sein muss. Zudem wurde mir bewusst, wie unglaublich groß die Konkurrenz in den USA war. Diesem Druck fühlte ich mich nicht gewachsen. Hinzu kam: Meine Mutter wohnte in Hamburg, sie brauchte mich.

taz: Also sind Sie in Ihrer Heimatstadt geblieben. Wie würden Sie die damalige Hamburger Musikszene beschreiben?
Rumpf: Wie so ein Biotop. Es gab ganz unterschiedliche Stilrichtungen, die aufeinandertrafen. Aus einigen Konstellationen haben sich Rockgruppen entwickelt. Zugleich entstanden deutsche Lieder wie „Hamburger Deern“ von der Rentnerband. Alles schien möglich zu sein. Wir fühlten uns wie die Erober:innen unserer Zeit. Einer neuen Zeit.

taz: 1970 wurde das legendäre Onkel Pö eröffnet. Ist es Ihr zweites Wohnzimmer geworden?

Rumpf: Kann man so sagen. Ich war sehr oft dort, wenn es Konzerte gab. Zum Beispiel habe ich Al Jarreau und Mitch Ryder live gesehen. Nach den Auftritten haben wir noch Sessions gemacht, wir haben gesabbelt und getrunken.

taz: Tina Turner ist zwar nie im Onkel Pö aufgetreten, hat aber Ihren Song „I wrote a Letter“ gecouvert. Warum?
Rumpf: Wir hatten denselben Verlag. Als Tina Turner ihr Comeback startete, hat ihr Produzent meine LP „Reality“ gehört. Weil ihr „I wrote a Letter“ gefallen hat, coverte sie diese Nummer – als B-Seite ihrer Single „Let’s stay together“. Ich war sehr stolz darauf, dass meine große Soul-Schwester meinen Song gesungen hat. Leider habe ich Tina Turner nie kennengelernt.

taz: Hat ihre Coverversion Sie angespornt, sich selber noch mal in „I wrote a Letter“ zu vertiefen?
Rumpf: Ich wollte aus diesem Stück eine Ballade machen, sie ist dann zu meinem 75. Geburtstag auf meinem Doppelalbum „Universe of Dreams & Hidden Tracks“ erschienen.

taz: Arbeiten Sie jetzt an einem weiteren Album?
Rumpf: Am 13. September feiere ich mit meinen Fans aus ganz Deutschland in der Elbphilharmonie meinen 80. Geburtstag. Ich werde an diesem Abend mit musikalischen Langzeitfreund:innen aus 60 Jahren musizieren. Von diesem Konzert wird es einen Live-Mitschnitt geben.

taz: Und danach? Ist Ihr nächstes Etappenziel die Aufnahme in den Club der Hundertjährigen?
Rumpf: Dort bin ich schon Mitglied – mit dem Präsidenten Udo Lindenberg.

taz: Dann könnten Sie ja die nächsten 20 Jahre nutzen, um weitere Platten herauszubringen, oder?
Rumpf: Dafür müsste sich erst mal mein Live-Album gut verkaufen. Seitdem es Spotify gibt, ist es so, dass Künstler:innen für viel Geld etwas produzieren und das gar nicht mehr über Verkäufe refinanzieren können. Spotify mag zwar für die Konsument:innen gut sein, für uns Musiker:innen ist es jedoch ein Desaster. Deswegen stellt sich die Frage: Warum soll man überhaupt noch ein Album aufnehmen, wenn dabei nichts herkommt? Live-Auftritte sind das Einzige, wo für Künstler:innen noch ein bisschen mehr Geld fließt.

taz: Vielleicht müsste mal ein Superstar wie Beyoncé einen Ihrer Songs covern?
Rumpf: Beyoncé? Oh Gott, sie ist so weit weg von dem, was ich mache. Aber man soll niemals nie sagen, in diesem Business kann alles passieren. Dank KI könnte man sogar jetzt schon einen meiner Songs nehmen und Beyóncés Stimme darüberlegen.

taz: Haben Sie je überlegt, die KI beim Songschreiben einzubeziehen?
Rumpf: Nein, das wäre gegen meine Künstlerin-Ehre.

80 JAHRE
80 SEITEN
Jubiläumsausgabe

Hier bestellen:
dasnd.de/achtzig-seiten

jenseits der pose (12)

Von **Merle Forchmann** und **Eva-Maria Burchard**
Wir laufen in einen Hinterhof und stehen vor einem ovalen Swimmingpool, Rasen sattgrün, eine Palme streckt sich in den Himmel. Ein geschützter Rückzugsort, ein Stück Alltag zwischen Spiel, Sport und Entspannung, sorgfältig gestaltet und anders als die Straßen, Plätze und Industrie, die wir zuvor gesehen haben. Unser Fazit: Der Rand der Stadt ist kein Nichts zwischen Stadt und Land. Er ist ein Ort zum Beobachten, zum Staunen, zum Nachdenken – vielschichtig und voller Geschichten, die leicht übersehen werden.

Für ihre Fotokunstmagazine widmen sich die Fotografinnen Eva-Maria Burchard und Merle Forchmann den urbanen Rändern Düsseldorfs. Ihr Interesse gilt bei dieser fotoethnografischen Reise dem Alltäglichen, dem nicht inszenierten Stadtleben.



großbraumdisco

Theaterabend mit Bier und Bockwurst:
Ein Sturm erobert Dessau-Roßlau

Shakespeares Sturm weht durch Sachsen-Anhalt: Jeden Sommer verwandelt sich die Burg Roßlau in eine bunte Bühnenlandschaft

in Sturm braust auf in der Wasserburg in Dessau-Roßlau: Zwischen meterlangen, farbenfrohen Stoffbahnen kraxeln, tanzen und singen hier Schauspieler*innen aus Berlin mitsamt Roßlauer Komparserie. In aufwändig handgenähten bunten Kostümen spielen sie Shakespeares „Der Sturm“ – in einer doch recht stark bearbeiteten Fassung.
Im Altenheim „Abendfrieden“ geht es dröge zu, die Senior*innen verwelken regelrecht. Justus Carrière, der unter anderem in der DDR-Serie „Einzug ins Paradies“ mitspielte, stellt den Heimbewohner Herr Kiefer dar: ein ehemaliger Schauspieler, der unbedingt ein letztes Mal auf der Bühne stehen will. Das ganze Heim samt Mitarbeiter*innen führt mit ihm, nach anfänglichen Protesten den „Sturm“ auf. Herr Kiefer darf den Herzog Prospero spielen: die Hauptfigur.
Das Sommertheater auf der Wasserburg in Dessau-Roßlau spielt bereits im 29. Jahr. Jedem Sommer behandelt das Ensemble, das überwiegend aus (ehemaligen) Student*innen und Dozent*innen des Michael Tschechow Studios Berlin besteht, einen anderen Theaterstoff. Zuletzt etwa „Michael Kohlhaas“, das Lustspiel „Pension Schöller“ oder „Der Meister und Margarita“.
Fest zum Theaterbesuch gehört das gemeinsame Abendessen: Die meist etwas älteren Besucher*innen kommen bereits zwei bis drei Stunden vor Aufführungsbeginn aus Dessau, Roßlau und Umland zusammen. In der

Gaststätte Am Schlossgarten bestellen sie Pizza, Pasta und Birnenbecher mit Sahnehäubchen und lassen sich die Gesichter von der Abendsonne wärmen.
Erst kurz vor acht Uhr kommen Hüftgelenke wieder in Bewegung, auf zur Burg. Bevor es mit Theaterschauen losgehen kann, müssen noch die Karten an der Abendkasse abgeholt und die Fassade der Burg fotografiert werden. Hübsch genug ist sie ja, mit ihren sandfarbenen Mauern und großen Fenstern aus Buntglas.
Nachdem Schauspielerin und Produzentin Elisabeth Taraba am Eingang Decken verteilt hat („Später wird’s frisch“), legt sie sofort los. Das schnatternde Publikum verstummt allmählich, ganz ruhig wird es jedoch nie. Eine Anspielung auf einen toten Wal führt zu „Timmy!“. Rufen aus dem Publikum. Die Witze über das Roßlauer Umland kommen gut an, auch die Seniorenheim-Story trifft einen Nerv: Mit einem Durchschnittsalter von 48,3 Jahren hatte Sachsen-Anhalt 2024 die älteste Bevölkerung Deutschlands.
In der Pause gibt es natürlich auch Verpflegung; mit Bier und Bockwurst im Magen lässt sich die zweite und längere Hälfte noch besser genießen. Humor und Musik machen diese

Abende aus: Ein immer wieder rein quatschender Gast in der ersten Reihe wird von Schauspieler Andreas Klopp mit Wasser bespuckt. Es folgt schallendes Gelächter. Jona Hansen spielt den hinterlistigen Hexensohn Caliban und führt gemeinsam mit Musiker Karl Neukauf eine Rockhymne auf, die an Performances der Band Kiss erinnert. Die überzeichneten sexuellen Anspielungen und Avancen des Caliban gegenüber Antonio locken beim Publikum jedoch eher peinlich berührte Zurückhaltung als wohlwollendes Gelächter hervor.
Hin und wieder gibt es auch einen kleinen politischen Denkanstoß. Das Liebespaar Miranda und Ferdinand, gespielt von Annie Engelhardt und Paul Pinkowski, malt sich eine gemeinsame Welt aus: ohne Faschismus und Diskriminierung, mit Umverteilung der Gelder. Der Ortsbürgermeister Laurens Nothdurft (AfD) saß dieses Jahr noch in keiner Vorstellung, dafür seine Frau.
Am Ende ist jedoch Schluss mit lustig: Als eine wichtige Figur stirbt, schnieft es aus den hinteren Reihen, Taschentücher werden gezückt und tupfen feuchte Augenwinkel ab.
Mit großem Applaus verabschiedet sich das Ensemble schließlich in die wohlverdiente Nachtruhe, jedoch nicht, ohne auf weitere anstehende Veranstaltungen hinzuweisen: Improvisationstheater und kostenlose Kindermärchen gebe es noch, auch ein Jugendtheaterworkshop und ein Konzert von Neukauf stünden an.
Ann Toma-Toader



ortsgespräch

Kommunalwahl in
Niedersachsen: Die AfD wittert
ein Demokratiedefizit

Von einem „Parteiverbot durch die Hintertür“ schwadroniert die niedersächsische AfD gleich wieder. Es geht um die niedersächsische Kommunalwahl am 13. September, die angesichts der Landtagswahlen im Osten etwas unter dem Radar läuft. Nüchtern betrachtet muss man sagen: Wenn das, was hier passiert, ein Parteiverbot durch die Hintertür sein soll, ist es ziemlich ineffektiv.
17 Wahlvorschläge der AfD und ein Parteiloser wurden in Niedersachsen einem vertieften Verfassungstreue-Check unterzogen, bevor man ihre Namen auf die Wahlzettel für die Kommunalwahl druckt. Dabei geht es nur um die Kandidaturen für die Direktwahlen zum Landrat oder Oberbürgermeister. Weil die nämlich – so will es das Gesetz – als oberste Chefs einer Verwaltung und Beamte auf Zeit einigermaßen sicher auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen müssen.
Nur in fünf Fällen fanden die Wahlausschüsse bisher genügend Anhaltspunkte, um den AfD-Kandidaten eine Teilnahme an der Direktwahl zu verweigern. Als Rats- oder Kreistagsmitglieder dürften aber selbst die trotzdem antreten. In bisher neun Fällen entschied der Wahlausschuss, AfD-Kandidat*innen nach eingehender Prüfung zuzulassen. Die dürfen jetzt also durch die Gegend spazieren und so tun, als hätten sie einen amtlichen Demokratietauglichkeitsstempel.
In den weiteren vier Fällen stand das Ergebnis bei Redaktionsschluss noch aus. Ein paar Schönheitsfehler hat das Verfahren trotzdem. Das Innenministerium verweist gern darauf, dass dieses Verfahren – kommunale Wahlausschüsse überprüfen vorher, ob jemand die notwendigen Voraussetzungen für ein Amt erfüllt – überhaupt nicht neu ist. In friedlichen Zeiten beschränkt sich das auf die formalen Voraussetzungen (Alter, Staatsangehörigkeit, Wählbarkeit). Grundsätzlich umfasst das aber

auch Hinweise auf Verfassungstreue oder -untreue. Das war früher schon mal ein Thema, beispielsweise zu Zeiten der Berufsverbote oder als „Republikaner“ und NPDler versuchten, in Amt und Würden zu kommen.
Neu ist in Niedersachsen nun, dass die Wahlausschüsse dazu die Kommunalaufsicht um eine Stellungnahme bitten können, die ihrerseits dann beim Verfassungsschutz nachfragt. Diese Änderung wurde erst im Frühjahr von der rot-grünen Regierung eingebracht und mit den Stimmen der CDU verabschiedet. Damit trägt man dem Umstand Rechnung, dass diese Wahlausschüsse mit einer halbwegs rechtssicheren Entscheidung von dieser Tragweite möglicherweise überfordert sind – weil sie eben auch bloß aus ehrenamtlichen Mitglieder bestehen, die in relativ kurzer Zeit entscheiden müssen.
In der Zusammensetzung dieser Wahlausschüsse könnte man allerdings einen Schönheitsfehler erkennen: Die Mitglieder werden von den beim letzten Mal gewählten Parteien entsandt, die damit über die Zulassung ihrer eigenen Konkurrenz entscheiden. In den bisher bekannt gewordenen Entscheidungen scheinen sie sich stark darauf zu stützen, welche problematischen Social-Media-Aussagen der Verfassungsschutz zu den einzelnen Kandidaten zusammengefasst hat.
Rechtsschutz gegen diese Entscheidung gibt es praktisch nur im Nachhinein. Eilverfahren haben die Verwaltungsgerichte dazu bisher abgeschmettert und auf die nachträgliche Wahanfechtung verwiesen. Das ist natürlich sinnvoll, weil man sonst Gefahr läuft, keinen Wahltermin mehr einhalten zu können, weil immer noch irgendwo eine Klage läuft. Gleichzeitig bürdet es dieser Ausschussentscheidung eben ein ziemliches Gewicht auf. Im Extremfall müsste die Wahl in der betroffenen Kommune wiederholt werden.
Nadine Conti

„Der Sturm“ wird noch bis zum 16. August im Innenhof der Wasserburg Roßlau aufgeführt. Info: www.burgtheater-sommer.de.



FUTURZWEI

Magazin für **Zukunft und Politik**

NACHSPIELZEIT

Die offene Gesellschaft liegt schwer im Rückstand. Wie drehen wir das Ding noch?

Mit: Daniel Cohn-Bendit, Karoline Eichhorn, Alina Frieske, Ruth Fuentes, Dana Giesecke, Maja Göpel, Diana Kinnert, Reinhard Loske, Wolf Lotter, Anna-Verena Nosthoff, Lukas Rietzschel, Hartmut Rosa, Uwe Schneidewind und Harald Welzer



**JETZT
ABONNIEREN!**



mit Abo-Prämie

taz FUTURZWEI-Abo-Prämie
Was wäre, wenn wir mutig sind?
das neue Buch von Luisa Neubauer



Die neue Heimat für guten Journalismus, titelt die „Südwest Presse“ am 25. Juli und meint ihr Medienhaus. Das sehen nicht alle so. Foto: Redaktion

In der Heimat der Heuschrecke

Medien | **Die Ulmer „Südwest Presse“ feiert sich als Hort des Qualitätsjournalismus. Und mit ihr Minister Manuel Hagel (CDU). Dabei wird immer klarer, dass der neue Monopolist eher auf Kahl-schlag und Zombie-Zeitungen setzt.**

Und wieder ist das Wort gefallen. QUALITÄTS-JOURNALISMUS. Alle, die es gut meinen mit der Demokratie, müssen es mindestens einmal gesagt haben. Autosuggestiv. Diesmal hat es Manuel Hagel, der baden-württembergische Vize-Ministerpräsident und Innenminister, in den Mund genommen. Vergangene Woche war es, bei der Einweihung des Medienhauses der „Neuen Pressegesellschaft“ (NPG) in Ulm. Sie gibt seine Heimatzeitung, die „Südwest Presse“, heraus, sieht sich als Heimstatt des guten Journalismus und hat Hagel sehr beeindruckt. Er verspricht, über eine Neuverteilung der Rundfunkgebühren nachzudenken.

Das Gebäude im Schatten des Münsters sei ein „tolles Ausrufezeichen“ für Qualitätsjournalismus, lobt der CDU-Politiker aus Ehingen. Der werde mehr denn je gebraucht, genauso wie die „Medienvielfalt in der Fläche“. Wegen der Demokratie und der Algorithmen, „die auf Empörung und Gewalt setzen“. Zur Seite steht ihm Ulms Oberbürgermeister Martin Ansbacher (SPD), der in dem Neubau gar ein „Wahrheitszentrum“ erkennt.

Etwas wundersam sind sie schon, diese Reden von der Qualität, der Vielfalt und der Wahrheit. Unbekannt war bisher, dass die „Südwest Presse“ als ausgewiesenes Qualitätsblatt gilt, ebenso die Absicht, sich in ein solches zu verwandeln. Unsichtbar blieb auch ein Bemühen der Ulmer Verleger um Vielfalt. Ihr oberstes Interesse scheint eher, möglichst viele Presseerzeugnisse aufzukaufen und sie nach ihrem Gusto zuzurichten.

Personalabbau per Videokonferenz

Vor einem Jahr waren die Stuttgarter Blätter StZ und StN, die „Eßlinger Zeitung“, die „Böblinger Kreiszeitung“ und der „Schwarzwälder Bote“ an der Reihe und die NPG dem Ziel näher, ein Monopolist im Südwesten zu werden. Zwei Drittel des Marktes beherrscht sie bereits. Die Gewerkschaft Verdi sagt, die NPG sei eine als Familienunternehmen getarnte Heuschrecke.

Diesen Verdacht auszusprechen hätte bei dieser abendlichen Feier gewiss gestört, ebenso die Hiobsbotschaft an die genannten Zeitungstitel, am Personal sparen zu müssen. Per Videokonferenz hatte die Geschäftsleitung Anfang Juli dieses

Jahres verkündet, 40 Stellen abbauen sowie 50 bis 80 Kolleginnen und Kollegen im Oktober in die NPG-Tochter „Neue Berliner Redaktionsgesellschaft“ (NBR) verschieben zu wollen. In Summe ist das fast die Hälfte der derzeitigen Belegschaft und so tricky wie perfide zugleich.

Der Berliner Laden mit 17 Beschäftigten hat keinen Betriebsrat, kennt keinen Streik, ist nicht tarifgebunden und ganz nach dem Geschmack des Vorsitzenden der Geschäftsführung: Andreas Simmet, 60, Bayer, Ex-Luftwaffenoffizier, Gewerkschaftsfresser. Juristisch an seiner Seite steht Johannes Weberling, 68, gebürtiger Biberracher, alter Herr der schlagenden Verbindung Frankonia Gießen, kompromissloser Arbeitgeberanwalt. Verglichen mit diesen beiden, verlautet es im Stuttgarter Betriebsrat, sei der Umgang mit der früheren Eigentümerin, der Südwestdeutschen Medienholding, ein Honigschlecken gewesen. Uwe Kreft, der zuständige Verdi-Sekretär, sagt, die Ulmer hätten nur zwei Interessen: Profit und Entsolidarisierung.

Die Leiterin der Landespolitik geht zum SWR

Für die Beschäftigten der von der NPG aufgekauften Blätter ist das schlimm. In den letzten zehn Jahren sind sie durch fünf Sparrunden gejagt und schon nahezu halbiert worden. Kreft hat zusammengezählt und ist auf 180 gestrichene Stellen gekommen – bevor die Ulmer übernommen haben. „Wahnsinn“, bilanziert er.

Damals wie heute führten und führen geschmeidige Chefredakteure wie Joachim Dorfs die Befehle aus, und sie werden auch die sechste Runde als schiere Notwendigkeit verkaufen. Inzwischen ist der 62-Jährige, der 2008 angetreten ist, zum dienstältesten Chefredakteur der „Stuttgarter Zeitung“ geworden. Und wenn sie ihm weiter vertrauen, wird er sicher noch das Kunststück fertigbringen, eine Zeitung ohne Journalisten zu fabrizieren.

Dass die Stimmung „unterirdisch“ ist, wie der Deutsche Journalistenverband konstatiert, ist längst eingepreist. Wer kann, verlässt die sinkende Schaluppe. Aktuell sind es Annika Grah, die erst jüngst zur Chefin der Landespolitik im gemeinsamen Büro von StZ, StN, „Südwest-Presse“, „Badischer Zeitung“ und sieben weiteren Zeitungen aus dem Land gekürt worden

war, und die langjährige StZ-Polizeireporterin Christine Bilger. Beide heuern beim SWR an, der offensichtlich zum Auffangbecken privatkapitalistischen Unglücks wird. Grah folgt auf Uschi Strautmann, der Ende 2025 verstorbenen Leiterin der Abteilung multimediale Landespolitik. Zuvor hatten sich Uwe Bogen, Thomas Faltin, Franz Feyder, Martin Gerstner und Bärbel Krauß von „Stuttgarter Zeitung“ und „Nachrichten“ verabschiedet.

Die Übriggebliebenen flüchten sich in Sarkasmus, fragen, ob sie bald Kredite für die vielen Abschiedsgeschenke aufnehmen müssen? Sie dürfen sich wieder einmal für neue Thementeams bewerben, die sich um Stuttgarter Befindlichkeiten kümmern. Liebe und Partnerschaft, Essen und Trinken, Autos und Architektenvillen.

Und über allem liegt die unbeantwortete Frage, wie man die Kundschaft von der Flucht abhalten kann. Im Gedruckten, dem Gestrigen, hat die Chefetage die Lösung schon gefunden: gar nicht. Entsprechend lieblos wird es gemacht. Wenn Martin Heidegger mit ck geschrieben wird, was soll's? Erregt sich doch nur ein Restpublikum mit überschaubarer Lebenszeit. Im Netz, dem Morgen, überraschen die Fans des Digitalen mit gedanklichen Höhenflügen, die zum Grübeln verleiten, etwa wenn sie ihre in Ulm aufgesetzte Website mit dem Spruch bewerben: „Neuer Auftritt. Gleiche Haltung“. Welche Haltung?

Im NPG-Konzern sind derzeit die „User-Needs-Modelle“ die Klopfs des Gewerbes. Sie machen die Bedürfnisse der Nutzer zur Ultima Ratio. Danach wünscht sich das Publikum mehr Unterhaltung, Emotion, Inspiration und Lebenshilfe. Klassischer Politikjournalismus („Der hat gesagt, die hat gesagt“) interessiere wie Osterfeier im Advent, heißt es in der Branche. Ein Ergebnis sind leere Pressebänke in den Kommunal- und Regionalparlamenten, worin immer gewarnt wird, weil das Lokale doch als Kern der Demokratie gilt.

Übrigens: Die Kontrollfunktion der Presse zählt nach diesem Modell nicht zu den „User Needs“.

Nun sind die Menschen flatterhaft wie ihre Bedürfnisse. Sie abonnieren keine Zeitung mehr, sie hüpfen von App zu App und wollen nichts dafür bezahlen. Das bereitet der „Neuen Pressegesellschaft“ großen Kummer, über den mit ihr zu sprechen schon mancher Journalist versucht hat. Erfolglos. Die NPG spricht nicht. Nur einmal hat Andreas Simmet eine Ausnahme gemacht. Im Podcast „Jetzt mal ehrlich“ (5. Mai 2026) der hauseigenen Rundfunkstation „Radio 7“. Und siehe da: Es ist ein Mensch.

Oberchef Simmet will eigentlich nett sein

Der AC/DC-Fan berichtet von seiner Lieblingsspeise (Rinderfilet mit Spargel), seinem Bemühen, nett zu sein, alle Beschäftigten wertzuschätzen, und von seinem Hauptproblem, dem „Kostenloch“, dem Personal. Allein 25.000 Zeitungszusteller:innen wollen einen Mindestlohn, den er ihnen natürlich gönnt, der aber seine Ausgaben steigen lässt, während die Einnahmen sinken. Noch teurer ist das journalistische Personal, das er als „künstlerisch angehaucht“ wahrnimmt und über ganz Deutschland verteilt ist. Damit

dieses Loch kleiner wird, muss er über Zukäufe wachsen, das Gewachsene wiederum über Synergien effizienter und kleiner machen, Menschen ins Gras beißen lassen, und daraus entsteht dann eine „Flurbereinigung in der Presselandschaft“.

Ab Oktober werden das auch die Leserinnen und Leser merken. Spätestens. Die Einheitszeitung wird kommen. Federführend wird die „Neue Berliner Redaktionsgesellschaft“ sein, die ihre Standorte in Berlin, Stuttgart und Oberndorf haben wird. Sie ist für die überregionalen Mantelseiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport zuständig. Die Layouts werden der „Südwest Presse“ angepasst, die Produktion soll KI-gesteuert automatisch erfolgen, die Lokalteile werden von den örtlichen Verlagen nach Vorgaben aus Ulm gestaltet. Man sagt auch Zombie-Zeitungen dazu. Zeitungen, die so tun als wären sie eigenständig.

Am Ende stirbt ein Geburtshelfer

Damit sind Blätter wie die „Stuttgarter Zeitung“, einst ein geachteter Titel in Deutschland, endgültig dort gelandet, wo sie heute angesiedelt sind: im Schrebergarten. Die Quittung könnte ein massiver Einbruch der Zahl der Abonnenten sein, von denen sie überwiegend leben.

Parallel dazu monopolisieren Simmet & Co. auch die Baden-Württemberg-Berichterstattung. In ihrem Büro in der Stuttgarter Calwer Straße drängeln sich inzwischen die Korrespondent:innen von elf Landeszeitungen, die alle auf die Texte von allen zugreifen können. Zusammen kommen sie auf eine Printauflage von knapp einer Million. Nicht zum Verbund gehören nur noch der „Reutlinger Generalanzeiger“, die „Pforzheimer Zeitung“ und die „Ludwigsburger Kreiszeitung“, die gemeinsam knapp 100.000 Exemplare drucken. So viel zur Vielfalt in der freien Presse.

Welche Macht daraus entsteht, wer sie wie nutzt, wie sie politische Verhältnisse, den gesellschaftlichen Diskurs beeinflusst – das sind alles Fragen, die noch keine Antworten kennen. Vieles wird abhängig davon sein, wie die „User-Needs-Modelle“ klappen, ökonomisch wie ideologisch. Einer wie Manuel Hagel hat dafür ein Gespür. Er war der erste Politpromi in der neuen Machtzentrale, dem „tollen Ausrufezeichen“ für Qualitätsjournalismus.

Das Beste zum Schluss: Die „Neue Pressegesellschaft“ konnte nur zum größten Pressekonzern im Südwesten werden, weil es die „Neckar-Chronik“ (Auflage 3.300) in Horb gab. Als unabhängiges Blatt habe sie die marktbeherrschende Stellung der „Südwest Presse“ (200.000) verhindert, befand das Bundeskartellamt im vergangenen Jahr und winkte den Deal mit den Stuttgarter Blättern durch.

Der Retter war Alexander Frate. Als Rentner hatte er 2025 die „Neckar-Chronik“ gekauft, die er zwei Jahre vorher an die NPG verkauft hat, weil er keine Lust mehr auf Arbeit hatte. So wurde er, zeitlich passend, zum unabhängigen Verleger. Am 27. April 2026 ist Frate gestorben, worauf die NPG den Wandpokal flugs wieder zurückverworfen hat. Sie würden die Zeitung mit der „gleichen Liebe zur Region“ weiterführen, versprach Simmet in einer Pressemitteilung vom 23. Juli 2026.

Die High Performerin

Politik

Von Johanna Henkel-Waidhofer

Sie hat sich nie gedrückt, wenn es schwierig wurde. Jetzt ist Nina Warken in einem Amt angekommen, das vor ihr noch nie eine Frau innehatte. Das ist umso bemerkenswerter, als die neue Chefin im Bundeskanzleramt sich sogar eine Feministin nennt.

Nina Warken weiß, was sich gehört. Die Freude und der Schuss Genußtaugung sind der 48-Jährigen anzusehen, als sie vergangene Woche im Garten der künftigen Wirkungsstätte neben Friedrich Merz steht und vor laufenden Kameras dessen Elogen auf seine neue engste Vertraute zuhört. Das eigene Statement zu nutzen, um als Vorsitzende der Frauen-Union (FU) die eklatante Unterrepräsentanz von Politikerinnen in den Machtzentren der Union zu thematisieren, wollte sie sich aber nicht erlauben. Nur Gönner nicht aufbringen zur Unzeit, stattdessen die schlanke Reaktion der FU auf der eigenen Facebook-Seite: „Herzlichen Glückwunsch, Chefin!“

Ob sich Warken diese Zurückhaltung als strategische Leistung gutschreiben kann, steht noch lange nicht fest. Nicht nur als „Chefin BK“, wie das neue Amt intern heißt, sondern auch an der FU-Spitze wird sie liefern müssen. Denn noch immer sind Frauenkarrieren in der Union allzu oft Zufallsprodukte oder große Überraschungen, weil Männer am Ende von Personalgesprächen einen Namen aus dem Hut zaubern, den selbst Insider:innen nicht aus dem Schirm haben.

Die Juristin mit Studium in Heidelberg und Erfahrungen als Rechtsanwältin ist das beste Beispiel: Vor der Bundestagswahl 2025 rechneten nur ganz wenige, besonders gut informierte im politischen Berlin damit, dass die Generalsekretärin der baden-württembergischen CDU und Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Odenwald-Tauber als Ministerin im Kabinett

Unverhofft kommt oft

Lange Zeit war Baden-Württembergs CDU Durchlauferhitzer für die Bundespolitik und die allerhöchsten Ämter der Republik. Von Kurt-Georg Kiesinger (Bundeskanzler von 1966 bis 1969) bis Volker Kauder (Bundestagsfraktionschef von 2005 bis 2018, der am längsten Amtierende überhaupt), von Eugen Gerstenmaier (Bundestagspräsident von 1954 bis 1969, noch ein am längsten Amtierender) bis Wolfgang Schäuble (Bundesinnenminister und Bundestagspräsident). Vor etwa zehn Jahren begann der Stern des Landes zu sinken. Angela Merkel etwa kam in ihrem vierten Kabinett ganz ohne Ministerin aus dem Südwesten aus. Ihr Nachfolger an der Spitze der CDU, Friedrich Merz, erfand wenig elegant den Posten der stellvertretenden Generalsekretärin für die Waiblinger Bundestagsabgeordnete Christina Stumpp, um Baden-Württemberg im Konrad-Adenauer-Haus nicht leer ausgehen zu lassen.

Einen Minister-Rücktritt später ist alles anders. Jens Spahn löste einen Domino-Effekt aus, in dessen Folge – unverhofft kommt oft – Politiker:innen aus dem Südwesten in überraschend großer Zahl entscheidende Posten zufielen: Thorsten Frei (Wahlkreis Schwarzwald-Baar) ist neuer Bundestagsfraktionschef, Nina Warken (Odenwald-Tauber) rückt als Nachfolgerin an die wichtigste Schaltstelle der Koalition im Bundeskanzleramt und Steffen Bilger (Ludwigsburg) wird neuer Bundesverkehrsminister. „Beste Wahl“ nennt ihn der Kanzler bei der Vorstellung, ohne die Frage zu beantworten, warum er ihn nicht gleich gefragt hat statt Fritz Güntzler – jenen Auserwählten, der vor der Ernennung doch wieder absprang. Auf jeden Fall ist Bilger ein alter Bekannter, gerade in und um Stuttgart und im Zusammenhang mit dem weltberühmten Tiefbahnhof-Projekt Stuttgart 21. Der 48-Jährige war von 2018 bis 2021 schon Staatssekretär im Verkehrsministerium und ist da unter anderem bekannt geworden dafür, dass er neue belastbare Meldungen zu Kostensteigerungen bei S 21 immer als „Spekulationen“ abtat. Noch 2020 schwärmte er von den „großartigen Perspektiven“ des Projekts. Jetzt wird er sich der Wahrheit stellen müssen, ganz ähnlich wie seine Stuttgarter CDU-Kollegin, die Landesverkehrsministerin Nicole Razavi. (jhw)

Friedrich Merz I landen könnte. Selbst die Erwählte war erstaunt über das Angebot, das Gesundheitsministerium zu übernehmen. So gesehen ist sie in der vergangenen Woche erst recht blitzbefördert worden, zur Cheforganisatorin der Bundesregierung im Auftrag des Kanzlers und Bundesministerin für besondere Aufgaben.

Schon die erste besondere Aufgabe in eigener Sache ist übrigens einigermaßen kompliziert: auf dem Teppich zu bleiben angesichts der vielen Vorschusslorbeeren weit über die Kommentare der Hauptstadtmedien hinaus und die Nerven nicht zu verlieren. Dabei helfen kann die Vita. Die dreifache Mutter hat schon viel erlebt in und mit ihrer Partei. Ende der 1990er-Jahre trat sie zuerst in die Junge Union ein und dann in die CDU. Ab 2004 saß sie im Gemeinderat ihrer Heimatstadt Tauberbischofsheim, schon zwei Jahre später wurde sie Vize in der Landes-JU, dann Kreisvorsitzende der Frauen-Union. Und als die damals von Thomas Strobl geführte Südwest-CDU 2013 das Sensationsergebnis von fast 44 Prozent einfuhr, zog Warken ohne Wahlkreis, aber über die Landesliste in den Bundestag ein.

Vorgezeichnet für die Newcomerin, von mächtigen Männern versteht sich, war der Weg in den Ausschuss für Familie. Sie hielt dagegen und kämpfte erfolgreich um einen Platz im prestigeträchtigen Innenausschuss und wurde dort Obfrau im NSA-Untersuchungsausschuss, der sich mit ausländischen Geheimdiensten in Deutschland zu befassen hatte. Ihre erste Rede im Bundestag hielt sie zum Spannungsfeld zwischen Überwachung, Freiheit und Sicherheit sowie zu den Aktivitäten der US-Geheimdienste – einschließlich der Ausspähung von Bundestagsabgeordneten. „Wir Innenpolitiker sind nicht tatenlos“, sagte sie selbstbewusst.

Zunächst brachten Auftreten, Engagement und Sachkenntnis jedoch zu wenig ein. Die CDU daheim verweigerte ihr ein Antreten im Wahlkreis Odenwald-Tauber. Sie steckte zurück, verzichtete auf die interne Kampfkandidatur, um ihrer Partei unrühmliche Schlagzeilen zu ersparen. 2017 verpasste sie den Wiedereinzug in den Bundestag und musste – wie so viele Frauen in der Union vor ihr – auf das Fortkommen eines Mannes hoffen. Nur wenige Monate nach der Wahl war es so weit: Kollege Stephan Harbarth wurde Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Nina Warken rückte nach. Aushängeschild der neuen Art: einer Frauengeneration in der CDU, die kam, um zu bleiben.

2020 erkämpft sie die Kandidatur im Wahlkreis, schon ein Jahr darauf ist sie eine der



Nina Warken, noch Bundesgesundheitsministerin, bald Chefin des Bundeskanzleramts und Bundesministerin für besondere Aufgaben. Foto: Jens Volle

parlamentarischen Geschäftsführer:innen der Bundestagsfraktion, und 2023 macht Baden-Württembergs frischgebackener CDU-Landesvorsitzender Manuel Hagel die inzwischen profilierte Innen- und Rechtspolitikerin zu seiner Generalsekretärin. Auf dem Landesparteitag in Reutlingen, der sie mit 91 Prozent wählt, liefern sich Hagel und Bundeskanzler Friedrich Merz ein Geplänkel, wie es nur Männern in den Sinn kommt: Ziemlich unziemlich und zugleich äußerst heiter zerren beide an ihr. Baden-Württemberg werde er sie nicht ohne Weiteres überlassen, neckt Merz, sie bleibe wichtig „für mich in Berlin“. Auch Hagel versuchte es mit Humor und regte eine „Teilung“ an – natürlich über ihren Kopf hinweg.

Der Kanzler hatte die „blitzgescheite Generalistin“ also durchaus auf dem Schirm. Als „High Performer“, wie sie jetzt im Netz gepriesen wird, hätte er sie gleich im Frühjahr 2025 in die engste Führungsspitze aufsteigen lassen können. Mit dem Vorteil, dass im engsten Machtzirkel der neuen Bundesregierung, dem Koalitionsausschuss mit der SPD, die Union nicht nur mit Männern vertreten gewesen wäre. Stattdessen bedachte er die Fachfremde mit dem Gesundheitsressort, als Lückenbüßerin, weil die Statik der Koalition am Ende nichts anderes mehr zuließ.

Im komplizierten Ressort setzte sie sich selbst und eine hochumstrittene Reform der gesetzlichen Krankenversicherung durch. Motto: „Wenn sie von so vielen Seiten kritisiert wird, kann sie so falsch nicht sein.“ Das allerdings beseitigt die soziale Schieflage nicht, die etwa dadurch entsteht, dass Zuzahlungen etwa zum Zahnersatz gekürzt, in der Apotheke bis

zu 15 Euro pro Arzneimittel fällig werden oder Ärzt:innen weniger Vergütung dafür bekommen, in Sprechstunden Privatversicherte nicht zu bevorzugen. Im wirtschaftsliberalen und bürgerlichen Lager gab es trotzdem oder gerade deshalb viel Applaus.

Und der Kanzler lobt die „liebe Nina“ ohnehin als besonders durchsetzungsstark. Für den entscheidenden Schritt nach fast ganz oben musste jedoch wieder ein Kollege gehen und – diesmal mit Fehltritt – eine Rochade in Gang setzen. Dass sie „vielfältige Themen in ihrer ganzen Komplexität beherrscht“ oder dass sie „in der Sicherheitspolitik zu Hause ist“, wusste Merz sicher schon länger. Zum Tragen kamen solche und all die anderen im Garten des Kanzlersamts gepriesenen Fähigkeiten aber erst, als wieder einmal Not am Mann war und Jens Spahn vorige Woche den Hut nahm.

Der Aufstieg zur Chefin ist bedeutsam, gerade unter dem Aspekt der Gleichstellung und damit über die Grenzen der CDU hinaus. Noch als Gesundheitsministerin gab Warken zu Protokoll, „einen besonderen Blick“ auf frauenspezifische Themen zu haben. Bei manchen ist noch Luft nach oben, beispielsweise wenn es um starre Quoten geht, die sie weiter skeptisch sieht. Oder darum, Frauen für aktive Politik zu interessieren. Denn ihr Rezept, „es bräuchte an erster Stelle mehr Verbindlichkeit beim Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, ist unzulänglich. Präziser und besser wäre für die Idee von Vätern zu werben, die bewusst halbe-halbe machen. Weggefährten berichten, Warken denke zwar so, wisse aber genau, was sie wo sagt.

Öffentlich jedenfalls offenbart sich auf diese Weise nur ein Schmalspurverständnis von Feminismus. Als sie vom Berliner „Tagespiegel“ gefragt wird, ob sie Feministin sei, bejaht sie, bekennt zugleich aber in schöner Offenheit, sich in ihrer Jugend keine Gedanken gemacht zu haben, „dass ich als Frau mehr Hürden überwinden muss“. Das habe sie erst bemerkt, „je weiter ich voranschritt“. Dabei hätte der Groschen schon früh fallen können. Damals Ende der 1990er, als die prominente Parteifreundin Rita Süßmuth allen CDU-Frauen diesen Satz mit auf den Weg gab: „Feministin zu sein, ist das Mindeste, was eine Frau tun kann.“ Warken konnte sie damals noch nicht erreichen. Der Karrieresprung bietet die beste Gelegenheit, gerade in diesem Punkt nachzuarbeiten. Es muss ja nicht sofort vor laufenden Kameras sein.

Welle machen fürs Soziale

Gesellschaft

Von Gesa von Leesen

Es war eine schwere Geburt, doch nun haben die Gewerkschaften es geschafft. Sie protestieren unter einem Dach gegen den Sozialabbau der schwarz-roten Bundesregierung. Ende September soll eine große Demo-Welle übers Land ziehen.

Die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) haben CDU/CSU und SPD bereits durchgepeitscht, unter-

stützt von den Ländern, die das Paket im Bundesrat zähneknirschend durchwinkten. Doch damit ist bekanntlich noch

nicht Schluss mit dem Sparen. Dass die Sparpläne vor allem diejenigen treffen, die eh schon mit dem Alltag kämpfen, verwundert nicht. Kanzler Friedrich Merz, CDU, hat's mit den normalen Menschen bekanntlich nicht so und sein Vize Lars Klingbeil ist halt SPD, offensichtlich nicht so durchsetzungsfähig, und schaufelt mit seiner Zustimmung zum Sozialabbau gerade wahrscheinlich das Grab seiner Partei.

An der Spitze der Dachorganisation sitzt mit Yasmin Fahimi eine einstige SPD-General- und Staatssekretärin. Zwar kritisiert

sie immer mal wieder die Pläne der Bundesregierung, doch manchmal geht das Sozialdemokratische offenbar mit ihr durch. Nachdem der Koalitionsausschuss am 1. Juli seine Reformpläne vorgestellt hatte, erklärte sie per Pressemitteilung, diese sendeten „richtige Signale für Beschäftigung, Wachstum und Entlastung“. Das ärgert viele und die Gewerkschaftsratsvorsitzende von Verdi Lisette Horig schrieb der „lieben Yasmin“ einen Brief, über den die „Junge Welt“ berichtete, in dem sie fragte, ob Fahimi eigentlich noch alle Latten am Zaun habe.

Nein, so schrieb sie es natürlich nicht. Sie schrieb: „Wir sind als Gewerkschaften nicht dafür da, politische Kompromisse zu moderieren oder Regierungsentscheidungen wohlwollend zu kommentieren. Wir sind kein Korrektiv der Koalitionsdisziplin und erst recht kein Steigbügelhalter einer Bundesregierung.“ Immerhin.

Die Weichspülerei von Fahimi dürfte es demnach nicht gewesen sein, die die Gewerkschaften nun, 14 Monate nachdem die Sparregierung ihre Arbeit begonnen hat, endlich zum gemeinsamen

Thorsten Frei (links) und Steffen Bilger. Fotos: Julian Rettig, Jens Volle





Online-Journalistin Franzi Heiler. Ihr jüngstes Projekt ist der Easy-Deutsch-Club, ein „Fitnessstudio für das Leben in Deutschland“. Foto: Julian Rettig

Deutschland ganz leicht

Gesellschaft

Von Silvana El Sayegh

Die Stuttgarterin Franzi Heiler erklärt Deutschland einfach, wo es kompliziert wird. Vor drei Jahren hat sie „Easy Newstime“ gegründet, ein Social-Media-Angebot für Menschen, die Deutsch lernen. Auch, damit sie an aktuellen Diskussionen teilnehmen können.

Was zur Hölle ist eine Grundstücksverkehrsge-nehmigungszuständigkeitsübertragungsverord-nung? Franzi Heiler stolpert beim Sprechen über all die vielen Silben, dann kommt sie zum Kern ihres Videos: die komplizierte deutsche Behör-densprache. Heiler ist die Journalistin hinter dem Nachrichtenkanal „Easy Newstime“, der Fragen zu deutscher Politik, Kultur, zu Gesetzen und ge-sellschaftlichen Regeln beantwortet – in einfacher Sprache für Menschen, die gerade Deutsch lernen. Welche neuen Regeln gelten ab diesem Monat, warum ist die Deutsche Bahn so unpünktlich und warum sind die Deutschen so direkt? Solche und mehr als 500 andere Themen hat die Stuttgarte-rin seit April 2023 erklärt, gemeinsam mit einem wachsenden Team.

Wer die kurzen Videos von Heiler anschaut, verbessert nicht nur sein Deutsch und bekommt Zugang zu gesellschaftlichen und politischen Diskussionen, die sonst oft an der Sprachbarriere scheitern. Auch für Muttersprachler:innen sind manche Infos auf ihrem Kanal zur Selbstreflexion über die eigenen Bräuche und gesellschaftlichen Debatten oft hilfreich. Heiler führt kurze Inter-views und eröffnet Diskussionen im Social-Media-Format, meistens mit einer Prise Humor und provokativen Fragen, die neugierig machen. Mit-terweile folgen ihr über 200.000 Menschen auf allen Kanälen. Ihr Ziel: Über eine Million Leute erreichen, die neu in Deutschland sind – und sie auf das Leben in diesem Land vorbereiten.

Mit klarer Aussprache, erklärenden Bildern und Gesten ordnet die 29-Jährige täglich aktu-elle Themen ein und verdeutlicht typisch Deut-

sches wie Pünktlichkeit oder FKK. Ihr 92-jähri-ger Großvater, den sie jede Woche trifft, um mit ihm über Politik zu diskutieren, hatte mal die Sorge, dass der Enkelin vielleicht irgendwann die Themen ausgehen. Heute zeigt ihr Redak-tionsplan, dass sie sich darum keine Gedanken machen muss. Inspiration holt sich Heiler aus der aktuellen Nachrichtenlage, aber auch aus ihrer eigenen Community im Sprachcafé, in dem sie sich engagiert.

Lifestyle-Themen fühlten sich falsch an

Geboren und aufgewachsen ist Heiler in Leon-berg bei Stuttgart, als Sandwichkind behütet in einer „liebvollen Familie“, sagt sie. Sie wollte immer zweisprachig aufwachsen und fand es schade, dass niemand in ihrer Familie einen anderen kulturellen Hintergrund mitbrachte. Heute spricht sie neben Deutsch auch Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch, gerade lernt sie Arabisch. Dieses Sprachtalent hilft ihr auch dabei, ihre Videos genau auf das Sprach-niveau zuzuschneiden, das Lernende im Alltag in Deutschland brauchen.

Mit dem Projekt erfüllt Heiler sich einen Kindheitstraum. Schon seit sie elf Jahre alt war, will sie Moderatorin werden und hat nach dem Abitur und einer Weltreise Kommunikation studiert. Aber die Idee für ihr Projekt wurde erst durch den Krieg in der Ukraine konkreter. Heiler absolvierte damals ein Volontariat bei einer Nachrichtenagentur in München. Ihre

Arbeit im Bereich Lifestyle und Events fühlte sich plötzlich falsch an. Die Bilder des Krieges und der Flüchtenden beschäftigten sie so sehr, dass sie sich beruflich neu orientieren wollte. Im Winter 2023 lag sie mit einer schweren Erkältung im Bett, und dann kam die Idee von „Easy Newstime“. Sie kündigte ihren Job und zog zurück in ihre Heimat.

In Stuttgart suchte sie ein Sprachcafé für Geflüchtete, um nah an den Menschen zu sein, die sie unterstützen möchte. Zum Start beantragte sie einen Gründerzuschuss. Heute finanziert sich das Projekt durch Sponsoring von Firmen. Mit-terweile hat sie sogar eine Kollegin angestellt, die ihr bei der Produktion der Videos hilft.

Heiler sieht sich als Journalistin, nicht als Influencerin

In Zeiten, in denen die Angst vor Rechtstex-tremismus wächst, versteht Heiler ihren News-Ka-nal auch als Beitrag gegen Desinformationen und für faktenbasierten Journalismus. Populis-tische Aussagen sind oft Grundlage ihrer Videos. Sie nimmt die Behauptungen und unterlegt sie mit Fakten, zum Beispiel die Frage, ob Auslän-der krimineller oder fauler sind als Deutsche (Spoiler: Nein, sind sie nicht). Solche Videos funktionieren auf Social Media gut, sagt sie, weil sich Menschen auf beiden Seiten der Debatte abgeholt fühlen.

Trotzdem nutzt sie die Spielregeln der sozialen Medien: Beim Thema Kopftuch zum Beispiel stellt sie einer jungen Frau zu Beginn eines Videos bewusst eine provokative Frage: „Wer zwingt dich eigentlich?“ Danach erklärt die junge Frau in eigenen Worten, was sie antreibt, ein Kopftuch zu tragen. Provokation, sagt Heiler, sei wichtig, um in den sozialen Medien überhaupt Aufmerksamkeit zu bekommen. Und die bekommt sie.

Bei kontroversen außenpolitischen Themen lässt sie die Menschen sich selbst eine Meinung bilden. „Ich bin Journalistin, ich bin nicht Influ-encerin“, sagt Heiler. „Wenn ich meine Werte ver-rate, nur um besonders beliebt zu sein, dann habe ich meine Aufgabe verfehlt.“ Auch ihre Sponso-ren wählt sie sorgfältig aus und arbeitet nur mit Unternehmen zusammen, die ihre Werte teilen, sagt Heiler: Menschen auf Augenhöhe begegnen, gegen Extremismus und für demokratische Werte eintreten. „Meine Mission ist, für Menschen ein-zustehen, die sonst nicht die Möglichkeiten haben, sich Gehör zu verschaffen.“

den Sozialstaat, sondern greift auch massiv Arbeitnehmer:in-nenrechte an. Besonders der Plan, den Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren abzuschaffen, ärgert die Menschen. Auch die Vertrauensleute der IG Metall bei Mercedes-Benz, die schrieben einen offenen Brief an den Kanzler mit dem Titel „Schluss mit dem Klassenkampf von oben!“.

Der Acht-Stunden-Tag soll weg und wie Lokführer:in-nen sich am ersten Krank-heitstag bei ihrem Hausarzt eine Krankschreibung holen sollen, wenn sie mal wieder

wegen Zugausfällen, Weichen-störungen oder Schaden an der Oberleitung am Arsch der Welt gelandet sind, weiß auch niemand.

In den kommenden Mona-ten muss nun trotz Sommer-pause eifrig mobilisiert werden. Offenbar soll das vor allem über Social Media passieren. Vorige Woche lud der DGB Baden-Württemberg zwar zu einem „Pressetermin“ ein, bei dem Vertreter:innen aller Mitglieds-gewerkschaften Statements abgaben. Doch tatsächlich traf man sich für Social-Media-Bei-träge, Zeit für Fragen und Ant-

worten waren nicht vorgesehen. Neben den Statements am Rande des Stuttgarter Schloss-platzes war das Wichtigste, dass alle ein buntes Tuch hielten, um darin befindliche rote Bälle in die Luft zu werfen, was selbstverständlich für Insta, Facebook etc. gefilmt und foto-grafiert wurde.

Bleibt zu hoffen, dass die Argumentation in der Mobili-sierungskampagne für den 26. September, wenn die Demo-Welle bundesweit anrollen soll, griffiger wird. Und dass die DGB-Chefin am besten nichts mehr sagt.

Geflüchtete und Migrant:innen kommen in ihren Videos selbst zu Wort und sie geht dahin, wo Geflüchtete sind, wo sie leben müssen, um sie besser zu verstehen. In den vergangenen zwölf Monaten hat sich Franzi Heiler ehrenamtlich in einem Flüchtlingscamp auf der griechischen Insel Lesbos und in der Ukraine engagiert.

Als sie von ihren Erfahrungen dort berichtet, kommen ihr die Tränen. Vor allem die Reise in die Ukraine hat einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Im Januar bei minus 13 Grad half sie in Mykolajiw und Czernowitz, Hilfsgüter aus Stuttgart zu verteilen. Auf ihrem Kanal zeigte sie Aufnahmen aus Flüchtlingsheimen, Folter-räume von russischen Soldaten und Demon-strationen gegen den Krieg. Ihre Botschaft auch in Richtung Deutschland: Es gibt keine einfachen Antworten auf komplizierte Fragen.

Als Vorbereitung auf die Reise in die Ukraine war sie fünf Wochen auf Lesbos und hat in einer Wäscherei eines Flüchtlingscamps als Ehren-amtliche ausgeholfen. „Die Bedingungen waren erschütternd, und das war noch eines der besse-ren Camps“, erzählt sie. Bei 40 Grad saßen die Menschen dort in den Zelten. Die Begegnungen haben sie tief bewegt: „Die Menschen dort waren so respektvoll und gebildet und offen.“

Als das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Kürzungen bei Integrationskursen ankündigte, entstand die Idee, ihr bestehendes Angebot durch zusätzliche Online-Kurse zu ergänzen. So entwickelte Heiler die neue Platt-form für den Live-Austausch.

„Das ist ein Fitnessstudio für das Leben in Deutschland.“ So beschreibt sie den Easy-Deutsch-Club: Ein Live-Angebot, bei dem man sich mindestens dreimal pro Woche zu den Onlinekursen einschalten kann, um einem Lehrer oder einer Lehrerin Fragen zu stellen, sich mit anderen Lernern auszutauschen und Deutsch-land – und die Menschen hier – besser zu ver-standen. Die Sprachlehrer:innen haben zum Teil selbst Migrationserfahrung, kennen die Angst vor Behördenbriefen und verstehen die Situation der Menschen, die hier ankommen. Weil sie das System und seine Bürokratie nicht ändern kann, will sie wenigstens eine Gemeinschaft schaffen, die die Angst davor nimmt.

Der Club kostet eine kleine monatliche Abo-Gebühr, Geflüchtete zahlen die Hälfte. Kosten-los anbieten kann sie die Kurse nicht, deshalb sucht sie Firmen, die Gutscheine bereitstellen – gegen die Kürzungen bei Integrationskursen und für die Menschen, die lange auf einen Platz im Sprachkurs warten. Der Club ersetzt zwar keinen regulären Sprachkurs. „Aber ich biete ein Zusatzangebot.“

Langfristig möchte Heiler größer werden und mehr Räume des Austauschs schaffen. Denn Sprache lernt man nicht nur aus Büchern, son-dern vor allem gemeinsam mit anderen Men-schen. Sollte der Easy-Deutsch-Club einschla-gen wie ihr Nachrichtenkanal, dürften die Angst vor Behördenbriefen und die soziale Isolation das Leben von Migrant:innen und Geflüchteten künftig weniger bestimmen.



Die Kontext-Sommerserie

Sie ist bei unseren Autor:innen immer gern gesehen: die Kontext-Sommerserie, für die jeder schreiben darf, was sie oder er schon immer mal schreiben wollte. Eine Pferdegeschichte gab's schon, eine Eloge auf den Mars, einen Besuch im Insektenuni-versum auf dem Sommerbalkon, wir waren textlich sogar schon auf Sylt bei der Haute Volée. In diesem Jahr besuchen wir Bartenstein in Hohenlohe, einen Ort mit erstaunlicher Geschichte. Wir werden im Allgäu surfen gehen und schauen, wie kühl es im Salzbergwerk Kochendorf ist. Im ersten Text unse-rer 2026er-Serie geht es um Franzi Heiler, die „Easy Newstime“ gegründet hat. (red)

öffentlichen Protest bewegte. Verdi hatte schon deutlich früher demonstriert, die GKV-Reform trifft ihre Mitglieder in Krankenhäusern und in der Sozialarbeit hart.

Kaputtsparen ist keine Reform

So werden künftig die Tarif-erhöhungen für Krankenhaus-personal nicht mehr komplett, sondern nur noch zur Hälfte über die Krankenkassen finanziert. Effekt: Die Kliniken werden wieder massiv sparen, erfahrungsgemäß vor allem in der Pflege.

Es ging bei der GKV-Reform und dem, was noch ansteht, nicht ausschließlich um Beschäftigte, es geht um nahezu alle in diesem Land. Und so gab es auch schon viele Proteste, dezentral in der gesamten Republik. Die IG Metall hat ebenfalls begonnen, ihre Leute zum Protest zu rufen. Weniger wegen des Sozi-alstaatsabbaus, mehr wegen der zigtausend Arbeitsplätze, die besonders in der Autoindus-trie gerade nach Ungarn oder Thailand verlagert werden oder einfach verschwinden sollen. Die Ankündigungen von VW,

Porsche und Mercedes, Werke zu schließen und zigtausend Jobs zu vernichten, um ihre Renditen zu erhöhen und den Aktionären noch mehr Geld auszahlen zu können, hat selbst bei den Autowerker:innen eine gewisse Wut ausgelöst und sie demonstrierten massiv.

In der großen Politik werden die bisherigen Proteste mit einem Achselzucken zur Kennt-nis genommen. Milliarden aus dem Schuldenpaket Sonder-vermögen in die Rüstung, beim Rest wird gekürzt.

Und die Merz-Klingbeil-Regierung schleift nicht nur



Selbst mit dem IFG bleiben Dokumente unter Verschluss – wie soll es nur ohne werden? Foto: Julian Rettig

Massiver Anschlag auf die Demokratie

Politik

Von Gastautor Dieter Reicherter

Die Bundesregierung plant, das Informationsfreiheitsgesetz zu beschneiden. Für Presse, Bürgerinitiativen und Vereine wird es damit schwieriger, bei Behörden an Infos zu gelangen. Ein Schlag gegen die Demokratie, meint unser Gastautor, ein ehemaliger Richter, der selbst gerne von der Informationsfreiheit Gebrauch macht.

Mit dem Versprechen des Bürokratieabbaus werden dem Wohle der Gesellschaft dienende Gesetze und Regeln abgeschafft oder verwässert. Man denke nur an den Schutz von Klima, Umwelt sowie Gesundheit. Und nun also die mühsam über viele Jahre hinweg erkämpfte Informationsfreiheit. Andere Länder sind da besser dran, etwa die USA mit ihrem 1967 in Kraft getretenen „Freedom of Information Act“. Oder Schweden: Dort ist das Öffentlichkeitsprinzip, also das Recht, den Behörden und Ämtern in die Akten zu gucken, seit 1766 in der Verfassung verankert.

Bis die Bundesrepublik Deutschland einen Rechtsanspruch auf Informationszugang schuf, sollte es Jahrzehnte dauern. Erst zum 1. Januar 2006 trat das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) in Kraft. Schon seine Entstehungsgeschichte ist bemerkenswert: Es handelt sich um ein sogenanntes Parlamentsgesetz. Dass Gesetzesentwürfe nicht von einem Ministerium ausgearbeitet und von Koalitionsfraktionen im Bundestag abgesegnet werden, ist zur Ausnahme geworden. Anders war es beim IFG, welches direkt im Bundestag eingebracht und parteiübergreifend beschlossen wurde, übrigens gegen die Stimmen der CDU/CSU und bei Enthaltung der FDP.

Das IFG gibt jedem Interessierten, seien es Bürgerinnen und Bürger oder Vereine, Verbände, Organisationen, das Recht, bei Bundesbehörden Informationen zu erlangen und Einsicht in Akten zu nehmen. Begründet werden muss der Antrag nicht, ein besonderes Interesse an der Auskunft muss nicht nachgewiesen werden. Es handelt sich nicht nur um ganz wesentliche demokratische Teilhabe abseits von Wahlen, sondern ausdrücklich um Kontrolle staatlichen Handelns und Korruptionsbekämpfung.

Angriff auf die NGO Frag den Staat

20 Jahre IFG erzählen eine Erfolgsgeschichte. Durch – oft gerichtlich erstrittenen – Informationszugang konnten zahllose dubiose Vorgänge der falschen Amtsausübung, des Lobbyismus und der Korruption aufgedeckt werden. Dazu trugen insbesondere Anfragen der Medien bei. In der Öffentlichkeit weitgehend vergessen ist die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts von 2015, wonach die vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages erstellten Gutachten zugänglich gemacht werden mussten. Zuvor hat ein Journalist mit Verweis auf das IFG geklagt, bis dahin wurden sie vom Bundestag geheim gehalten. Mit Hilfe des Gesetzes wurde aufgedeckt, dass der damalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank Josef Ackermann auf Steuerkosten seinen 60. Geburtstag 2008 im Kanzleramt feierte. Nur durch das IFG er-

fuhr die Öffentlichkeit von den Maskendeals des früheren Bundesgesundheitsministers Jens Spahn (CDU), nur deshalb kamen Dokumente zur gescheiterten Maut von Ex-Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) ans Licht. Nicht zu vergessen, dass das Kanzleramt Einfluss nahm auf die Entscheidung des Bahnaufsichtsrats, trotz der Kostenexplosion bei Stuttgart 21 das Projekt nicht abubrechen.

Genau diese Kontrolle soll weitgehend abgeschafft werden. Der Anschlag auf die Informationsfreiheit ist versteckt in dem Koalitionspapier mit dem großartigen Namen „Ein Programm für Aufschwung und Beschäftigung“. Dort heißt es unter Ziffer 32 verharmlosend, das Informationsrecht solle „weiterentwickelt und angepasst“ werden. Es solle „verständlicher und transparenter“ werden. In Wahrheit aber werden die Möglichkeiten zur Informationsbeschaffung radikal eingeschränkt. Antragsberechtigt sollen nur noch natürliche Personen sein, und zwar nur in Deutschland lebende deutsche Staatsangehörige und Unionsbürger. Und das auch nur dann, wenn sie ein berechtigtes Interesse nachweisen. Bürgerinitiativen, Verbände, Parteien, Presseverlage und andere werden ausgeschlossen. Es handelt sich also auch um einen Anschlag auf die Pressefreiheit. Offenbar richtet sich das Vorhaben zudem gezielt gegen die Organisation Frag den Staat, die laut eigenen Angaben über 250.000 Anfragen gestellt hat.

Die Beschränkung auf natürliche Personen ist geeignet, Informationen unter Verschluss zu halten und insbesondere den Klageweg massiv einzuschränken, wenn nicht gar zum Erliegen zu bringen. Das belegt der Blick nach Nordrhein-Westfalen, wo ein Antrag im Sinne des Landes-IFG bereits nur natürlichen Personen vorbehalten ist. Ein Landtagsabgeordneter, der auf Grundlage des Gesetzes Auskunft forderte, verlor allen Ernstes seine Klage vor Gericht, weil er in Ausübung seines Mandats keine Privatperson sein soll.

Künftig sollen zudem Namen der Verantwortlichen geschwärzt werden mit der Begründung, sie vor Anfeindungen und Drohungen schützen zu wollen. Ebenso wolle man die „staatliche Resilienz“ erhöhen und dem „besonderen Schutzbedarf“ wie etwa der kritischen Infrastruktur oder Spionageabwehr Rechnung tragen. Kurzum: Weniger Informationen müssen herausgegeben werden.

Dass staatliches Fehlverhalten verschleiert werden soll, ist nicht neu. Schon 2013 wurde der Bundesrechnungshof vom Recht auf Informationszugang ausgenommen. Jetzt sollen weitere Behörden generell vom Informationsanspruch ausgenommen werden. Geplant wird auch ein „Gesetz zur Reform des Nachrichtendienstrechts“, welches nicht nur – wie jetzt

schon – den Bundesnachrichtendienst und den Bundesverfassungsschutz ausnimmt, sondern künftig auch das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium des Inneren und das Verteidigungsministerium als Aufsichtsbehörden sowie weitere Behörden.

Hohe Gebühren sollen abschrecken

Beim IFG sollen auch finanzielle Daumenschrauben eingesetzt werden. Bislang können für Anträge Gebühren bis höchstens 500 Euro verlangt werden. Mit der Forderung einer „Kostendeckung“ sollen die Gebühren künftig in die Tausende gehen, wodurch offensichtlich potentielle Antragsteller:innen abgeschreckt werden sollen. Dabei ist Kontrolle staatlichen Handelns kein. Nicht umsonst haben sich inzwischen zahlreiche Organisationen, Abgeordnete, Journalistenverbände und auch die Bundesdatenschutzbeauftragte – zugleich Bundesbeauftragte für die Informationsfreiheit – sowie der Jurist Friedrich Schoch, Papst des Informationsrechts, klar gegen die Pläne ausgesprochen und mehrere Medien kritisch berichtet.

In einigen Stellungnahmen wird die SPD aufgefordert, den Plänen nicht zuzustimmen. Erinnert wird daran, dass CDU/CSU schon länger die Abschaffung des Gesetzes gefordert hatten, welches übrigens von der Ampelkoalition durch ein viel weitergehendes Transparenzgesetz hätte ersetzt werden sollen. Das Ansinnen der CDU/CSU war damals abgewiesen und im Koalitionsvertrag vereinbart worden, das IFG „mit einem Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger und Verwaltung“ zu reformieren.

Was aber, und vor allem wer steckt hinter dem Anschlag auf ein erfolgreiches Gesetz? Klingeln die Ohren beim Namen Philipp Amthor? Er hat die zuständige Arbeitsgruppe der Koalitionsfraktionen dazu geleitet und wurde selbst „Opfer“ des IFG in seiner jetzigen Fassung. Mittels einer IFG-Anfrage hatte „Der Spiegel“ aufgedeckt, dass der CDU-Politiker beim Bundeswirtschaftsministerium für die New Yorker Firma „Augustus Intelligence“ lobbyiert und von dieser Aktienoptionen und einen Direktorenposten erhalten hatte.

Anfrage zu Schwarzem Donnerstag dauerte Jahre

Für Privatpersonen, also in der Regel Nichtjuristen, ist es nahezu unmöglich, Behördenentscheidungen zum Informationszugang selbst zu überprüfen und sich gegebenenfalls erfolgreich zu wehren. Seit 15 Jahren befasse ich mich als pensionierter Richter mit dem Informationsrecht und stelle entsprechende Anträge. Zuletzt bei Bahnchefin Evelyn Palla auf Zugang zum Revisionsbericht zu Stuttgart 21, den die Bahn bislang unter Verschluss hält. Der mühsamste, aber auch erfolgreichste Vorgang war mein Antrag beim grün geführten Staatsministerium unter Winfried Kretschmann zum Polizeieinsatz der Vorgängerregierung am Schwarzen Donnerstag 2010. Schier endlos zogen sich Antrag, Widerspruchsverfahren, Prozess beim Verwaltungsgericht Stuttgart, Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Bundesverwaltungsgericht, Europäischem Gerichtshof und wieder zurück durch die Instanzen. Erst nach nahezu zehn Jahren und erfolgreichem Rechtsweg konnte ich die geheim gehaltenen Akten einsehen und etwa feststellen, dass gegen den Ex-Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) der Verdacht der falschen uneidlichen Aussage im Untersuchungsausschuss bestand. Was allerdings für ihn keine Konsequenzen hatte, weil Falschaussagen nach fünf Jahren verjähren.

Überhaupt hält sich die Begeisterung von Behörden, sich in die Karten schauen zu lassen, in Grenzen. Anfangen damit, dass gesetzliche Fristen zur Gewährung des Informationszugangs folgenlos nicht eingehalten werden, bis zu gelogenen Behauptungen, Dokumente ent-

hielten einen besonders schützenswerten Inhalt, habe ich alles erlebt.

Die Pläne der schwarz-roten Bundesregierung zum IFG sind ein massiver Anschlag auf unsere Demokratie. Inzwischen gibt es auch eine Petition gegen das Gesetzesvorhaben, welche sich speziell an die Bundestagsabgeordneten der SPD wendet. Bereits 600.000 Menschen haben unterschrieben. Und mittlerweile liegt nach Angaben der Nachrichtenagentur epd eine Stellungnahme mehrerer SPD-Bundestagsabgeordneter vor, in der es heißt: „Für eine Abschaffung des bisherigen Transparenzniveaus des Informationsfreiheitsgesetzes wird es keine Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion geben.“

Mehr Kontext online auf kontextwochenzeitung.de:

Das Problem beim Namen nennen
Am Samstag raste ein junger Mann mit einem Transporter in eine Menschenmenge beim Berliner CSD. Angetrieben hat ihn eine Ideologie: der politische Islam. Deutschland muss die Gefahr anerkennen und sich einer Debatte stellen, die lange Zeit vermieden wurde, schreibt die Vorsitzende des Zentralrats der Ex-Muslime.
Von Gastautorin Mina Ahadi

Intendant der Bosse
SWR-Chef Kai Gnifke stört, dass der Journalismus sich angeblich nur als Anwalt der Benachteiligten versteht. Für die AfD ist sein Sender eine Plattform. Nun wirft er die Frage auf, ob die Demokratie noch wettbewerbsfähig ist. Ernsthaft?
Von René Martens

Comics auf der Speisekarte
Studierende aus ganz Europa haben bei der ersten „International Summer School Comics“ der Merz Akademie mit Skizzenbuch und Stift Stuttgart erkundet.
Von Jürgen Brand

Kontext fördern

Unterstützen Sie Kontext dauerhaft mit einer Spende von 10,00 € | Monat – gerne auch mehr. Sie finden das Soli-Formular unter www.kontextwochenzeitung.de/soli. Gerne schicken wir Ihnen auch per Post oder E-Mail ein Formular zu.

Unser Spendenkonto bei der GLS Bank:
IBAN: DE80 4506 0967 7011 8506 00
BIC: GENODEM33
KONTEXT e. V. ist gemeinnützig. Sie erhalten automatisch zum Jahresanfang eine Spendenbescheinigung. Teilen Sie uns dazu bitte Ihre Adresse mit. Wenn Sie Fragen haben, senden Sie uns eine E-Mail an verwaltung@kontextwochenzeitung.de oder rufen Sie uns an unter Telefon 0711 66 48 65 48.

Impressum

KONTEXT:Wochenzeitung ist unabhängig. Sie wird von keinem Wirtschaftsunternehmen oder anderen Lobbyisten finanziert. Getragen wird sie von Menschen, die wissen, dass eine freie Presse das Brot der Demokratie ist. **KONTEXT:Wochenzeitung** erscheint mittwochs online auf www.kontextwochenzeitung.de und samstags als Beilage der wochentaz.

Herausgeber: KONTEXT Verein für ganzheitlichen Journalismus e. V., Hermannstraße 5, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711 – 66 48 65 48, verein@kontextwochenzeitung.de
Der Verein wird vertreten durch die Vorstandsmitglieder Frank Böhringer (Vors.), Anni Endress Annemarie Raab, Michael Schulze und Johannes Rauschenberger.

Redaktion: KONTEXT:Wochenzeitung, Hermannstraße 5, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711 – 66 48 65 48, redaktion@kontextwochenzeitung.de
Redaktionsleitung: Anna Hunger (verantwortl. gem. § 8 PresseG BW | § 55 RStV.)
Produktion: büro uebele visuelle kommunikation Michael Krell, Lukas Osele, Andreas Uebele
Druck: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421 Pinneberg; MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen
Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen.
Die KONTEXT:Wochenzeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung der Redaktion strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in der KONTEXT:Wochenzeitung-Printausgabe, im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.